



ab am 05.03.15/Kay

401

Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung - endgültige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 15. Januar 2015, 13:00 Uhr
10557 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, 3.101

Vorsitz: Dr. Eva Högl, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Seite 5

Öffentliche Zeugenvernehmung:

Präsident des Bundeskriminalamtes a. D. Jörg Ziercke
(Beweisbeschluss 18(27)51)
Sebastian Edathy (Beweisbeschluss 18(27)45)

* Hinweis:

Die Zeugen Präsident des Bundeskriminalamtes a. D. Jörg Ziercke und Sebastian Edathy haben Einsicht in das Stenografische Protokoll genommen. Die Korrekturwünsche der Zeugen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.



(Beginn: 13.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 21. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle herzlich begrüßen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Bild-, Ton- und Filmaufzeichnungen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind abzuschalten. Das machen Sie am besten direkt jetzt; denn ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich komme nun zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Öffentliche Zeugenvernehmung:
Präsident des Bundeskriminalamtes a. D. Jörg Ziercke
(Beweisbeschluss 18(27)51)
Sebastian Edathy
(Beweisbeschluss 18(27)45)

Wir beginnen heute zunächst mit der Vernehmung des Zeugen Präsident des Bundeskriminalamtes a. D. Jörg Ziercke, den ich an dieser Stelle sehr herzlich begrüße.

Zeuge Jörg Ziercke: Danke schön.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nach der Vernehmung des Zeugen Ziercke hören wir dann den Zeugen Sebastian Edathy.

Für den Fall, dass Teile der Vernehmung als Vertraulich oder höher eingestuft werden, weise ich

bereits an dieser Stelle ausdrücklich auf die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages hin. Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass nach § 7 der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden muss, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade Vertraulich oder höher beraten wird. Ich möchte auch daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich wird. Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwaige Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen. Das würde uns das erleichtern. Das haben wir ja bisher auch immer so vereinbart. Wir könnten eine solche eingestufte Vernehmung dann im Sitzungssaal 2.700 im Paul-Löbe-Haus durchführen.

Ich weise außerdem darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Im Falle eines Vorhaltes möchte ich noch mal daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen durch den Fragesteller oder die Fragestellerin vorzulegen ist. Es erleichtert uns allen die Arbeit - auch für das Protokoll -, wenn wir jeweils bei einem Vorhalt auch die klare Benennung der Fundstelle samt MAT-Nummer vortragen.

Im Falle der Einstufung der Sitzung als vertraulich oder höher wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Das haben wir bisher auch immer so besprochen. Bestehen Einwände? - Es meldet sich niemand. Dann machen wir durchgehende Wortprotokollierung.

Dann kommen wir zur Vernehmung des Zeugen Jörg Ziercke.

**Vernehmung des Zeugen
Jörg Ziercke**

Herr Ziercke, ich weise Sie darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet wird. Das haben Sie ja eben schon gehört. Das dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann später gelöscht. Das Protokoll Ihrer Vernehmung



2. Untersuchungsausschuss

wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt, und Sie haben dann noch mal die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen auch vorzunehmen.

Sie sind mit Schreiben vom 19. Dezember geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit der Ladung, dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss am 9. Januar 2015 zugegangen. Ergänzend darf ich darauf hinweisen - das ist Ihnen auch schon mitgeteilt worden von uns -, dass wir uns heute in der Vernehmung beschränken auf den Gesichtspunkt „Mögliche Informationsweitergabe an Sebastian Edathy“. Die anderen Bereiche, etwa die Bearbeitung der Operation „Selm“ im Bundeskriminalamt und auch der Fall des Beamten X, werden wir gegebenenfalls in einer weiteren Vernehmung dann besprechen bzw. Sie dazu als Zeugen hören. Heute geht es eben um die mögliche Informationsweitergabe an Sebastian Edathy.

Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bekannt. Deswegen kann ich auf eine Verlesung verzichten.

Die erforderliche Aussagegenehmigung liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor; wunderbar. Das ist allen ausgeteilt worden. Das haben wir also.

Dann komme ich jetzt zur Belehrung. Herr Ziercke, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinnngemäße Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - ich verwende im Folgenden die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher sowohl richtig als auch vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich

falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Absatz 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein - ich habe das ja eben schon erläutert -, dann bitte ich Sie auch um einen Hinweis, damit der Ausschuss eine entsprechende Einstufung vornehmen kann.

Herr Ziercke, haben Sie zu dem von mir Gesagten noch Fragen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann darf ich Ihnen nach den notwendigen Vorbemerkungen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Sie haben zu Beginn der Vernehmung nach § 24 Absatz 4 PUAG Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Ausschussmitglieder das Wort für Nachfragen. Das geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ist Ihnen ja auch alles bestens bekannt. Ich gehe davon aus, dass Sie hierzu keine Fragen haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. - Dann kommen wir erst zur Vernehmung zur Person und dann zur Sache. Ich habe Ihnen jetzt alles Notwendige erläutert. Ich habe Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt. Jetzt kommen wir zur Vernehmung zur Person, und ich darf Sie bitten, uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort zu nennen.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Jörg Ziercke, 67 Jahre alt, wohnhaft im Norden Deutschlands. Ladungsfähige Anschrift: über das Bundeskriminalamt in Wiesbaden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herzlichen Dank. - Dann komme ich nun zur Vernehmung zur Sache. Ich gebe Ihnen zunächst Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen vom Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Ich habe Sie eben schon gefragt. Sie haben gesagt, dass Sie das gerne so im Zusammenhang darstellen würden. Deswegen erteile ich Ihnen hierzu das Wort. Bitte sehr, Herr Ziercke.

Zeuge Jörg Ziercke: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte gerne eine zusammenfassende Darstellung geben, um Fakten, Überlegungen, aber auch das, was mir aufgefallen ist, Ihnen im Zusammenhang zu präsentieren.

Vorab möchte ich anmerken, dass ich mich anhand der Unterlagen, die noch in meiner Amtszeit entstanden sind und über meinen Tisch gelaufen sind, als diese Unterlagen Ihnen zur Verfügung gestellt wurden im Untersuchungsausschuss, informiert habe. Ich konnte allerdings bei der Vielzahl der Aktenordner, die wir in Wiesbaden haben - um die 500 sind es; das müssen Sie mir nachsehen -, das nicht im vollen Umfange nachvollziehen. Ferner habe ich im Innenministerium eine allgemeine Einweisung in die Regularien des Untersuchungsausschussgesetzes erhalten.

Meine Damen und Herren, den Medien konnten Sie vor Weihnachten entnehmen, dass ich die Behauptung von Herrn Edathy, ich sei der Informant von Herrn Hartmann, dementiert habe. Dieses Dementi gilt auch heute noch. Dies gilt auch für die angebliche fortlaufende Information von Herrn Hartmann durch mich.

Meine Damen und Herren, das Amt des Präsidenten des Bundeskriminalamtes erfordert Kontakte zu den Experten von Parteien im Bereich der Innen- und Rechtspolitik. Das gilt für alle Parteien des Deutschen Bundestages, vor allem für die parteipolitischen Sprecher der Fraktionen. Partei-

übergreifend habe ich an Diskussionsveranstaltungen teilgenommen oder wurde als Referent angefragt, ob SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen. Immer ging es um meinen Beitrag als Fachexperte aus der Sicht des Bundeskriminalamtes. Einladungen, eine Vielzahl an Gesprächen anlässlich der jährlichen Herbsttagung des BKA waren in meiner Amtszeit üblich. Dadurch sind viele persönliche Kontakte entstanden. Seit elf Jahren bin ich den Fachpolitikern aller Fraktionen immer wieder bei Sicherheitsgesprächen, beim Minister oder beim Staatssekretär begegnet. Viele Besuche im Bundeskriminalamt sollten eine Basis des Vertrauens durch Transparenz schaffen. Bundesminister und Länderinnenminister oder Abgeordnete des Bundestages oder von Landtagen kamen ins BKA. Es ging um Informationen für die kriminal- und rechtspolitische Debatte in Deutschland. Fraktionsübergreifend ist nach meiner Bewertung meine parteipolitische Neutralität bisher nie in Frage gestellt worden. Innenminister von SPD, CDU und CSU brachten mir gleichermaßen großes Vertrauen entgegen.

Meine Damen und Herren, mit Herrn Hartmann, der im Mainzer Bereich seinen Wahlkreis hat, fand meiner Erinnerung nach der erste Kontakt mit der Einladung zu seinen sogenannten Klartext- oder Glasgleich(?)-Gesprächen - ich erinnere es nicht ganz genau - statt. Teilnehmer waren circa zweimal jährlich unter anderem Vertreter von Behörden, Unternehmen, von den Kirchen, aus der Region. Diese Veranstaltungen waren für mich auch ein Blick über den Zaun des BKA. Ich habe in dieser Zeit Herrn Hartmann wegen seiner sachlichen, professionellen, dialog- und konsensorientierten, vor allem aber wegen seiner menschlichen Art schätzen gelernt.

Mit Herrn Hartmann telefonierte ich gelegentlich und traf mich in den letzten Jahren circa einmal im Jahr auch zu einem Abendessen im Umkreis von Mainz. Immer ging es darum, kriminal- und rechtspolitische Themen zu erörtern. Für mich waren es interessante Rückmeldungen zur Arbeit des BKA, zur Sicherheitsarchitektur und zu kriminalpolitischen Entwicklungen durch einen angesehenen Innenpolitiker. Ich kann nicht ausschließen, dass wir im Zusammenhang mit Diskussionen über organisierte Kriminalität auch



2. Untersuchungsausschuss

über die Bekämpfung der internationalen Kinderpornografie und die Rechtslage in Deutschland gesprochen haben. Niemals aber hat Herr Hartmann bei unseren Kontakten die rote Linie überschritten, die eine Verletzung meiner Amtspflichten bedeutet hätte. Nie haben wir in dieser Zeit über den Fall Edathy gesprochen.

Die Berichte über den Drogenkonsum von Herrn Hartmann waren für mich außerhalb jedweder Vorstellung. Ich konnte dies zunächst gar nicht glauben. Als er dann nach der Entscheidung der Staatsanwaltschaft öffentlich sein Verhalten erläuterte, war ich davon überzeugt, dass er ehrlich und zutiefst einen schweren Fehler bereute.

Meine Damen und Herren, für mich war es deshalb selbstverständlich, dass ich Herrn Hartmann nach Abschluss seines Strafverfahrens zu meiner Verabschiedung im November 2014 in Mainz einlud. Ich hatte dem Bundesinnenminister in einem persönlichen Gespräch den Vorschlag gemacht, alle innen- bzw. polizeipolitischen Sprecher in meiner fast elfjährigen Amtszeit einzuladen. Die Einladungen erfolgten durch das Bundesinnenministerium. Nicht alle sind gekommen oder konnten kommen.

Meine Damen und Herren, aus aktuellem Anlass habe ich nach der Anfrage des *Stern* beim BKA im Dezember 2014, wonach ich der Informant von Herrn Hartmann sein sollte und ihn im Verfahren Edathy auf dem Laufenden gehalten haben soll, angerufen. *Ich* habe ihn angerufen. Ich war mehr als empört und habe Herrn Hartmann gefragt, wie Herr Edathy dazu komme, Derartiges über ihn und über mich zu behaupten. Herr Hartmann hat mir sinngemäß gesagt, dass Herr Edathy zutiefst verletzt sei und nur noch vor allem an der SPD Rache nehmen wolle. Anders könne er sich das Verhalten von Edathy nicht erklären. Vielleicht spiele auch Geld eine Rolle. Edathy habe seine Geschichte dem *Spiegel* und dem *Stern* angeboten. Der *Stern* soll wohl mehr bezahlt haben. Die Äußerungen von Herrn Edathy zu meiner Person seien frei erfunden. Ich blieb daher gelassen, habe über meinen früheren Pressesprecher die Angaben von Herrn Edathy dementieren lassen.

Die eidesstattliche Versicherung von Herrn Edathy, die im Bericht des *Stern* erwähnt wird, bestätigte mich in der Auffassung, dass hier eine Inszenierung läuft, die die Öffentlichkeit beeindrucken soll. Ich wusste, dass eine solche Versicherung strafrechtlich zu diesem Zeitpunkt ohne Bedeutung ist, aber von den Medien häufig als rechtliche Absicherung einer Geschichte verlangt wird. Anderenfalls hätte Herr Edathy - das ist meine Bewertung - diese Geschichte wohl nicht verkaufen können.

Meine Damen und Herren, eine ganz andere Wahrnehmung als von Herrn Hartmann hatte ich von Herrn Edathy. Er war mir als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses NSU in sehr schlechter Erinnerung. Aus dem Wortprotokoll meiner Anhörung wird deutlich, dass ich bereits in der ersten Minute nach meinem Eingangsstatement das Gefühl von Herrn Edathy vermittelt bekam, dass er mir gar nicht zuhören wollte. Arroganz, Interesselosigkeit an der Perspektive des anderen und Überheblichkeit, das war mein Empfinden in dieser Minute, was ich auch die gesamte Vernehmungszeit über nicht loswurde und was mich emotional steuerte - nicht gerade positiv, wie ich es selbst empfand. Hinzu kam, dass mich Herr Edathy vor den Medien nach der Anhörung charakterlich abqualifizierte.

Ein derart negatives Schlüsselerlebnis mit dem Vorsitzenden Edathy hatten in der Folge mehrere Beamte des BKA. Bekannt ist im BKA der Satz von Herrn Edathy in einer Pause zu einem Mitarbeiter des gehobenen Dienstes, der gerade angehört worden war. Sinngemäßes Zitat: Also, wenn ich einmal keinen Job mehr bekomme, dann bewerbe ich mich auch beim BKA. - So der Herr Vorsitzende. Die Mitarbeiter haben derartige Bemerkungen als absolut respektlos und herabwürdigend bewertet.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt in meinen Ausführungen chronologisch vorgehen und eine Analyse zu mir bekannten Fakten vornehmen und meine Rolle in diesem Zusammenhang schildern. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass eine solche Analyse selbstverständlich nicht als Beweis, sondern als Indiz verstanden werden muss und als ein Beitrag zur Plausibilität



2. Untersuchungsausschuss

einer ausgewogenen Bewertung des Gesamtgeschehens.

Ich beginne mit dem 15. Oktober 2013. Erstmals erfahre ich am Nachmittag von dem Verdacht gegen Herrn Edathy, nicht vorher. Am 16. Oktober 2013 ließ ich mir von meinen Mitarbeitern über die Identifizierung von Herrn Edathy durch die Polizei an seinem Wohnort in Niedersachsen berichten. Ich vollzog selbst die bisherigen Untersuchungsschritte des Falles Edathy nach und unterrichtete den Staatssekretär. Am 17. Oktober 2013 um die Mittagszeit wurde ein schriftlicher Bericht dem Innenministerium zugestellt.

Ich weiß das deshalb noch sehr genau, weil ich mich zu diesem Zeitpunkt auf einem Führungskräfte-seminar an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster-Hiltrup als Referent befand und insbesondere zu den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses NSU an die Polizei Stellung nahm. Mit mir referierten Dr. Maaßen für den Verfassungsschutz und Herr Hartmann. Ich war am Vorabend gegen 22 Uhr an der Deutschen Hochschule eingetroffen. Mit Herrn Hartmann hatte ich nach meiner Erinnerung nur kurz am nächsten Morgen im Tagungsraum einige Worte gewechselt. Über Herrn Edathy haben wir nicht gesprochen.

Nach Ende der Vortragsveranstaltung unterhielt ich mich noch kurz mit Herrn Dr. Maaßen. Ich musste mich aber beeilen, wieder nach Wiesbaden zu kommen, da ich noch einen vollen Terminkalender hatte. Nicht auf meinem Kalender stand an diesem Tag der bekannte Anruf von Herrn Oppermann um 15.30 Uhr in Wiesbaden, wie Sie aus den Protokollen des Innenausschusses wissen. Den Bericht an den Staatssekretär unterschrieb mein Vizepräsident Herr Henzler, da ich zu diesem Zeitpunkt noch auf der Fahrt nach Wiesbaden war.

Meine Damen und Herren, die Verantwortung für diesen Bericht hatte ich als Präsident, und bei dieser Verantwortung beginnt für mich die Erklärung der mir sonst unverständlichen, aus meiner Sicht irrationalen Äußerungen von Herrn Edathy. Nach den in der Bundespressekonferenz gezeigten Reaktionen konnte ich mir vorstellen, dass er

nicht bei sich selbst das Verschulden für die Vernichtung seiner beruflichen Existenz sucht. Im Bericht des *Stern* heißt es wörtlich, dass Herr Edathy sich als „Opfer politischer Intrigen“ sieht, der sich dafür auch rächen will. Ich glaube, dass er unfähig ist, einzusehen, dass er selbst durch sein unethisches und unmoralisches und möglicherweise kriminelles Verhalten die Ursache für seinen politischen Untergang gesetzt hat und nicht andere, also zum Beispiel nicht das BKA, nicht die BKA-Spitze, nicht der Präsident des BKA in Person, der angeblich Rache nehmen will für die Auseinandersetzungen im Untersuchungsausschuss NSU.

Auf einem ähnlichen Niveau waren ja die absurden Verschwörungstheorien, die im Zusammenhang mit den Sitzungen des Innenausschusses kolportiert wurden. Danach hätte ich ja angeblich vom Fall Edathy viel früher Kenntnis gehabt, dies aber verschwiegen, weil ich Herrn Edathy im Hinblick auf den Untersuchungsausschuss NSU unter Druck setzen und somit erpressen wollte. Absurder, glaube ich, geht es wirklich nicht mehr.

Richtig ist aber: Das BKA und damit ich als Präsident hatten den Stein gegen ihn ins Rollen gebracht und waren auf einmal die Sündenböcke, die Herr Edathy wohl brauchte, um eigene Schuld oder Versagen zu verdrängen. Für alle negativen Folgen seines Fehlverhaltens gab es jetzt einen Schuldigen. Das BKA und sein Präsident waren ein bequemer Blitzableiter. Der BKA-Chef als Drahtzieher einer Verschwörung, die ihn, Edathy, vernichten wollte? So verstehe ich jedenfalls die Inszenierung von Herrn Edathy.

Am 10. Dezember 2013 tippt Herr Edathy laut *Focus*-Bericht vom 15.12.2014 in die Suchmaske seines Laptops „Azov Ziercke“ ein. Laut *Stern*-Bericht will Edathy aber erst am 18. Dezember 2013 von Herrn Hartmann erfahren haben, dass ich angeblich der Informant sei.

Meine Damen und Herren, so irrational das Verhalten von Herrn Edathy bei den vielen Bestellungen von Nacktfotos kleiner Jungen aus Osteuropa durch einen ehemaligen Spitzenpolitiker anmutet, so irrational erscheinen auch die Grün-



2. Untersuchungsausschuss

de für das Verhalten von Herrn Edathy im Hinblick auf meine Person. Besonders perfide ist, dass er selbst keinen Beweis liefert, sondern in der Rolle des angeblichen Zeugen vom Hörensagen andere beschuldigt. Irrational ist auch, dass ausgerechnet Herr Edathy meint, ich hätte ihn schützen wollen. Das würde bedeuten, dass ich wegen eines mir unsympathischen Menschen mein Amt und meine persönliche Zukunft aufs Spiel gesetzt hätte. Dass gerade ich jemanden schützen sollte, der durch sein möglicherweise kriminelles Verhalten zum Leid vergewaltigter und misshandelter Kinder indirekt beigetragen haben könnte, ein Präsident, der seine eigene Behörde hintergeht - auch das ist absurd. Aber wie hätte er seine Geschichte ohne meine angebliche Sympathie für ihn plausibel erklären sollen? Ich kann diese Einschätzung von Herrn Edathy nur als Realitätsverlust bezeichnen.

Meine Damen und Herren, zurück zum 17. Oktober 2013, zu dem Tag, als der Bericht ans Bundesinnenministerium und die Information an die SPD-Spitze ging. Man könnte die Motivation für den Bericht, wenn keine amtliche Berichtspflicht für mich bestanden hätte, natürlich als Schutz für die SPD interpretieren. Aber warum sollte ich an demselben Tag, an dem ich den Staatssekretär, dieser ganz sicher den Minister und der Minister eventuell die SPD-Spitze informiert - - parallel und vor allem zuallererst eine Information an einen Abgeordneten geben mit dem Risiko, den eigenen Minister bei seinem Kontakt mit der SPD-Spitze zu desavouieren? Warum sollte ich das Vertrauen meines Ministers aufs Spiel setzen, der sogar meine Amtszeit verlängert hatte? Ich hätte mich möglicherweise noch an demselben Tag aus dem Amt verabschieden können. Dass ich dieses Risiko eingegangen sein könnte, ist ebenfalls absurd.

Im Übrigen hatte ich bei meiner Anhörung im Innenausschuss schon ausführlich zu Protokoll gegeben, dass ich eben nicht der typische Parteigenosse bin. Ich habe mich noch nie um ein Parteiamt beworben. Ich war noch nie auf einem Parteitag der SPD oder auf lokalen oder regionalen Parteiveranstaltungen der SPD in der Rolle eines Parteimitglieds - noch nie. Warum unterstellt Herr Edathy mir diese Sorge um die SPD? Für

seine Geschichte - so sehe ich das - braucht er natürlich auch diesen Baustein. Ich frage mich: Worin sollte der Schutz der SPD eigentlich nach der Information des Ministers durch mich bestehen? Das Verfahren gegen Edathy war doch im BKA angelaufen. Die Staatsanwaltschaft hat die Entscheidungshoheit und nicht das BKA. Wer sollte das stoppen können? Die Tatsache, dass ein Spitzenpolitiker der SPD Bilder nackter kleiner Jungen aus Osteuropa gekauft hatte, ist doch der für eine Partei größtmögliche öffentliche Imageschaden. Wie sollte ich eine mögliche Veröffentlichung der Vorwürfe verhindern können? Die öffentliche Debatte über legale oder nicht legale Produkte hat doch gezeigt, dass es im Kern darum gar nicht geht. Was hätte es denn noch geben können zum angeblichen Schutz der SPD? Es war doch gar nichts mehr zu verhindern. Es konnte doch nicht darum gehen, ob Herr Edathy eventuell bestraft wird oder nicht. Das war für ihn natürlich von überragender Bedeutung, würde aber am Imageverlust der Partei nichts entscheidend ändern können. Auch hier wird deutlich, dass die Geschichte von Herrn Edathy nur stimmig wird, wenn ich meinen Frieden mit ihm geschlossen und unter Inkaufnahme höchster persönlicher Risiken ihn vor einer Beurteilung hätte bewahren wollen. Wie verrückt ist denn das eigentlich?

Meine Damen und Herren, welchen Sinn sollte also eine Unterrichtung von Herrn Edathy machen? Damit Herr Edathy Beweismittel vernichten kann? Zum Zeitpunkt seines angeblich ersten Kontaktgesprächs auf dem Parteitag Mitte November mit Herrn Hartmann war Herr Edathy doch bereits durch die kanadische Veröffentlichung vorgewarnt. Das gibt er laut Bericht des *Stern* ja selbst zu. Sein Anwalt fragt sogar bei der Staatsanwaltschaft nach. Will der Anwalt etwa seinen Mandanten der Justiz ausliefern? Er hätte doch mit einer baldigen Reaktion der Staatsanwaltschaft rechnen müssen. Wer glaubt denn ernsthaft, dass jemand seinen Anwalt zur Staatsanwaltschaft schickt und gleichzeitig zu Hause auf den Beweismitteln sitzen bleibt? Ich vermute, dass das ein wichtiger Teil seiner Inszenierung sein könnte.



2. Untersuchungsausschuss

Zu diesem Zeitpunkt konnte möglicherweise nur Edathy wissen, dass von seinem Bundestagsserver - ich zitiere das hier aus einer Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Hannover - in der Zeit vom 01.11.2013 bis 10.11.2013 an sechs Tagen kinderpornografische Bild- und Videodateien aus dem Internet heruntergeladen worden sind. So der Vorwurf der Staatsanwaltschaft Hannover in der Presseerklärung vom 17.07.2014. Das ist auch der Kern der Anklage vor dem Landgericht in Verden.

Ferner vermute ich, dass der Grund für die Nachfrage des Anwalts nicht die legalen Bilder waren. Da glaubte sich Edathy immer auf der sicheren Seite. Es ging meines Erachtens bereits zu diesem Zeitpunkt vorrangig um die Frage, ob weitergehende Untersuchungen das Bildmaterial vom 1. bis zum 10. November hätten betreffen können; denn davon ging ja die eigentliche strafrechtliche Gefahr für Edathy aus.

Meine Damen und Herren, ich will einmal etwas allgemeiner werden. Je höher die berufliche Stellung eines geheimen Konsumenten von kinderpornografischen oder verwandten Produkten, umso höher auch die Sensibilität für alles, was zu diesem Thema medial verbreitet wird. Insbesondere entwickeln diese Tatverdächtigen ein sensibles Interesse für polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen, für staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Entscheidungen, sind ständig auf Informationssuche im Internet - auch in den Bereichen, wo der normale Internetuser sich nicht auskennt. Immer geht es um das Erkennen von Hinweisen, um auf eine mögliche Entdeckung des eigenen Tuns schließen zu können. Dabei isolieren sie sich zunehmend von ihrer sozialen Umgebung, werden misstrauischer und eher verschlossen. Sie verheimlichen ihr Tun, ihre Neigung, weil sie um die gesellschaftliche Ächtung wissen. Sie leben in zwei Welten. Sie sind sich der ethischen und moralischen Problematik ihrer sexuellen Wünsche voll bewusst. Das gilt insbesondere für Menschen, die eine besondere pädophile Neigung haben.

Ob das aus der Sicht der forensischen Psychiatrie bei Herrn Edathy so ist, will ich nicht behaupten. Immerhin geht aber die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt davon aus, dass die Darstellung,

die Herr Edathy von der Firma Azov bezog, auf die sexuelle Erregung des Betrachters abzielten. Der Erwerb kostenpflichtiger Aktbilder von Kindern und Jugendlichen spreche dafür, dass bei dem Besteller eine pädophile Neigung bestehe, aufgrund derer er die jeweilige Handlung vornahm. Aufgrund kriminalistischer Erfahrung aus einer Vielzahl gleichgelagerter Fälle ist davon auszugehen, dass der jeweilige Betrachter auch inkriminiertes Material besitzt. Daraus schlussfolgert die Staatsanwaltschaft einen möglichen Anfangsverdacht gemäß § 184 b und c Strafgesetzbuch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Edathy hat sich in der Bundespressekonferenz im Dezember 2014 besonders seiner Internetkenntnisse und Google-Künste - in Anführungsstrichen - gerühmt. Im Internet findet man seit vielen Jahren Debattenbeiträge zu der Frage: Was ist bei Nacktbildern noch legal? Was ist illegal? Genauso gibt es Hinweise auf die Durchführung von Durchsuchungen als polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Maßnahme, die von kriminalistischen Prognosen ausgehen. Speziell zu den Aktionen der kanadischen Polizei in Verbindung mit der Filmfirma Azov finden sich schon im März des Jahres 2013 viele Hinweise, auch über Festnahmen und Hausdurchsuchungen insbesondere in Kanada. Herr Edathy konnte *sehr* genau wissen, welche Probleme er zu erwarten und mit welcher Firma er sich eingelassen hatte.

Da es sich bei den Konsumenten von Kinderpornografie oder von verwandten Produkten aufgrund der pädophilen Neigung häufig um sogenannte Getriebene handelt, ist es typisch, dass das Bildmaterial auf Reisen mitgenommen wird. Wer ständig unterwegs ist, einen zweiten Wohnsitz hat oder immer wieder in Hotels übernachten muss, wartet nicht bis zum Wochenende, bis er wieder zu Hause am eigenen PC sitzt. Heute lädt man das im Internet eingekaufte Bild- oder Filmmaterial auf einen Stick oder könnte es in eine Cloud stellen, um dann über ein mobiles Endgerät, zum Beispiel einen Laptop, immer und von überall auf die Bilder zugreifen zu können. Dass Pädophile ihr Film- und Fotomaterial tatsächlich vernichten, ist eher selten; so die polizeiliche Erfahrung. Die heutigen technischen Möglichkeiten reduzieren die Entdeckungswahrscheinlichkeit



2. Untersuchungsausschuss

erheblich. Allerdings könnte auch ein Laptop bei einer eingehenden forensischen Untersuchung eventuell noch Spuren aufweisen.

Meine Damen und Herren, zurück zum chronologischen Ablauf. Nach Darstellung im Bericht des *Stern* hat Herr Edathy beim Zusammentreffen mit Herrn Hartmann auf dem SPD-Parteitag am 15. November 2013 aus den Medien von Berichten der kanadischen Behörden zur Operation „Spade“ bereits gewusst. Wie sahen diese Meldungen aus?

Am 14.11.2013 meldet dpa um 17. 55 Uhr auszugsweise Folgendes: „Kinderpornoring in Kanada gesprengt“, „Hunderte Kinder gerettet“: „Ein Kanadier soll über das Internet Hunderte Kunden auf der ganzen Welt mit Kinderpornos versorgt haben.“ Der 42 Jahre alte Mann aus Toronto habe vor allem in Osteuropa Sexvideos und Sexfotos mit Kindern - ausschließlich Jungen - beschafft und dann in vielen anderen Ländern verkauft. „Die Ermittlungen hätten im Oktober 2010 begonnen.“ „Letztlich hätten Hunderte Kunden des Kanadiers identifiziert werden können.“ „Fahndern in mehr als 50 Ländern seien die Ermittlungsergebnisse der Operation ‚Spade‘ ... zur Verfügung gestellt worden.“

Am 14.11.2013 bringt *Spiegel Online* um 18.28 Uhr die Meldung aus Kanada. Ergänzend zur dpa-Meldung heißt es: „Unter den Opfern sollen auch Jungen aus Deutschland sein.“ „Der Haupttäter hatte ... auch Kontakte nach Deutschland“, „habe sich vor allem in Osteuropa Sexvideos mit fünf- bis zwölfjährigen Jungen beschafft.“

Diese Meldung greift am 14.11.2013 um 23.55 Uhr *Bild* „LIVE@NIGHT“ auf. Ergänzend heißt es:

Die Polizei arbeitete drei Jahre an dem Fall - auch in Deutschland. Jetzt schlugen die Ermittler zu!

... 386 Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren wurden ... identifiziert. ...

Fahnder in mehr als 50 Ländern hatten Zugriff auf die Ermittlungsergebnisse ...

Laut Polizei in Toronto hatte der Haupttäter auch Kontakte nach Deutschland, ebenso waren deutsche Kinder unter den Opfern.

Am 15.11.2013, 02.19 Uhr, meldet APD (?) die kanadischen Ermittlungen. Auszugsweise heißt es:

Gegen 399 Männer im Alter von 22 bis 76 Jahren seien

- in Australien -

Strafverfahren eingeleitet worden, in den meisten Fällen wegen Zugriffs auf Inhalte der Kinderporno-Webseite. ... Die Polizei hatte 103 Hausdurchsuchungsbefehle ausgeführt.

Meine Damen und Herren, was mag Herr Edathy gedacht haben, als er diese Nachrichten zur Kenntnis nahm? Das passte alles haargenau auf die Produkte, die er selbst auch bestellt hatte. Vielleicht, dass demnächst auch bei ihm die Polizei und Staatsanwaltschaft vor der Tür stehen werden? Das wäre das Wahrscheinliche. Es wäre nahe liegend, dass alle Befürchtungen von Herrn Edathy, die er möglicherweise schon jahrelang hatte, ihm jetzt stärker als jemals zuvor bewusst wurden. Muss eine Warnung eigentlich noch klarer sein als diese Medienberichte? Meine damaligen Mitarbeiter waren empört, dass die Kanadier unsere Ermittlungen in Deutschland beeinträchtigten. Auch der Leitende Oberstaatsanwalt Fröhlich von der Staatsanwaltschaft Hannover sprach in seiner Anhörung vor dem Innenausschuss davon, dass Herr Edathy ab diesem Zeitpunkt hätte gewarnt sein können.

Nach meiner festen Überzeugung bedurfte es keines Informanten, weder aus dem BKA noch aus den Bundesländern oder von anderer Seite. Herr Edathy wusste spätestens im November 2013, was auf ihn zukommen könnte. Ihm dürfte sofort klar gewesen sein, dass ein Strafverfahren unaufhaltsam auf ihn zurollte. Nach meiner Überzeugung hätte er wissen müssen, dass er auch mit dem Argument, es habe sich bei den gekauften Nacktbildern kleiner Jungen aus Osteuropa nur um legale Ware handelt, keine Chance haben



2. Untersuchungsausschuss

würde, eine Funktion in der neuen Bundesregierung oder in seiner Fraktion zu erhalten. Sollte Herr Edathy tatsächlich geglaubt haben, er könne zwar unethisch und unmoralisch handeln und dennoch wiedergewählt werden? Noch irrationaler geht es ja wohl nicht mehr. Doch bis in den Januar 2014 soll er angeblich an seine politische Aufstiegschance geglaubt haben. Oder war auch das alles nur Teil einer Inszenierung? Spätestens hier wird deutlich, dass an dieser Geschichte etwas nicht stimmen kann. Ich glaube, dass er genau wusste, dass der Verdacht der Pädophilie ihn zu einem Geächteten der Gesellschaft machen würde und er für kein politisches Amt mehr geeignet war.

Meine Damen und Herren, ich möchte wegen des chronologischen Ablaufs an dieser Stelle noch einmal auf die erste Anfrage des Anwalts von Edathy bei der Staatsanwaltschaft eingehen. Welche Absicht stand eventuell dahinter? Ein Anwalt erkundigt sich, ob gegen Herrn Edathy ein Ermittlungsverfahren läuft. Er signalisiert dem erstaunten Staatsanwalt, dass sein prominenter Mandant von Ermittlungen etwas ahnt oder weiß. Könnten sich Herr Edathy und der Rechtsanwalt eigentlich vorstellen, wie der Staatsanwalt reagieren würde? Natürlich. Er würde ihnen nicht bestätigen, dass er ein laufendes - - oder Überlegungen zur Einleitung eines Strafverfahrens hat, natürlich nicht. Stattdessen - ich wiederhole diesen Gedanken noch einmal - müssten Herr Edathy und sein Anwalt damit rechnen, dass sehr bald eine Hausdurchsuchung stattfindet. Da er damit zwingend rechnen muss, hätten vorher die Beweismittel bereits vernichtet oder beiseitegeschafft sein müssen. Wäre das unlogisch? Andernfalls wäre das Risiko enorm gewesen, dass der Anwalt durch diese Anfrage bei der Staatsanwaltschaft seinen Mandanten sozusagen der sofortigen Strafverfolgung ausgeliefert hätte.

Was soll also diese Anfrage? Soll dem Staatsanwalt signalisiert werden: „Wir rechnen mit Ermittlungen; mein Mandant ist vorbereitet; bei uns werden Sie keine zusätzlichen Beweismittel finden“? Sollte der Staatsanwalt beeinflusst werden, auf eine mit hoher Wahrscheinlichkeit öffentlichkeitswirksame Hausdurchsuchung zu verzichten? Ich halte dies für möglich, da Herr Edathy die öf-

fentliche Polizeiaktion und die damit verbundene Berichterstattung über den dann gescholtenen Skandalpolitiker Edathy in Deutschland am meisten fürchten musste. Tatsächlich aber geht es wohl nur noch um Schadensbegrenzung. Dass seine politische Laufbahn beendet war, müsste Herr Edathy, wie schon dargestellt, seit November 2013 eigentlich klar gewesen sein.

Meine Damen und Herren, der mobile Laptop, der angeblich erst Ende Januar 2014 plötzlich verschwand, könnte als Träger oder als Mittel zum Zugriff auf seine Geheimnisse vermutet werden. Der angebliche Diebstahl ist eine mehr als dubiose Geschichte. Da lässt ein Bundestagsabgeordneter in einem Zug nach Holland angeblich Ende Januar 2013 immerhin 20 Minuten lang einen Laptop des Bundestages unbeaufsichtigt liegen, und als er weg ist, zeigt er dies nicht an. Das besonders Dubiose ist die Nichtanzeige. Warum? Seit November 2013 vermutete Herr Edathy angeblich, dass seine Bestellung in Kanada eventuell Ermittlungen in Deutschland gegen ihn ausgelöst haben. Sein Anwalt fragt sogar bei der Staatsanwaltschaft nach. Es ist nahe liegend, dass Herr Edathy sogar erwartet, dass die Staatsanwaltschaft Hannover sich mit der Frage einer Hausdurchsuchung beschäftigen wird. Sollte der Laptop gefunden werden, hätte er möglicherweise ein Problem. Aber auch wenn der Laptop fehlt, gerät Herr Edathy in Erklärungsnot. Doch trotz der Anfrage des Anwalts geschieht nichts. Verzichtet die Staatsanwaltschaft auf eine Durchsuchung, weil die Erfolgswahrscheinlichkeit nach dieser Vorgeschichte mit dem Anwalt als wenig wahrscheinlich gilt? Hofft Edathy immer noch, dass ihm eine eventuell öffentlich werdende Durchsuchung erspart bleibt? Er steckt in einem Dilemma. Soll er in dieser Situation eine Strafanzeige wegen eines gestohlenen Laptops erstatten? Wer würde das glauben? Schlagartig würde er in den Verdacht der Beweismittelvernichtung geraten. Plausibel wäre es, falls man etwas zu verbergen hat, dass man in einer solchen Situation erst Anzeige nach einer tatsächlich stattgefundenen Durchsuchung erstattet und hofft, dass in dem ganzen Trubel einer größeren Inszenierung diese Laptop-Geschichte schlicht untergeht. Beweisen lässt sich ja eh nichts. Ein Verfahren würde schnell eingestellt. Ein reuiger Dieb, der den Laptop abliefern, wäre nicht zu erwarten. Über die



2. Untersuchungsausschuss

Plausibilität dieser Hypothese wird das Verdener Verfahren eine Antwort geben.

Sollte sich der Verdacht gegen Herrn Edathy wegen des Besitzes von Kinderpornografie bestätigen, wobei der Tatzeitpunkt in der ersten Novemberwoche 2013 liegen soll, also noch vor dem Parteitag der SPD, dann bricht sein Kartenhaus an Beteuerungen zum legalen Besitz von Nacktbildern und nachträglicher ehrlicher Aufklärung vollends zusammen. Die Prognose der Staatsanwaltschaft bei Tätern mit pädophiler Neigung würde voll bestätigt.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle zurück zur Bundespressekonferenz, zu den Empfehlungen von Herrn Edathy an die Journalisten, die aufmerken lassen. Sinngemäßes Zitat: Fragen Sie einmal bei der Bundestagsverwaltung nach, wie oft Abgeordnete ihren Laptop als gestohlen melden! Bestimmt sieben bis acht pro Jahr. - So Edathy zu den Journalisten. Das könnte man als Ablenkung von einem für ihn heiklen Problem interpretieren. Die Fragen hätte natürlich ganz anders lauten müssen, zum Beispiel: Wie viele Bundestagsabgeordnete vergessen ihren Laptop unter anderem in der Lounge, auf dem Flughafen, im Zug oder im Hotel, melden ihn als abhandgekommen oder als gestohlen? Oder wie viele zeigen den Diebstahl nicht an? Vor allem aber: Wie viele Abgeordnete melden einen Diebstahl erst nach einer Hausdurchsuchung, geben an, dass schon zehn Tage vor der Durchsuchung die Tat stattgefunden habe, ohne dies der Bundestagsverwaltung oder der Polizei anzuzeigen? Ich bin davon überzeugt: Nur der Ausnahmefall von Herrn Edathy dürfte in dieser Statistik erscheinen.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht beurteilen, wie viel Wissen von Herrn Edathy im Nachhinein aufgrund der Aktenkenntnis mit angeblichen Ermittlungsdetails und mit Bezügen zum Bundeskriminalamt und zu meiner Person in einen scheinlogischen Zusammenhang gebracht und damit scheinbar auch plausibel gemacht worden sind. Herr Edathy hätte die mindestens zwölfstündigen Wortprotokolle meiner Anhörung und meiner Mitarbeiter vor dem Innenausschuss eventuell einsehen können. Es bedarf daher kriminalistisch einer genauen Ana-

lyse, wann welches Wissen oder die Kenntnis davon bei Herrn Edathy entstanden ist oder hätte entstanden sein können.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sollte man sich auch einmal etwas klarer vergegenwärtigen, wer alles zu diesem Zeitpunkt im Oktober 2013 von einem Herrn Edathy auf einer kanadischen Liste gewusst haben könnte. Könnten es bis zu 300 Personen in Deutschland gewesen sein? Objektiv ist festzustellen: die Amtsleitung des BKA, Abteilungsgruppen, Referatsleiter verschiedener Abteilungen einschließlich einer Anzahl von Mitarbeitern.

Hierzu eine besondere Anmerkung: Nach Abgabe der aufbereiteten Fallunterlagen an die Staatsanwaltschaft hat es auf der Arbeitsebene nach Abgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft auf meine Weisung hin Kontakte des BKA zur Staatsanwaltschaft Hannover gegeben. Die Gründe dafür ergaben sich aus der besonderen Brisanz des Falles Edathy und weil der Fall Edathy der erste Kategorie-2-Fall aus der Operation „Spade“ für Deutschland war, der einer Staatsanwaltschaft aufbereitet vorlag. Deshalb wollte ich wissen, ob die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren oder eine Durchsuchung einleiten wird.

Eine öffentlich werdende Durchsuchung eines Kategorie-2-Falles in Deutschland hätte eventuell Auswirkungen auf alle anderen Fälle gehabt, die noch in der Bearbeitung waren. Die große mediale Aufmerksamkeit einer Durchsuchung beim früheren Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses NSU hätten wir dann mit Beginn der Durchsuchung auch dem Bundesinnenministerium nachberichtet. Dies ist im Übrigen bei allen besonderen öffentlichen Verfahren, die eine solche Aufmerksamkeit hervorrufen können, eine geübte Praxis. Allerdings läuft diese Information an das Bundesinnenministerium erst immer am Tage der Durchsuchung nach Beginn der Durchsuchung - um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Ich selbst bin in der Folgezeit, ohne selbst erneut aktiv eine Berichterstattung anzufordern, gelegentlich von meinem Leiter des Stabes informiert worden. Im Hinblick auf eine Nachberichterstattung an das Bundesinnenministerium kann ich



2. Untersuchungsausschuss

nur eine einzige erinnern. Ein Anwalt von Herrn Edathy hatte bei der Staatsanwaltschaft Hannover angerufen. Diese Information hat mein damaliger Vizepräsident Dr. Stock mündlich an den Staatssekretär nachberichtet. Auch darüber ist bereits im Innenausschuss gesprochen worden. Die Informationsübermittlung zwischen Ermittlungsbehörden ist gerade bei herausragenden Verfahren üblich - insbesondere wenn mögliche Durchsuchungsmaßnahmen später bundesweit abzustimmen sind. Ich möchte an dieser Stelle nochmals versichern, dass ich darüber weder mit Herrn Hartmann noch mit Herrn Edathy jemals gesprochen habe.

Ich möchte auch an dieser Stelle nochmals wiederholen: Es gab nichts mehr zu beschützen, weder die SPD noch Herrn Edathy. Das Verfahren lag in den Händen der Justiz. Herr Edathy war bereits gewarnt, und eine öffentlich werdende Hausdurchsuchung konnten weder ich noch sonst irgendjemand aus dem BKA verhindern. Warum auch?

Meine Damen und Herren, weitere potenzielle Wissensträger zu diesem Zeitpunkt sind die Dienststellen für die Bekämpfung von Kinderpornografie in den 16 Landeskriminalämtern, insbesondere auch Mitarbeiter von dem zuständigen Polizeirevier und der Polizeistation am Wohnort von Herrn Edathy sowie vorgesetzte Dienststellen bei der Polizei in Niedersachsen. Schon im Januar 2013 lag die Liste mit 800 Namen zum Beispiel im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen einen Beamten des BKA bei den Strafverfolgungsbehörden in Rheinland-Pfalz vor. Ferner waren das Bundesinnenministerium und die Spitze der SPD informiert.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover, Herr Fröhlich, zeigte sich in einem Interview im Dezember 2014 fassungslos, weil der Fall Edathy seit Oktober 2013 in der bundes- und niedersächsischen Landespolitik kursierte, bevor die Staatsanwaltschaft davon Kenntnis erhielt. Die Justizministerin von Niedersachsen behauptete in ihrer Anhörung vor dem Innenausschuss laut Wortprotokoll, dass die Information über die Identifizierung von Edathy allen bei der Polizeiinspektion

an seinem Wohnort in Nienburg bekannt gewesen sei, weil Herr Edathy einen engen Kontakt zur Polizei aufgebaut hatte.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf die im Bericht des *Stern* veröffentlichten SMS-Nachrichten eingehen. Dazu müsste ich auf der Zeitachse des Falles Edathy den 17.10.2013, den Tag der Berichterstattung an das Bundesinnenministerium und die Weitergabe der Informationen durch den Minister, und den 15.11.2013, die Begegnung zwischen Herrn Edathy und Herrn Hartmann auf dem SPD-Parteitag, in Erinnerung rufen. Zwischen diesen beiden Zeitpunkten liegen fast genau vier Wochen. Bemerkenswert ist das deshalb, weil die gesamte Bearbeitungsphase im BKA, auf die ich ja hätte Zugriff nehmen können, meines Wissens von Herrn Edathy bisher nicht erwähnt worden ist. Nahe liegend wäre doch, dass gerade die Information des BKA bis zur Abgabe an die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt von größtem Interesse gewesen wäre für Herrn Edathy. Zum Beispiel: Welche Beweismittel haben die Kanadier eigentlich geschickt? Um welche Bestellungen aus welchen Jahren geht es überhaupt? Hat man Kontoauszüge oder die Bezahlungen vorliegen? Sind die Downloads nachgewiesen? Zieht man das Verfahren Edathy in der Bearbeitung vor? Was ergibt sich aus der Abverfügung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt an die Generalstaatsanwaltschaft Celle?

Diese Ermittlungsdetails scheinen Herrn Edathy nie erreicht zu haben. Oder kann er nachweisen, dass er vor der Akteneinsicht durch seinen Rechtsanwalt die Antwort auf einige dieser Fragen schon hatte? Offensichtlich hat er keine Quelle im BKA gehabt. Wäre es anders gewesen, könnte man annehmen, dass ihm vermutlich das Verfahren vor dem Landgericht in Verden erspart geblieben wäre; denn der Zugriff auf kinderpor-nografische Produkte über den Bundestagsserver soll sich in der ersten Novemberwoche 2013, also zehn Tage vor dem SPD-Parteitag und zehn Tage vor den Veröffentlichungen der Kanadier über ihre weltweiten Ermittlungen, ereignet haben. Ferner ist die Abgabeverfügung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt Ende Oktober 2013 bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle zur Frage einer Hausdurchsuchung nämlich sehr eindeutig. Doch von alledem hat Edathy offensichtlich



2. Untersuchungsausschuss

nichts gewusst. Hier bestand doch für ihn die größte anzunehmende Gefahr, dass nämlich sehr bald eine Hausdurchsuchung durch die niedersächsische Justiz hätte stattfinden können. Ganz offensichtlich habe ich ihn nicht gewarnt.

Meine Damen und Herren, ich frage deshalb: Welches Erweckungserlebnis sollte ich nach vier Wochen gehabt haben, um Herrn Edathy über Herrn Hartmann von nun an auf dem Laufenden zu halten bzw. die SPD besonders zu schützen, zu einem Zeitpunkt, in dem das Verfahren nicht mehr in der Bearbeitung des BKA war und Herr Edathy durch die kanadischen Ermittlungsergebnisse nachweislich informiert und damit gewarnt war? Stattdessen könnte man angebliche SMS-Nachrichten im Bericht des *Stern* lesen, die eher allgemeiner Natur sind. Diese könnte jedermann im Hinblick auf die Verfahrensabläufe bei internationalen Ermittlungen wegen Kinderpornografie in Erfahrung bringen. Sie beginnen beim BKA und bei der ZIT in Gießen und enden in dem jeweiligen Bundesland der Verdachtsperson. Dort sind in besonderen Fällen die Generalstaatsanwaltschaft und generell die zuständige Staatsanwaltschaft des Wohnortes der Verdachtsperson die Beteiligten.

Meine Damen und Herren, der angebliche Inhalt einer bestimmten SMS aus dem Bericht im *Stern* - nur darauf kann ich mich beziehen - ist mir besonders aufgefallen. Sinngemäß soll es da um eine Art Entwarnung für Herrn Edathy gehen, dass er sich keine Sorgen machen solle, weil die Staatsanwaltschaft wohl nichts mehr unternehmen werde. Das kann fachlich-inhaltlich keine polizeiliche Information und Bewertung des Falles sein; kann es nicht. Falls es diese Information gegeben haben sollte, könnte dies auf eine andere Informationsquelle des Herrn Edathy hindeuten.

Ferner fällt auf, dass der absolut wichtigste Termin, nämlich der Termin der Hausdurchsuchung bei Herrn Edathy, im Bericht des *Stern* mir direkt nicht zugerechnet wird, obwohl Herr Edathy behauptet, fortlaufend über alles Wichtige von mir als Quelle informiert worden zu sein. Hier gibt es nach meiner Kenntnis aus Medienberichten auch zeitliche Merkwürdigkeiten im Hinblick auf den Antrag der Staatsanwaltschaft zur Aufhebung der Immunität und den Zeitpunkt der Erklärung von

Herrn Edathy zum Verzicht seines Bundestagsmandats. Auch davon kann weder jemand aus dem BKA noch ich gewusst haben. Dies könnte allenfalls auf eine andere Quelle hindeuten.

Da im Bericht des *Stern* explizit auf das gemeinsame Treffen von Herrn Hartmann und mir am 21. Januar 2014 eingegangen wird, möchte ich hierzu Folgendes klarstellen: Über Herrn Edathy ist nicht gesprochen worden. Auch über die Einleitung eines Verfahrens oder eine eventuelle Durchsuchung bei Herrn Edathy ist nicht gesprochen worden. Dies wäre auch inhaltlich gar nicht möglich gewesen, weil die Staatsanwaltschaft Hannover und die Generalstaatsanwaltschaft Celle, wie wir aus der Anhörung im Innenausschuss wissen, erst am 28. Januar 2014 zu einer Entscheidung gekommen sind und nicht schon am 21. Januar oder davor. Ich habe davon aber erst nach dem 10. Februar 2014 erfahren.

Meine Damen und Herren, was würde eigentlich der Nachweis von Kinderpornografie bei Herrn Edathy im Verdener Verfahren bedeuten? Herr Edathy hat immer gesagt, er habe sich keine Kinderpornografie beschafft. Er drohte jedem mit strafrechtlicher Verfolgung, der über ihn etwas anderes behauptet. Laut Medienberichten behauptete Herr Edathy, ein Dritter habe von seinem PC im Bundestag auf den russischen Server zugegriffen. Ist das auch wieder ein Versuch, andere verantwortlich und zum Sündenbock zu machen? Wahrheit oder Lüge? Was Edathy wohl mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wusste, war die Speicherdauer von Verbindungsdaten auf dem Bundestagsserver.

Meine Damen und Herren, ich fasse die aus meiner Sicht wichtigsten Punkte nochmals kurz zusammen:

Erstens. Es beginnt mit einer eidesstattlichen Versicherung, die die Öffentlichkeit und die Medien beeindrucken soll, aber überhaupt keine rechtliche Relevanz hat. Ohne diese Versicherung hätte er vermutlich seine Geschichte nicht verkaufen können.



2. Untersuchungsausschuss

Zweitens. Es werden von Herrn Edathy ausschließlich Verdächtigungen und Beschuldigungen gegen meine Person vom angeblichen Hörensagen erhoben - ohne jeden Beweis.

Drittens. Herr Hartmann widerspricht Herrn Edathy und sagt ganz eindeutig, dass ich ihn nicht informiert habe.

Viertens. Die absurde und irrationale Annahme von Herrn Edathy, ich wollte ihn schützen, zeigt seinen Realitätsverlust.

Fünftens. Es wäre eine absurde Annahme von Herrn Edathy, ich wollte trotz einer offiziellen Berichtspflicht die SPD schützen, dabei meinen Minister desavouieren und sein Vertrauen mir gegenüber auf Spiel setzen - und dies vielleicht zweimal an ein und demselben Tag, wobei der öffentliche Imageschaden für die Partei ohnehin eingetreten wäre und durch mich in keiner Phase zu verhindern war.

Sechstens. Die Einlassung von Herrn Edathy im Bericht des *Stern*, dass er Kenntnis von Aktionen der Kanadier über eine weltweite Aktion gegen den internationalen Kinderpornografiehandel mit Deutschlandbezug bereits Mitte November auf dem SPD-Parteitag hatte.

Siebtens. Diese Berichte der Kanadier waren eine klare Warnung für Herrn Edathy. Dies hält grundsätzlich auch der Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover für möglich. Das Internet war voll von Berichten über die kanadische Polizei und ihre Ermittlungen gegen die Firma Azov Films - und dies schon weit vor November 2013.

Achtens. Herr Edathy beauftragt seinen Rechtsanwalt, bei der Staatsanwaltschaft Hannover anzufragen. Der Staatsanwalt wundert sich. Herr Edathy fürchtet meines Erachtens die soziale und mediale Bloßstellung durch eine eventuell öffentlich werdende Hausdurchsuchung.

Neuntens. Herr Edathy konnte nicht sicher davon ausgehen, dass nicht bald nach der Anfrage des Anwalts bei der Staatsanwaltschaft tatsächlich eine Hausdurchsuchung stattfindet, zumal auf dem Bundestagsserver bei späteren Ermittlungen Hinweise auf den Bezug von Kinderpornografie

bereits aus der ersten Novemberwoche 2013 gefunden wurde.

Zehntens. Das Verfahren ist noch vor dem Landgericht Verden anhängig. Der Ausgang des Verfahrens wird erhebliche Bedeutung für die generelle Glaubwürdigkeit von Herrn Edathy haben.

Elftens. Herr Edathy stellt den Stand des Verdenner Verfahrens in der Bundespressekonferenz falsch dar. Das Gericht dementiert die Darstellung von Herrn Edathy.

Zwölftens. Herr Edathy verschleiert meines Erachtens in der Bundespressekonferenz die Umstände nach dem angeblichen Verlust seines Bundestags-Laptops. Die Diebstahlanzeige nach einer Hausdurchsuchung trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit nur auf einen Abgeordneten zu, nämlich auf Herrn Edathy.

13. Eine angebliche SMS-Nachricht an Herrn Edathy, die als Entwarnung interpretiert wurde, kann nicht aus den Kreisen der Polizei stammen und deutet auf eine andere Informationsquelle von Herrn Edathy hin.

14. Die wichtigste Entscheidung der Staatsanwaltschaft, ein Verfahren gegen Herrn Edathy einzuleiten und eine Hausdurchsuchung durchzuführen, erfolgte am 28. Januar 2013 [sic!]. Es ist nicht möglich, dass ich davon bereits vor einem Treffen mit Herrn Hartmann am 21. Januar gewusst haben könnte.

15. Die wichtigsten Termine - die Hausdurchsuchung sowie die zeitlichen Umstände beim Verzicht auf das Bundestagsmandat beim Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität - deuten ebenfalls auf eine andere Informationsquelle hin. Ich habe auch von diesen Terminen nichts erfahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herzlichen Dank, Herr Ziercke. Wir danken Ihnen für die zusammenfassende Darstellung.



2. Untersuchungsausschuss

Ich beginne jetzt mit ein paar Fragen. Sie haben ja schon vieles in Ihrem Eingangsstatement angesprochen, was uns hier interessiert. Ich möchte trotzdem an einigen Punkten noch mal konkret nachfragen.

Ich beginne mal damit, mit wem Sie möglicherweise über den Verdacht, der bestand gegen Sebastian Edathy, gesprochen haben, also ob Sie öffentlich vor dem Februar 2014 mit irgendeiner Person außerhalb des Bundeskriminalamts oder des Bundesministeriums des Innern über diese Angelegenheit gesprochen haben, mit irgendeiner anderen Person.

Zeuge Jörg Ziercke: Klare Antwort: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann will ich das noch mal der Reihe nach machen, damit wir das für einzelne Personen, die uns hier ja besonders interessieren, auch noch mal ganz deutlich haben. Haben Sie bis Mitte Februar mit Sebastian Edathy selbst darüber gesprochen oder irgendeinen Kontakt gehabt?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Mit Sigmar Gabriel?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. - Moment, Kontakt mit Sigmar Gabriel hatte ich, aber nicht - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, es geht mir darum, ob Sie über den Verdacht, der gegen Sebastian Edathy bestand, kinderpornografisches Material bezogen oder besessen zu haben, gesprochen haben. Nur darum geht es mir. Kontakt haben Sie natürlich zu vielen Personen - das haben Sie ja auch ausgeführt - - sondern ob Sie darüber gesprochen haben bis Mitte Februar 2014. - Sigmar Gabriel?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frank-Walter Steinmeier?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Christine Lambrecht?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Heiner Staschen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Thomas Oppermann?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und jetzt - das erwarten Sie auch, aber ich frage das noch einmal konkret nach, auch wenn Sie das schon gesagt haben -: Michael Hartmann?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich muss noch mal einschränken: Thomas Oppermann wohl in dem Telefongespräch.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das Telefonat.

Zeuge Jörg Ziercke: Mehr nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dazu kommen wir gleich noch mal. Genau, das Telefonat. Das ist uns ja bekannt. Aber bei sonstigen Gelegenheiten irgendwie noch weiter darüber gesprochen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Zum Telefonat komme ich später noch.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und jetzt noch mal: Michael Hartmann?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, ganz eindeutig.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann möchte ich noch mal konkret nachfragen - Sie haben das auch schon geschildert - zur Information über den jeweiligen Stand des Ermittlungsverfahrens. Sebastian Edathy behauptet ja, Michael Hartmann habe ihn fortlaufend informiert über den Gang der Akte Edathy, über den Stand des Ermittlungsverfahrens, und Quelle dieser Informationen seien Sie gewesen. Das ist ein Sachverhalt, der uns hier insbesondere interessiert. Ich will das noch mal



2. Untersuchungsausschuss

kurz vortragen, was er in der Pressekonferenz gesagt hat. Wir haben das ja alle gehört, aber trotzdem noch mal:

Mindestens einmal die Woche bekam ich halt einen Hinweis: Wie wird das gerade in Hessen bei der Zentralstaatsanwaltschaft eingeschätzt? Wie sieht das die Generalstaatsanwaltschaft in Celle? Wie sieht das die Staatsanwaltschaft in Hannover? Was sagt das BKA aufgrund der eigenen Prüfung dieser kanadischen Filme?

Deshalb würde ich jetzt gerne mit Ihnen noch mal anhand von einzelnen Punkten in chronologischer Reihenfolge diese Informationen durchgehen, damit wir das noch mal herausarbeiten, ob Sie über dieses Wissen tatsächlich verfügen und ob das chronologisch auch zusammenpasst.

Ich fange mal an mit der Prüfung im Bundeskriminalamt. Herr Edathy sagt uns, dass er am 15. November 2013 von Hartmann darüber informiert wurde, dass es einen Verdacht gegen ihn gibt, und Michael Hartmann habe ihm dann gesagt auf dem Bundesparteitag, es werde zurzeit geprüft, ob unter dem angebotenen Filmmaterial auch strafbares Material ist. Das sei also noch in der Prüfung, und es sei noch nicht ganz klar gewesen, ob das strafbar ist. Insbesondere Sie seien in großer Sorge darüber, dass das gegebenenfalls auch strafbar gewesen sei.

Können Sie uns sagen, wann im Bundeskriminalamt die Prüfung hinsichtlich der Strafbarkeit des Materials, was Sie aus Kanada von der Operation „Spade“ bekommen haben, abgeschlossen war?

Zeuge Jörg Ziercke: Das muss Ende Oktober gewesen sein oder eine Woche vor Ende Oktober bei der Abgabe des vorgezogenen Vorganges Edathy an die Generalstaatsanwaltschaft. Wir im BKA, meine Mitarbeiter, waren der Meinung, dass es sich um legales Foto- und Filmmaterial handelt, und die Debatte ging darüber, ob die kriminalistische Prognose bei pädophiler Neigung eben dennoch bedeutet, dass man erwarten darf, dass inkriminiertes Foto- und Filmmaterial aufgefunden wird. Diese Meinung hat sich die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt gebildet, und es

ist in der Abverfügung der Frankfurter an Celle auch genau darauf hingewiesen worden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja. Wir wissen - - Ich kann das gerne mal ergänzen. Sie sagen: Es muss vor Oktober 2013 gewesen sein. - Es war sogar noch viel früher. Ich will Ihnen das mal kurz vortragen. Wir haben das aus den Akten aus der Führungsinformation Nr. 1 zur OP „Selm“ vom 22. November 2012. Ich lese das mal kurz vor:

Die hier vorliegenden Beweismittel, darunter Filme und Fotosets (ca. 500 Stunden Filmmaterial und 70.000 Bilder), wurden bereits gesichtet, nach deutschem Recht bewertet und in zwei Kategorien (Kategorie 1) ... und Kategorie 2 ...

- also dann strafrechtlich nicht relevant -

eingeteilt.

Das war also im November 2012. Hat diese Führungsinformation Sie erreicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Die hat mich bestimmt erreicht sogar, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also dann können wir davon ausgehen, dass Sie bereits im November 2012 wussten, dass die strafrechtliche Prüfung des gesamten Bildmaterials, was das BKA aus Kanada bekommen hatte, hinsichtlich seiner strafrechtlichen Bewertung nach deutschem Recht abgeschlossen war.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich will nicht sagen „abgeschlossen“, weil ich bei Ihrer vorhergehenden Frage das nur auf den legalen Bilderteil bezogen hatte. Natürlich waren die KAT-1-Fälle dabei, die wir ja auch vorgezogen bearbeitet hatten, und da war eigentlich ganz eindeutig, dass das sich um inkriminiertes Material handelt, was strafrechtlich relevant ist. Das kann man als abgeschlossen bezeichnen. Die Auffassungen, die wir uns gebildet haben zum legalen Material, wenn ich die Diskussion meiner Mitarbeiter richtig verfolge, wenn ich das richtig erinnere, die waren durchaus unterschiedlich, weil es da sehr auf die



2. Untersuchungsausschuss

einzelnen Posen ankam, auf die Darstellung ankam, „Was ist im Zentrum des Bildes?“ usw., was letztlich, glaube ich, auch mit dazu geführt hat, dass von den 20 Fällen der Kategorie 2, die wir an die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben hatten, vier davon wieder aussortiert worden sind, weil man meinte, dieser Film, der da eine Rolle spielt, sei nicht so relevant und so deutlich und klar zu subsumieren.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Mir geht es insbesondere um den Punkt, wenn Herr Edathy ausführt, das er Mitte November von Michael Hartmann darüber informiert worden sei, dass Sie noch was prüfen im Bundeskriminalamt, dass Sie aber sagen können, dass spätestens Mitte Oktober 2013 die Prüfung hinsichtlich der Strafbarkeit komplett abgeschlossen war im Bundeskriminalamt. Das kann ich so festhalten?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ganz eindeutig. Deshalb sagte ich ja auch: Ende Oktober, also mit Abgabe an die Generalstaatsanwaltschaft, hatten wir, was die rechtliche Bewertung angeht, im Grunde keine Karten mehr im Spiel.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also diese Aussage, dass da noch etwas geprüft würde, kann dann dementsprechend nicht stimmen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich dazu: Ich gehe den Verlauf der Akte noch mal ein Stückchen weiter, überspringe jetzt die ZIT und komme dann zu Celle. Das ist ja ein relevanter Gesichtspunkt. Sebastian Edathy hat in der letzten Ausschusssitzung hier am 18. Dezember ausgesagt:

Die Akte ist dann nach Celle gegangen. Ich bin also auch informiert gewesen, wann die in Celle war ...

Ein Datum hat er da nicht erwähnt.

Wann haben Sie denn erfahren, dass die Akte von der ZIT, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, an die Generalstaatsanwaltschaft nach Celle gegangen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Das müsste ich in dem Moment erfahren haben, als die Rückmeldung der Staatsanwaltschaft Frankfurt an uns gegangen war. Das ist da so üblich, dass man weiß, wo der Vorgang geblieben ist, weil es dann häufig so ist, dass sich Erfordernisse der Zusammenarbeit mit der jeweiligen örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft ergeben. Ich weiß nicht, ich kann es nicht mehr hundertprozentig erinnern, aber ich gehe einfach davon aus, dass ich zu dem ... (akustisch unverständlich) eine Führungsinformation bekommen habe und im Bilde war.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir haben in den Akten eine Führungsinformation, Führungsinformation Nr. 5, 28. Oktober 2013. Da steht drin: Gemäß schriftlicher Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, ZIT, wurde die Akte mit beiliegender Abgabeverfügung am heutigen Tag, 28.10.2013, -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - an die zuständige Generalstaatsanwaltschaft Celle weitergeleitet. - Wussten Sie, dass von der ZIT über die Generalstaatsanwaltschaft Celle dann zur Staatsanwaltschaft Hannover die Akte gehen würde? Denn das wich ja von der üblichen Praxis ab. Normalerweise wurde ja von der ZIT direkt an die zuständige Staatsanwaltschaft abverfügt. Das war ja hier ein besonderes vereinbartes Vorgehen. War Ihnen das bekannt?

Zeuge Jörg Ziercke: Das war mir bekannt, weil es ein besonderer Fall war, weil hier ein Politiker involviert war in besonderer Weise, und dass das nur eine Zwischenstation war, dass die Akte dann an die zuständige Staatsanwaltschaft am Wohnort des Beschuldigten weiterlaufen wird.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das heißt, ich kann festhalten: Sie wussten bereits Ende Oktober ausweislich dieser Führungsinformation, dass die Akte Sebastian Edathy über die Generalstaatsanwaltschaft Celle zur Staatsanwaltschaft nach Hannover gehen würde. Das war Ihnen bekannt?

Zeuge Jörg Ziercke: Auf jeden Fall, weil Celle das mit Sicherheit nicht selbst bearbeitet hätte.



2. Untersuchungsausschuss

Das macht immer die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich zur Staatsanwaltschaft Hannover, wo sie dann ja landete. Da hat Sebastian Edathy bei seiner Vernehmung hier am 18. Dezember 2014 gesagt:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Hartmann teilte mir im Dezember 2013 oder im Januar 2014 mit, dass meine Akte von der Generalstaatsanwaltschaft Celle - da war sie mittlerweile, von Gießen kommend gelandet - zur Staatsanwaltschaft in Hannover gegangen sei.

Also, Dezember 2013/Januar 2014 soll Hartmann Sebastian Edathy das mitgeteilt haben. Tatsächlich ist die Akte bereits am 5. November 2013 bei der Staatsanwaltschaft Hannover -

Zeuge Jörg Ziercke: Das ging relativ zügig. Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - eingetroffen, also zehn Tage vor dem Gespräch Edathy/Hartmann auf dem Bundesparteitag. Ab wann gingen Sie denn davon aus, dass die Akte bei der Staatsanwaltschaft Hannover angekommen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, das kann ich nicht mehr hundertprozentig sagen jetzt. Wenn es eine Führungsinformation gibt, die ich bekommen haben soll, dann habe ich dieses Wissen gehabt, selbstverständlich. Das kann ich Ihnen aber nicht sagen. Aber ich war eigentlich davon ausgegangen, dass dieser Prüfprozess Generalstaatsanwaltschaft relativ kurz nur sein würde, maximal vielleicht zehn Tage, und dass dann die ganze Sache auch weiterlaufen müsste.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich zu Ihrem möglichen Wissen über die Durchsuchungen bei Sebastian Edathy - Sie haben selbst ja auch schon ein bisschen was gesagt - und zu der Frage, inwieweit Sie Kontakt zur Staatsanwaltschaft Hannover hatten. Sebastian Edathy hat hier ausgesagt:

... im Januar - Ende Januar meiner Erinnerung nach

- also 2014 -

teilte mir Herr Hartmann mit, das könnte jetzt sehr ernst werden mit einiger Wahrscheinlichkeit. Die Staatsanwaltschaft in Hannover sei wohl gewillt, wie er sich ausdrückte, alle Register zu ziehen, sprich: Immunitätsaufhebung, Durchsuchungsmaßnahmen.

Wann und wie haben Sie denn davon erfahren, dass die Staatsanwaltschaft Hannover tatsächlich ein Ermittlungsverfahren gegen Sebastian Edathy eröffnen und dann auch Durchsuchungsmaßnahmen durchführen würde?

Zeuge Jörg Ziercke: Von Durchsuchungsmaßnahmen und von der tatsächlichen Eröffnung habe ich meines Erachtens nichts erfahren. Ich kann das nicht erinnern, dass ich da eine Führungsinformation bekommen habe. Kann sein, dass darüber gesprochen worden ist; aber ich habe kein präsentenes Wissen darüber, vom Termin sowieso nicht. Ich weiß nur, dass der Staatsanwalt, der bei uns auch ein-, zweimal angerufen hatte, dann Unterlagen anforderte, zu erkennen gegeben hatte, dass er möglicherweise die Einleitung eines Verfahrens prüft oder dass er es für wahrscheinlich hielt, dass was kommen könnte. Aber es war niemals so, dass er gesagt hat - so erinnere ich das jedenfalls -, dass hier eine Entscheidung getroffen worden ist, das auch wirklich zu tun.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: In den BKA-Akten finde ich den Satz - ich zitiere jetzt -:

Von der anstehenden Durchsuchung bei Edathy war das BKA nicht informiert.

Das ist die Führungsinformation Nr. 7 vom 11. Februar 2014.

Zeuge Jörg Ziercke: Wir haben es aus den Medien erfahren.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Das hatten Sie auch im Innenausschuss gesagt, in der 4. Sitzung:

Wir haben von der Durchsuchungsmaßnahme erst am 11.



2. Untersuchungsausschuss

- gemeint ist 11. Februar -

aus der Zeitung erfahren.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wussten Sie aber vielleicht schon vorher, dass eine Durchsuchung bei Edathy von der zuständigen Staatsanwaltschaft grundsätzlich beabsichtigt ist? Hatten Sie etwas davon gehört? Denn wenn ich Ihnen das mal kurz vorhalten darf: Führungsinformation Nr. 6 vom 27. November 2013. Da steht drin:

Der zuständige Staatsanwalt, Herr Klinge,

- dass ist der, über den wir schon sprachen -

signalisierte, dass er grundsätzlich eine Durchsuchung bei MdB Edathy anregen würde ...

Zeuge Jörg Ziercke: Davon habe ich Kenntnis gehabt. Das hatte ich mit meinem Vertreter auch diskutiert. Wir waren dann vor der Frage, wenn ich es richtig erinnere - jetzt auch aus der Vorbereitung zu dieser Sitzung -, dass wir entschieden hatten, darüber das Innenministerium nicht zu informieren, weil wir der Meinung waren, dass diese Aussage nichts wesentlich Neues ist, dass dies nur sozusagen so eine Art Zwischenergebnis war, aber dass wir dem Ministerium, wenn es denn dazu gekommen wäre, wegen der öffentlichen Wirkung auch einer solchen Polizeiaktion oder Staatsanwaltschaftsaktion nur berichtet hätten, wenn eine Entscheidung getroffen worden ist. Das konnte ich diesem Vermerk nicht entnehmen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber ich frage da noch mal nach: Mussten Sie dann nicht jederzeit damit rechnen, dass so ab Ende November, sage ich mal, Anfang Dezember 2013 mit dem Beginn der Ermittlungen gegen Sebastian Edathy begonnen wird durch die Staatsanwaltschaft Hannover?

Zeuge Jörg Ziercke: Das wäre sicherlich möglich gewesen. Aber wir hatten ja die Erfahrung gemacht, seit Anfang November bis Ende des Jahres passierte nichts. Es passierte auch im ganzen Januar nichts, und es ging ja dann am 10. Februar

erst los. Also, das hing auch damit zusammen, dass die Aufbereitung weiterer Fälle - - Ich weiß nicht, ob dass das Schreiben war, was Sie jetzt zitieren, wo der Staatsanwalt auch die weiteren Fälle gerne beiziehen wollte, um zu dem Ergebnis einer breiteren Prüfung zu kommen, die dann zur Grundlage gemacht worden wäre.

Das war auch deshalb auf jeden Fall sinnvoll noch unter einem anderen Aspekt, der nachher auch so in Niedersachsen, meine ich, umgesetzt wurde, dass man nicht nur bei Herrn Edathy hätte durchsuchen dürfen, sondern hätte gleichzeitig eigentlich in Niedersachsen und in ganz Deutschland durchsuchen müssen. Insofern haben die Niedersachsen, wenn ich es richtig erinnere, da nicht nur bei Edathy durchsucht, sondern auch bei vielen anderen gleichzeitig durchsucht. Das ist normalerweise auch polizeiliche Vorgehensweise; denn der Fall Edathy hätte ja zu einer Wellenbewegung geführt - wie ja geschehen -, und alle anderen wären ja in besonderer Weise dann noch mal gewarnt worden. Insofern konnte ich aber aus dieser Information nicht entnehmen, dass das unmittelbar bevorstand.

Dass das eine Prüfung war, die ständig am Laufen war, das war ja von Anfang an im Grunde so. Und dass die weitere Fälle haben wollten, war auch klar. Sie wollten also keinen Präzedenzfall schaffen. Insoweit konnte ich verstehen, dass diese Prüfung anhielt. Wenn ich das richtig sehe, haben wir Mitte Dezember, glaube ich jedenfalls, dann der Staatsanwaltschaft Hannover die restlichen Akten übermittelt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich halte das noch mal fest: Also, Sie haben gewusst, dass die Staatsanwaltschaft Hannover das grundsätzlich beabsichtigt, dass das noch geprüft wird.

Zeuge Jörg Ziercke: Von Anfang an, selbstverständlich.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie konnten auch damit rechnen; aber Sie haben nichts Konkretes gewusst.

Zeuge Jörg Ziercke: Vielleicht darf ich da noch mal sagen: -



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, bitte.

Zeuge Jörg Ziercke: - Die Abverfügung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt beinhaltet das ja sogar. Das heißt, die Generalstaatsanwaltschaft hat nicht von sich aus gesagt: „Wir empfehlen eine Durchsuchung“, sondern hat ihre eigene Rechtsauffassung ja schon in diese Abverfügung, die ich hier vorhin auch zitiert hatte, hineingeschrieben sogar, wo ganz klar zum Ausdruck kam, dass die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt, die ZIT, eine Durchsuchung für rechtlich zulässig hält. Deshalb musste das in der Folge eindeutig zu einer weiteren Prüfung kommen. Und deshalb - - Der Prüfprozess, der begann eigentlich in dem Moment, wo die Akte in Celle eintraf, und setzte sich dann in Hannover fort.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich jetzt noch mal zu einem ganz entscheidenden Punkt, weil Sie das eben selbst auch gesagt haben. Nach der Aktenlage sieht das für mich so aus, dass insbesondere Ende Januar, also in dieser kritischen Zeit Ende Januar 2014, von der Leitungsebene des Bundeskriminalamtes ab diesem Zeitpunkt ein gesteigertes Interesse auch daran war, zu erfahren, wie der Gang der Ermittlungen ist - Sie haben das selbst ja angesprochen - durch Ihren Leitungsstab. Wir müssen das ja auch gegenüberstellen mit dem oder vergleichen mit dem, was Sebastian Edathy gesagt hat. Und ich sage das jetzt mal so deutlich: Das könnte natürlich eventuell zu der Aussage von Sebastian Edathy passen, er sei zu diesem Zeitpunkt gewarnt worden vor den Durchsuchungen. Deswegen will ich das hier sehr konkret noch mal eben ansprechen. Sie hatten das ja selbst gesagt, dass Ihr Leitungsstab mehrfach telefonisch mit Oberstaatsanwalt Klinge von der Staatsanwaltschaft Hannover Kontakt hatte. Ich will das mal ganz kurz zitieren, was wir in den Akten haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist nicht der Leitungsstab. Das war die Fachebene der Abteilung. Die hat Kontakt gehabt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau, auf Bitten des Leitungsstabes.

Zeuge Jörg Ziercke: Genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich lese Ihnen das mal vor, und ich kann Ihnen das gleich auch mal zeigen, die beiden Passagen, und zwar ist das MAT A BKA 18(27)1-3, 201, Seite 85. Es handelt sich um einen von Präsident Ziercke am 12.02.2014 nach den Durchsuchungen in Auftrag gegebenen Bericht über das Ermittlungsverfahren Sachstand Sebastian Edathy. Der wurde von Frau Greiner, SO 12, verfasst. Ich lese das mal ganz kurz vor:

Im Nachgang zur Übergabe der Vorgänge an die StA Hannover

- das sind die weiteren Kategorie-2-Fälle, die Sie erwähnt haben -

wurde auf Bitte von LS sporadisch telefonisch bei OStA Klinge nach dem aktuellen Stand befragt.

Und weiter unten, wenn Sie das sehen, steht noch - ich lese das mal eben vor -:

In einem Telefonat vom 20.01.2014 teilte OStA Klinge mit, dass sich erneut ein Anwalt des Edathy bei ihm gemeldet habe, der sich nun auch zu einem persönlichen Gespräch in der darauffolgenden Woche angemeldet habe. OStA Klinge äußerte seine „Verwunderung“ darüber, wie der Anwalt Kenntnis über den Sachverhalt erlangen konnte, und kündigte an, keine Informationen zu dem Ermittlungsverfahren an ihn herauszugeben. Am 31.01.2014 wurde erneut telefonisch Kontakt zu OStA Klinge aufgenommen. Er bestätigte den Besuch des Anwalts und dass er ihm keine Informationen gegeben habe. Er deutete an, dass weitere Maßnahmen in nächster Zeit wahrscheinlich seien. Weiteres teilte er nicht mit.

Das ist das, was wir in den Akten haben.

Jetzt frage ich noch mal nach: Ihnen war bekannt, dass das BKA, also insbesondere Frau Greiner, SO 12, mehrfach telefonisch bei Oberstaatsanwalt Klinge nach dem Sachstand befragt hat?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber ich muss noch mal fragen. Also, das, was mir hier gegeben worden ist, scheint eine Zusammenfassung zu sein, die erst nach der Durchsuchung angefertigt worden ist. Ist das richtig?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Am 12.02., genau, ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Deshalb meine Frage. Wie ist die Quelle? Ist die Quelle eine Führungsinformation, die ich bekommen haben soll?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Das ist ein Bericht. Das ist ein Bericht, ein von Ihnen in Auftrag gegebener Bericht über das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hannover gegen den ehemaligen MdB Sebastian Edathy. Das ist, wenn Sie das vollständig bekommen - genau, das wird Ihnen gerade vorgelegt -, ein Vermerk des Bundeskriminalamtes SO 12 vom 12.02.2014, also für Sie eine Zusammenfassung. - Ja, jetzt haben wir es. Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigen Sie, dann haben wir uns missverstanden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Mir geht es darum, ob die Information, die in diesem Bericht am 12.02. niedergelegt worden ist, -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: - ob ich diese Information um den 20. oder wann auch immer herum selbst per Führungsinformation vorgelegt bekommen habe oder ob das eine Information ist, die bei den Mitarbeitern war oder sonstwo bei wem war - bei der Amtsleitung oder beim Stab -, die ich aber nicht zur Kenntnis bekommen habe.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau, deswegen frage ich Sie, Herr Ziercke, ganz kurz. Mir geht es darum: War Ihnen das bekannt, dass insbesondere Frau Greiner, SO 12, ausweislich dieses Berichts - - war Ihnen das bekannt, dass dort im Bundeskriminalamt mehrfach telefonisch Kontakt aufgenommen wurde zur Staatsanwaltschaft Hannover?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das hatte ich ja zum Ausdruck gebracht, dass ich selbst die Weisung gegeben hatte, dass wir auf dem Laufenden gehalten werden sogar vor dem Hintergrund der Brisanz des Falles, auch wegen der Frage, dass sich hier möglicherweise eine Koordinierungsfunktion des BKA ergeben könnte, wenn bei Edathy alleine durchsucht wird, für die restlichen Fälle - es waren ja insgesamt 80 KAT-2-Fälle, wenn ich das erinnere - und wegen der Bedeutung, die die Einstufung eines KAT-2-Falles durch eine Staatsanwaltschaft - das wäre die Erste gewesen in Deutschland - gehabt hätte. Das wollten wir schon gerne wissen - selbstverständlich -, weil das ja diese von mir eben geschilderten Konsequenzen gehabt hätte.

Eine solche Durchsuchungsmaßnahme hätte dann letztlich bedeutet, dass auch der Bundesinnenminister sicherlich gefragt worden wäre, und deshalb haben wir in solchen Fällen üblicherweise - - Das ist nicht nur in einem Fall wie diesem der Fall; das ist bei Terrorismus der Fall, das ist bei Wirtschaftskriminalität der Fall, bei organisierter Kriminalität der Fall, wo diese große Öffentlichkeitswirkung zu erwarten ist. Da informieren wir dann von uns aus auch das Bundesinnenministerium.

Dieser Vermerk, um zu Ihrer Frage zu kommen, ist mir so nicht genau präsent, es sei denn, in diesem Vermerk ist eine Information, dass der Staatsanwalt sich verwundert zeigte, wer denn diese Information wissen wollte. Ich erinnere einen Vermerk, den ich jetzt im Nachhinein gelesen habe, dass ich das angeordnet hätte. Das kann ich bestätigen. Das ist richtig, dass ich das angeordnet habe. Und ich weiß auch, dass ich darüber mit meinem Stabsleiter gesprochen habe und dass wir, nachdem diese Reaktion erfolgt war, gesagt haben: Also, das hat jetzt so lange gedauert, das Ganze. Ich möchte es hier nicht zu einem Loyalitätskonflikt zwischen Staatsanwaltschaft Hannover und BKA kommen lassen. Dann verzichten wir auf weitere Anfragen jetzt. Dann wird uns schon die Staatsanwaltschaft Hannover gemeinsam mit Celle und mit Frankfurt sagen, wenn dann Durchsuchungsmaßnahmen vorgesehen sind, dass wir unsere eigenen Überlegungen im Hinblick auf weitere Durchsuchungen in



2. Untersuchungsausschuss

Deutschland oder die Hinweise anderer Staatsanwaltschaften ebenfalls hätten umsetzen können.

Ich weiß aber nicht - um das noch mal klar zu sagen -, dass hier eine klare Absicht war, jetzt ein Verfahren einzuleiten und eine Durchsuchung durchzuführen. Ich sage das nur im Hinblick auf diese für mich etwas merkwürdige Reaktion des Staatsanwaltes, der bisher von sich aus ja uns auch immer berichtet hatte und der jetzt, wenn ich das richtig erinnere, glaubte, wenn das in den politischen Bereich gerät, dann vergrößert sich noch der Kreis der Wissenden möglicherweise. Also, das ist von mir damals dann so entschieden worden. Aber das muss ein Telefongespräch mit meinem Stabsleiter gewesen sein. Ich kann nicht entsinnen - - Von wann soll denn diese Grundinformation sein des Staatsanwaltes? Ich habe meinen Terminkalender hier. Dann kann ich mal schauen, ob ich das tatsächlich noch zur Kenntnis genommen habe.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Ziercke, genau. Ich sag das noch mal: Ausweislich der Darstellung in diesem Bericht gab es ein Telefonat am 20. Januar 2014 mit Oberstaatsanwalt Klinge - das sehen Sie auch in dem Bericht - und noch mal am 31. Januar. Und insbesondere der 31. Januar ist natürlich interessant, weil dort geschrieben wird:

Er

- gemeint ist Oberstaatsanwalt Klinge -

deutete an, dass weitere Maßnahmen in nächster Zeit wahrscheinlich seien.

Jetzt meine Frage: Sie haben ja gesagt, Sie haben das veranlasst. Ihr Leitungsstab sollte dem Fachreferat das sagen. Sind Sie denn dann nach dem jeweiligen Telefonat Ihres Fachreferates auch darüber informiert worden über das Ergebnis des Gespräches oder der Nachfrage mit dem Oberstaatsanwalt Klinge von der Staatsanwaltschaft Hannover?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das ist ja genau meine Frage. Ob ich eine Führungsinformation bekommen habe zu dem Zeitpunkt, das kann ich so

ohne Weiteres nicht erkennen jetzt. Wenn ich eine bekommen habe, dann war ich informiert, ja. Ich kann mich nur erinnern an diese Aussage des Staatsanwaltes: Was macht Herr Ziercke damit? Unterrichtet er den Innenminister? Wenn das mal in der Politik ankommt usw.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Sie haben ja eben gesagt, Sie - -

Zeuge Jörg Ziercke: Daran kann ich mich erinnern; daran kann ich mich genau erinnern. Daraufhin habe ich gesagt: Gut, wenn das so interpretiert wird, dann endet sofort unsere Nachfrage. Dann haben die Staatsanwaltschaft in Hannover, die Generalstaatsanwaltschaft in Celle und die Staatsanwaltschaft in Frankfurt die alleinige Verantwortung dafür, wenn eine Durchsuchungsmaßnahme durchgeführt wird, dass dann nicht andere gewarnt werden. - Das ist meine Überlegung gewesen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja. Es gibt darüber keine Führungsinformation. Wir haben die chronologisch und alle durchgesehen usw.

Zeuge Jörg Ziercke: Es gibt keine?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darüber gibt es keine Führungsinformation. - Deswegen frage ich noch mal nach. Wenn Ihr Fachreferat mit dem Oberstaatsanwalt telefoniert hat, muss Sie diese Information ja erreicht haben; denn sonst hätten Sie wiederum dem Bundesinnenministerium nicht berichten können, wie Sie das ausgeführt haben. Also, deshalb noch mal die Frage, ob Sie eine entsprechende Rückmeldung zu dem Telefonat bekommen haben oder ob das möglicherweise vielleicht auch irgendwo versackt ist, also, dass vielleicht das Fachreferat Ihren Leitungsstab informiert hat, aber Sie diese Information nicht bekommen haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich sagte ja: Ich kann aus diesem, was ich hier lese jetzt - 31.01.; das ist die Seite 125 - eigentlich - - habe ich in Erinnerung: Diese Information, was macht Herr Ziercke damit? Unterrichtet er den Innenminister? - Also diese Reaktion der Staatsanwaltschaft, die ich als Loyalitätskonflikt interpretiert habe, den ich in der Zukunft auf keinen Fall wollte. Deshalb habe



2. Untersuchungsausschuss

ich gesagt: Dann endet das Ganze an dieser Ecke. Dann sind die jetzt verantwortlich dafür, was da weiter passiert.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also, Sie können sich nicht daran erinnern, nach dem 31. Januar davon informiert worden zu sein, -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - dass konkrete Maßnahmen bevorstehen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, auf keinen Fall. So ist es.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Weil durch diese Mitteilung des Oberstaatsanwalts Klinge wurde ja dem Bundeskriminalamt praktisch in diesem Telefonat am 31. Januar 2014 -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ja. Ist schon klar.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - mitgeteilt, also quasi angekündigt, dass in nächster Zeit Exekutivmaßnahmen, sprich: Durchsuchungen, aber auch die notwendige Aufhebung der Immunität, bevorstehen und deswegen dieses Wissen beim Bundeskriminalamt ausweislich dieses Berichtes auch vorlag. Aber Sie können sich nicht daran erinnern,

Zeuge Jörg Ziercke: Kann ich nicht sagen; nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - dass Sie persönlich darüber informiert worden sind?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Mit Sicherheit nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Ansonsten haben Sie die Informationen über die Telefonate über Ihren Leitungsstab erreicht. So habe ich das eben verstanden.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich meine - ich kann es noch mal wiederholen -, dass ich nur zu diesem Punkt, nicht zu dem ersten Punkt, dass weitere Maßnahmen wahrscheinlich seien - das kann ich gar nicht erinnern - - Aber ich erinnere ganz genau diese Aussage des Staatsanwalts - was macht

Herr Ziercke damit? unterrichtet er den Innenminister? -, dass ich darüber mit dem Leiter gesprochen haben müsste; denn über ihn habe ich dann die Anweisung gegeben, dass das jetzt aufhört und dass damit meine Intention, die ich ja hatte, informiert zu sein, damit dann bundesweit eventuell eine Koordinierung erfolgt für Durchsuchungsmaßnahmen mit den KAT-2-Fällen - - Diese Verantwortung sah ich jetzt nicht mehr bei uns, sondern eindeutig nur noch bei der Staatsanwaltschaft.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Letzte Frage zu den Telefonaten mit der Staatsanwaltschaft Hannover: Haben Sie über die Ergebnisse der Telefonate, soweit Sie Ihnen mitgeteilt wurden und bekannt waren, mit anderen Personen gesprochen, also haben Sie irgendwem berichtet, beispielsweise dem Innenministerium?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, das weiß ich hier - - Nein, dem Innenministerium ist das nicht berichtet worden. Das kann ich mir nicht vorstellen. Das hätte bedeutet, wir hätten eine Führungsinformation gehabt und wir hätten das auch besonders aufbereiten müssen. Ob das meinem Vizepräsidenten mitgeteilt worden ist, weiß ich auch nicht. Da müssten die befragt werden dazu.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das heißt, diese Information, dass mögliche Exekutivmaßnahmen unmittelbar bevorstehen, ist bei Ihnen im Fachreferat des Bundeskriminalamts geblieben und hat darüber hinaus weiter keine Personen erreicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Überhaupt nicht, überhaupt nicht. Wir waren ja auch völlig überrascht von den Maßnahmen. Denn wenn ich sehe, 31.01. soll das Telefongespräch gewesen sein; das war elf Tage später dann im Februar. Das ist ja relativ weit weg dann schon wieder. Also, man müsste ja eigentlich erwarten, dass sie dann nicht am 31., sondern am nächsten, am 01.02., dann beginnen mit dem - - also am 02.02. dann beginnen. Aber das war ja schon wieder dann - - Es waren ja wieder elf Tage ins Land gegangen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich frage trotzdem, Herr Ziercke, zur Sicherheit noch mal nach, um das auch klarzustellen und Ihre Antwort dazu zu hören: Sie haben also zwischen dem 31. Januar,



als diese Information im BKA vorlag, dass etwas bevorsteht, und dem 10. Februar mit niemandem darüber gesprochen.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Auch nicht mit Michael Hartmann?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, auch nicht mit Michael Hartmann, zu keinem Zeitpunkt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann würde ich gerne noch mal etwas fragen. Sie haben dazu ja auch etwas ausgeführt, nämlich wie Ihr Verhältnis zu Michael Hartmann war. Sie hatten das gesagt, wie Sie Michael Hartmann kennengelernt haben. Vielleicht können Sie das auch noch mal für den fraglichen Zeitraum sagen, wie Ihr Verhältnis da war, also Mitte Oktober bis Februar 2014. Sie haben das ja beschrieben, wie Sie sich kennengelernt haben usw. Wie würden Sie das beschreiben, insbesondere für diesen Zeitraum, der uns interessiert?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, für mich war er immer und auch zu der damaligen Zeit - auch aus der Sicht, wie ich das im Ministerium erfahren habe - ein äußerst angesehener Innenpolitiker der SPD, der sehr kompetent war, der im Umgang miteinander sehr konsensorientiert auch war, der immer Lösungen auch gesucht hat und der vor allem, das habe ich ja auch ausgeführt, noch eine sehr angenehme menschliche Komponente hatte. Von daher war das eine allgemeine Bewertung im Bundesinnenministerium, ich würde sagen, bis zum Minister hoch im Grunde. Von daher hat mich das gesteuert, aber auch allen anderen Polizeiexperten der Fraktion gegenüber Kontakt zu halten, Kontakt aufzunehmen, bereit zu sein, auch im Wahlkreis bei dem einen oder anderen mal einen Vortrag zu halten, mich für eine Diskussionsveranstaltung zur Verfügung zu stellen, bei den Herbsttagungen des BKA die Experten bei uns in der ersten Reihe zu sehen oder selbst diese Experten auch als Referenten bei der Herbsttagung des BKA auftreten zu lassen.

Ich habe aber nie ein privates Verhältnis zu ihm gehabt. Ich habe nie mit ihm über private oder

persönliche Dinge gesprochen. Es war ein Verhältnis, das sich ausschließlich auf diesen dienstlichen Aspekt bezog, und es war für mich sehr wertvoll, in der Rückmeldung sozusagen zu hören, wie die Arbeit des Bundeskriminalamtes bei einer Partei im Deutschen Bundestag bewertet wird, gesehen wird. Das war schon interessant für uns, und daraus ergab sich dann auch wiederum in der Folge - aber nicht nur für Herrn Hartmann, auch für andere Innenpolitiker der Fraktion - die Möglichkeit, dass wir sie eingeladen haben, dass wir ihnen bei der aktuellen Debatte um irgendwelche rechtspolitischen, kriminalpolitischen Fragen - ich denke jetzt mal an Löschen und Sperren, an dieses Thema im Bereich der Kinderpornografie - wir sie eingeladen haben, bis zur Ministerin hin damals. Das Thema Vorratsdatenspeicherung war eines, das uns die ganze Zeit immer begleitet hat: Wie ist das im Hinblick auf den Terrorismus zu sehen? Wo sind unsere Schwerpunkte? Vernachlässigen wir die Bekämpfung der organisierten Kriminalität? Das war ein ständiges Thema im Grunde, diese Frage der Gewichtung letztlich, in der ganzen Bandbreite eigentlich bis zur Wirtschaftskriminalität hin. Von daher waren das für mich sehr, sehr wertvolle Rückmeldungen.

Ich hatte dann ja die Begegnung auch immer wieder beim Minister, beim Staatssekretär, bei den Sicherheitsgesprächen, mit den Obleuten der Fraktion. Ich weiß nicht, wie oft ich im Innenausschuss gewesen bin in diesen elf Jahren. Dadurch haben sich aber nicht nur zu Herrn Hartmann, sondern zu allen anderen auch, wie ich glaube, sehr positive Kontakte entwickelt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Haben Sie mal bei diesen Gelegenheiten - Sie haben das eben ja schon mal angedeutet in Ihrem Eingangsstatement - über die Operation „Spade“, Operation „Selm“ gesprochen mit Michael Hartmann?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, habe ich nie mit ihm drüber gesprochen, nein. Das sind laufende Verfahren gewesen. Das war absolut tabu bei mir. Da habe ich nie mit jemandem drüber gesprochen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich würde ganz gern noch mal was zum Motiv fragen. Also, Sebastian Edathy behauptet ja, dass Michael Hartmann ihn



2. Untersuchungsausschuss

gewarnt hat und Sie der Informant waren, und Ihr Motiv sei gewesen, einen zweiten Fall Tauss in der SPD verhindern zu wollen. Vielleicht haben Sie das wahrgenommen, dass Sebastian Edathy das so ausgesagt hat. Also, er hat gesagt - er zitiert Hartmann -: Ziercke sei besorgt gewesen. Er mache sich auch gerade als SPD-Mitglied Sorge, da es ja schon den Fall Tauss gegeben habe. Er fände das unerträglich usw. Können Sie uns noch mal sagen, ob Sie das so gesagt haben?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, habe ich zu keinem Zeitpunkt gesagt. Ich glaube, ich habe in meinen einleitenden Bemerkungen auch deutlich gemacht, welches distanzierte Verhältnis ich zu Herrn Edathy hatte. Für mich war immer völlig unvorstellbar, dass man nun glauben konnte, dass wir irgendwelche Rache- oder Erpressungsüberlegungen hatten im Hinblick auf Herrn Edathy wegen des Untersuchungsausschusses. Das war im Innenausschuss die Phase, als es immer darum ging: Wann hätte ich von diesem Verfahren überhaupt erfahren, dass Edathy involviert war? - Alle glaubten ja, ich hätte das schon viel früher gewusst, was ja hoffentlich jetzt endgültig geklärt ist, auch durch die vielen Mitarbeiter, die hier gehört worden sind. Diese Verschwörungstheorien, die mir auch öffentlich entgegengebracht worden sind dann in dieser Zeit, die habe ich sehr wohl registriert. Daraus ist aber niemals - niemals - von meiner Seite jetzt genau das Gegenteil geworden, dass ich gesagt habe: Jetzt muss ich Herrn Edathy schützen in irgendeiner Weise.

Ich habe ja eingangs geschildert die Situation am 17.10.2013, als wir den Bericht an das Bundesinnenministerium gaben, der Minister dann durch den Staatssekretär. Das war mir klar, dass der informiert wird darüber. Wie man glauben kann, dass ich an demselben Tag dann noch einen Abgeordneten informiere und dann Gefahr laufe, dass die SPD-Spitze sagt: „Ja, haben wir schon gehört; tolle Geschichte“ oder so was, das ist für mich unvorstellbar.

Auch der Schutz der SPD, wenn man das noch mal sich richtig anschaut: Worin sollte denn der bestehen? Ich habe es ja vorhin ausgeführt. Das konnte ja nur die Frage sein, ob das, was da ist, öffentlich werden kann irgendwann mal, ob da

Imageschaden entsteht. Es kann nicht darum gehen, ob Herr Edathy einen Strafbefehl bekommt oder nicht. Das interessiert ja im Grunde gar keinen wirklich, sondern der Imageschaden ist das Entscheidende. Und das war doch von mir nicht aufzuhalten. Wie sollte ich denn verhindern, dass das, was durch die Justiz jetzt weiter betrieben wird, was jetzt auch dann zu einer Anklage führt - - Wie hätte ich denn das überhaupt verhindern sollen?

Aber ich glaube, die Grundthese, die ich ja bei Ihren Worten heraushöre -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, ich habe zitiert.

Zeuge Jörg Ziercke: - ja, gut -, ist natürlich, dass ich ja deutlich gemacht habe: Herr Edathy war gewarnt. Das heißt, was er da behauptet, dass er erst gewarnt werden musste, das ist, finde ich, etwas, was zu dieser Inszenierung gehört, die ich hier erlebe. Ich habe ja nur zitiert auch, was er alles gewusst haben müsste.

Ich bin der festen Überzeugung, weil das bisher auch nie richtig - - Jedenfalls, ich habe es medial nicht irgendwie dargestellt gesehen. Diese erste Woche im November, als er tatsächlich - - Das scheint ja nachgewiesen zu sein. Das kann immer noch ein Dritter gewesen sein; das will ich ja einräumen. Das wird das Gericht ja zeigen. Das werden dann die Untersuchungen vor Gericht zeigen. Dass er vom 01.11. bis zum 10. sechsmal wahrscheinlich harte Kinderpornografie heruntergeladen haben soll, was Gegenstand der Anklage ist, und das in einem Zeitraum, der vor dem Parteitag liegt, der vor den Veröffentlichungen der Kanadier liegt, das bestimmt seine Motivation, nicht die legalen Bilder - da bin ich fest von überzeugt -, sondern daher drohte die strafrechtliche Gefahr für ihn. Das war das Entscheidende.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank. - Ich hatte ja eben danach gefragt, was die Erklärungen, die er gibt - - Einfach, um dass noch mal zu - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ja.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich hätte jetzt - das können Sie sich vorstellen - noch viele Fragen zum Telefonat mit Thomas Oppermann. Die stelle ich aber nicht, weil ich davon ausgehe, dass auch die Kolleginnen und Kollegen diese Frage stellen.

Aber ich habe eine Frage. Ich habe nämlich Ihren Sprechzettel für die Sitzung des Innenausschusses am 17. Februar 2014 in den Akten gefunden, und dort findet sich ein Hinweis auf ein Telefonat mit Thomas Oppermann am 13. Februar 2014. Das ist der Zeitpunkt, als Thomas Oppermann mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gegangen ist.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Allerdings kannten die Verfasser Ihres Sprechzettels den Inhalt offensichtlich nicht, weil da steht - - Ich sage das noch mal, was das ist: MAT A BKA 18(27)1-3, 201, Seite 157: „PR bitte ergänzen“. - PR sind Sie.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: „Präsident“, genau. Jetzt frage ich Sie, weil das ja doch wichtig ist, wer mit wem telefoniert, Herr Ziercke: Fand dieses Telefonat am 13. Februar 2014 statt? Haben Sie an dem Tag mit Thomas Oppermann gesprochen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Auf keinen Fall.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Mit ihm telefoniert?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich bin selbst überrascht - - Auch nicht telefoniert. Gar nichts. Ich weiß, am 13.02. - ich habe mir meinen Terminkalender hier mal mitgebracht -, weil ich das bei der Durchsicht auch gesehen hatte in Vorbereitung auf diese Sitzung - - dass ich am 13.02. in der Bundesdruckerei eine Abteilungsleiterbesprechung hatte. Wir gehen manchmal außerhalb des BKA dann in Unternehmen. Und in dieser Abteilungsleiterbesprechung wurde die Presseerklärung von Thomas Oppermann hineingereicht, dass ich angeblich ihm in einem Telefonat etwas bestätigt haben soll. Ich weiß noch genau: Wir sa-

ßen da alle zusammen in dieser Abteilungsleiterbesprechung. Ich habe das ja unterbrochen, den engsten Kreis zusammengezogen, und ich habe dann formuliert, wie ich mich medial mit einem Dementi dagegenstelle. Aber ich habe hundertprozentig weder am 12. noch am 13. noch am 14.02. mit Herrn Oppermann telefoniert. Da müssten Sie den Verfasser fragen, wie er das gemeint hat hier jetzt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Ziercke. - Ich bin mit meinen Fragen so weit durch.

Jetzt kommen wir zur Befragung durch die Mitglieder des Ausschusses. Wir machen das hier nach dem Prinzip Rede und Gegenrede. Deswegen beginnt die Befragung jetzt Herr Tempel für die Fraktion Die Linke. Bitte sehr, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Ziercke, ich danke Ihnen erst mal für Ihre bisherigen Ausführungen. Die waren - wie zu erwarten auch bei Ihrem beruflichen Hintergrund - schon sehr fundiert, haben viele Bereiche abgedeckt. Und Sie werden verstehen - Sie kennen das auch -: Es geht hier halt nun mal auch um Aussage gegen Aussage, auch um eine Aussage vom Hörensagen. Ich möchte Ihnen nur auch des Klimas wegen versichern: Überall da, wo wir bei Ihnen sehr kritisch nachfragen werden, werden wir selbstverständlich auch bei Herrn Edathy mit einer ebensolchen distanzierter Kritik nachfragen, um hier auch neutral heranzugehen.

Ich muss natürlich auch auf Ihre Aussagen eingehen. Es geht hier im Untersuchungsausschuss nicht um die Strafbarkeit bezüglich der Bilder. Dazu tagt ein Gericht; dafür ist ein Gericht zuständig. Das ist hier nicht Gegenstand der Untersuchung, sondern es ist Gegenstand der Untersuchung, ob hier - so, wie auch von Herrn Edathy nun angegeben - Vorinformationen an ihn erfolgten, und wenn, dann woher diese kamen.

Deswegen frage ich Sie zunächst erst mal als Fachmann: Wenn ein mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Krimineller in einer Beschuldigtenvernehmung, der vielleicht auch den übelsten Charakter offenbart, bei dem aber einige



2. Untersuchungsausschuss

Beweismittel verschwunden sind, offenbart, dass diese Beweismittel verschwunden sind, weil er Vorabinformationen von einem weiteren Beamten erhalten hat, von einem anderen Beamten, würden Sie das von vornherein dann ausschließen? Ist das ausgeschlossen dann?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich würde erst mal nach dem Motiv fragen, also: Warum? Das ist ja der Punkt. Warum - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Wie würden Sie mit dieser Aussage umgehen?

Zeuge Jörg Ziercke: Also Ihr Beispiel jetzt?

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Da würde ich nicht sagen, mich entscheiden, ich nehme das oder das an, sondern ich würde mich zunächst mal fragen bei jeder dieser Aussagen: Wie ist eine solche möglicherweise motiviert? Ist hier Rache im Spiel? Ist hier die Überlegung im Spiel, dass jemand sich in besonderer Weise darstellen will den Behörden gegenüber? Möchte er Vorteile erlangen durch eine solche Aussage? Oder weiß er konkret etwas in einer ganz bestimmten Sache? Und dann würde ich diesen Dingen unter drei verschiedenen Richtungen auf den Grund gehen wollen. Aber ich kann nicht von vornherein sagen, Herr Tempel: „Ich habe eine Richtung, und das ist jetzt so“, sondern Sie müssen - das wissen Sie auch - immer die unterschiedliche Breite von Motivation - auch von krimineller Motivation - erst mal zugrunde legen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber Sie würden auf alle Fälle diesen Vorwurf dann auch ernst nehmen und auch entsprechend in die Richtung ermitteln, -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich würde ihn ermitteln.

Frank Tempel (DIE LINKE): - dass dieser Vorwurf echt sein könnte?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, selbstverständlich. Ich würde ihn ermitteln.

Frank Tempel (DIE LINKE): Sehen Sie, und genau das machen wir hier auch; denn es ist eben nicht grundsätzlich davon auszugehen, wenn jemand ein Straftäter ist, wenn jemandem auch mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Straftat nachgewiesen wird, dass dann solche Behauptungen, die im Nachgang dessen sind, dass er Informationen erhalten hat, grundsätzlich falsch sein müssen.

Zeuge Jörg Ziercke: Herr Tempel, darf ich noch einmal zurück - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Lassen Sie - - Ich habe nur acht Minuten. Die muss ich schon relativ sinnvoll nutzen.

Die erste Information war ja: Sie hatten auch viel Zeit darauf investiert, dass die Informationen, die Herr Edathy bekommen haben will, nicht die Informationen sein können, die vom BKA gekommen sind, zumindest nicht relevant ausreichend waren für ihn. Die erste Information, die er an das - -

Zeuge Jörg Ziercke: Welche meinen Sie jetzt? Entschuldigung, welche meinen Sie? Ich verstehe es sonst nicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, ich gehe es ja durch jetzt. Warten Sie doch einfach. - Die erste Information - die kam auch an das Bundesinnenministerium - war ja - Sie können mich da gerne berichtigen -, dass Vorermittlungen laufen, dass noch nicht vollständig klar ist, ob es tatsächlich um strafbares Material geht. Das war ja noch auch die Frage: Kategorie 1, Kategorie 2 - wie wird es gewertet? Das ist praktisch der erste Informationsstand.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist Fakt, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Richtig. Das ist also durchaus etwas, was einen Betroffenen auch beunruhigen kann, aber wo er sich noch nicht ganz sicher ist, wie es strafrechtlich relevant dann am Ende gewertet wird. Das ist richtig in dieser Phase?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, wenn ich erwarte, dass man andere Dinge, die wir nun entdeckt haben,



2. Untersuchungsausschuss

01.11. bis 10.11., sechs Downloads möglicherweise von - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Das war zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht entdeckt, -

Zeuge Jörg Ziercke: Bei welchem? Wo sind Sie jetzt?

Frank Tempel (DIE LINKE): - sondern Gegenstand war das Material aus Kanada mit Kategorie 2.

Zeuge Jörg Ziercke: Ach so.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wenn diese Information einen Beschuldigten erreicht, dann dürfte er beunruhigt sein, aber er weiß noch nicht, ob tatsächlich gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet wird. Das ist richtig?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist richtig, natürlich. Ja, klar.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist richtig. - Dann ist irgendwann auch eine Einstufung erfolgt. Es gab eine Bewertung. Es gab eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft mit entsprechender Eröffnung des Verfahrens. Ist es dann richtig, dass ein Beschuldigter daraus entnimmt in diesem Deliktsbereich, dass es dann natürlich in dem Moment richtig ernst wird? Denn in solch einem Deliktsbereich wird dann auch die komplette Palette gezogen mit Durchsuchungsmaßnahmen etc. Kann er das aus dieser Information schließen, wenn eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft mit Einleitung des Verfahrens erfolgte?

Zeuge Jörg Ziercke: Mir ist das zu allgemein, wie Sie fragen. Entschuldigen Sie, Herr Tempel. Ich hatte hier ja ausgeführt, dass - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Herr Edathy hat angegeben, dass er die Information hat unter anderem, dass eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt ist und ein Verfahren eingeleitet wird.

Zeuge Jörg Ziercke: An welche Staatsanwaltschaft?

Frank Tempel (DIE LINKE): An die zuständige. Habe ich jetzt so hier - -

Zeuge Jörg Ziercke: Hannover? Oder meinen Sie Frankfurt oder Celle? Nein, ich will damit zum Ausdruck bringen: Das BKA hat ja gar keine Verfahren geführt. Wir haben ja nie über den Beschuldigtenstatus im BKA gesprochen. Es war ja kein Ermittlungsverfahren des BKA, sondern alles das, was Sie jetzt fragen, ist ja eindeutig nur die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft vor Ort gewesen, die erst feststellen musste - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber das BKA hatte doch ständige Rücksprache, wie diese Verfahren zu werten sind, -

Zeuge Jörg Ziercke: Später.

Frank Tempel (DIE LINKE): - ob auch bei Kategorie 2 entsprechend Maßnahmen zu laufen haben usw. Das war doch dann auch Wissensstand des BKA, auch wenn die Entscheidung - das wissen wir alle auch - bei der Staatsanwaltschaft lag. Aber Wissensstand des BKA war es doch auch, oder?

Zeuge Jörg Ziercke: Diese Entscheidung ist doch aber erst, wenn ich richtig informiert war, am 28. Januar getroffen worden zwischen Celle und Hannover und nicht vorher. Alles war vorher Prüfverfahren. So, wie es das BKA verlassen hatte, wie die Staatsanwaltschaft, die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt, mit diesem Vermerk, der für mich sehr eindeutig war - - Da steht im Grunde drin: Wir empfehlen Durchsuchungsmaßnahmen. - Das ist geprüft worden. Dann, hatte ich auch schon ausgeführt, sind weitere K-2-Fälle aus Niedersachsen erst mal angeliefert worden, damit man einen Vergleich hatte. Dazu brauchte die Staatsanwaltschaft wieder vier Wochen und hat dann erst am 28. Januar - Celle und Hannover - beschlossen: Jetzt leiten wir Verfahren ein. - Da kam erst das Js-Aktenzeichen im Grunde ins Spiel.

Die Frage der Durchsuchung war zu dem Zeitpunkt für mich nicht erkennbar. Ich wusste davon sowieso nichts. Ich wusste auch nicht, ob eine Durchsuchung unmittelbar bevorsteht oder



2. Untersuchungsausschuss

nicht. Die kam erst am 10. dann. Und ich vermute mal, weil ich im Nachhinein ja gesehen habe, dass wahrscheinlich ein Zusammenhang besteht mit der Rückgabe des Mandats von Edathy und dem Verfahren „Immunität aufheben“, dass da die Staatsanwaltschaft gesagt hat: So, und jetzt müssen wir aber auf jeden Fall was machen. - Das ist mein Eindruck aus dem Verfahren heraus jetzt gewesen. Sonst könnte ich mir den 10. nicht erklären. Ich weiß - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Also, die Rückgabe des Mandats und die Durchsuchungsmaßnahme liefen ja fast parallel. Wie soll die Staatsanwaltschaft da noch aus der Rückgabe des Mandats - - Können Sie das mal - - Wie Sie das jetzt meinen, habe ich nicht verstanden.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich wollte zum Ausdruck bringen, dass ich aus den Akten entnommen habe den Zeitpunkt der Durchsuchung im Hinblick auf die Diskussion Rückgabe des Mandats - Zeitpunkt - und Antrag auf Aufhebung der Immunität. Für mich hat sich der Eindruck aufgedrängt, dass in dem Moment, wo die Staatsanwaltschaft Kenntnis davon bekam, dass Herr Edathy sein Mandat zurückgegeben hat, dass da die Entscheidung für die Durchsuchung - das Verfahren lief ja zu dem Zeitpunkt schon - zu dem Zeitpunkt getroffen wurde.

Frank Tempel (DIE LINKE): Herr Edathy hat ja angegeben, dass er permanent informiert wurde, welchen Verlauf die Akte genommen hat. Wir zielen ja auf den Zeitpunkt auch hinaus, wo die Durchsuchung war, wo der Mandatsverzicht war. Wenn ein Verfahren eröffnet wird, wenn diese Entscheidung gefallen ist, und diese Entscheidung würde den Beschuldigten erreichen, kann er dann davon ausgehen, dass in kürzester Zeit, ohne dass er das Datum jetzt kennt, mit einer Durchsuchungsmaßnahme bei ihm zu rechnen ist, dass es also regelrecht ernst wird?

Zeuge Jörg Ziercke: Nicht unbedingt; denn ich hatte Ihnen ja ausgeführt: Der Anwalt hat ja zweimal beim Staatsanwalt angerufen, hat dem signalisiert: Mein Mandant weiß schon längst Bescheid. - Ich konnte mir nicht vorstellen, dass ein Anwalt anruft bei einem Staatsanwalt in der Erwartung, dass der Staatsanwalt ihm sagt, dass da

Ermittlungen möglicherweise laufen. Ich konnte mir auch nicht vorstellen, dass ein Anwalt seinen Mandanten sozusagen der Justiz frei Haus liefert und man zu Hause auf den Beweismitteln sitzt. Ich halte das für eine Farce, das Ganze.

Frank Tempel (DIE LINKE): Darf ich kurz eine Verständnisfrage noch, die jetzt direkt in dem Zusammenhang steht - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das machen wir. Ich habe in die Runde geguckt. Eine Verständnisfrage, und dann ist die Zeit um, und dann kommen wir zum - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Sie weichen meiner Frage ein bisschen aus. Er hat Kenntnis davon, dass - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Die Ausgangslage, was vorhanden war, waren ja diese Bilder nach der sogenannten Kategorie 2, wo er ja der Meinung war, dass die strafrechtlich nicht relevant sind. Sie sprechen ja dauernd auch von anderen Materialien, die dann aber erst bei einer Durchsuchung gefunden werden können. Wenn also ein Verfahren eröffnet wird mit Bildern, wo davon ausgegangen wird dann, dass, wer solche Bilder hat, dann auch anderes Material zur Verfügung hat, wie anders als mit einer Durchsuchungsmaßnahme sollten dann denn die Ermittlungen weiterlaufen? Also musste er mit der Ausgangslage, dass das zu einer Verfahrenseröffnung führt, dann damit rechnen, dass dann automatisch - - dass es ernst wird, dass eine Durchsuchungsmaßnahme auch bei ihm erfolgen wird, mit diesem Kenntnisstand?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wie anders sollte das denn weiterlaufen?

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigen Sie bitte. Sie haben mich doch eben immer gefragt: Was denkt Herr Edathy?



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Ob ein Beschuldigter in dieser Situation davon ausgehen muss, dass da noch eine Durchsuchungsmaßnahme ist. Das ist doch eine einfache Frage.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Tempel, Herr Ziercke, wir können das nicht ewig ausdehnen, weil sonst muss ich diese Runde - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich möchte diese einfache Frage beantwortet haben, -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Diese einfache Frage, und dann - -

Frank Tempel (DIE LINKE): - ob es ein logischer Vorgang ist, dass mit diesem Erkenntnisstand dann auch eine Durchsuchungsmaßnahme erfolgen muss, ab Abgabe an die Staatsanwaltschaft, mit Bildern der Kategorie 2 in diesem Fall benannt, mit Einleitung eines Verfahrens. Was erfolgt dann? Was ist die logische Maßnahme, die eine Staatsanwaltschaft bei Einleitung eines Verfahrens dann machen wird?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, wenn Sie die Vorgeschichte einfach weglassen - das entnehme ich jetzt Ihren Worten - und nicht ins Kalkül ziehen, dass ein Anwalt zweimal angerufen hat beim Staatsanwalt, dem gesagt hat: „Wir wissen Bescheid“, da sitzt doch keiner mehr zu Hause auf den Beweismitteln, kann ich die StA Hannover verstehen, zu sagen: Ich schiebe das hinaus.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich gehe von dem aus, was Herr Edathy hier sagte, und ich habe doch eine klare Frage gestellt. Das ist nicht in Ordnung, was Sie hier machen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt tut es mir furchtbar leid.

Zeuge Jörg Ziercke: Es geht um den Fall Edathy hier und nicht um irgendeinen Fall, Herr Tempel, oder? Also, Sie machen einen Konflikt, den ich nicht will. Es tut mir leid.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir setzen das in der nächsten - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Das verstehe ich schon, dass Sie das nicht wollen.

Zeuge Jörg Ziercke: Frau Vorsitzende, es tut mir leid.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Wenn jetzt hier der Eindruck eines Abgeordneten erweckt wird, ich würde was nicht beantworten wollen, dann tut mir das wirklich leid. Ich müsste nur auf konkrete Fragen dann auch eine Antwort geben können, und der Abgeordnete will das nicht hören, was ich sage. Also, es tut mir leid, aber ich habe nicht hier die Absicht, irgendetwas auch nur zu verschweigen, Herr Tempel.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Zumal Sie auch nur auf das natürlich eine Antwort geben können, was Sie aus eigenem Wissen wissen, und nicht, was das staatsanwaltschaftliche Verfahren betrifft. Da müssten wir dann die Staatsanwaltschaft fragen. Aber das Weitere können wir in der nächsten Runde machen. Herr Tempel bekommt dann ja noch mal das Wort.

Jetzt ist die Fraktion CDU/CSU dran. Wer fragt von Ihnen, liebe Kollegen? Wer fängt an? - Herr Schuster. Dann erteile ich Ihnen das Wort. Bitte sehr.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Ziercke, der Fall Tauss war jetzt schon hier und da mal angesprochen worden. War das Bundeskriminalamt seinerzeit in diesen Fall involviert?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, wir waren nicht involviert.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie haben im Ausschuss, im Innenausschuss, in den vier oder fünf Sitzungen, die wir schon hatten, auch schon mal angedeutet, Sie hätten von dem Fall selbst aus der Presse erfahren.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, richtig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nun war Tauss SPD-Mitglied, und das war auch



2. Untersuchungsausschuss

ein ähnlich prominenter Fall, der durch die Gazetten ging. Wie hat der Sie damals bewegt? Ich frage Sie jetzt mal auch als SPD-Mitglied und muss Ihnen gleich sagen: Ich habe das alles verstanden, was Sie meinen. Ich bin strenggläubiger Katholik und gehe nicht so oft in die Kirche. Deswegen kann man ein gutes Parteimitglied sein und nicht oft zu Parteitag gehen. Ich glaube auch, dass man emotional eine tiefe Bindung zu einer Partei haben kann, ohne das durch Äußerlichkeiten zu zeigen. Deswegen frage ich bewusst: Hat Sie der Fall Tauss bewegt damals?

Zeuge Jörg Ziercke: Das hat für mich, weil ich ja davon auch erst aus den Medien erfahren habe, nur eine Bedeutung eigentlich gehabt aus der Sicht jetzt eines Wählers, der sagt: Also, da sind verantwortliche Politiker. - Mit Tauss war es ja so: Ich habe mit dem unmittelbar sogar zu tun gehabt in der Fraktion. Da ging es ja auch damals um das BKA-Gesetz und andere Dinge. Da war ich schon sehr, sehr überrascht. Aber es war mehr so der Hinweis: das Imageproblem für die Politik und nicht für eine bestimmte Partei; denn ich würde es auch nicht einer Partei unmittelbar zurechnen wollen, sondern das ist ein allgemeines Thema, sodass ich dieses auf der einen Seite aus meiner persönlichen Kenntnis, die ich von Herrn Tauss hatte, und auf der anderen Seite sozusagen als Staatsbürger interpretiert habe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Als dann der Fall Edathy auftauchte, sind Sie bei dieser Einschätzung geblieben: eher ein Problem für die Politik denn für die SPD?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe mich an der Stelle gefragt: Wie sollte eine Partei, die jetzt betroffen ist, ein zweites Mal betroffen ist, sich eigentlich von einem solchen Image jetzt befreien können? Sie kann es einfach nicht. Das Verfahren war ja angelaufen. Das heißt, niemand hatte im Grunde die Chance, hier überhaupt etwas aufzuhalten. Die Idee habe ich auch nie gehabt in dem Zusammenhang. Ich habe ja hier zum Ausdruck gebracht, dass das Öffentlichwerden eines solchen Sachverhalts im Grunde der Imageschaden ist und nicht die Verurteilung eines Politikers dann vielleicht zu einem Strafbefehl oder was auch im-

mer. Und vor dem Hintergrund war für mich völlig klar: Ich kann hier weder eine Partei schützen, noch kann ich hier einen Politiker schützen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann frage ich Sie mal nicht als - - Sie sind, glaube ich, nicht Jurist, aber nach so vielen Jahrzehnten -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe einiges gelesen, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - honoris causa.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich frage Sie mal bewusst nicht nach einer juristischen Einschätzung oder nach einer polizeilichen. Wie bewerten Sie denn das Verhalten von Ex-Minister Friedrich rein menschlich, wenn er diese Informationen an die SPD weitergibt, die er weitergegeben hat?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist ja jetzt Spekulation und eine ganz persönliche Bewertung.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, genau. Die möchte ich hören.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich sage ganz klar: Ich finde, er hat sich richtig verhalten, unter höhergewichtigen Rechtsgütern, die ich hier dann ins Feld führen würde. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass eine Bundesregierung, nachdem sie sich gerade gebildet hat, sich öffentlich, weltöffentlich mit einem solchen Skandal beschäftigt, und vorher hat ein Minister dieser Regierung davon gewusst. Also ich glaube, dann hätte man genau umgekehrt argumentiert und gesagt: Wieso lässt ein Minister eine Regierung, ein Land in ein solch offenes Messer laufen? Das ist die Frage, die hier jetzt - - Ob man die wirklich juristisch so fassen kann, weiß ich nicht. Ich lasse es mal so stehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So, und jetzt frage ich mich schon länger: Wann treffe ich den zweiten Menschen, der mit derart edlen menschlichen Motiven eine Regierung vor



2. Untersuchungsausschuss

Schaden bewahrt? Sie haben sehr schön ausgeführt gerade eben: Außer Ihnen - aber Sie fallen auch mit auf die Liste, wenn Sie so wollen - gibt es eine Reihe von Menschen, die um den Fall Edathy wussten - insbesondere in Niedersachsen -, die eine ähnliche Motivation hätten entwickeln können wie Minister Friedrich. Deswegen muss ich Sie das fragen, weil Sie gerade gesagt haben, Sie hätten - - Hätten Sie es getan, hätten Sie zutiefst menschlich gehandelt. Also die Frage: Hätten Sie oder haben Sie die SPD vor Schaden bewahren wollen, können, müssen?

Denn es ging ja um ein potenzielles Regierungsamt von Herrn Edathy. Haben Sie deshalb - - Noch mal die Frage. Ich weiß nicht, Frau Vorsitzende hat sie schon mal gestellt. Haben Sie mit der SPD-Spitze unabhängig vom Bundeskriminalamtspräsidenten, unabhängig vom Dienstweg, sondern als SPD-Mitglied gesagt: Da droht Regierungskrise, wenn - -

Zeuge Jörg Ziercke: Da überschätzen Sie mich, glaube ich, wenn ich solche hehren Gedanken hätte haben sollen als Präsident des Bundeskriminalamtes. Nein, das ist absolut nicht der Fall. Für mich war das, wie ich es eben dargestellt habe, eben eine Frage, dass da ein Minister, der in der Regierung sitzt, der seine Verantwortung kennt, nicht als jemand dasteht, der das alles hätte im Grunde verhindern können. Wie er es gemacht hat, das ist vielleicht der Punkt, über den man reden muss. Aber dass es eine Alternative gab, mit diesem Wissen auch einen Weg finden zu müssen, um das zu verhindern, ich glaube, das ist völlig klar. Das war für mich überhaupt nicht die Frage, weil ich von vornherein ja gesehen habe: Das ist ein Imageproblem dieser Partei jetzt oder der Politik. Das kann ich nicht verhindern. Das Imageproblem entsteht durch Öffentlichwerden eines solchen Sachverhalts, und da hatte ich ja keine Chance.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie jemals in dieser Phase den Begriff benutzt „unser Sorgenkind“ -

Zeuge Jörg Ziercke: Unser?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - und meinten Sebastian Edathy? Können Sie sich an so was erinnern?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, überhaupt nicht. Ich habe ja mit Herrn Hartmann darüber überhaupt nicht gesprochen, und wenn ich den Begriff „unser Sorgenkind“ in den Mund nehmen sollte, also dann müsste ich mir einiges abbeißen - das muss ich mal wirklich sagen -, was ich erlebt habe mit Herrn Edathy.

Ich glaube auch - das ist mir auch eben noch mal deutlich geworden bei der Frage von Herrn Tempel -, Sie gehen davon aus, Sie haben es hier mit einem Menschen zu tun, der genauso ist wie Sie und ich. Ich glaube, da liegt das Problem. Denn ich hatte ja hier einige Ausführungen gemacht zur Phänomenologie und zur Typologie auch von Pädophilen. Ob er das hat, weiß - - Ob er es ist, weiß ich nicht. Ich sage nur ganz allgemein: Die leben in zwei Welten. Die inszenieren sich ständig selbst. Die inszenieren sich ständig selbst im Grunde. Dann müssten Sie mal einen forensischen Psychiater vielleicht dazu hören. Der kann Ihnen vielleicht daraus eine fachlich qualifizierte Antwort geben.

Insofern empfinde ich das auch - - Wissen Sie, Sie fragen mich sehr rational immer, aber ob das wirklich Herrn Edathy in seiner Persönlichkeit dann tatsächlich abbildet - - Ich weiß nicht, wie lange Herr Edathy in diesem Feld schon unterwegs ist. Er soll ja seit Mitte der - - ja, Mitte 2005/2006 schon diese Dinge bezogen haben, hat dann noch mal wieder nachgelegt, wie wir ja wahrscheinlich jetzt erfahren werden, vom 01.11.2013 bis zum 10.11.2013 mit härterer Kinderpornografie, mit all dem, was da drumrum ist. Und deshalb finde ich, die Fragen - verzeihen Sie, Herr Tempel -, die kann man nur in diesem Kontext beantworten, nur in diesem Kontext sehen und nicht jetzt isolieren und sagen: Wie würden Sie sich verhalten, wenn irgendein anderer käme, und wie würden Sie dann ermitteln? - Das ist doch hier nicht das Thema.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will auch nur noch mal zu Protokoll geben: Ich frage Sie so, dass Sie auch entlastend für sich antworten können. Ich versuche nicht, nur Fragen zu stellen, wo Sie - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist meine Meinung dazu.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber der Kollege Frieser hat eine Zwischenfrage.

Michael Frieser (CDU/CSU): Nein, mir geht es nur mal um die Klarheit, weil Sie in Ihrem Eingangsstatement betont haben, Herr Ziercke, es gibt aus Ihrer Sichtweise überhaupt keinen rationalen Sinn - vor allem an diesem fraglichen 17. Oktober -, irgendjemanden zu informieren. Deshalb ging es schon ganz konkret um die Nachfrage, zu sagen: Halten Sie es für eine nachvollziehbare Motivation, nämlich dieselbe wie Minister Friedrich, die SPD-Spitze davor zu bewahren, in diesen Stunden gegebenenfalls einen Namen, nämlich Edathy, möglicherweise für höhere Ämter zu empfehlen? Sie wissen aus Ihren Abläufen: In der Politik sind manchmal Minuten entscheidend. Also, die Motivation können Sie schon nachvollziehen? Weil es nicht ganz übereinstimmt mit dem, was Sie eingangs gesagt haben: Es gibt überhaupt keinen Grund, warum man in dieser Situation zum Telefonhörer greifen könnte.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Vielleicht habe ich mich missverständlich ausgedrückt. Wenn Sie mich fragen zu den Überlegungen von Minister Friedrich, habe ich mehrfach gesagt, dass er als Mitglied der Regierung eine besondere Verantwortung hatte und die Frage eigentlich nur war: Hätte er den Weg direkt gehen dürfen zur SPD-Spitze oder hätte er einen Umweg machen müssen möglicherweise? Das ist das Thema.

Michael Frieser (CDU/CSU): Meine konkrete Frage war jetzt: Können Sie diese Motivation nachvollziehen?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, selbstverständlich.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Jörg Ziercke: Selbstverständlich.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich erteile gerne das Wort, aber da das Ihre Fraktionsredezeit ist, müsste Herr Schuster irgendwie ein Signal geben. Herr Dr. Heck hatte sich gemeldet und Herr Brandt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. Prima.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe eine kurze Frage noch mal zu der Tagung in Münster. Sie hatten gesagt, dass Sie da nicht mit Herrn Hartmann über Herrn Edathy gesprochen haben. Können Sie ausschließen, dass Sie mit Herrn Hartmann über tatsächliche oder mögliche Ermittlungen im Zusammenhang mit Kinderpornografie gesprochen haben?

Zeuge Jörg Ziercke: Absolut. Ich bin ja abends spät erst gekommen, hatte keinen Kontakt, habe am nächsten Morgen ihn im Tagungsraum dann erst getroffen, habe da kurze Worte mit ihm gewechselt vor allen, die da waren. Ich hatte ja das Problem an dem Tag - ich habe meinen Terminkalender hier -: Ich musste, sportlich gesehen, ab 12.30 Uhr um 15 Uhr in Wiesbaden sein. Mein Fahrer hat das dann geschafft. Wir waren, glaube ich, Viertel nach drei dann da.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Okay, vielen Dank.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist der Zusammenhang.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Ja. Und dasselbe gilt für den 21. Januar. Da gab es wieder ein Gespräch. Da sagten Sie, auch da haben Sie nicht über Herrn Edathy gesprochen. Können Sie auch da ausschließen, dass Sie mit Herrn Hartmann über - -

Zeuge Jörg Ziercke: Wann war das?

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): 21. Januar, da haben Sie ein Gespräch geführt. Auch da haben Sie nicht mit Herrn Hartmann über tatsächliche oder mögliche Ermittlungen - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, auf keinen Fall. Ich habe nie mit ihm über Herrn Edathy gesprochen.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Nein, es ging nicht um den Namen Edathy, sondern abstrakt um die Frage, ob Sie mit ihm über Ermittlungen im Zusammenhang mit Kinderpornografie gesprochen haben.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Moment. Wir haben über organisierte Kriminalität uns unterhalten - das kann durchaus sein; das habe ich auch eingeräumt -, aber nicht über das Verfahren „Spade“, sondern allgemein: Was haben wir auch in der Vergangenheit schon vor dem Hintergrund, dass das Thema Löschen und Sperren, ja immer irrtümlich interpretiert als „Löschen statt Sperren“ - - Das ist ja nie das Thema gewesen eigentlich. Darüber haben wir uns schon unterhalten, und dies in Verbindung mit der Vorratsdatenspeicherung.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Ja. Aber nicht über „Spade“?

Zeuge Jörg Ziercke: Das hat mit „Spade“ und so überhaupt nichts zu tun.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Okay. Danke.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will noch mal zur Klarstellung sagen, Herr Ziercke: Das stimmt. Die eidesstattliche Versicherung - so, wie Sie ausgeführt haben -, die hat keine rechtliche Relevanz gehabt, -

Zeuge Jörg Ziercke: Zu dem Zeitpunkt, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - bis Herr Edathy hier drin war.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist klar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Da haben wir sie mit ihm präzise abgearbeitet, und jetzt sagt er uneidlich falsch aus, wenn es nicht stimmt. Deswegen frage ich Sie noch mal, was Sie schon mal in Ihrer Einführung gesagt haben: Sie halten an Ihrer Erklärung fest, dass es nicht zutrifft, dass Michael Hartmann über den Fall Edathy von Ihnen informiert und auf dem Laufenden gehalten wurde?

Zeuge Jörg Ziercke: Eindeutig, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben Herrn Hartmann nicht nur bei der Geburtstagsfeier, sondern bei etlichen Terminen getroffen.

Zeuge Jörg Ziercke: Bei welcher Geburtstagsfeier?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie waren ja eingeladen, meine ich, auf seiner Geburtstagsfeier.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber ich war nicht da.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay, dann haben wir das auch schon geklärt.

Zeuge Jörg Ziercke: Mein Vizepräsident war auf der Geburtstagsfeier, ich nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber Sie haben selber gerade eben gesagt, Sie haben sich regelmäßig mit ihm -

Zeuge Jörg Ziercke: Eine Einladung hatte ich; das stimmt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - getroffen, haben mit ihm auch mal zu Abend gegessen, Klartextgespräche usw.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie bei diesen Terminen Dinge mit ihm besprochen, die Sie mit den Angehörigen in ähnlicher Funktion anderer Fraktionen, anderer Parteien so nicht erörtert hätten? Also, ging es da konkret auch um parteipolitische Fragestellungen?

Zeuge Jörg Ziercke: In keinem Fall. In keinem Fall.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt, das waren rein neutrale - -

Zeuge Jörg Ziercke: Absolut. Ich hatte ja eine eigene politische - wenn Sie so wollen - Position, was Vorratsdatenspeicherung angeht, -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: - und die habe ich vertreten. Die ist ja öffentlich immer gewesen. Man wusste ja, wo ich stehe auf der Seite, und dass ich gerade



2. Untersuchungsausschuss

im Bereich Kinderpornografie von Vorratsdatenspeicherung eine ganze Menge halte, das können Sie sich vorstellen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe mir jetzt diese - - Herr Dr. Heck hatte die Tagung angesprochen in Münster. Die habe ich mir auch mal angeguckt. Das Programm gab natürlich schon die Möglichkeit, weil Sie ja nur so Halbstundenstatements hatten, und dann eine Podiumsdiskussion und dazwischen eine Kaffeepause und danach eine Mittagspause - - Es gab ja Möglichkeiten, sich zu unterhalten; das haben Sie sicher auch getan. Wie muss ich mir das vorstellen, wenn Sie mit einer solchen - wie soll ich das formulieren? - Bombe im Gepäck, was da gerade passiert ist, auf den Herrn Hartmann treffen? Wie ist das für Sie gewesen? Sie sagten ja, Sie haben mit ihm überhaupt nicht darüber gesprochen. Aber das ist ja schon eine Information - - Ich weiß ja, wie es mir gegangen ist, als ich es gehört habe.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich war zu dem Zeitpunkt schon fast 46 Jahre im Polizeidienst und über zehn Jahre schon im BKA und habe schon einiges erlebt an Bomben - in Anführungsstrichen - und weiß mit solchen Informationen auch umzugehen. Ich kläre vorher immer - - Ich sage immer bei mir im Hause auch, wir müssen die Dinge vom Ende her denken, bevor wir eine Entscheidung treffen. Für mich war völlig klar: Ein solcher Fall kann nur über das Ministerium, über den Minister laufen und auf keinen Fall in irgendeiner Querbeziehung sich im Grunde entwickeln. Das wäre für alle Beteiligten, die so etwas unternehmen, von vornherein aussichtslos gewesen. Für mich war auch klar, wenn ein solches Ereignis eintritt, dass dann der Schaden schon da ist. Deshalb - - Wir haben ja schon darüber gesprochen: Was ist Ihre Motivation? Wollte man irgendjemanden schützen oder so? - Nein, da war nichts mehr zu schützen.

Und wenn ich dann höre und gelesen haben, er will ja erst am SPD-Parteitag die Kenntnis gehabt haben, dass überhaupt was läuft dort, dann ist das aus meiner Sicht überhaupt nicht glaubwürdig, weil die Kanadier - - Ich habe Ihnen das ja hier vorgelesen. Wer da nicht merkt, dass er betroffen ist, vor dem Hintergrund der Typologie

und Phänomenologie, die Leute mit pädophiler Neigung haben - gerade in solchen Positionen -, dann ist das überhaupt nicht glaubwürdig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will noch mal auf die Führungsinformation eingehen, die Sie schon vorliegen hatten, die die Vorsitzende auch benutzt hat. Da haben Sie einen interessanten Begriff benutzt, nämlich den Loyalitätskonflikt und die merkwürdige Reaktion der Staatsanwaltschaft in Hannover aufgrund Ihrer Rückfragen. Also nicht Ihrer, sondern die Ihrer Mitarbeiter. So kam mir das nämlich auch vor, diese merkwürdige Reaktion.

Aber jetzt hätte ich gerne mal die Einschätzung von Ihnen. Wir müssen ja die Frage klären: Gab es einen Informanten für Sebastian Edathy oder nicht? Wenn Sie es nicht sind, heißt das nicht, dass es keinen gab. Die Formulierungen, die Oberstaatsanwalt Klinge benutzt, die sind so, dass man das nicht ausschließen kann. Und Ihre Mitarbeiterin hat, wie das schon vorgelesen wurde, in der Führungsinformation ja auch niedergelegt, am 06.12.2013 hätte sich Klinge bei SO 12 gemeldet und mitgeteilt, dass er vom Anwalt des Edathy kontaktiert worden sei. Dieser habe gefragt, ob es ein Verfahren gegen seinen Mandanten wegen des Verdachts des Besitzes von Kinderpornografie gebe. Dies sei ihm zugetragen worden. Diese Formulierung finde ich interessant. Dann hat die Vorsitzende Ihnen auch schon vorgelesen, dass der Klinge verwundert darüber war, welche Kenntnis der Anwalt über den Sachverhalt erlangen konnte. Und dann kam diese Formulierung:

Er bestätigte

- Klinge -

den Besuch des Anwalts

- den persönlichen -

und dass er ihm keine Information gegeben habe. Er deutete an, dass weitere Maßnahmen in nächster Zeit wahrscheinlich seien. Weiteres teilte er nicht mit.



2. Untersuchungsausschuss

Jetzt sagten Sie: Da habe ich einen Loyalitätskonflikt gespürt. Ich auch. Was wollen Sie damit sagen?

Zeuge Jörg Ziercke: Das war das, was am 31. passierte?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ich habe aus dieser Formulierung - - Was will der Ziercke damit? Leitet er das an den Innenminister weiter? Geht das in die Politik? Geht das in Berliner Kreise? So klang das Ganze. Und ich wollte im Grunde jetzt an der Ecke - - weil ich spürte aus dieser Bemerkung, die für mich bemerkenswert war, dass möglicherweise der Staatsanwalt selbst unter Druck war, dass die Debatte in Niedersachsen auch so einen Punkt erreicht hatte, wo jeder sagte: Also, wenn hier irgendwas rauskommt in Sachen Edathy und ihr korrespondiert immer mit dem Bundeskriminalamt, was machen die mit den Informationen? Obwohl das ja amtliches Wissen war, was wir da erlangt haben. Das ist ja normal, dass Strafverfolgungsbehörden sich unterhalten müssen und man davon ausgeht, dass der eine nicht das einem anderen dann nach außen weitererzählt.

Da war für mich die Frage: Was würde denn sein, wenn wir jetzt noch mal wieder nachfragen?

Dann wäre die Konfrontation ja wahrscheinlich da, nachdem wir gesagt haben, es passiert nicht. Das verstand ich als Loyalitätskonflikt. Man wollte mit uns zusammenarbeiten; denn ich habe den Vermerk auch so verstanden, dass der StA da zurückgerudert sein soll. Er wollte das also nicht weiter ausführen mit der Politik, was ich im Vermerk hier eben las. Da glaubte ich, zu erkennen, dass hier ein Loyalitätskonflikt aufkommen würde, wenn wir jetzt erneut im Grunde nachsetzen. Deshalb mein Ansatz, zu sagen: Gut, wenn das denn so ist, dann erfahren wir vielleicht auch nichts dann von der Durchsuchung. Ansonsten ist es aber in Verantwortung der Staatsanwaltschaft; denn dahinter - das wissen Sie, Herr Abgeordneter - steht ja immer das Problem: Eine Durchsuchung im Fall Edathy warnt alle anderen dieser K-2-Fälle möglicherweise in besonderer Weise, und das war meine Motivation.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber als erfahrener Polizeibeamter würden Sie mir zustimmen, dass der Staatsanwalt schon hier auch zu erkennen gibt, dass ihm das zu viel ist, was der Anwalt in Richtung, er habe Informationen bekommen - - dass ihm das zu viel ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber selbstverständlich. Es kann ja eigentlich gar nicht sein, dass einen in einem Verfahren, das noch nicht eröffnet worden ist, ein Anwalt anruft und dann dem Staatsanwalt sozusagen signalisiert: „Ich habe hier einen ganz prominenten Mandanten. Sagen Sie mir mal, was da los ist.“ Ich habe ja versucht, zu erklären, was ich glaube, warum der das gemacht hat; denn das ist doch klar: Wenn dann möglicherweise die Entscheidung über ein Verfahren schon gefallen wäre, oder man hätte gesagt, jetzt müssen wir ganz schnell was machen, weil sonst die Beweismittelvernichtung wirklich akut ist, da hätte im Grunde ja innerhalb von zwei Tagen, wenn das geht, die Immunität aufzuheben, eine Maßnahme erfolgen müssen. Also, wie kann ein Anwalt einen Staatsanwalt anrufen in einem Verfahren, von dem er nicht weiß, ob es läuft? Edathy wusste doch, was er bestellt hat, und Edathy wusste zu dem Zeitpunkt auch - - Deswegen wiederhole ich das noch mal: 01.11. bis 10.11. Dies, was jetzt vor dem Verdener Landgericht zur Debatte steht, das wusste Edathy zu dem Zeitpunkt. Also konnte es nicht um die legalen - - Aus meiner Sicht, kriminalistisch, konnte es nur um diesen Teil gehen, und das war die Gefahr, die da war. Er musste auch im Grunde erkennen: Was ist denn mit den Medien, die ich habe, also Laptop usw.? Das waren - - Aus meiner Sicht: Kriminalistisch wäre das mein Ermittlungsansatz gewesen. Das ist eine Hypothese, selbstverständlich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich lese Ihnen noch mal ein Zitat vor aus einem Schreiben von Rechtsanwalt Noll an Oberstaatsanwalt Klinge am 5. Dezember 2013, MAT A NdS 18(27)12-13-14, Anlage 1, Ordner 7. - Muss ich das alles vorlesen? - Nein. Zitat aus diesem Schreiben an den Oberstaatsanwalt. Er schickt ihm also vorsorglich eine Prozessvollmacht und schreibt:



Das LKA Niedersachsen hat mir mittlerweile mitgeteilt, es werde weder dort noch von der niedersächsischen Landespolizei ein Verfahren gegen meinen Mandanten geführt.

Jetzt kommt der wichtige Satz:

Ich gehe daher davon aus, dass die meinem Mandanten gegebene Information schlicht Unsinn gewesen ist.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, das ist vertraulich!)

- Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ist das nicht eingestuft?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie haben das doch immer da gründlich. Haben Sie da irgendwas draufgestempelt? Ist nichts?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein, nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kann das jemand anders noch mal prüfen? Haben Sie das da?

RD Norman Plaster (BT): Können Sie noch mal die MAT sagen?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir prüfen das ganz schnell, und dann - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): MAT A NdS 18(27)12-13-14.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage hat sich erledigt!)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja? Okay.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will darauf hinaus - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nicht eingestuft, genau. Ist der Punkt deutlich geworden? Sonst legen wir es Ihnen vor, Herr Ziercke, wenn Sie es sehen wollen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ich kenne es nicht. Wenn Sie es mir bitte vorlegen würden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gerne.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wenn es für Sie besser ist. Ich will jetzt nicht intervenieren, aber wenn es besser ist, würden wir es Ihnen eben vorlegen, dass Sie es sehen können.

Zeuge Jörg Ziercke: Das wäre besser, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Es geht mir eigentlich um die Einschätzung des Zeugen: Können wir hier wirklich verwerfen, dass Herr Edathy einen Informanten hatte, bei all diesen Hinweisen? Selbst wenn der Informant nicht Ziercke heißt oder Hartmann, aber - -

Zeuge Jörg Ziercke: Natürlich kann ich es nicht ausschließen, aber ich sage nur noch mal: Er war gewarnt zu dem Zeitpunkt, und möglicherweise hat er Quellen gehabt. Ich habe ja selbst auf eine hingewiesen, dass eine SMS meiner Meinung nach überhaupt nicht aus der Polizei kommen konnte - von mir sowieso gar nicht, aber auch nicht aus der Polizei kommen konnte -, weil diese Frage, zu dem Zeitpunkt Entwarnung zu geben für Herrn Edathy, das kann eigentlich nur mit einem juristischen Prüfprozess zusammenhängen im Grunde. Deshalb - ich habe es ja nur angedeutet -: Ich weiß es nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Da schließt sich eine Zusatzfrage an. Wenn Sie es so einschätzen, dass es diese Möglichkeit gab, dann wäre es eine unglaublich wichtige Information gewesen für den Bericht an Bundesinnenminister Friedrich. - Sie haben ja an Staatssekretär Fritsche berichtet.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, habe ich gemacht.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sagen wir mal, der Polizist hat ja bereits - -

Zeuge Jörg Ziercke: Genau so habe ich es eingeschätzt. Genau so, wie Sie es andeuteten, habe ich es eingeschätzt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Warum hat es in dem Bericht nicht Erwähnung gefunden, wie viele potenzielle vor allem Beamte in Niedersachsen über diesen Vorgang schon informiert waren? Das BKA wusste ja am Abend des 15., dass die niedersächsische Polizei so, wie sich das gehört, bis ins Innenministerium gemeldet hatte. Das heißt, der Kreis derer, die das wussten, der war da schon relativ groß. Aber dieser Hinweis ist nicht in der Meldung an den Staatssekretär Fritsche enthalten. Für das Ministerium, für das Innenministerium - wenn ich mich jetzt in diese Lage versetze - sah es so aus, als würde hier eine Exklusivinformation ankommen.

Zeuge Jörg Ziercke: Die Beschreibung des Sachverhalts war eindeutig, von wo wir die Information hatten, wie sie dort hingekommen war: über das Landeskriminalamt, dann an die örtliche Dienststelle. Dass das dort, wo Herr Edathy seinen Wohnsitz hatte, für besondere Aufregung sorgen musste, das war im Grunde allen Betroffenen klar. Mehr wussten wir zu dem Zeitpunkt auch nicht. Wir wussten, LKA, und wir wussten, dort diese Dienststelle. Wir hatten aber auch, glaube ich - das weiß ich jetzt aber nicht mehr genau, ob das in dem Schreiben drin war; wir haben es auf jeden Fall nachberichtet sonst - - dass alle Landeskriminalämter einbezogen waren, weil ja die weiteren Fragen sich dann im Laufe der Zeit entwickelten. Also, das musste man schon erkennen können. Aber wissen Sie, das war ja am 15., 16., 17., also im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang. Da konnten wir ja noch gar nicht mehr wissen. Da ging es ja erst mal nur um die eigentliche Information, und alles andere ist ja dann später erst entstanden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Mir geht es einfach um die Frage -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ich verstehe das.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - um es konkret zu machen; das werden wir noch aufklären hier im Ausschuss -: Es könnte sein - es scheint eher wahrscheinlich -, dass der niedersächsische Landesinnenminister bereits am Abend des 15. diese Information, spätestens am Morgen des 16. hatte, und jetzt können Sie sich vorstellen: Polizeipräsident Göttingen, LKA-Chef, und wer alles dazwischenhängt, -

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist mir nicht bekannt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - aber der Bundesinnenminister am 17. noch davon ausging, dass er jetzt genau diese schwierige Aufgabe hat, von der Sie gerade eben sprachen: Um Gottes willen, wie halte ich jetzt Schaden von einer künftig zu bildenden Regierung ab? - Deswegen ist es für mich ein wichtiger Vorgang, zu fragen: Warum taucht das in Ihrer Meldung nicht auf, wer in Niedersachsen alles schon informiert war?

Zeuge Jörg Ziercke: Das wussten wir doch gar nicht. Ich wusste doch nicht, dass der Innenminister informiert war. Ich wusste doch nur, das Landeskriminalamt und die Stelle in Rehburg vor Ort. Das wussten wir. Ich müsste mir jetzt den Vermerk noch mal ansehen, ob da noch weitere - - Aber das war unmittelbar zwei Tage später.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Wir können das mal - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das, was Sie eben ausgeführt haben, das höre ich jetzt das erste Mal.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich frage jetzt weiter. Wir suchen es mal raus. Das war in Ihrer Behörde schon am Abend des 15. bekannt, dass die Polizei Niedersachsen - - Also, der EPHK Baum, der den Erstanruf bei Ihnen im Amt machte, der wies kurz darauf eine Ihrer beiden Sachbearbeiterinnen darauf hin - wir suchen es mal raus -, er müsse jetzt seinen Dienstweg auch informieren, und das hat er dann auch getan.

Zeuge Jörg Ziercke: Ist das gemeldet worden? Darf ich mal fragen?



2. Untersuchungsausschuss

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber, Herr Ziercke, Sie müssen doch davon ausgehen, dass der, wenn er aus einer Polizeiinspektion kommt, seinen Dienstweg einhält. Das ist doch der Normalfall.

Zeuge Jörg Ziercke: Natürlich. Ja, selbstverständlich.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also muss man doch auch davon ausgehen, dass man, wenn ich die Information am 15. kriege - - dass spätestens im Verlauf dieses Tages diese Information auch noch einen anderen Weg nimmt.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber selbstverständlich.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Aber das ist für Sie nicht berichtenswert, weil es so normal ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja. Das konnte man erkennen, finde ich, aufgrund der Meldung, dass der Kreis größer - - Aber das war auch nicht der zentrale Punkt dieser Erstmeldung jetzt. Darüber haben wir später auch im Ministerium natürlich irgendwann gesprochen, was den Kreis der Kandidaten angeht, gerade, als dieser Hinweis des Anwalts dann kam, den der Staatssekretär Fritsche entgegengenommen hatte. Da war ja die Frage: Wie kann das denn eigentlich sein? Und da spielte es ja spätestens eine Rolle. Es ist ja auch so, dass im Innenausschuss darüber berichtet worden ist, später dann. Das war aber erst später.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Vielleicht noch abschließend für den ersten Teil: Sie sagten gerade eben, Sie hätten diese häufigen Nachfragen bei Oberstaatsanwalt Klinge deshalb beauftragt, weil das ja ein erster Fall der Kategorie 2 gewesen wäre, -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - und da hätten Sie gerne gewusst wegen der Folgewirkungen - - Schneeballeffekt. Jetzt haben wir festgestellt, das ist so nicht. Das war nicht der erste Fall. Es gab also mehrere Fälle. Deshalb noch mal die Frage: Ich habe Sie richtig verstanden gerade eben, dass Sie sagten: Erstens ist es

der erste Fall, und zweitens ist es ein sehr prominenter.

Zeuge Jörg Ziercke: Genau, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Was gilt nun? Ich könnte jetzt die Liste vorlegen lassen, aber es gab mindestens fünf weitere Kategorie-2-Fälle, wo schon Beschlüsse vollzogen wurden. Also, der Fall Edathy war nicht der erste.

Zeuge Jörg Ziercke: Davon habe ich keine Kenntnis gehabt. Diese Fälle sind auch medial nicht so verbreitet gewesen in der Republik. Mein Ansatz war ja: Wenn der Fall eines Herrn Edathy stattfindet, dann wird das diese Riesenwirkung insgesamt haben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Also, das war nicht der erste, aber es war für Sie der mediale - -

Zeuge Jörg Ziercke: Genau. Weil es prominente Leute - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Das war es, glaube ich, oder?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Fragerecht. Ich erteile das Wort Frau Mihalic.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ziercke, auch noch mal von mir herzlichen Dank für Ihre Ausführungen bisher. Ich fand das gerade am Anfang sehr interessant, welche Expertise Sie doch mitgebracht haben, was die Psychogramme von Pädokrminellen angeht. Da würde mich doch glatt auch Ihre Expertise interessieren, was zum Beispiel Betäubungsmittel-/Chrystal-Meth-Konsumenten angeht. Aber so viel nur vorweg.

Mich hat vorhin eine Ihrer Aussagen etwas stutzen lassen, und zwar haben Sie gesagt, dass Sie nicht auf dem Geburtstag von Herrn Hartmann gewesen sind. Das finde ich deswegen erstaunlich, weil in der letzten Untersuchungsausschusssitzung Herr Hartmann gesagt hat, dass Sie dort Gast gewesen sind.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, es tut mir leid, aber ich bin nicht da gewesen. Ich habe das nachvollzogen jetzt. Ich kam an dem Sonntag - ich habe gestern meinen Terminkalender hier wiedergefunden - von zu Hause.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das deshalb, weil ich - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich war krank. Ich musste auf jeden Fall am nächsten Tag, am Dienstag, noch in die ND-Lage, und ich habe mir das nicht angetan, an einem so langen Tag am Montag dann noch abends irgendwohin zu gehen. Das ist der Punkt, ganz einfach.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ihn nämlich in der Untersuchungsausschusssitzung beim letzten Mal explizit danach gefragt, ob Sie auch Gast auf seinem Geburtstag gewesen sind. Ich will das mal zitieren aus dem Stenografischen Protokoll der letzten Sitzung:

... als jemand, der gar nicht so gerne Geburtstage feiert, meinen 50. gefeiert ... feiern müssen. Da war Herr Ziercke, da war Herr Schindler, ich glaube, Herr Maaßen war auch da.

Ich habe dann noch mal nachgefragt - also jetzt komme ich noch mal -:

Also, Herr Ziercke war da. Ich dränge etwas wegen der Zeit.

Und Herr Hartmann antwortet daraufhin:

Er war einer der vielen Gäste an dem Abend.

Ich habe das auch - -

Zeuge Jörg Ziercke: Da hat er sich schlicht geirrt, schlicht geirrt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das auch in der Zeitung gelesen, dass Sie da gewesen sein sollen. Von daher erstaunt mich das jetzt etwas.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber entschuldigen Sie bitte: Ich bin nicht dort gewesen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Jörg Ziercke: Dann müssen Sie die Leute fragen - - Ich kann Ihnen aber sagen, wer da war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das ja nur deshalb, weil - -

Zeuge Jörg Ziercke: Mein Vizepräsident war da, und der kann Ihnen bestätigen, dass ich nicht da war, Herr Henzler. Den können Sie vorladen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das ja nur deshalb, weil wir haben hier die Zeugenaussage von Michael Hartmann. Die ist protokolliert. Sie sagen etwas anderes. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Sie da gewesen sein sollen. Also, offensichtlich haben noch mehrere Menschen davon Kenntnis gehabt, und Sie sagen jetzt hier, Sie waren nicht da. Ich frage das nur deshalb bzw. weil ich mir jetzt eigentlich erhoffe, dass solche Widersprüchlichkeiten nicht bei den weiteren Antworten auftreten auf die Fragen, die ich jetzt als Nächstes stelle.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber Sie glauben mir nicht, oder was?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Jörg Ziercke: Aber Sie glauben mir nicht, dass ich nicht da war?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das ja jetzt nicht einschätzen. Ich habe die Aussage von Herrn Hartmann; ich habe Ihre Aussage. Was soll ich jetzt glauben?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe Ihnen einen Beweis angeboten eben. Mein Vizepräsident war da, und der kann den Beweis antreten, dass ich nicht da war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir werden das natürlich überprüfen, Herr Ziercke; das ist ja nicht die Frage. Da können wir



2. Untersuchungsausschuss

alle ganz entspannt sein. Ich wollte das nur noch einmal geklärt wissen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich weiß nicht, ob es weiterhilft, aber ich war auf dem Geburtstag von Michael Hartmann. Herr Ziercke war nicht dort.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht haben Sie ihn ja übersehen; es waren ja viele Gäste da. Aber gut, dass Sie - - Aber dann wundert es mich, Frau Högl, dass Sie bei der Aussage von Herrn Hartmann nicht interveniert haben, um ihn da zu korrigieren, weil er hätte immerhin eine Falschaussage begangen. Also, insofern - - Gut.

(Zuruf des Abg. Uli Grötsch
(SPD))

- Ja, das ist eine Aussage im Untersuchungsausschuss, und Aussagen, die vor einem Untersuchungsausschuss getroffen sind, wenn die alle nicht so wichtig sind, dann frage ich mich, was wir hier machen.

(Steffi Lemke (DIE LINKE):
Dann kann er uns doch erzählen, was er will!)

- Genau, und niemand macht sich strafbar, wenn er hier was Falsches sagt.

Ich komme zu meiner nächsten Frage, Herr Ziercke, und zwar möchte ich da an das anschließen, was Herr Tempel auch noch - - bzw. was er vielleicht nicht ganz zu Ende bringen konnte aufgrund der Zeit. Sie haben ja hier auch mehrfach bestätigt, dass das BKA im Grunde genommen laufend über den Verfahrensstand - in welcher Form auch immer - informiert gewesen ist, -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zuletzt halt eben - - Oder das, was wir jetzt hier auch als Material vorliegen haben mit der Führungsinformation Nr. 6 - ich glaube, das Material liegt Ihnen ja auch schon vor; da bin ich mir jetzt nicht sicher, aber ich glaube schon, oder? -, wo Sie darüber informiert worden sind, dass das Ganze nach Hannover gegangen ist. Ich

frage das deswegen noch mal nach, weil - - Ich halte das nur noch mal fest: Das Bundeskriminalamt war informiert, dass die Akte in Celle gelandet ist und dass sie danach nach Hannover gegangen ist. Ich frage das deswegen, weil das in den letzten Befragungen meiner Kollegin hier so ein bisschen rausgekommen ist, dass Herr Edathy angeblich vor Durchsuchungsmaßnahmen gewarnt worden sein soll. Also, meiner Erinnerung nach hat Herr Edathy das so nicht behauptet, sondern hat eigentlich nur gesagt, dass er jederzeit darüber informiert war, an welchem Ort seine Akte gerade gewesen ist, und das würde ja wiederum zu den Informationen passen, die das Bundeskriminalamt gehabt hat. Oder wie schätzen Sie das ein?

Zeuge Jörg Ziercke: Da kann ich nichts zu sagen. Ich weiß nicht, was Herr Edathy sich da ausgedacht hat oder von wem er eine solche Information hat. Es tut mir leid, ich habe mit Herrn Hartmann darüber nicht gesprochen. Natürlich haben wir amtliches Wissen gehabt. Das ist ja selbstverständlich in einer Strafverfolgungsbehörde. Aber ich habe dieses Wissen nicht weitergetragen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte das ja nur abgleichen. Also, die Information, wann wo welche Akte war, die lag beim BKA vor. Herr Edathy hat sich darauf bezogen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber dann konkret.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und insofern gleiche ich ja jetzt eigentlich nur den Wissensstand ab.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, verstehe.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Edathy war nicht über Durchsuchungsmaßnahmen informiert. Er wusste aber, wo die Akte war, und das wusste das BKA auch.

Zeuge Jörg Ziercke: Wann konkret? Wann konkret? Wann hat das BKA gewusst von dem, und wann hat Herr Edathy gesagt, er weiß das auch? Sonst kann ich das ja nicht vergleichen, was Sie sagen.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wann das BKA darüber informiert worden ist, das wissen wir aus der Führungsinformation. Das andere ergibt sich aus Aussagen von Herrn Edathy, und den Abgleich, den müssen wir ja vornehmen und nicht Sie. Ich rede ja nur davon, dass die Information beim BKA war.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, Sie wollen doch von mir eine Antwort haben, ob es sein kann, dass das BKA die Quelle ist. Deshalb würde ich nur gerne wissen: Von wann ist diese Führungsinformation? Ich habe sie hier nicht vorliegen jetzt im Moment.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen ein Beispiel geben, Herr Ziercke.

Zeuge Jörg Ziercke: Wann hat Herr Edathy gesagt, dass er genau weiß, dass die Akte da und da ist?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen ein Beispiel geben. Die Führungsinformation, auf die ich mich bezogen habe, ist die Führungsinformation Nr. 6. vom 27.11.2013. Der Anwalt von Herrn Edathy hat am 28.11., soweit mir das in Erinnerung ist, nachfragen lassen, ob gegen seinen Mandanten irgendwie ermittelt wird. Also, das passt insofern schon zusammen, zumindest vom zeitlichen Ablauf.

Was auch zu diesem zeitlichen Ablauf passt, ist eine SMS, die Herr Hartmann an Herrn Edathy geschickt haben soll. Herr Hartmann erinnert sich jetzt nicht mehr, diese SMS geschickt zu haben, aber das ergibt sich aus diesen Ausdrücken, die Herr Edathy uns vorgelegt hat. Diese SMS stammt vom gleichen Tag, und die ist vom Wortlaut her:

Seit 10 Tagen läuft schon vieles.
Nehme daher nicht an, dass noch
was droht ...

Das ist vom - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Jörg Ziercke: Die Entwarnungsgeschichte, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Jörg Ziercke: Diese Entwarnung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das, was hier schon mehrfach als diese Entwarnung - - Ich persönlich kann mir das jetzt einfach nur so erklären - zumindest passt es eben vom Zeitpunkt her zusammen -: Aus der Führungsinformation geht ja eigentlich noch nicht hervor, dass irgendwelche konkreten Maßnahmen geplant sind, sondern aus der Führungsinformation geht ja hervor, dass zwar grundsätzlich - es steht ja ausdrücklich drin: grundsätzlich - eine Durchsuchung in Erwägung gezogen wird, aber dass eben erst mal noch um die zeitnahe Übermittlung gleichgelagerter Vorgänge gebeten wird vom BKA. So würde ich jetzt vielleicht auch die SMS interpretieren. Oder haben Sie da eine andere Erklärung?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist nicht von mir. Ich darf Ihnen vielleicht sagen: Ich bin am 23.11. nach Saudi-Arabien geflogen und bin am 28.11. um 16 Uhr in Hamburg erst wieder angekommen und war dann für zwei weitere Tage nicht im BKA in dieser Zeit. Ich habe die Führungsinformation gar nicht gesehen in der Zeit.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie nicht bekommen, die Führungsinformation Nr. 6?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich sage noch mal: Sie haben eben einen Zeitraum 26./27. geschildert, wo die SMS gekommen ist. Das ist ja ein feststehender Punkt. In dem Zeitraum bin ich gar nicht in Deutschland gewesen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch eine Nachfrage stellen, wann Sie die Führungsinformation Nr. 6 denn persönlich bekommen haben?

Zeuge Jörg Ziercke: Das weiß ich nicht.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay. Danke.

Zeuge Jörg Ziercke: Moment. Geht das nicht aus der Führungsinformation, die Ihnen vorliegt, hervor, dass irgendwo mein Zeichen drauf ist? Ich zeichne normalerweise diese Akten dann ab.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Meine Zeit ist um. Ich schaue es nach, Herr Ziercke. Wir machen gleich noch eine Runde. Dann können wir da anknüpfen.

Zeuge Jörg Ziercke: Okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann hat das Fragerecht jetzt die SPD-Fraktion. Herr Grötsch, bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Herr Ziercke, ich würde da weitermachen wollen, wo meine Vorrednerin aufgehört hat. Sie haben angedeutet, was den Umgang mit Führungsinformationen angeht, würden Sie Ihr Namenszeichen draufmachen, wenn Sie davon Kenntnis genommen haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, genau.

Uli Grötsch (SPD): Wenn Sie den Satz zu Ende sagen würden. Vielleicht können wir dann nachvollziehen, von was Sie eben Kenntnis hatten und von was nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe auf jeden Fall Kenntnis gehabt von dieser Information des Staatsanwalts, dass ein Anwalt angefragt hatte; denn diese haben wir dann verschriftlicht und auch weitergegeben. Ich meine auch, von einer Information Kenntnis bekommen zu haben, die aber keine Führungsinformation war, wo der Staatsanwalt mich genannt hatte und sich gefragt hat: „Was will Herr Ziercke mit der Information?“, wo ich dann gesagt hatte: Loyalitätskonflikt. Alle anderen kann ich so nicht erinnern, muss ich ehrlich sagen. Sie müssten mir die bitte vorlegen, welche es da gibt und wovon ich tatsächlich auch Kenntnis genommen habe. Denn in diesem Fall haben auch andere Entscheidungen gemacht, wenn ich nicht da war.

Uli Grötsch (SPD): Wenn ich bei dem, was Sie zuletzt gesagt haben, gleich weiterfragen darf: Führungsinformation, also eine Information, die aus der Sachbearbeiterebene oder woher auch immer in der Hierarchie hochgeht in die - wie der Name schon sagt - BKA-Leitungsebene, wenn Sie das noch mal ausführen könnten, wohin die Führungsinformation geht, wo die dann landet, ob das immer Führungsfigur Präsident ist oder ob das einfach Leitungsebene heißt. Könnten Sie das noch mal ausführen?

Zeuge Jörg Ziercke: Führungsinformationen von der Sachbearbeiterebene gehen in der Regel an die eigene Abteilungsleitung; wir haben ja neun Abteilungen im Bundeskriminalamt. In der Regel unterhält man sich vorher schon darüber, ob der Präsident diese Information auch bekommen soll oder nicht. Dann ist es häufig so, dass nach der Abteilungsleitung der Präsident aufgeführt wird oder die Amtsleitung, sodass wir bei herausragenden Fällen - die haben wir grob definiert; man kann nicht immer - - das hängt auch von den Persönlichkeiten ab, die in dem Fall eine Rolle spielen - Führungsinformationen haben, um selbst im Bilde zu sein: Was läuft an Ermittlungsarbeit im Bundeskriminalamt? Was kann öffentlich werden im Bundeskriminalamt? - Und darüber hinaus im Hinblick auf den Erlass dem Ministerium gegenüber: Was kann so öffentlich werden, dass auch der Minister im Grunde durch die Medien befragt werden könnte? - Das ist so in etwa die Einschätzung, ganz grob. Davon bekomme ich in der Woche zwei, drei, vier. Im Jahr sind es etliche Führungsinformationen.

Uli Grötsch (SPD): Ich würde mal meinen, dass der Umgang mit der Causa Edathy, der Umgang im Zusammenhang mit der OP „Selm“ dann ja ein Vorgang gewesen sein dürfte, der Sie persönlich als Präsidenten auch interessiert haben müsste, dass Sie also ein Interesse daran gehabt haben dürften, dass Sie auf dem Laufenden sind, sollte Ihnen durch das BMI zum Beispiel eine Rückfrage gestellt werden. Können Sie das mal beschreiben, welche Absprache es dann zwischen Ihnen und den anderen Mitgliedern der BKA-Leitungsebene gab, welche Informationen aus der OP „Selm“ an Sie herangetragen werden, an Sie weitergegeben werden müssen?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Die OP „Selm“, insbesondere, was den Fall Edathy angeht - dieser ist ja vorgezogen worden, und das ist ja sehr schnell abgearbeitet worden -, da habe ich gesagt, habe ich die Weisung gegeben, gerade vor dem Hintergrund der Nachberichtspflicht aufgrund des ersten Berichts, den wir an den Minister gemacht hatten, dass ich informiert werden möchte, wenn sich etwas Bedeutsames in dieser Sache ereignet. Das war davon abhängig. Das habe ich einmal gesagt. Ich habe nicht reaktiv nachgefragt jedes Mal zu bestimmten Zeiten, sondern das habe ich meinem Stabsleiter überlassen, der mich dann ins Bild gesetzt hat, ob eine Führungsinformation angefordert wurde, ob eine neue Information da war oder nicht. Insoweit habe ich mich mit dem Fall die ganze Zeit weiter beschäftigt, weil ich ja wusste: Da ist was, was noch nicht letztlich juristisch ausdiskutiert ist in Hannover. - Daran hängen ja dann auch weitere Fälle auch im KAT-2-Bereich, die für uns ja auch von Bedeutung sein könnten.

Insoweit ist das etwas, was ich als Führungsinformation immer dann zur Kenntnis bekommen hatte, wenn sich etwas Wesentliches verändert hatte. Aber es kann auch sein, dass es auf Abteilungsleitersebene stehen geblieben ist. Diese Information, über die wir vorhin gesprochen hatten, ist wohl an meinen Stabsleiter weitergeleitet worden, aber nicht als Führungsinformation: Was macht Herr Ziercke mit der Information von dem Staatsanwalt? - Ich habe da jetzt keine Führungsinformation in Erinnerung - es sei denn, Sie haben eine -, sodass ich nur über die Inhalte gesprochen hatte mit meinem Stabsleiter, nur über diesen Punkt im Grunde.

Uli Grötsch (SPD): Das ist für mich eine interessante Information. Ich war bis zum heutigen Tage der Meinung, dass eine Führungsinformation immer auch Sie erreicht. Kann man also sagen, dass nicht jede Führungsinformation, die im BKA gegeben wird, den Präsidenten erreicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Dafür ist das Amt zu groß. Wir haben 5 500 Mitarbeiter. Wir haben in der einen Abteilung SO um die 900, fast 1 000 Mitarbeiter; das ist die eigentliche Ermittlungsabteilung. Die andere Ermittlungsabteilung ist der Staatsschutz. Auch da gibt es eine Vielzahl von

Fällen. Ich bekomme die meisten Informationen eigentlich aus dem Staatsschutz, Extremismus/Terrorismus. Da kommen laufend Führungsinformationen, die auch immer wieder im Verhältnis zum BND/BfV eine Rolle spielen, für das Ministerium eine Rolle spielen und für die ND-Lage vor allem eine Rolle spielen. Was ist ND-Lage-relevant? - Das ist die ständige Frage bei uns. Dann kommen auch zur organisierten Kriminalität, zur Wirtschaftskriminalität Informationen.

Ein Beispiel. Sie werden die Durchsuchung der Deutschen Bank in Frankfurt erinnern im Zusammenhang mit der Frage Steuerkarussell; das ist jetzt schon ein Jahr her. Natürlich war das auch eine Information. Bei 1,5 Milliarden Schaden für den Fiskus, was wir annehmen mussten, war das eine Information, die natürlich ins Ministerium musste; das war ja ganz klar. Auch über diesen Fall habe ich mich ständig auf dem Laufenden gehalten, weil das internationale Auswirkungen hatte, wo ich auch selbst dafür sorgen musste durch Gespräche mit dem Justizministerium, dass die Sachen beschleunigt werden.

Uli Grötsch (SPD): Ich möchte bei dem Gedanken bleiben und komme auf ein Dokument zu sprechen, das gerade eben schon angesprochen wurde, und zwar geht es noch mal um die Information von Frau Greiner bzw. um das Telefonat zwischen Frau Greiner und dem Oberstaatsanwalt Klinge von der Staatsanwaltschaft Hannover vom 31.01.2014. Möchten Sie das noch mal vorgelegt bekommen?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist das, wo ich genannt werde, nicht?

Uli Grötsch (SPD): Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Uli Grötsch (SPD): Ich gebe noch mal die MAT-Nummer durch: Das ist MAT A BKA 18(27)1-3, 201. Darin fragt der Oberstaatsanwalt Klinge bei Frau Greiner nach, wieso das BKA denn diese Informationen haben will, wieso sie sich immer wieder dafür interessiert.



2. Untersuchungsausschuss

Jetzt ist meine erste Zwischenfrage, Herr Ziercke: Wieso hat man das denn dem Oberstaatsanwalt Klinge nicht einfach dann gesagt? Hätte man da nicht sagen können: Wir möchten gerne nachfragen zu diesem Thema, weil wir uns für den Umgang mit den KAT-2-Fällen bei Ihrer Behörde, also bei der Staatsanwaltschaft, interessieren?

Zeuge Jörg Ziercke: Das wird ihm gesagt worden sein; das nehme ich mal ganz stark an. Ich habe nur den Auftrag gegeben, nachzufragen. Das ist ja nicht die erste Information von Herrn Klinge gewesen am 31.01. Er hat uns ja vorher auch schon mitgeteilt, ich meine am 6., dass ein Anwalt nachgefragt hatte. Da gab es ja vorher schon viele Kontakte. Dem Oberstaatsanwalt Klinge war bisher klar, dass das BKA nachfragt, was üblich ist zwischen Strafverfolgungsbehörden, und er hat jetzt - ich hatte das ja vorhin zum Ausdruck gebracht -, als es um Politik ging, wohl gedacht: Jetzt wächst der Druck. - Möglicherweise: In welcher Situation kommen wir hier? Wie geht das BKA - - Dass er da seine Fragen hatte, aber erst dann - das entnehme ich dem Vermerk - hierzu wirklich explizit geantwortet - -

OStA Klinge wird versichert:
Selbstverständlich. Darauf rudert

- steht hier -

dieser zurück: Kein Vorwurf ans
BKA.

Daraus entnehme ich jetzt wieder, dass er erkannt hat - - Ihm war das - - Er hat ein Unbehagen gehabt bei der ganzen Geschichte. Das habe ich ja gesagt: Ich will keinen Loyalitätskonflikt zwischen der Staatsanwaltschaft Hannover und dem BKA. Dann hören wir auf, und die Verantwortung ist dann bei der Justiz.

Uli Grötsch (SPD): Jetzt sagen Sie gerade in Ihren letzten Sätzen, dass es üblich ist zwischen Strafverfolgungsbehörden, dass man da auch mal nachfragt.

Zeuge Jörg Ziercke: Natürlich.

Uli Grötsch (SPD): Könnten Sie das noch mal kurz ausführen, ob das an der Tagesordnung ist,

dass - ich sage mal - das Bundeskriminalamt und eine Polizeidienststelle bei einer Staatsanwaltschaft anfragt und sagt: Na, wie steht es denn mit dem Fall?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein, Moment: Nur in den Fällen, wo wir selbst die wesentliche Vorarbeit geleistet haben, -

Uli Grötsch (SPD): Das meine ich schon so.

Zeuge Jörg Ziercke: - wo wir selbst auch eine wesentliche Funktion hatten im Hinblick möglicherweise auf eine bundesweite Koordinierung von Maßnahmen. In solchen Fällen: selbstverständlich. Oder dort, wo die Staatsanwaltschaft von vornherein intensiv mitarbeitet, Generalbundesanwalt und Terrorismusexperten, da sind wir ein Team im Grunde, da sind wir ständig im Austausch mit der Bundesanwaltschaft. Das gilt auch in herausragenden Fällen der Wirtschaftskriminalität und der organisierten Kriminalität. Dieser Fall war ein besonderer, und in diesem Fall war es eben auch so wegen der Berichtspflicht, die wir ja vorgenommen hatten, dass wir weiter auf dem Laufenden bleiben wollten. Das ist alles.

Uli Grötsch (SPD): Eine Sache wundert mich noch an diesem Vermerk über das Telefongespräch vom 31.01., und zwar, dass eine Führungsinformation darüber erstellt wurde, dass der Oberstaatsanwalt Klinge nachfragt, wieso das BKA denn die Nachfragen stellt. Darüber wurde eben eine Führungsinformation erstellt.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, das ist keine. Das ist ja keine Führungsinformation.

Uli Grötsch (SPD): Oder dass die Information zu Ihnen kommt, sage ich mal.

Zeuge Jörg Ziercke: Das sage ich ja: Das ist keine Führungsinformation. Es ist wahrscheinlich nur der Leiter des Stabes informiert worden darüber, und dann habe ich mit ihm nachher darüber gesprochen und gesagt: Das machen wir da nicht weiter.

Uli Grötsch (SPD): Ich wundere mich aber darüber, dass die Information, die der Oberstaatsan-



2. Untersuchungsausschuss

walt Klinge in dem Zusammenhang, also während dieses Telefongesprächs, gab, nämlich dass von dort weitergehende Maßnahmen geplant werden, dann nicht zu Ihnen gelangt ist.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich kann das nicht erklären.

Uli Grötsch (SPD): Ich denke, das ist doch von der Wertigkeit - Sie sagen ja, das ist ein wichtiges Verfahren; da geht es um was. Wenn dann in so einem wichtigen Verfahren weitere Maßnahmen geplant werden - was dann weitere Maßnahmen sind, das klingt zwar ziemlich abstrakt, aber man kann es sich ja ein bisschen vorstellen, dass es dann zur Sache geht -, dass diese Information dann nicht weitergegeben wird, das verwundert mich sehr.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, mich auch, als ich das gelesen habe. Da bin ich genau Ihrer Meinung. Ich hätte eigentlich erwartet, dass ich dazu eine Führungsinformation bekomme. Aber ich habe keine bekommen. Das passiert. Dann muss man die Mitarbeiter noch mal dazu befragen, ob sie es nur telefonisch weitergegeben haben an den Leiter des Stabes insgesamt, dass der dann wiederum eine Teilinformation an mich weitergereicht hat. Dann muss er dazu noch mal gehört werden. Ich kann das so nicht bestätigen. Ich habe keine Führungsinformation bekommen.

Uli Grötsch (SPD): Okay. So viel dazu. - Darf ich fragen, wie lange ich noch habe?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Fünf Minuten.

Uli Grötsch (SPD): Okay. - Ich möchte noch auf die Unterrichtung des BMI durch Sie zu sprechen kommen, Herr Ziercke. Wenn Sie das noch mal darstellen könnten, als die Information dann bei Ihnen war, als Sie sich den umfassenden Bericht haben erstellen lassen und als Sie dann das BMI informiert haben. Wenn Sie das noch mal erzählen könnten. Sie hatten das im Innenausschuss schon berichtet, aber Sie wissen ja, dass es hier einen Unterschied gibt.

Zeuge Jörg Ziercke: Herr Abgeordneter, ich habe dazu ausführlich im Innenausschuss Stellung genommen, und es ist ein ausführliches Wortproto-

koll erstellt worden. Ich bitte wirklich um Nachsicht - bei der Brisanz, die dieses Verfahren hier für mich hat -, dass ich nicht auch nur in einem Wort abweiche von dem, was ich im Innenausschuss schon gesagt habe. Deshalb bitte ich ganz herzlich darum, dass das wortwörtlich auch zum Gegenstand dieses Verfahrens wird. Die Möglichkeit muss ich doch wohl haben. Dass ich mich in einem Wort anders ausdrücke, möglicherweise in einem Satz anders ausdrücke, als ich es bisher getan habe, ist doch wahrscheinlich. Das ist wortwörtlich protokolliert worden. Da bitte ich Sie ganz herzlich, das zu akzeptieren.

Uli Grötsch (SPD): Dann lassen Sie mich noch ein paar Nachfragen zu der Unterrichtung des BMI stellen. - Nach der Unterrichtung von Staatssekretär Fritsche am 17. Oktober 2013, gab es nach dieser Information am 17.10.2013 auf eigene Initiative des BKA weitere Unterrichtungen des BMI?

Zeuge Jörg Ziercke: Wüsste ich nicht. Die vom 6., wo der Anwalt angerufen hat, das war, meine ich, die einzige Nachberichtigung, die wir gegeben haben.

Uli Grötsch (SPD): Würden Sie ausschließen, dass die Informationen, die von der Staatsanwaltschaft Hannover an das Bundeskriminalamt gingen - ich meine immer noch das Gespräch zwischen Frau Greiner und dem Oberstaatsanwalt Klinge -, dass diese Inhalte, was weitere Maßnahmen durch die Staatsanwaltschaft Hannover anging, dass diese Informationen mit diesem Bericht vom 17.10. ans BMI gehen konnten, oder würden Sie es für möglich halten, dass sie beinhaltet waren?

Zeuge Jörg Ziercke: Könnte ich mir nicht vorstellen. Wenn das tatsächlich ins BMI gehen würde, dann muss das im Leitungsstab durch den Leiter des Stabes mit mir erörtert werden. Auf jeden Fall müsste ich, wenn ich nicht da bin, davon dann die Durchschrift bekommen. Ansonsten müsste es mit dem Vizepräsidenten erörtert worden sein; denn ich konnte nicht immer da sein. Insofern kann ich nicht ausschließen, dass hier eine Führungsinformation weitergereicht worden ist, von der ich keine Kenntnis habe. Aber sie



2. Untersuchungsausschuss

scheint ja in den Akten auch nicht vorhanden zu sein.

Uli Grötsch (SPD): Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement ziemlich deutlich dargestellt, was für Konsequenzen es für Sie gehabt hätte, auf was Sie sich eingelassen hätten, wenn Sie die Informationen weitergegeben hätten, die Ihnen über das Verfahren von Herrn Edathy bekannt waren, an Herrn Hartmann oder an wen auch immer. Wenn Sie darauf mal eingehen könnten: Was hätte Ihnen denn gedroht?

Zeuge Jörg Ziercke: Wenn ich eine Amtspflichtverletzung als Präsident des Bundeskriminalamtes begehe, hätte mir zu aktiven Zeiten auf jeden Fall gedroht, dass ich mein Amt verloren hätte. Das ist doch wohl völlig klar.

Uli Grötsch (SPD): Hatten Sie in Ihrer Zeit als BKA-Präsident mal damit zu tun, mit Geheimnisverrat im BKA?

Zeuge Jörg Ziercke: Aber selbstverständlich.

Uli Grötsch (SPD): Auf höherer Ebene?

Zeuge Jörg Ziercke: Auf höherer Ebene ich selbst - ich will jetzt nichts Falsches sagen -, meine ich, nicht. Ich bin 2004 ins Amt gekommen. Damals hatten wir eine Problematik. Aber auf höherer Ebene, wenn Sie Amtsleitungsebene oder Abteilungsleitersebene meinen, nein. Das war unterhalb dieser Ebene der Abteilungsleitung, ja. Das hing auch mit Bad Kleinen zusammen, das hing also mit ganz komplizierten Zusammenhängen - - Es gab ganz komplizierte Zusammenhänge, die wir damals versucht haben aufzuklären.

Uli Grötsch (SPD): Ich gehe trotzdem noch mal zurück zu meiner Nachfrage hinsichtlich der Unterrichtung des BMI bzw. des Staatssekretärs Fritsche. Wussten Sie oder wurde Ihnen bekannt, dass der damalige Bundesinnenminister Friedrich die Information an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel weitergeben wollte?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Uli Grötsch (SPD): Danke. - Damit lasse ich es in der ersten Runde.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Herr Tempel, dann haben Sie wieder das Wort. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön. - Ich knüpfe jetzt nicht an die erste Runde an. Ich sehe nach wie vor, dass die Infos, die Herr Edathy zumindest vorgibt, bekommen zu haben, zumindest inhaltlich und auch zeitlich vom BKA stammen können und auch zu den von ihm geschilderten Schlussfolgerungen hätten führen können. Aber ich kann Ihre Ausführungen durchaus sehr gut nachvollziehen, dass Sie keinerlei Motivation hatten, aus eigenem Interesse, aus eigenem Antrieb heraus an einen Bundestagsabgeordneten zu gehen, um Herrn Edathy oder auch die SPD zu schützen.

Aber Sie haben vorhin zum Thema Geheimnisverrat auf die Frage von Herrn Schuster, der freundlicherweise das Thema schon angesprochen hat, geantwortet, dass Sie ein gewisses Verständnis zumindest für das Handeln des damaligen Innenministers Friedrich haben. Dazu muss man gar kein Jurist sein. Sie waren Behördenleiter - Sie können mir da ganz kurz Recht geben -, das gehört zu den Grundlagen Ihrer Amtsführung, dass man über den 353 b Strafgesetzbuch - Geheimnisverrat - Bescheid weiß und auch bestens informiert ist über die Auslegung dessen.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber nicht in der Konsequenz, die Sie hier andeuten. Ich bin der Meinung, -

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein, nein, grundsätzlich als Behördenleiter.

Zeuge Jörg Ziercke: - dass der damalige Innenminister rechtens gehandelt hat. Das ist nach wie vor meine Meinung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, das habe ich doch gesagt. Das haben Sie gesagt.

Zeuge Jörg Ziercke: Ach so, dann haben wir uns missverstanden.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber Sie wissen auch um den Straftatbestand des 353 b?

Zeuge Jörg Ziercke: Natürlich, ja.



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Sie wissen auch, dass der für einzelne Personen wie zum Beispiel einen Innenminister keine Ausnahmen benennt?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also, der ist allgemein gefasst. Das heißt also, Ihr Verständnis - - Dann bitte ich Sie, dieses Verständnis - doch, es geht um Ihr Verständnis zu diesem -, Ihre Interpretation dieses Paragraphen, der ja auch für Sie selbst galt - - Das Verständnis bezieht sich also auch auf diese besondere Sachlage, nicht auf die Person des Innenministers?

Zeuge Jörg Ziercke: So ist es, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): So ist es. - Zumindest hat ja ein Gericht ein rechtswidriges Verhalten erkannt, aber halt nur eine geringfügige Schuld, und hat das Verfahren eingestellt.

Wenn Ihr Verständnis aufgrund der Sachlage und der politischen Besonderheit des Sachverhalts galt, und Sie bekommen mit, dass auch über vielleicht einen Umweg Herr Oppermann diesen Sachverhalt zur Kenntnis bekommen hat, und er ruft Sie dann an, dann bitte ich Sie um das Verständnis, dass ich trotzdem, trotz Ihrer Bitte, auch auf dieses Telefonat von Herrn Oppermann, als er sich den Sachverhalt bestätigen lassen wollte oder auch nicht, auch wenn dieses Telefonat im Innenausschuss schon eine Rolle spielte, trotzdem hier noch mal darauf zurückkommen muss; denn es könnte auch eine Schlüsselstelle sein, und eine Aussage hier hat eben eine andere rechtliche Wirkung als eine Aussage im Innenausschuss. Deswegen bitte ich Sie, noch einmal diesen Anruf von Herrn Oppermann, nachdem er informiert war, hier zu schildern.

Zeuge Jörg Ziercke: Herr Tempel, die rechtliche Qualität hier ist mir sehr wohl bewusst.

Frank Tempel (DIE LINKE): Davon gehe ich aus.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe Ihnen zur Verfügung gestellt indirekt ein Wortprotokoll meiner Anhörung im Ausschuss. Dieses Thema ist nun in einer Sitzung von mehreren Stunden rauf- und

runterdekliniert worden. Ich weiß, Sie haben damals dieselben Fragen gestellt, zum „Geheimnis“-Paragraphen haben Sie sie mir auch gestellt. Das finden Sie alles in wortwörtlicher Antwort von mir dort. Ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, mich in einem Wort nur von dieser Aussage wegzubewegen. Die ist nach wie vor richtig, und ich möchte, dass Sie die hier zu Protokoll nehmen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Die ist zu Protokoll, aber das werde ich hier als Aussageverweigerung.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Frau Dr.
Högl! - Zuruf von der SPD:
Das müssten wir erst mal
klären!)

Zeuge Jörg Ziercke: Dann müsste ich mir jetzt einen Rechtsbeistand holen. Entschuldigung, Frau Vorsitzende, dann müsste ich mir jetzt einen Rechtsbeistand holen.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Kann
man mal die Zeit stoppen?)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir sprechen jetzt nacheinander. - Herr Ziercke, als Zeuge müssen Sie auf eine konkrete Frage selbstverständlich konkret antworten und können nicht Bezug nehmen auf eine Aussage, die Sie früher an anderer Stelle schon mal gemacht haben. Wenn Sie eine konkrete Frage bekommen, wie etwas gewesen ist, dann müssen Sie hier aussagen oder die Aussage verweigern, wenn Sie ein Auskunftsverweigerungsrecht haben. Aber sonst - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, ich will die Aussage hier überhaupt nicht verweigern. Ich erkenne die Strategie, -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, aber Sie können nicht Bezug nehmen.

Zeuge Jörg Ziercke: - dass man mir das Wort im Mund umdrehen will, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist doch Ihr Wort.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe ein wortwörtliches Protokoll. Meine Aussage zu dem Punkt liegt vor. Über mehrere Stunden haben Sie mich dazu angehört, haben Herrn Fritsche dazu angehört. Ich gebe Ihnen sehr gerne Auskunft, aber ich kann Ihnen aus der Erinnerung nicht genau das jetzt wieder sagen, was ich damals - - Das ist doch unmöglich.

Frank Tempel (DIE LINKE): Es reicht mir völlig aus, wenn Sie sagen, was Sie in Erinnerung haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Gut, dann will ich das gerne tun. Ich möchte Ihnen auch entgegenkommen, dass hier gar kein Problem entsteht. - Der Anruf von Herrn Oppermann war ja so gestaltet, dass er glaubte, ich hätte ihm etwas bestätigt. Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass ich nicht dementiert habe und dass möglicherweise aus dieser Situation heraus der Eindruck entstanden war, dass ich etwas hätte bestätigen wollen, was nicht der Fall ist. Das habe ich klar dementiert, auch öffentlich dementiert, dass dieses, von dem Herrn Oppermann ausging, nicht stattgefunden hat. Das ist der Kern meiner Aussage aus dem Ausschuss.

Frank Tempel (DIE LINKE): Jetzt haben Sie strafrechtlich relevantes Verhalten gesehen seitens Herrn Oppermann. Er wollte offensichtlich den gleichen Schaden verhindern wie Herr Friedrich. Haben Sie den Anruf von ihm als normalen Vorgang betrachtet, oder sahen Sie da ein Problem?

Zeuge Jörg Ziercke: Herr Abgeordneter, auch diese Frage ist mir mehrfach gestellt worden. Ich bitte die Vorsitzende, mir die Protokolle zu geben, dass ich aus denen zitieren kann. Geht das nicht?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, Herr Ziercke. Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Das geht so nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Das geht nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir haben hier eine besondere Situation. Wir sind in einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Der findet nach besonderen Regeln statt. Die unterscheiden sich auch von denen aus dem Innenausschuss. Sie sind hier unter Wahrheitspflicht. Das heißt, Sie können nicht Bezug nehmen zu einer Äußerung, die Sie im Innenausschuss gemacht haben - das geht nicht -, sondern es muss wiederholt werden. Wir haben hier eine neue Situation. Insbesondere die Wahrheitspflicht gebietet natürlich, dass es hier auch noch mal wiederholt wird und ausdrücklich von Ihnen formuliert wird. Da gibt es leider keinen Interpretationsspielraum, sondern Sie müssen die Fragen des Kollegen Tempel - -

Zeuge Jörg Ziercke: Darf ich dazu denn eine Rückfrage stellen?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Selbstverständlich.

Zeuge Jörg Ziercke: Wenn ich jetzt die Protokolle hier bei mir hätte, könnte ich dann daraus zitieren? Ist das zulässig, ja?

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nach meiner Kenntnis: Wenn der Zeuge - -)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen jetzt hierüber, über diese Frage, keine Diskussion. Dann müsste ich jetzt die Sitzung unterbrechen. Dann machen wir eine Beratungssitzung und kehren danach hierher wieder zurück. Ist das gewünscht, dass wir das machen? Ich würde jetzt ungern ein Hin und Her hier veranstalten.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber wir können - -)

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe weitere Ergänzungsfragen dazu, und deswegen geht dieses Verhalten hier überhaupt nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt nicht durcheinander.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Es ist ja nur ein Hinweis! Der Zeuge darf, wenn er darauf Wert



2. Untersuchungsausschuss

legt, vorher das Protokoll
lesen!)

- Selbstverständlich. Aber ich würde dann doch vorschlagen - das scheint mir jetzt eine kritische Situation zu sein, in der wir vielleicht auch Meinungsverschiedenheiten haben - und um dem vorzubeugen, dass wir hier nicht mit Unstimmigkeit hinausgehen: Wir unterbrechen jetzt kurz. Wir machen eine Beratungssitzung. Wir klären diesen Punkt. Herr Ziercke kann einmal kurz durchatmen und vielleicht ein Brötchen essen oder so. Wir kehren dann wieder zurück, ich würde sagen, in zehn Minuten. Reicht uns das aus? - Herr Tempel?

Frank Tempel (DIE LINKE): Fünfzehn.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Fünfzehn. - Wir unterbrechen fünfzehn Minuten. Ich bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen. In fünfzehn Minuten setzen wir hier fort.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 15.38 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.31 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Jörg Ziercke**

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir setzen unsere Sitzung fort mit der Vernehmung des Zeugen Ziercke.

Bevor es weitergeht, noch ein paar Anmerkungen zum Weiteren. Nur noch mal ganz kurz für alle: Herr Ziercke hat das Protokoll des Innenausschusses am 2. April 2014 übersandt bekommen und hatte das damit auch in seinen Unterlagen. Herr Ziercke, was nicht geht - das hatten wir eben auch schon festgestellt -: Dass Sie sich auf diese Aussagen beziehen oder darauf Bezug nehmen, sondern Sie müssen hier auf unsere Fragen selbstverständlich konkrete Antworten geben.

Das kann dann wiederum überprüft werden mit früheren Aussagen. Das ist unsere Aufgabe hier auch.

Wir werden jetzt die Befragung in ruhiger und konzentrierter Atmosphäre fortsetzen. Bevor Herr Tempel mit der Befragung fortsetzt, denke ich, ist es in Ordnung, wenn wir dem Zeugen Ziercke kurz das Wort geben, um zwei, drei Bemerkungen zu machen. Als Erster hat dann wieder Herr Tempel das Wort. - Sind Sie, Herr Tempel, damit einverstanden, dass Herr Ziercke kurz eine Bemerkung machen kann?

Frank Tempel (DIE LINKE): Einverstanden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann erteile ich Ihnen Wort, Herr Ziercke, und danach kommt Herr Tempel wieder dran. - Bitte sehr, Herr Ziercke.

Zeuge Jörg Ziercke: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Sie haben mich ja eingangs eindringlich zur Wahrheit ermahnt und die rechtlichen Konsequenzen einer falschen uneidlichen Aussage aufgezeigt. Danach darf ich nichts verschweigen, nichts hinzufügen und muss die Wahrheit sagen.

Zweitens. Ich verweise auf die BGH-Entscheidung zu § 69 Absatz 1 StPO, die mir als Zeugen das Recht einräumt, mir Unterlagen vorlesen zu lassen oder zur Einsicht vorgelegt zu bekommen, insbesondere auch frühere Protokolle.

Drittens. Ich habe nicht die Absicht, nur bruchstückhafte oder in der Wortwahl missverständliche Äußerungen zu machen. Bitte stellen Sie Ihre Fragen. Ich werde mir aber vorbehalten, nach meinem Recht von 69, 1 je nachdem, wie ich mich erinnern kann, Gebrauch zu machen. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: So machen wir das. Da haben wir keinen Dissens. - Jetzt hat Herr Tempel das Wort. Bitte sehr, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Dann zeige ich mich mal kompromissbereit und formuliere Einzelfragen. - Hat Herr Oppermann in diesem Gespräch persönliche Sorge um den benannten Abgeordneten genannt als Grund für seinen Anruf?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, kann ich nicht erinnern, Herr Abgeordneter.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat er als Grund für seinen Anruf die politisch besondere brisante Lage im Rahmen einer momentan laufenden Regierungsbildung für die SPD-Fraktion benannt?

Zeuge Jörg Ziercke: Kann ich auch nicht erinnern. Hat er auch nicht gesagt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat er in diesem Zusammenhang die Affäre - nenne ich es mal - um den Abgeordneten Tauss benannt?

Zeuge Jörg Ziercke: Hat er auch nicht benannt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat er überhaupt einen Grund benannt für seinen Anruf, oder hat er nur nach dem reinen Sachverhalt zur Bestätigung nachgefragt?

Zeuge Jörg Ziercke: Er hat, wenn ich es richtig erinnere, eingeleitet, dass er eine Information bekommen habe, und zwar durch den Innenminister ursprünglich als Informationsquelle - wie das an ihn weitergereicht worden ist, weiß ich nicht -, und er hat diesen Sachverhalt geschildert, wenn ich es richtig erinnere. Ich weiß noch - ich habe das damals, glaube ich, auch so etwa gesagt -, dass bei mir so das Gefühl hochkam - deshalb erinnere ich mich vielleicht auch jetzt noch daran -, dass ich hier möglicherweise auf ein Gleis komme, wo ich mich strafrechtlich schuldig machen könnte, was vielleicht auf eine Amtspflichtverletzung hinauslaufen könnte. Ich habe deshalb nur zugehört und an einer Stelle dann, ohne dass ich jetzt das insgesamt abbrechen wollte - aber im Grunde war es ein Abbruch -, deutlich gemacht, dass ich das nicht dementieren werde, was er sagt. Ich habe jetzt aus der Erinnerung noch bei mir festgehalten, dass dies ihn dann dazu veranlasst hat, auch das Gespräch seinerseits zu beenden.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat er sonst in irgendeiner Weise ein Motiv für seinen Anruf benannt?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Ich habe nur das in Erinnerung, was ich Ihnen eben geschildert habe.

Frank Tempel (DIE LINKE): Die mögliche strafrechtliche Relevanz sahen Sie nur bei Ihrer möglichen Antwort oder auch schon in seiner Fragestellung als Anstiftung?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, ich habe Derartiges überhaupt nicht gedacht. Ich habe das nur für mich subsumiert, ob ich hier in Schwierigkeiten kommen könnte, und habe deshalb, wenn Sie so wollen, das Gespräch durch diesen Hinweis, ich dementiere das nicht, zu einem Ende gebracht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich verstehe die Antwort leider nicht ganz. Wenn Sie in Erwägung ziehen, dass es möglicherweise strafrechtlich relevant sein könnte, wenn Sie antworten, dann wäre doch gleichbedeutend sein Anruf auch eine Anstiftung dann dazu.

Zeuge Jörg Ziercke: Das halte ich für eine vage Behauptung Ihrerseits, dass Sie aus einer Formulierung, aus der Schilderung eines Sachverhalts -

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage Sie das als Fachmann.

Zeuge Jörg Ziercke: - eine Absicht unterstellen bei dem, der mir den Sachverhalt schildert, dass dieser sich einer Anstiftung schuldig machen könnte. Das kann ich so nicht nachvollziehen. Tut mir leid, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage nach Ihrer rechtlichen Einschätzung im Rahmen auch Ihrer beruflichen Qualifikation, ob, wenn er von Ihnen eine bestimmte Antwort wünscht, und diese Antwort könnte strafrechtlich relevant sein, dann auch der Wunsch, diese Antwort zu bekommen, eine Anstiftung dazu ist, Sie zum Antworten zu bewegen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe eben einen Abschnitt geschildert, wo es zu dieser Grundfrage gar nicht gekommen ist. Er hat einen Sachverhalt geschildert, und ich habe gemerkt im Laufe der Schilderung, dass ich mir möglicherweise oder auch ihm Schwierigkeiten bereiten könnte. Deshalb habe ich das beendet, indem ich sagte: Ich dementiere das nicht. - Das war wohl deutlich genug, das Gespräch dann auch zu beenden.



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Das war die - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Da war der Signalton. Aber es gibt gleich ja noch eine weitere Runde.

Bevor die CDU/CSU die Befragung fortsetzt, Herr Ziercke, nur für mich eine Verständnisfrage. Sie haben jetzt dreimal gesagt, Sie haben nicht dementiert. Ich bin darüber gestolpert. Sie haben nicht dementiert, haben Sie dreimal gesagt, ja?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann hat jetzt die CDU/CSU das Wort.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann bleibe ich jetzt auch, weil wir da gerade sind, beim Thema Oppermann. Herr Edathy hat dem Ausschuss am 18. Dezember berichtet, der Abgeordnete Hartmann habe ihm von Ihrer Verärgerung über die Presseerklärung berichtet, die der SPD-Fraktionsvorsitzende Oppermann am 13. Februar 2014 abgegeben hat. Waren Sie über diese Presseerklärung verärgert, oder wie hat sich das abgespielt? Sie haben schon berichtet, Sie waren, glaube ich, in der Bundesdruckerei.

Zeuge Jörg Ziercke: Die Aussage ist richtig, aber ich habe die niemals Herrn Hartmann gegenüber so getan oder überhaupt mich mit ihm darüber unterhalten, weil ich war in dieser Abteilungsleiterbesprechung in der Bundesdruckerei. Die kam frisch auf den Tisch, und ich war äußerst erstaunt, zu lesen, dass ich irgendwas bestätigt hätte, was ja für mich gleichbedeutend gewesen wäre, dass ich mich einer Amtspflichtverletzung oder sogar strafrechtlich schuldig gemacht hätte. Deshalb war ich schon verärgert und habe auch sehr deutlich das Ganze dann sofort danach dementiert. Herr Oppermann hat das, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ja dann auch - ich weiß nicht, wie viele Tage später - richtiggestellt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie hatten gerade eben in Ihrer Einführung gesagt, dass Sie sich mit Herrn Hartmann auch mal ausgetauscht haben über die Motivlage von Herrn - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich hatte gesagt, ich habe auch darüber mit ihm nicht gesprochen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, Sie haben mit Herrn Hartmann jetzt auch nicht im Kontext zu diesem Untersuchungsausschuss mal darüber gesprochen: Was bewegt eigentlich Sebastian Edathy?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Auf Anweisung der Leiterin der Abteilung SO wurde am 14. Februar 2014 eine Chronologietabelle zur Operation „Selm“ und zum Fall Edathy erstellt. Diese Tabelle gibt es in zwei Varianten in den Akten, die ich Ihnen gern beide mal vorlegen lassen würde. Das passiert jetzt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Die erste Variante hat laut Begleitmail den - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schuster, könnten Sie noch die MAT-Nummer sagen? Entschuldigung, aber für das Protokoll, damit die anderen es auch rausziehen können aus unseren Unterlagen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist MAT A BKA 18(27)1-3, 201, paginiert Seite 919 ff. Ich muss es aber auch selbst aufschlagen. - So. Da ist etwas drin, das müssen Sie uns erklären. Also, ich verstehe es jedenfalls nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Welche Seite?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und zwar, die erste Variante dieser Mail hat den Stand 16.21 Uhr und enthält in der Mitte der sich auf den 15. Oktober beziehenden Tabellenzeilen den Eintrag: PR Ziercke, Telefonat Oppermann.

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigen Sie bitte. Aber ich weiß nicht, welches Dokument Sie jetzt meinen. Ich habe hier zwei Dokumente bekommen, einmal 120 und einmal die Nummer 128, zwei Tabellen. Daraus kann ich das so nicht erkennen.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Moment.

Zeuge Jörg Ziercke: Welches Datum?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielleicht könnte jemand von der Unionsfraktion Herrn Ziercke mal kurz zeigen, welches die relevante Passage ist, damit Sie das sehen können; vielleicht in beiden Dokumenten, weil es ja offensichtlich was zu vergleichen gilt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So, Sie finden in einer Version: 16.21 Uhr. Auch für die Zuhörer: Das ist im Prinzip so eine Art Dokumentation über den zeitlichen Ablauf. Da findet man am 15. Oktober das Telefonat Ziercke - Oppermann, am 15. Oktober.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, 15.30 Uhr. Nein, Entschuldigung, am 17., am 17. Oktober.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, sehen Sie, jetzt geht es los. Hier steht: 15. Oktober. Dann kommt um 16.48 Uhr eine E-Mail mit einer zweiten Variante dieses Tagebuchs. Die ist fast identisch, außer dass diese Zeile fehlt.

Zeuge Jörg Ziercke: Müssen Sie die Verfasser fragen. Ich habe das nicht gesehen; sehe ich das erste Mal jetzt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Über dieses Telefonat - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das Telefonat mit Oppermann hat am 17.10. um 15.30 Uhr - meine Erinnerung, so im Protokoll - stattgefunden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich führe noch weiter aus.

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Die Merkwürdigkeit hat drei Stufen. Also, erstens 16.21 Uhr, da ist es am 15. Oktober drin. Das ist schon komisch aufgrund der bisherigen Erkenntnislage. Die zweite Variante, 16.48 Uhr, da sagt der zuständige Unterabteilungsleiter, er bittet um

Löschung der falschen Zeile, und da ist sie auch raus.

Jetzt kommt der dritte Aspekt: In allen späteren Versionen der Tabelle ist dann die alte Zeile wieder enthalten, und zwar wieder unter 15. Oktober. Ist Ihnen das irgendwie erinnerlich?

Zeuge Jörg Ziercke: Sehe ich das erste Mal. Sie müssen bitte den Verfasser fragen. Ich halte das einfach für einen Übertragungsfehler hier. Es hat ja kein Telefonat am 15.10. stattgefunden. Ich habe ja erst am 16. mich schlaugemacht über das Ganze, dann den Staatssekretär - - und dann den Bericht angefordert. Am 17. war das erste Telefonat nach über was weiß ich wie viel Jahren wieder mit Herrn Oppermann.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Ziercke, was ich jetzt ausschließen will, ist Folgendes: Erstens noch mal: Sie sind ganz sicher, das Telefonat fand nicht am 15. Oktober statt?

Zeuge Jörg Ziercke: Absolut sicher, ja.

(Zuruf der Abg. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Gleich. Eben ganz kurz das zu Ende, und dann kommen Sie.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nur wissen, was das für ein Dokument ist! - Gegenruf des Abg. Michael Frieser (CDU/CSU): Das haben wir doch gesagt! - Gegenruf der Abg. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, nicht die Nummer, sondern was das für ein Dokument ist, welchen Charakter das Dokument hat!)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist eine E-Mail mit einer angehängten - - so einem Zeitablauf.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schuster, sagen Sie uns doch mal, damit wir alle das verstehen, weil wir das ja jetzt nicht so schnell rausgesucht haben: Wer hat denn das verfasst, das Dokument?

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

- Das war, glaube ich, auch Ihre - -

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das! Ich wollte nur wissen: Ist das der Sprechzettel aus dem BKA für die Innenausschusssitzung, oder was ist das?)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist ursprünglich von Christoph Dorendorf, den wir hier schon hatten, SO 12. Ging an Jan Engels, BKA, SO AS 1. Das sagt mir jetzt nichts. Das weiß vielleicht der Herr Ziercke, was SO AS 1 heißt.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist die Abteilung Schwere Organisierte Kriminalität. Das ist der Leitungsstab dort.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. - Falsch. Also, ganz ursprünglich kommt es von Julia Greiner, der uns bekannten Julia Greiner. Ging an Dorendorf, Dorendorf schickt es dann weiter, und irgendwann kommt es dann bei Engels an. Das ist eigentlich banal. Es ist einfach eine zeitliche Dokumentation des gesamten Verfahrens, bis in 2014 hinein.

So. Dann kommt eine zweite E-Mail mit einer aktualisierten Version, weil Herr Schiffels, also dieser Unterabteilungsleiter, den wir hier noch hören werden, um Löschung einer falschen Zeile bittet, nämlich dieser. Dann ist sie gelöscht worden, taucht überhaupt nicht mehr auf, also auch nicht am 17. Oktober. Und in späteren Versionen taucht es dann wieder an der falschen Stelle auf, nämlich am 15. Oktober. Das kann jetzt ein Redaktionsversehen sein. Jedenfalls Sie sagen, ist Redaktionsversehen wahrscheinlich. Sie wissen aber nichts davon?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, überhaupt nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut. Erste Frage. Alles andere ist mit Schiffels zu klären.

Zweite Frage: Telefonat fand definitiv nicht am 15. Oktober statt?

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte? Ich habe das akustisch - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das Telefonat Oppermann fand definitiv nicht am 15. Oktober statt.

Zeuge Jörg Ziercke: Definitiv nicht, nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich frage das nicht, weil ich Ihnen nicht die Erinnerung zutraue. Aber ich bleibe ein wenig bei der Devise: Es könnte sein, dass irgendjemand Kontakt zum BKA aufgenommen hat am 15. Oktober, weil Sie selber gerade eben ausgeführt haben, es gab schon eine ganze Reihe von Menschen, die informiert waren am 15. Oktober, angefangen in Rehburg, eventuell bis Hannover, nicht nur LKA Niedersachsen, nicht nur Innenministerium, nicht nur PP Göttingen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ist Ihre Überlegung, dass nicht das BKA als erste Stelle informiert worden ist?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Meine Überlegung ist, dass das BKA gar nicht als Erstes agiert hat, vielleicht als Erstes informiert wurde, aber nicht als Erstes agiert hat. Deshalb habe ich auch immer noch den Rest an Vermutung, dass zum Beispiel Herr Oppermann oder wer auch immer auch aus einer ganz anderen Richtung diese Information längst hätte haben können und deshalb schon am 15. Oktober anruft; denn am 15. Oktober wussten - - Wir können es noch nicht zweifelsfrei klären bis ins Landesinnenministerium. Aber definitiv wusste schon kurz nach Ihnen der PP in Göttingen es, der dann auch nach Unterlagen des niedersächsischen Innenministeriums den Innenminister informiert hat. Wir finden aber in den Unterlagen nicht, um wie viel Uhr an welchem Tag er das getan hat.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Also, es hat definitiv kein Gespräch am 15.10. mit mir stattgefunden. Ich sehe gerade meinen Terminkalender. Ich war in Spanien zu dem Zeitpunkt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie waren in Spanien?

Zeuge Jörg Ziercke: In Spanien. Bin erst aus Madrid am 15. um 20.25 Uhr in Frankfurt wieder gelandet.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also auch nicht über Handy in Spanien?

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Auch kein Telefonat über Handy in Spanien?

Zeuge Jörg Ziercke: Gar nichts, gar nichts.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Alles klar. - Ist dieser Vorgang Ihnen überhaupt mal zur Kenntnis gekommen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, mir überhaupt nicht. Das erste Mal jetzt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Auch nicht, nachdem es diesen öffentlichen Wirbel gab über das Telefonat Oppermann - Ziercke?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Weil dann hätte ja eigentlich irgendwelchen Mitarbeitern auffallen müssen, dass das ein krummer Hund ist hier drin, vor allen Dingen dann, wenn ein Telefonat öffentlich eine derartige Medienwirksamkeit hat, wie es das hatte.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich kenne die Unterlage gar nicht. Ich sehe das das erste Mal. Dieses hat so nicht stattgefunden.

(Michael Frieser
(CDU/CSU): Darf ich noch
mal ganz kurz?)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Um das noch einmal konkret zu sagen: Die Information, die Sie erreicht hat am 15.10. ungefähr nachmittags, das war der erste Aufschlag, das war auf dem Weg von Spanien zurück oder - -

Zeuge Jörg Ziercke: Telefonisch von meiner Abteilungsleiterin.

Michael Frieser (CDU/CSU): Telefonisch zurück. Okay. Gut. - Dann darf ich vielleicht auch noch mal ganz kurz versuchen, zu dem Telefonat zu kommen. Wenn man sich den Zeitablauf 15., 16., 17. - - Jetzt gehen wir mal davon aus, dass er so bleibt, wie wir ihn bisher zumindest kennen, und man versucht, sich in die Lage zu versetzen. Also, bis am nächsten Tag, das heißt bis am 16., vergeht erst mal die Zeit. Sie lassen sich informieren von Ihren eigenen Leuten, von Ihren eigenen Mitarbeitern. Dann wird die Information zusammengebunden. Das heißt, wir kommen zu einer Informationslage am 17. Dann wissen Sie auch, dass natürlich Ihre Information, die Sie quasi ja mit Ihrer Kenntnis auch rausgegeben haben, das heißt die Informationen an Staatssekretär Fritsche - - die bleibt ja nicht irgendwo hängen, sondern man geht davon aus als Amtschef, dass die auch weiterverwendet wird. Haben Sie nicht am 17. dann während dieser Tagung damit gerechnet, dass irgendwann mal das Telefon klingelt und Sie auch als Amtschef, als Präsident vielleicht noch mal gebeten werden - von wem auch immer -, in dieser Frage eine Bestätigung, Konkretisierung oder Einschätzung zu bekommen?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich hatte ja mit Fritsche vorher telefoniert, am 16., und angekündigt, dass am 17. dieser Bericht dann kommen würde. Wenn ich es richtig erinnere, bin ich bis 12 Uhr, 12.30 Uhr in der Veranstaltung in Münster gewesen und dann mit dem Wagen nach Wiesbaden gefahren und war so kurz nach drei, viertel nach drei da, und um 15.30 Uhr kam der Anruf von Herrn Oppermann. Davon habe ich dann nichts weiter gehört. Der Bericht ist dann im Ministerium - ich weiß jetzt nicht, wie es da war - vielleicht zum persönlichen Referenten von Herrn Fritsche gelangt, und Herr Fritsche hat, glaube ich, zunächst mal aufgrund der mündlichen Information dann - ich weiß jetzt nicht, ob auch in



2. Untersuchungsausschuss

Verbindung mit dem Bericht, der gekommen ist - den Minister informiert.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. - Dann trotzdem noch mal zu dem Telefonat selber. Wenn Sie selber, wie Sie vorhin gesagt haben, den Eindruck gehabt hatten: „Na ja, ich bin langsam dabei, eine Grenze zu überschreiten, wenn ich jetzt Dinge bestätige, zusage, Einschätzungen weitergebe, bin ich mir selber nicht mehr ganz sicher, ob ich nicht eine strafrechtliche Grenze überschreite“, dann müssen Sie aber auch wissen, dass doch in so einem Gespräch, wenn Sie eine Information, die Ihnen vorgelegt wird, nicht dementieren und den anderen Gesprächspartner aber von Ihrer Einschätzung: „Ich überschreite jetzt eine strafrechtliche Grenze“ nicht in Kenntnis setzen, es sich bei dem wie eine Bestätigung anhören muss.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Also, das war ein Bauchgefühl, wenn Sie so wollen, dass ich erkannte, wenn er jetzt weiterredet und weiterredet, dass ich vielleicht in Schwierigkeiten kommen könnte, und darum habe ich gesagt: Das dementiere - - Das kommentiere ich nicht, und ich dementiere das nicht. - Das war die Aussage.

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber dass es in der Politik einen Grundsatz gibt, wenn man etwas nicht dementiert, dass man es im Grunde schon auch positiv zumindest zur Kenntnis gibt - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das war mir so nicht bewusst. Das war aber wohl die Reaktion von Herrn Oppermann, wie wir gesehen haben.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also, Widerspruch - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das habe ich ja klargestellt. Und das erste Missverständnis auch.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. - Das heißt, Sie meinten mit dem Nichtdementieren aber nicht, dass Herr Oppermann das Gefühl haben musste, dass er tatsächlich die Information, die er selber versuchte bestätigt zu bekommen, auch wirklich bestätigt bekommt von Ihnen. Das Gefühl hatten Sie nicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Aber mein Problem war ja, ich wusste ja, dass der Minister - oder nahm es an jedenfalls, Fritsche, Minister - informiert war. Er sagte ja auch, dass das über den Minister eingespeist worden war in die SPD-Spitze. Also, insoweit konnte ich ja gar nicht dementieren. Was soll ich dazu - - Ich kann nur sagen: Ich werde das nicht dementieren und nicht kommentieren, wobei ich selbst im Moment gar nicht weiß, ob ich kommentieren oder dementieren - - Tut mir leid. Also, da müssten Sie mir das Protokoll von der Ausschusssitzung noch mal zeigen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Na ja, es geht jetzt ja ganz grundsätzlich um die Einschätzung. Wenn ich positiv jemandem das Wort sage: „Ich dementiere das nicht“, dann kann natürlich der andere das Gefühl haben: Na ja, also so ganz falsch kann dann die Behauptung nicht gewesen sein. - Aber darum geht es mir gar nicht, will ich Sie gar nicht - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das würde Herrn Oppermann ja entlasten im Grunde, was Sie sagen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja, es ist schwierig, es ist etwas komplizierter, finde ich, am Ende. Aber darum geht es meines Erachtens jetzt gar nicht, ihn zu entlasten, sondern eher um die Tatsache: Machen wir uns richtige Vorstellungen von diesem Gespräch, das ja ohnehin nicht besonders lange gedauert hat?

Ich habe noch eine Frage, und zwar zu dem Vermerk an das Bundesinnenministerium und an die Formulierung. Wir haben vorhin gehört bei den Eingangsfragen von der Frau Vorsitzenden, dass Klarheit darüber bestanden hat - ich will jetzt auf die strafrechtliche Relevanz von bestimmten Kategorien von Bildern hinaus -, dass das, was das BKA gefunden hat - und ihre Einschätzung mitgeteilt hat, auch an die Staatsanwaltschaft dann später -, dass es sich erst mal um nicht strafrechtlich relevantes Material handelt.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist richtig, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Die Schwierigkeit, glaube ich, in dem gesamten Informationsweg, die ja dann noch mal nachgefragt wurde von



2. Untersuchungsausschuss

Staatssekretär Fritsche zurück und dann auch auf Nachfrage von dem Herrn Minister zurück: „Ist das Ganze jetzt strafrechtlich relevant, ja oder nein?“, die spielt aus meiner Sichtweise doch eine ganz wesentliche Rolle, sogar in der Verwirrung von Herrn Edathy. Der glaubt heute noch, dass das alles strafrechtlich nicht relevant war.

Aber da Sie ja auch schon seit 2012 wussten, dass Staatsanwaltschaften im Normalfall sogar bei Bildmaterial, das vom ersten Eindruck her nicht kinderpornografisch, sondern erst mal nicht strafrechtlich relevant ist und dann später zur Einstufung von Kategorie 2 im BKA führt, trotzdem einen Anfangsverdacht konstruieren, weil sie aus Erkenntnissen und aus Kenntnis heraus davon ausgehen, dass in dem Fall auch jeweils immer Material strafrechtlicher Relevanz dahintersteht und zu finden ist: Sind Sie nicht der Meinung, dass das eine ganze wesentliche Information ist an den Minister im Kontext dieses Falles, Innenpolitiker, Vorwurf, Bilder besessen und beschafft zu haben, bei denen man zwar sagen kann, strafrechtlich, so wie sie im Augenblick da sind, nicht relevant, aber es wird nach der eigenen Erkenntnis des BKA schon seit 2012 definitiv bei den Staatsanwaltschaften zu einer Ermittlung und zumindest zu Ermittlungsverfahren führen? Denn die Kenntnis hatten Sie schon. Glauben Sie nicht, dass das eine wesentliche Information an den Minister gewesen wäre?

Zeuge Jörg Ziercke: Da muss ich Sie leider korrigieren. Diese definitive Kenntnis, dass die Staatsanwaltschaft Hannover dieses so einstufen werde, wie Sie eben ausgeführt haben, hatten wir nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Konnten Sie noch nicht haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ich habe Sie aber eben so verstanden, dass wir von früher - - Wir wussten von verschiedenen Staatsanwaltschaften in Deutschland, ja. Aber selbst die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt hat ja keine Empfehlung ausgesprochen an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle, sondern nur eine Bewertung abgegeben. Das heißt, selbst dort war ja, wenn ich es richtig erinnere, meinen Mitarbeitern gesagt worden:

Geht nicht so weit, eine Empfehlung schon vorzuschlagen. Das soll Hannover, das soll die Staatsanwaltschaft in Celle selbst subsumieren und selbst entscheiden. - Das war genau ja das Problem. Als das rausging bei uns, war meiner Meinung nach kein Anfangsverdacht in dem Sinne da, sondern der musste erst durch Subsumption der Staatsanwaltschaft entstehen vor dem Hintergrund einer positiven Prognose, was ja später auch der Fall war.

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber dann darf ich noch mal ganz kurz nachfragen: Die entscheidende Botschaft war doch die, auf Nachfrage und dann auch im schriftlichen Bericht: keine strafrechtliche Relevanz.

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist richtig, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber die Information dazu, dass das Ganze zu einem Verfahren führen kann, weil ja dann Abgabedruck, nämlich an die Staatsanwaltschaften - - und dass es auf jeden Fall möglich ist, dass es trotzdem Ermittlungsverfahren gibt. Sie hatten nicht den Eindruck, dass das als Information notwendig war?

Zeuge Jörg Ziercke: Das war, meine ich, ja die Rückfrage, die der Minister wohl an Fritsche hatte. Und Fritsche hat dann mich erreichen wollen, hat mich nicht erreicht, hat dann Herrn Henzler gefragt. Der hat ihm diesen Zusammenhang noch mal erklärt, dass wir im Moment von legalen Bildern ausgehen nach deutschem Recht; das müssen wir. Ein Anfangsverdacht kann hier nicht im Moment festgestellt werden. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt will das auch nicht. Das ist ja Sache der Justiz. Sie leiten das weiter. Die Staatsanwaltschaft in Hannover prüft für Vergleichsfälle, wie wir das alles schon erörtert haben, und kommt dann zu dieser Entscheidung. Aber das war ein Prozess. Das war am Anfang so nicht abzusehen. Aber die offene Frage - da haben Sie völlig recht - hat das Ganze begleitet und sicherlich auch nicht am Anfang zur Klarheit beigetragen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Noch mal zur Komplettierung: Dann im Gespräch Oppermann, fiel denn aus seinem Mund zumindest der Hinweis auf strafrechtliche Relevanz?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Das erinnere ich nicht mehr. Das weiß ich nicht. Tut mir leid; das weiß ich nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Fiel denn - -

Zeuge Jörg Ziercke: Also, wenn das so ist, dann muss im Protokoll das von mir - - dann müsste ich das Protokoll noch mal sehen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Herr Ziercke, bitte einfach auf die Frage antworten.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, ich weiß es definitiv nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dann sagen Sie: Ich weiß es nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich würde es Ihnen ja sagen. Ich würde es Ihnen ja gerne sagen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Es ist absolut legitim, dass man sagen kann: Ich erinnere mich nicht dran. - Aber Sie haben Verständnis für die Frage, die man da stellt.

Zeuge Jörg Ziercke: Verstehe ich, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dass Herr Oppermann natürlich trotzdem irgendwas gefragt hat, ist ja auch klar. Und was kann ihn interessiert haben - deshalb frage ich danach -: Wie katastrophal kann denn dieser Fall für uns sein? Das würde mich als Fraktionsvorsitzender interessieren. Deshalb stelle ich mir die Frage, zu sagen: Ich versuche mal, eine Bestätigung dafür zu kriegen. - Das finde ich auch absolut nachvollziehbar. Das hat überhaupt nichts mit Anstiftung oder Ähnlichem zu tun. Zumindest sehe ich es so. Aber ich will konkret wissen, an was Sie sich tatsächlich konkret erinnern.

Also, er sagt - - Sie können sich nicht daran erinnern, dass er gesagt hat: „Ging es da um strafrechtliche Relevanz, oder ist das, was ihr habt, strafrechtlich nicht relevant?“?

Zeuge Jörg Ziercke: Noch mal: Wenn ich das Gespräch jetzt richtig in Erinnerung habe - sonst müssten Sie bitte ins Protokoll schauen -, ist es

dazu gar nicht gekommen. Er hat den Sachverhalt geschildert, den er erfahren hat über Minister Friedrich in der Kette, was weiß ich von wem. Und da habe ich dann zwischendurch bei einer Sprechpause ihm gesagt: Also, ich kommentiere das nicht, oder ich dementiere das nicht. - Dann war das Gespräch im Grunde schnell zu Ende, weil er merkte, dass ich im Grunde gar nicht empfangsbereit war für irgendwelche Fragen. Er hat gar keine Frage gestellt, so erinnere ich das jedenfalls heute.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also auch nicht zu diesem Kontext, strafrechtliche Relevanz oder nicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, meiner Meinung nach nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. - Bitte schön.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Ziercke, wenn ich das aus den Dokumentationen richtig sehe, haben wir am 17. Oktober den Versand des Berichts aus dem BKA an das BMI, an Herrn Fritsche. Ich kann jetzt nur erkennen, dass es von Frau Greiner an den Leitungsstab um 12.54 Uhr gegangen ist. Wir können nicht erkennen, wann es jetzt im Leitungsstab abgeschickt wurde. Aber man kann sehen, dass es im Prinzip versandfertig war. Das heißt, es wird wohl in wenigen Minuten danach abgegangen sein. Wir müssen also irgendwie von 13 Uhr noch was ausgehen.

Dann muss das der Herr Fritsche - wir haben jetzt keine Uhrzeiten - dem Minister vorgetragen haben, und dann hatte der noch mal eine Rückfrage, die auch noch mal geklärt wurde im BKA, telefonisch, ich glaube, mit VP Henzler. Aber da ging es wahrscheinlich auch nur um Minuten. Nur, dann sind wir schon irgendwo zwischen 13 und 14 Uhr, vielleicht sogar später. Und um 15.30 Uhr - erinnere ich mich da richtig? - ruft bei Ihnen am 17. Oktober Herr Oppermann an.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das ist richtig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Haben Sie sich da nicht nur wegen des Anrufs nicht wundern müssen?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ich wusste ja nicht, wann Herr Fritsche diesen Bericht dem Minister vorgelegt hat, ob er ihn überhaupt vorgelegt hat. Ich hatte ihn ja schon vorher darüber informiert vom Sachverhalt her. Aber das müsste aus dem Protokoll des Innenausschusses hervorgehen, ob Herr Fritsche nicht den Minister schon am Vortag angerufen hat. Das weiß ich jetzt nicht. Das weiß ich aber jetzt nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das Entscheidende ist ja, dass am 17. nachmittags erst die SPD informiert wurde und dann in rasender Geschwindigkeit - -

Zeuge Jörg Ziercke: Um wie viel Uhr denn?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Es muss nach 13 Uhr gewesen sein.

(Michael Frieser
(CDU/CSU): Das war später!)

- Sogar später. - In welcher Geschwindigkeit dann der Anruf Oppermann bei Ziercke eingeht, das finde ich schon beachtlich. Ich frage mich nur, ob Sie das verwundert hat damals, -

Zeuge Jörg Ziercke: Wieso? Das sind zweieinhalb Stunden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - dass das so eine schnelle Reaktion war.

Zeuge Jörg Ziercke: Das sind doch zweieinhalb Stunden. Von 13 bis 15.30 Uhr sind doch zweieinhalb Stunden.

(Michael Frieser
(CDU/CSU): Darf ich mir einen Hinweis erlauben?)

Wann hat der Minister denn den Bericht gelesen? Das weiß ich gar nicht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Bei den Sondierungsgesprächen - das waren die dritten Sondierungsgespräche - kam es zu diesem Gespräch zwischen Minister Friedrich und Sigmar Gabriel. Das muss später gewesen sein, nach der Rück-

frage dann, als alles geklärt war, weil die Sondierungsgespräche erst gegen 15.15 Uhr eigentlich zu Ende waren. Dann haben sich alle wieder auf den Weg gemacht, und bereits dann, obwohl Herr Oppermann gar nicht dabei war und vor allem interessanterweise Sigmar Gabriel ihn gar nicht erwischt hat beim ersten Anruf, konnte er trotzdem um 15.30 Uhr schon anrufen. Das verunsichert uns etwas.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber das haben Sie nicht bemerkt? Für Sie war das nicht zeitlich ein enger Kontext?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich etwas aus der Befragung im Innenausschuss, das mich noch interessiert, und zwar haben Sie im Innenausschuss mehrfach betont, am 15. Oktober 2013 gegen 15.45 Uhr davon erfahren zu haben, dass der damalige Abgeordnete Edathy zu den Verdächtigen der Operation „Selm“ gehört. Diese Information erreichte das BKA durch einen Anruf eines Beamten der Polizeiinspektion Nienburg. Das ist so weit richtig? Habe ich Sie so weit richtig wiedergegeben?

Zeuge Jörg Ziercke: 15.21 Uhr.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Mir geht es gar nicht um die Uhrzeit, sondern eher - - Also, es war ein Beamter der Polizeiinspektion Nienburg, haben Sie gesagt.

Zeuge Jörg Ziercke: So habe ich das in Erinnerung, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Im Innenausschuss haben Sie, wenn es um die Quelle der Information zu Herrn Edathy ging, immer wieder von der Polizeistation Rehburg gesprochen und die Kollegin Mihalic im Innenausschuss ausdrücklich korrigiert, wenn sie ständig von Nienburg sprach, weil wir damals das nicht so richtig auseinandergelassen hatten. Also, Sie waren sehr detailgenau und sagten immer wieder: -

Zeuge Jörg Ziercke: Das wusste ich doch gar nicht.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - Das war nicht Nienburg, das war Rehburg. - Jetzt sind Sie ein präziser Formulierer. Aber jetzt frage ich mal: Wie haben Sie das damals hingekriegt als BKA-Präsident, dieses spezielle Detail so genau wahrzunehmen?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist mir doch aufgeschrieben worden. Das habe ich doch mir nicht - - Ich war noch nie in Rehburg. Also, ich weiß gar nicht, wo das liegt. Von daher: Das hat man mir doch aufgeschrieben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich frage natürlich nicht nur, weil ich Sie als präzisen Formulierer loben möchte, sondern in dem kurzen Dialog mit der Kollegin ging es um die vom BKA versandte Liste am 15. Oktober, in der dann erstmals dort unten Edathy auffiel. Die sei, meinte die Kollegin, der Polizei - -

(Zuruf der Abg. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wo im Protokoll, Herr Schuster, ist das?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist MAT A, InnenA 18(27)6-C, Protokoll der 6. Sitzung, 21. Februar, Seite 35.

Jetzt meinte die Kollegin Mihalic damals in der Innenausschusssitzung, diese Liste sei der Polizei in Nienburg auf den Tisch geflattert, und Sie ergänzten wieder: Rehburg. - Also sehr genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Das werde ich wohl von meinen Mitarbeitern haben, die mir das aufgeschrieben haben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt kommt es: In Niedersachsen hat sich aber die Landesregierung darauf festgelegt, der Leiter der Polizeistation Rehburg habe zwar die Meldeverhältnisse von Edathy geklärt, ihm sei aber kein Hintergrundwissen bekannt gemacht worden, und er hätte auch nie Kenntnis von dieser Liste gehabt.

Zeuge Jörg Ziercke: Wer hat das gesagt?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das hat die Landesregierung in Niedersachsen gesagt.

Zeuge Jörg Ziercke: Die Landesregierung.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich hätte dem ganzen Ding gar nicht so eine Bedeutung beigemessen, wenn Sie jetzt nicht so detailverliebt immer wieder zwischen Rehburg und Nienburg unterschieden hätten. Die Frage - das ist nicht für Sie so interessant, sondern für unseren weiteren Fortgang hier -: „Wo war denn diese Liste nun tatsächlich, und wo ist es denn tatsächlich aufgefallen, und welcher Beamte war es denn? War der in Rehburg oder in Nienburg?“, die ist schon relevant für spätere Zeugen.

Zeuge Jörg Ziercke: Vorschlag: Hören Sie bitte noch mal meine Mitarbeiterin, die diesen Anruf entgegengenommen hat. Die weiß ganz genau, von wem das gekommen ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und Sie haben damals dieses Rehburg oder Nienburg nur deshalb so präzise korrigiert, weil es in Ihren Unterlagen -

Zeuge Jörg Ziercke: So ist es.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - dokumentiert war, oder wie muss man sich - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, selbstverständlich, genau.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - War meine Zeit um?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: 37 Sekunden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Habe ich noch?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: 37 Sekunden, nicht Minuten.

(Michael Frieser
(CDU/CSU): Die verbringen
wir mit Lächeln!)



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Genau. Ich folge dem Vorschlag Frieser, und wir verbringen das mit Lächeln. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Die CDU/CSU-Fraktion lächelt jetzt 30 Sekunden. - Aber währenddessen gebe ich das Wort schon der Kollegin Mihalic. Bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte es ungern verpasst, Sie 37 Sekunden lächeln zu sehen. - Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Herr Ziercke, Sie haben vorhin mehrfach gesagt, als es noch mal um das Telefonat mit Herrn Oppermann ging, dass Sie ihm am Telefon gesagt haben: Ich dementiere das nicht, oder ich kommentiere das nicht. - Ja? So haben Sie das vorhin gesagt. Sehen Sie da schon einen Unterschied in den Aussagen zwischen „ich dementiere das nicht“ oder „ich kommentiere das nicht“?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, mir ist das eben noch mal bewusst geworden, als der Abgeordnete darauf hinwies, dass das möglicherweise als Bestätigung verstanden worden sein könnte. Das ist mir eigentlich jetzt erst bewusst geworden. Insofern - - Ich müsste sonst darum bitten, dass man mir das Protokoll noch mal vorlegt. Also, das, was ich damals gesagt habe, das ist richtig.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich Ihnen auch so aus dem Protokoll zitieren. Sie haben im Innenausschuss damals gesagt: Ich kommentiere das nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Genau. Dann ist das die richtige Wortwahl.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie hier dreimal gesagt, ich dementiere das nicht, und dann: Ich dementiere oder ich kommentiere das nicht. - Nein, mir geht es einfach nur darum, noch mal herauszuarbeiten - - Es ist schon ein qualitativer Unterschied, ob ich jemandem gegenüber etwas nicht dementiere oder - -

Zeuge Jörg Ziercke: Absolut, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Okay. Dann haben wir das an der Stelle geklärt. - Ich möchte jetzt aber dann auch noch mal anknüpfen, wo wir vorhin unterbrochen worden sind. Da ging es ja um die Führungsinformation Nr. 6. Da haben Sie gesagt, Sie sind sich gar nicht sicher, ob Sie die überhaupt irgendwie zur Kenntnis bekommen haben. Das war, glaube ich, unser letzter Stand, wo wir vorhin stehen geblieben sind. Also, ich gehe mal schon davon aus, dass Sie die Führungsinformation Nr. 6 zur Kenntnis bekommen haben, weil Sie haben nämlich daraufhin, und zwar noch am gleichen Tag, also auch am 27.11., eine Weisung herausgegeben, dass eben die Informationen aus dieser Führungsinformation nicht ans BMI übermittelt werden und dass auch dafür Sorge zu tragen ist, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran halten. Das ist dieselbe Materialnummer, und das ist eine E-Mail von Herrn - muss ich mal gerade gucken - - Also, das lautet hier: Anruf L'in/SO bei mir am 27.11. - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frau Mihalic, könnten Sie die MAT-Nummer noch mal eben sagen?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, Entschuldigung, natürlich. Muss ich mal gerade gucken, wo ich Sie lesen kann. - Das ist die MAT A BKA 18(27)1-1, Band 121, Blatt 77.* Das ist die Führungsinformation Nr. 6, und hinten dran ist halt eben eine E-Mail von Herrn Schifels. Da steht:

H. Braß, L/LS, hat Lin/SO telefonisch die Weisung PR

- das sind Sie, Präsident -

übermittelt, dass in vorliegender Angelegenheit keine Unterrichtung BMI erfolgt, und bittet bei SO sicherzustellen, dass alle bei SO mit dem Fall befassten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sich daran halten.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA 18(27)1-1, Band 121, Blatt 83



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigung. Darf ich nur fragen, ob Sie - - Sie fragten, vom 27.11. Ist das richtig?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die E-Mail ist vom 27.11. Die Führungsinformation ist vom 27.11. Wenn Sie aufgrund der Führungsinformation vom 27.11. eine Weisung herausgeben am gleichen Tag, dann gehe ich davon aus, dass Sie auch die Führungsinformation erhalten haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, selbstverständlich.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich mache folgenden Vorschlag: Wir halten mal eben die Zeit an, und Herr Ziercke sieht sich die Führungsinformation vom 27.11. mal eben an.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das, was da so mit Bleistift rangeschrieben ist, das ist eine Notiz von uns. Nicht, dass es Sie irgendwie verwirrt.

(Der Zeuge liest in Unterlagen)

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, doch, eindeutig. Ich habe ja eine Entscheidung getroffen daraufhin. Da gibt es ja gar keinen Zweifel.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, darauf wollte ich kommen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das ist klar.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Wir wollten das ja noch klären, weil wir vorhin ja bei der Frage stehen geblieben sind, ob Sie überhaupt die Information hatten, dass die Akte in Hannover angekommen ist aufgrund dieser Führungsinformation, weil Sie sagten ja gerade, Sie seien irgendwie bis zum 28. im Ausland gewesen oder so -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das ist richtig.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und seien sich daher nicht sicher, ob Sie die Führungsinformation erhalten haben. Deswegen kam ich da jetzt noch mal drauf zu sprechen. Da sind

wir ja unterbrochen worden. Das haben Sie ja offensichtlich bekommen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja. Aber darf ich noch mal? - Die Info von Herrn Schiffels ist vom 29. Ich war ja nicht im BKA zu der Zeit in Wiesbaden. Dann muss das mein Stabsleiter mit mir telefonisch erörtert haben; denn ich war ja nicht im Hause. Insofern kann das sein, weil einmal der Hinweis war, dass die Staatsanwaltschaft Hannover usw. - - dass der jetzt vorliegt. Das war die eine Information, und das Zweite war: „... grundsätzlich eine Durchsuchung ... anregen würde, bat aber um ... Übermittlung ...“. Also, ich habe deshalb diese Entscheidung getroffen, weil das kein neuer Sachverhalt war, weil die Frage für das Ministerium insoweit uninteressant ist. Wenn jetzt erst die Prüfung weitergeht in Hannover und man erst weitere Informationen heranzieht, dann hätte ich entschieden, dass erst in dem Moment, wo die Entscheidung der Staatsanwaltschaft vorliegt, dann auch eine Meldung an das Ministerium erfolgt. Das ist der Grund, warum ich gesagt habe, diese Information - - Wenn er sagt: „... grundsätzlich eine Durchsuchung ... anregen würde ...“, dann ist das genau der Sachstand, den wir am Anfang schon hatten.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Nein, das ist auch okay, Herr Ziercke. Finde ich völlig in Ordnung. Es ging mir halt eben nur darum, noch mal festzustellen: Sie hatten die Information, dass die Akte in Hannover ist. Da waren Sie eben nicht sicher, ob Sie die Führungsinformation bekommen haben. Der Inhalt war Ihnen offensichtlich bekannt.

Zeuge Jörg Ziercke: Doch, das bestätige ich Ihnen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das ist im Prinzip der Punkt. Sie hatten ja vorhin auf die Befragung von Herrn Grötsch gesagt, nicht jede Führungsinformation erreicht auch den BKA-Präsidenten. Also, die Führungsinformationen, um die es geht, die fraglichen - das ist die Führungsinformation 5, aus der hervorgeht, Akte ist in Celle, und die Führungsinformation Nr. 6, Akte ist in Hannover -, haben Sie ja beide nachweislich bekommen.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ich darf aber noch mal sagen: Ich habe diese Informationen selbst nicht gelesen; denn ich war zu dem Zeitpunkt - ich sehe das hier gerade - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben den Inhalt zur Kenntnis genommen.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja. - 27.11., da bin ich in Saudi-Arabien gewesen. Da muss mich mein Stab angerufen haben.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag ja so sein. Mir geht es ja auch nicht darum, ob Sie das Ding gelesen haben, sondern ob Sie den Inhalt zur Kenntnis genommen haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, den ersten Absatz - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht mir darum: Hatten Sie die Information? Und wenn Sie - -

Zeuge Jörg Ziercke: Den ersten Absatz erinnere ich nicht, den zweiten ja, weil dieser zweite Absatz ja genau da auf die Frage zielt, ob wir das Ministerium informieren oder nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht mir nicht um das Ministerium, Herr Ziercke. Es geht mir darum: Hatten Sie den Inhalt dieser Führungsinformation - - haben Sie den zur Kenntnis genommen, auf welche Weise auch immer - ob per, weiß ich nicht, Morsezeichen, SMS, Telefon oder Fax - - Das ist eigentlich - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, Moment. Aber das ist doch ein großer Unterschied. Es ist ein großer Unterschied, ob ich etwas lese, dann habe ich den vollständigen Informationstext, oder ob jemand mich anruft -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie die Informationen - - Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: - und selbst zusammenfasst. Er hat mir das ja nicht vorgelesen nach Saudi-Arabien.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es ja gerade bestätigt, Durchsuchung, dass das noch nicht geplant ist, und Hannover - - Das hatten Sie zur Kenntnis genommen und hatten daraufhin - -

Zeuge Jörg Ziercke: Das weiß ich eben nicht, ob er das gesagt hat. Ich kann das Zweite erinnern in diesem Fall. Deshalb muss ich doch so konkret sein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Zweite.

Zeuge Jörg Ziercke: Es kann sein, dass ich auch das Erste zur Kenntnis genommen habe.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn das Zweite?

Zeuge Jörg Ziercke: Warum soll ich das in Abrede stellen?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Zweite ist: grundsätzlich eine Durchsuchung. Das haben Sie zur Kenntnis genommen?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, weil ich die Entscheidung nämlich getroffen hatte - das kann ich auch erinnern -, dass wir nicht berichten. Das ist der Punkt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, richtig. Aber die Entscheidung „grundsätzlich eine Durchsuchung“ stammt ja von Herrn Klinge, und der ist Staatsanwalt in Hannover.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber ich weiß nicht, ob mein Stabsleiter mir das mitgeteilt hat. Da müssen Sie ihn fragen. Das weiß ich nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Gut, dann bis hierhin. - Hast du noch Fragen?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel Zeit haben wir noch?

RD Norman Plaster (BT): Etwas über eine Minute.



2. Untersuchungsausschuss

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich gerne anschließen und auf die Geburtstagsfeier zurückkommen, die vorhin schon mal kurz Thema gewesen ist. Nachdem Sie ausgeführt haben, Sie waren nicht da, und die Frau Vorsitzende das ja bestätigen konnte aus eigener Kenntnis und Anwesenheit, würde ich jetzt mal vermuten, dass Sie tatsächlich nicht da gewesen sind, auch wenn Herr Hartmann auf Nachfrage insgesamt zweimal erklärt hat, dass Sie da gewesen sind. Haben Sie eine Vermutung - Sie kennen Herrn Hartmann wahrscheinlich zumindest besser als ich -, warum er das vor dem Untersuchungsausschuss gesagt haben könnte, zweimal auf Nachfrage, dass Sie da gewesen sind als Gast bei seiner Geburtstagsfeier?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich nehme an, das ist ein reines Missverständnis. Ich bin nicht da gewesen. Fragen Sie ihn das noch mal. Ich war nicht da.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das machen wir, sobald er hier ist. Aber er ist heute jetzt nicht hier im Moment.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein. Wie soll ich wissen, warum -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb weiß ich nicht, ob Sie eine Vermutung hätten.

Zeuge Jörg Ziercke: - hier ein Missverständnis - Tut mir leid, Frau Abgeordnete. Das kann ich nicht erklären.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War ja nur die Frage, ob Sie eine Vermutung haben, weil darauf meine zweite Frage abzielt, wenn er dort möglicherweise missverständlich falsch erklärt hat, Sie wären da - ich weiß nicht, um seine Feier mit Ihrer Anwesenheit aufzupeppen oder so -, ob Sie es für ausgeschlossen halten würden, dass er an einer anderen Stelle auch Sie in Anspruch genommen hat, obwohl Sie es gar nicht gewesen sind.

Zeuge Jörg Ziercke: Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Also, ich schätze ihn menschlich, charakterlich sehr hoch ein. Kann ich mir nicht vorstellen.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das eine können Sie sich vorstellen, das andere nicht!)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Die Fragezeit der Grünen ist vorbei. - Jetzt hat die SPD das Fragerecht. Herr Grötsch, bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Es wird jetzt sehr hypothetisch. Ich habe im Moment keine konkreten Fragen mehr und frage beim nächsten Mal weiter.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann ist Herr Tempel wieder dran. Bitte sehr, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ein strategisch raffiniertes Mittel hier.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das war jetzt kein Trick, lieber Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich unterstelle auch wirklich keinen Vorsatz jetzt. Aber ich bin auch nur noch mit einer kurzen Nachfrage - Herr Ziercke, ich erinnere mich aus dem Innenausschuss an den Satz von Ihnen - ich glaube, das war der vierte Innenausschuss dazu -, wo Sie sagten: Danach hat man ja bisher nicht gefragt. - Also, man muss auch dann wirklich jede Frage direkt stellen, ohne dass sie automatisch eine Unterstellung ist. Aber sie muss wenigstens auch gestellt werden.

Ich komme noch mal abschließend - ich bin vorhin nicht ganz fertig geworden - auf dieses Telefonat am 17. Oktober mit Herrn Oppermann zurück. Wir hatten ja Teile des Gesprächs schon abgefragt. Ich komme noch zum Ende des Gesprächs. Sie hatten ja geschildert, dass Sie so am Telefon zumindest erst mal da nichts weiter zu sagen wollten, was er war. Wissen Sie noch, wie dieses Gespräch geendet hat?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, das weiß ich nicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wurde vereinbart - -



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Geben Sie mir das Protokoll, dann werde ich das bestätigen oder - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein, ich frage dann. Gab es vielleicht eine Vereinbarung, -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, gab es nicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): - darüber an anderer Stelle zu reden?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, gab es nicht. Nein, nein, gab es nicht. Das erinnere ich genau.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage es nur ganz direkt noch mal ab.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ist in Ordnung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Herr Oppermann hat ja auch im Innenausschuss geschildert, dass der Herr Hartmann von ihm beauftragt wurde, sich um Herrn Edathy zu kümmern mit Bezug auch auf den gesundheitlichen Zustand. Wurde vereinbart - - Sie haben am nächsten Tag die gleiche Konferenz, am 18. Oktober, in der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup besucht. Wurde vereinbart, dass Sie dann zu diesem Sachverhalt, wenn man am Telefon nicht darüber reden kann, dort mit Herrn Hartmann zu diesem Thema reden?

Zeuge Jörg Ziercke: Das ist ein kleiner Irrtum. Entschuldigen Sie, Herr Tempel. Die Veranstaltung war am 17., und ich habe vorher - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe hier eine Veranstaltung, Deutsche Hochschule der Polizei, 16. bis 18. - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich war vorher -

Frank Tempel (DIE LINKE): Am 17. direkt war das dann?

Zeuge Jörg Ziercke: - ich war vorher in Münster, und dann hat Herr Oppermann erst angerufen. Das ging logisch gar nicht, wie Sie es eben gesagt haben.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nehme ich so zur Kenntnis. - Gab es weitere Telefonate zwischen Ihnen und Herrn Oppermann zu anderen Themen?

Zeuge Jörg Ziercke: Kein Telefonat, überhaupt nichts.

Frank Tempel (DIE LINKE): Haben Sie überhaupt Kontakt ansonsten?

Zeuge Jörg Ziercke: Keinen Kontakt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Arbeitskontakte?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, auch das nicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Gar nicht. - Gut. Dann bin ich auch durch erst mal.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Tempel. - Herr Brandt und Herr Dr. Heck.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Herr Ziercke, zu dem Komplex des Herrn Hartmann. Sie hatten - Sie haben es ja geschildert - auf der einen Seite kein besonders gutes Verhältnis zu dem Herrn Edathy aufgrund der Umstände, die Sie dargestellt haben, auf der anderen Seite ein sehr positives zu Herrn Hartmann, ohne dass das freundschaftlich war, aber ein positives Verhältnis.

Zeuge Jörg Ziercke: Ein professionelles Verhältnis.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie aufgrund des Kontaktes, den Sie zu Herrn Hartmann hier und da eben hatten, Eindrücke, wie das Verhältnis zwischen Herrn Hartmann und Herrn Edathy - -

Zeuge Jörg Ziercke: Davon habe ich überhaupt nichts gewusst. Das habe ich auch erst im Nachhinein erfahren, dass er da so eine Art Betreuungsauftrag haben würde. Wusste ich nichts davon.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Sie haben also auch gar nicht gewusst, ob die mal freundschaftlich, feindschaftlich -



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, überhaupt nicht.

Helmut Brandt (CDU/CSU): - oder wie auch immer sich gegenüberstanden?

Zeuge Jörg Ziercke: Wir haben nie Privates oder Persönliches ausgetauscht.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Die zweite Frage. Das hat mich eben etwas gewundert, als Sie zu Beginn geschildert haben - wenn ich das richtig verstanden habe -, Sie hätten, nachdem Sie hier von den Angaben des Herrn Edathy gehört haben, der behauptet hat, er sei von Hartmann und der wiederum von Ihnen über den jeweiligen Stand informiert worden, mit Herrn Hartmann telefoniert, um das zu klären.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Was gab es aus Ihrer Sicht zu klären?

Zeuge Jörg Ziercke: Ich war empört, was ich im *Stern* gelesen habe, dass Herr Edathy behauptet, Herr Hartmann würde mich als Informanten bezeichnen. Das war doch empörend.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Aber Sie wussten ja, dass das nicht stimmt. Oder weshalb haben Sie es sich dann von Herrn Hartmann bestätigen lassen wollen? Sie wussten doch, dass Sie Herrn Hartmann nicht informiert hatten.

Zeuge Jörg Ziercke: Dass ich Herrn Hartmann informiert habe?

Helmut Brandt (CDU/CSU): Sie wussten doch, dass Sie Herrn Hartmann nicht informiert haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Weshalb haben Sie ihn dann angerufen?

Zeuge Jörg Ziercke: Aber ich bitte Sie, wenn die Medien bei mir nachfragen und einen Fragenkatalog bringen und ich lese im *Stern*, dass Herr Edathy behauptet, Herr Hartmann hätte gesagt, ich sei sein Informant. Ich weiß nicht, wie es umgekehrt wäre, wenn ich nicht angerufen

hätte, was Sie dann gefragt hätten. Also, ich bin der Meinung, das war meine Empörung, die da zum Ausdruck kommt, zu erfahren: Was ist das für eine komische Geschichte, die da läuft?

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und was hat Hartmann Ihnen konkret auf diese Nachfrage gesagt?

Zeuge Jörg Ziercke: Das habe ich ja am Anfang ausgeführt bei meinen Ausführungen hier, dass er das für eine Inszenierung hält, dass das eine Geschichte ist, die er aus Rache durchführt - im Zentrum steht im Grunde die SPD -, und dass da kein Wort wahr ist.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und bei dieser Gelegenheit - das war jetzt sozusagen der Abschluss meiner Frage -, hat Herr Hartmann Ihnen denn bei der Gelegenheit dieses Telefonats irgendetwas dazu gesagt, in welchem Verhältnis er zu diesem Zeitpunkt - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, auch nicht.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Auch nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Dr. Heck.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Ich habe noch mal kurz eine Frage. Es gibt eine Pressemeldung von Phoenix. Die ist vom 19. November. Da ist ein Zitat von Ihnen. Ich halte es Ihnen mal vor:

Dieser Untersuchungsausschuss wäre nicht erforderlich gewesen.

Sind Sie immer noch dieser Auffassung und, falls nein, wann haben Sie die geändert?

Zeuge Jörg Ziercke: Was meine Person angeht, ist dieser Ausschuss nicht erforderlich, um das klar zu sagen. Auch was die Arbeit des Bundeskriminalamtes angeht, ist dieser Ausschuss nicht erforderlich. Was die Zweifelsfragen angeht, die jetzt hochkommen im Hinblick auf Quellen, die eventuell vorhanden sein könnten, da würde ich meine Meinung revidieren, ja.



2. Untersuchungsausschuss

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Okay. - Dann noch eine weitere Frage. Noch mal zu diesem 21. Januar, über den wir eben schon sprachen, wo es dieses Treffen gab zwischen Herrn Hartmann und Ihnen. Könnten Sie da noch mal uns erklären, wie es dazu gekommen ist? Also, von wem ging damals die Initiative aus? So ein bisschen, damit wir da eine Vorstellung - -

Zeuge Jörg Ziercke: Am 21.?

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Am 21. Januar.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das war etwas, was wir einmal im Jahr gemacht haben, dass wir uns zu einem Abendessen getroffen haben.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Haben Sie das mit anderen innenpolitischen Sprechern auch gemacht, -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): - oder war das jetzt eine Besonderheit mit Herrn Hartmann?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, hin und wieder haben wir uns auch mal getroffen irgendwo. Aber das - - Ja, mit Journalisten habe ich mich getroffen zum Essen usw. Aber nein, das war eine Ausnahme. Das war Herr Hartmann. Ja, das ist richtig.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Wie ist das zustande gekommen? Wer hat da wen angesprochen?

Zeuge Jörg Ziercke: Er hat den Termin gemacht über mein Büro, und dann haben wir uns irgendwo getroffen, wo er gesagt hat, in seinem Wahlkreis ist ein Landgasthaus, wo man sich mal für anderthalb Stunden gut unterhalten kann über die Dinge, die aktuell sind in der Kriminal- und in der Rechtspolitik.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Haben Sie eine Vorstellung, wie Herr Edathy davon Kenntnis erlangt haben könnte, dass Sie sich treffen?

Zeuge Jörg Ziercke: Weiß ich nicht, keine Ahnung. Von mir weiß er das nicht.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Und wie lange waren Sie zusammen an dem Abend?

Zeuge Jörg Ziercke: Vielleicht war das andert-halb bis zwei Stunden.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Und Sie sagten, Edathy sei da kein Thema gewesen.

Zeuge Jörg Ziercke: War kein Thema da, nein.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Also, Sie haben allgemein über organisierte Kriminalität gesprochen, aber - -

Zeuge Jörg Ziercke: Über viele Themen, also nicht nur organisierte Kriminalität, vor allem über den Terrorismus, die Gefährdungsbewertung in dem Bereich. Das ist ja für Innenpolitik ein besonderes Thema immer gewesen. Aber nein, über den Fall Edathy, über Edathy selbst ist kein Wort gewechselt worden.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Und auch nicht über die Ermittlungen allgemein, ohne dass der Name Edathy gefallen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein, auch nicht über die Ermittlungen. Das ist ja für mich eins.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Na gut, es gibt ja noch mehrere, die da betroffen sind. Gut. - Letzte Frage noch. Der Herr Hartmann war ja auch 2014 auf der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes. Können Sie noch mal erläutern, wie es dazu gekommen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Bei meinem Abschied jetzt?

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): 2014, ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Auf der Herbsttagung, meine ich, war er nicht. Er war zu meinem Abschied eingeladen, weil ich alle innen- und polizeipolitischen Sprecher - -

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Also, auf der Herbsttagung war er nicht, sagen Sie?

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte?



2. Untersuchungsausschuss

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Auf der Herbsttagung war er nicht?

Zeuge Jörg Ziercke: Das wüsste - - Ich war ja am zweiten Tag noch da. Wir haben ja zwei Tage nur gehabt. Der erste war meine Verabschiedung. Da hat der Minister zwar ein Grundsatzreferat zur organisierten Kriminalität gehalten. Da waren Abgeordnete da. Das habe ich wahrgenommen. Ich habe mit ihm da auch nicht gesprochen. Ich habe ihn einfach von weitem nur gesehen, weil der ganze Trubel um mich herum ja stattfand. Ich habe mit ihm kein Wort gewechselt auf dieser Veranstaltung.

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie hätten noch Fragezeit.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein? - Okay. Dann frage ich noch mal der Reihe nach. - Frau Mihalic, Sie haben noch Fragen. Bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank. - Herr Ziercke, ich habe jetzt noch mal eine ganz andere Frage, bzw. in der ersten Runde - war das, glaube ich - hat die CDU schon mal danach gefragt. Es geht noch mal um die Angelegenheit: Haben Sie bzw. können Sie uns sagen, ob aus dem BKA heraus über die Operation „Selm“, „Spade“ mit Herrn Hartmann gesprochen worden ist?

Ich will Ihnen auch den Hintergrund meiner Frage sagen. Herr Hartmann hat hier im Untersuchungsausschuss mehrfach gesagt, über die Causa Edathy - also wortwörtlich: die Causa Edathy - hat er nie mit dem BKA gesprochen. Er hat aber in seiner Eigenschaft als innenpolitischer Sprecher mehrfach dienstliche Gespräche mit dem BKA unterschiedlichster Art geführt. Die CDU hat da intensiv nachgefragt. Ich beziehe mich jetzt zum Teil auf das stenografische Protokoll der letzten Untersuchungsausschusssitzung, und zwar auf die Seiten 110 und 111 - für den Fall, dass es dem Zeugen vorgelegt werden soll -, und zwar sagt der Zeuge Hartmann:

Ich habe viele Gespräche immer wieder in dienstlichen Angelegenheiten mit dem BKA geführt.

Und auf die Frage von Herrn Schuster:

Aber die Frage konkret, die Operation „Selm“, können Sie auch nicht beantworten, oder wollen Sie nicht beantworten?

Der Zeuge Hartmann sagt:

Ich habe keine sichere Erinnerung, ob oder ob nicht.

Im weiteren Verlauf konnten wir das nicht so ganz klären. Das wäre jetzt meine erste Frage: Können Sie ausschließen oder wissen Sie es nicht genau, ob irgendwie aus Ihrem Hause - oder aus Ihrem ehemaligen Hause -, dem BKA, Informationen über die Operation „Selm“ mit Innenpolitikern, zum Beispiel Herrn Hartmann, erörtert wurden?

Zeuge Jörg Ziercke: Höre ich jetzt, diesen Verdacht - in Anführungsstrichen -, den Sie äußern, das erste Mal. Ich habe Derartiges bisher überhaupt nicht gehört und kann mir auch nicht vorstellen, dass irgendein Mitarbeiter der Fachebene oder der Amtsleitung oder der Gruppenleiter- oder der Abteilungsleiterebene das mit Herrn Hartmann erörtert haben könnte. Kann ich mir nicht vorstellen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das denn, bzw. wie geht denn das BKA vor? Also, irgendwie muss man sich ja auch die Aussage vielleicht von Herrn Hartmann erklären, wenn er sagt, dass er als innenpolitischer Sprecher des Öfteren mal dienstliche Angelegenheiten mit dem BKA erörtert, wo es halt eben auch um weiß der Kuckuck ging. Also, was durfte denn Ihrer Ansicht nach aus Ihrem Hause innenpolitischen Sprechern der Fraktionen mitgeteilt werden an Lageeinschätzungen, Operationen usw.? Gibt es da irgendwelche Einschränkungen, oder wo sind da die Grenzen zu ziehen? Hat das was mit der Einstufung dieser Dinge zu tun, oder auf welche Art und Weise könnte denn so eine Erörterung, wie Herr Hartmann sie versucht hat zu beschreiben, erfolgen?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Also, die Grenze ist ganz klar der konkrete Fall, das konkrete Ermittlungsverfahren. Das ist absolut tabu. Das machen wir nie. Das darf auch keiner. Jeder weiß, dass da die rote Linie ist, die man nicht überschreiten darf. Ansonsten sind es Bewertungen und Einschätzungen zur Sicherheitslage, zu bestimmten Phänomenbereichen. Das kommt hin und wieder vor, nicht nur bei Herrn Hartmann, dass sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages oder der Landtage bei uns anmelden - auch Innenminister -, um mit uns diese Frage zu erörtern. Das könnten wir erheben über die letzten zehn Jahre. Dann wüssten Sie, wie und wie oft wir tatsächlich auch auf diese Art und Weise von Politikern, von Fachpolitikern in Anspruch genommen werden. Ich war der Meinung, diese Transparenz ist notwendig. Wir können vor Ort zeigen, wie unsere Arbeitsprozesse sind, wie die Abläufe sind. Aber das hat nichts mit einem konkreten Ermittlungsverfahren zu tun.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es wäre da tendenziell möglich, um das noch mal zu konkretisieren, dass über eine Operation „Selm“ gesprochen wird, ganz allgemein, ohne dabei auf konkrete Fälle einzugehen?

Zeuge Jörg Ziercke: Kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, weil das ja genau ein konkretes Ermittlungsverfahren ist. Dies würde nur Sinn machen im Zusammenhang jetzt, was die politische Schiene angeht: Wie ist die Arbeitsbelastung? Wie ist die Belastung der Mitarbeiter?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das ja mal präzisieren. Also, wenn beispielsweise aus Ihrem Hause jemand sagt: „Wir haben jetzt hier einen Fall, Kinderpornografie, Kanada, irgendwie 800 Tatverdächtige, Massenverfahren, Operation ‚Selm‘“, wäre das noch allgemein genug als Information, oder wäre das schon zu konkret?

Zeuge Jörg Ziercke: Meiner Meinung nach wäre das schon zu konkret, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil der Name der Operation dabei gefallen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Genau, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Okay. Vielen Dank. - Dann habe ich noch eine Frage, und zwar haben Sie im Februar 2014 von allen BKA-Mitarbeitern dienstliche Erklärungen eingeholt zum Kenntniszeitpunkt vor dem 15.10. Herrn Edathy im Rahmen der OP „Selm“ betreffend. Es stand ja die Frage im Raum: Ist der Name früher entdeckt worden? Jetzt stand aber auch die Frage im Raum, ob nicht eventuell Informationen aus dem Bundeskriminalamt irgendwie an den Beschuldigten gelangt sein könnten oder irgendwie sozusagen den Weg unzulässigerweise nach draußen gefunden haben. Das ist ja auch eine Frage, die wir versucht haben zu erörtern. Meine Frage ist jetzt: Warum haben Sie in Bezug auf so eine Frage eigentlich keine dienstlichen Erklärungen von Ihren Mitarbeitern eingeholt?

Zeuge Jörg Ziercke: Das stand nicht im Fokus damals.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es stand im Raum.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber das war später. Im Innenausschuss, glaube ich, war das der Fall, dass das irgendwie eine Frage im Innenausschuss mal war. Kann das sein?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja auch öffentlich aufgearbeitet worden. Also, es ist ja auch ein Grund für diesen Untersuchungsausschuss, dass der Verdacht im Raum stand, dass Herr Edathy möglicherweise Informationen gehabt haben kann. Das war ja einer der Gründe, warum wir uns entschieden haben, diesen Untersuchungsausschuss zu machen. Da stand natürlich auch - neben vielen anderen - das BKA so ein bisschen in Verdacht, möglicherweise - - oder die Sicherheitsbehörden im Allgemeinen. Insofern würde mich jetzt schon interessieren, wenn Sie in Bezug auf den einen Umstand - war der Name Edathy vorher bekannt? - dienstliche Erklärungen einholen, warum dann nicht auch auf den anderen Umstand bezogen.

Zeuge Jörg Ziercke: Im Hinblick auf Geheimnisverrat zielt ja diese Frage dann ab.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Die war damals gar nicht gegenwärtig. Es ging immer nur um die Frage aus meiner Sicht, auch im Ausschuss, im Innenausschuss: Wann ist wer informiert worden überhaupt, nämlich ich? Damit war dann das Feld geöffnet für die Frage: Hatte man vorher Kenntnis schon von diesem Fall? Das war nicht der Fall. Sie haben ja meine Mitarbeiter hier gehört. Sie wollten auch diese Frage nur beziehen auf die Mitarbeiter, die in dem Bereich arbeiten, oder auf das ganze BKA?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja dienstliche Erklärungen von einer ganzen Reihe von Leuten eingeholt.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, sicher.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber nicht das gesamte BKA jetzt, sondern nur die im Fachbereich tätig sind.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von 5 000 Leuten, glaube ich, nicht.

Zeuge Jörg Ziercke: Hatten wir nicht. Können wir jederzeit machen. Können wir auch nachträglich noch machen, kein Thema; nichts dagegen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ziercke, bloß noch mal als Replik auf meine vorhergehende Frage, weil Sie selber darauf hingewiesen haben, dass es ja selbstverständlich ist - was ich teile -, dass Sie den Herrn Hartmann anrufen und fragen, was der Edathy da für einen Quatsch über Sie erzählt hat. Vielleicht sollte nicht nur der Ausschuss Herrn Hartmann befragen, was das mit der Geburtstagsfeier auf sich hat, sondern Sie auch Herrn Hartmann anrufen und fragen, was der da für einen Quatsch über Sie erzählt hat, dass Sie angeblich bei der Feier gewesen sind. Nur so als Tipp.

Zeuge Jörg Ziercke: Aber das stand nicht im *Stern*, meine ich.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das steht im Protokoll des Untersuchungs-

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich hatte keinen Grund, ihn deshalb anzurufen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe es Ihnen oder Frau Mihalic hat es Ihnen ja deshalb vorhin gesagt. Frau Högl hat es, wie gesagt, bestätigt.

Zeuge Jörg Ziercke: Dass ich ihn jetzt anrufe, meinen Sie?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute Abend, morgen oder wie auch immer, keine Ahnung. Ist auch nur ein freundschaftlicher Ratschlag. Vielleicht haben Sie ja auch Interesse, an der Stelle zu erfahren, warum Herr Hartmann Quatsch über Sie erzählt hat und offensichtlich nicht nur Herr Edathy.

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigen Sie, ich halte das für ein reines Missverständnis. Wenn da Herr Schindler sein soll, Herr Maaßen sein soll, die Sicherheitschefs, das ist ein reines Missverständnis. Ich meine: Wie viel Leute waren da?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich total gut, dass Sie das für ein reines Missverständnis halten. Sie müssen mir nachsehen, dass ich als Mitglied eines Untersuchungsausschusses eine zweimal hier protokollierte Aussage erst mal ernst nehme und wir den Sachverhalt jetzt aufklären müssen. Wie gesagt, das war nur ein Ratschlag.

Ich wollte gerne noch mal zu Ihrem Eingangstatement nachfragen, wo Sie eine sehr dezidierte Meinung über Herrn Edathy an vielerlei Stellen geäußert haben, das immer wieder, da es ein schriftlich vorbereitetes Statement war, auch sehr bewusst mit haben einfließen lassen. Können Sie nachvollziehen, dass ich in meiner Einschätzung noch schwanke, ob Ihr Verhältnis zu Herrn Edathy von Abscheu oder sogar Hass geprägt ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Überhaupt nicht, nein.



2. Untersuchungsausschuss

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir meine Einschätzungsschwierigkeit beantworten?

Zeuge Jörg Ziercke: Hass oder Abscheu?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, solche Vokabeln habe ich überhaupt nicht gewählt. Ich habe Fakten gegenübergestellt und diese mit Hypothesen verbunden, wie ich es aus der Fallanalyse kenne, wo es um das Verhalten von Menschen geht und man sich fragt: Warum verhält sich jemand so, und wie entscheidet er sich dann? Hier geht es gar nicht um den Tätertyp an sich erst mal, sondern Verhalten und Entscheidung, und dies habe ich zueinander gebracht. Mehr habe ich nicht gemacht. Da ist die Frage Hass oder Abscheu - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss ich Sie korrigieren. Es waren nicht nur Fakten, es waren sehr eindeutig Bewertungen, die Sie da vorgenommen haben.

Zeuge Jörg Ziercke: Entschuldigung. Ich habe gesagt, er ist mir unsympathisch. Das habe ich gesagt aufgrund der Ereignisse, der persönlichen, die ich mit ihm gehabt habe. Ja, das ist richtig.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich noch eine Frage anschließen, oder soll ich es in die nächste Runde schieben?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir schieben es in die nächste Runde, genau. Dann haben wir alles korrekt hier.

Jetzt ist Herr Grötsch dran. - Herr Grötsch hat keine Fragen mehr. Dann ist Herr Tempel noch mal dran. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Bin ich diesmal drauf vorbereitet. - Ich habe auch nur noch drei Nachfragen, die jetzt nicht im Zusammenhang stehen, sondern bisherige Lücken noch mal füllen, teilweise Verständnisfragen sind. Es ist noch mal nachgefragt - - Also, ich kann auch verstehen, wenn Sie das in einer Zeitung lesen und das stimmt nicht, dass Sie anrufen. Aber gab es wei-

tere Kontakte nach diesem Telefonat, wo Sie gefragt haben: „Wie kannst du so was erzählen?“? Und der sagt dann: Das habe ich gar nicht erzählt.

Zeuge Jörg Ziercke: Wer jetzt?

Frank Tempel (DIE LINKE): Es geht um dieses Telefonat, wo Sie nachgefragt haben, wie es zu solchen - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein. Das war für mich erledigt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Gab es danach irgendeinen Kontakt persönlicher Art, telefonisch, -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): - E-Mail mit Michael Hartmann? Insbesondere frage ich das mit Blick auf die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, wüsste ich - - Nein. Meiner Meinung - - Doch, er hat mir den *Stern*-Bericht geschickt nach unserem - - Ich hatte den *Stern*-Bericht - - ja nur gehört von den Fragen der Journalisten her, die bei uns in Wiesbaden aufgeschlagen waren, und er hat mir daraufhin dann den *Stern*-Bericht geschickt. Ja, das stimmt. Das ist alles.

Frank Tempel (DIE LINKE): Okay. - Das Zweite, auch nur noch mal eine Verständnisfrage, weil ich habe ja jetzt noch nicht das Protokoll von den Aussagen, die Sie hier gemacht haben. Es geht mir noch mal darum, diese Information, diese Presseerklärung aus Kanada, also diese dpa-Meldung vom 14.11.2013. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die so gravierend einschätzen von der Aussagekraft, dass allein das ausgereicht haben könnte, um Herrn Edathy entsprechend zu alarmieren, also dass diese Informationen für alle anderen weiteren folgenden Handlungen von ihm ausreichend waren, also den Anwalt einschalten usw.?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe ja ausgeführt, dass Herr Edathy sich als jemand - für mich jedenfalls - darstellt, der mit hoher Sensibilität alles verfolgt, was sich um das Thema herum tatsächlich entwickelt. Das ist eigentlich typisch auch für Leute, die möglicherweise - möglicherweise; ich habe mich da immer vorsichtig ausgedrückt - pädophile Neigungen haben. Insofern bin ich immer davon ausgegangen, die Sensibilität ist so groß, dass man immer im Grunde glaubt: Demnächst bin ich dran. - Es ist ja nicht nur die eine Meldung, die da gekommen ist. Ich habe ja vier Meldungen zitiert in unterschiedlichem Abstand mit unterschiedlichen Inhalten, wo immer konkreter wurde, dass die Spur eigentlich nach Deutschland führt. Eine Meldung sagt sogar, auch deutsche Behörden haben ermittelt oder ermitteln. Von daher glaube ich, ist das etwas, was man einfach unterstellen muss.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Fröhlich hat das ja auch getan, hat auch gesagt, darauf könnte er gewarnt worden sein, und er selbst sagt das ja auch - so habe ich jedenfalls den *Stern*-Artikel gelesen -, auf dem Parteitag, dass er sagt: Ich war informiert. - Von daher weiß ich nicht, was man noch mehr wissen muss.

Frank Tempel (DIE LINKE): Er erwähnt das; das ist richtig. Deswegen wollte ich das vorhin gar nicht ganz am Anfang zusätzlich wissen. Das wissen wir, dass er diese Meldung zur Kenntnis genommen hat. Das hat er auch selber ausgesagt.

Zeuge Jörg Ziercke: Ah ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Entsprechend - - hat es aber doch zumindest nicht geführt, wenn Sie sagen, so sensibilisiert, dass er beim Parteitag abgereist ist, um entsprechende Beweismittel eventuell zu vernichten - - sondern viele Sachen sind ja erst sehr viel später erfolgt, wie das Verschwinden des Laptops usw., was Sie ja genauso fraglich finden -

Zeuge Jörg Ziercke: Woher wissen Sie das?

Frank Tempel (DIE LINKE): - wie wir auch alles.

Zeuge Jörg Ziercke: Woher wissen Sie das?

Frank Tempel (DIE LINKE): Na, wann dieser Laptop als verschwunden gemeldet ist, ist doch jetzt - - Ich suche mir nicht die Daten aus dem Protokoll jetzt raus.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, Entschuldigung. Das war auch nicht so gemeint.

Frank Tempel (DIE LINKE): Die Fragen stelle auch ich.

Zeuge Jörg Ziercke: Woher wissen Sie - das habe ich nämlich auch gefragt - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein, die Fragen stelle ich. Sie fragen mich nicht, woher ich was weiß.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, und wir zanken uns jetzt hier auch nicht wieder.

Zeuge Jörg Ziercke: Sie haben mich nicht verstanden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Ziercke - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich wollte Sie überhaupt nicht in irgendeiner Weise - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Ziercke, bitte.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe auch nur noch eine - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Tempel stellt die Fragen. Sie geben die Antworten. Nicht zum Ende jetzt noch eine kleine Eskalation.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich verstehe Sie ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, es war so nicht gemeint, Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, verstehe ich auch. Nehme ich auch nicht krumm. Ist nur so jetzt eine Kommunikationsfrage gewesen.

Ich habe auch nur noch eine Frage. Auch ganz zu Anfang - das könnte sogar in Ihren schriftlichen Äußerungen drin sein - haben Sie noch mal auch die negative Einstellung von Edathy zum BKA



2. Untersuchungsausschuss

anhand einer Äußerung belegt. Wenn Sie mir die noch mal geben könnten. Da hätte ich dann eventuell noch mal eine Verständnisfrage.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, es ging sinngemäß um die Äußerung - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Da ging es um eine Äußerung, wenn er mal nicht mehr gewählt irgendwie - - würde er sich bei einer - -

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein. Deswegen frage ich nach. Ich will ja nichts - -

Zeuge Jörg Ziercke: Sinngemäß: Also, wenn ich einmal keinen Job mehr bekomme, dann bewerbe ich mich auch beim BKA.

Frank Tempel (DIE LINKE): Doch, dann habe ich das - -

Zeuge Jörg Ziercke: Der Hintergrund war, dass ein Mitarbeiter hier aufgetreten war im Untersuchungsausschuss NSU, der vielleicht keine so glückliche Figur gemacht hatte. Aber Herr Edathy hat ihm dann in der Pause in diesem Sinne zu verstehen gegeben, was er von ihm hält und was er vom BKA hält. Das war die Information, die mir dann zugetragen worden ist. Ich habe den Mitarbeiter selbst auch gehört und andere auch. Die haben das als respektlos und herabwürdigend - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Und wie hatten Sie das - - Diese Äußerung machte dann im BKA die Runde, oder wie war das?

Zeuge Jörg Ziercke: Also, das weiß ich jetzt nicht. Jedenfalls hat sie mich erreicht. Sie hat mich erreicht. Ob es dann die Runde weiter macht, kann sein. Aber mich hat es erreicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat das Thema Edathy zu dieser Zeit auch bei solchen Äußerungen im BKA in der Belegschaft eine Rolle gespielt? Ist das diskutiert worden?

Zeuge Jörg Ziercke: Durchaus. Man war ganz schön angefasst.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich kenne jetzt nur die Diskussion beim Landeskriminalamt in Thüringen, wo es natürlich eine Diskussion war.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, natürlich. Habe ich ja gesagt. Also, das hat schon die Leute angefasst, wie sie aus ihrer Sicht behandelt worden sind.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das verstehe ich sehr gut. Ich habe nur bisher nicht verstanden, wie viele den Namen Sebastian Edathy vorher noch nie gehört hatten. Aber das können Sie natürlich jetzt nicht beantworten. Deswegen danke erst mal.

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Keine Fragen mehr? - Frau Mihalic hat aber noch Fragen. Oder Frau Lemke. Bitte sehr.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich fange an, will an meine vorherige Frage und an Herrn Tempel anknüpfen. Können Sie uns erläutern, was Sie bewogen hat, die Einstellung von Herrn Edathy gegenüber dem BKA, also diese Respektlosigkeit, die Sie jetzt beschrieben haben, hier zu thematisieren?

Zeuge Jörg Ziercke: Was mich bewogen hat, das zu thematisieren?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie haben es ja in Ihrem schriftlichen Eingangsstatement drin gehabt.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, selbstverständlich. Er hat ja behauptet, dass ich im Grunde von der Feindes- zur Freundesseite gewechselt sei. So habe ich das jedenfalls verstanden, und ich wollte nur ganz klar machen, dass dies absolut nicht der Fall ist - ich wollte Herrn Edathy keinen Gefallen tun -, weil das ja dahinterstand. Ich habe ja ausgeführt, dass er diese beiden Bausteine im Grunde brauchte für seine Inszenierung, dass auf der einen Seite ich die SPD schützen wollte und auf der anderen Seite ihn.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Das teile ich nicht, die Einschätzung, dass er



2. Untersuchungsausschuss

diese Bausteine brauchte oder gar, dass er sie benutzt hat. Darauf wollte ich auch mit meiner anschließenden Frage hin. Sie hatten vorhin gesagt: Wie kann sich eine Partei oder eine Regierung von einem solchen Makel, von einem solchen Image wieder befreien? - Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern. Das war im ersten oder zweiten Statement von Ihnen.

Zeuge Jörg Ziercke: Wie sie sich befreien kann, habe ich nicht gesagt.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Image befreien. Ich habe mir das - - Aber sinngemäß gesagt: Wie kann man so was wieder loswerden? Oder dass das auch das Motiv war, warum Sie einschätzen, dass Herr Friedrich rechtmäßig gehandelt hat, Schaden abzuwehren, staatsbürgerliche Pflicht sozusagen. Glauben Sie, dass dieser ganze Vorgang inklusive des Ministerrücktritts vermeidbar gewesen wäre, wenn Herr Edathy im Herbst sein Mandat niedergelegt hätte?

Zeuge Jörg Ziercke: Das weiß ich nicht. Das ist eine politische Frage aus meiner Sicht. Das kann ich nicht beantworten.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann wären doch etliche Vorgänge, beispielsweise auch Ihre Information des Bundesinnenministers, gar nicht mehr notwendig gewesen?

Zeuge Jörg Ziercke: Sie meinen, er - - Dass er wann zurückgetreten wäre?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn er im Herbst, -

Zeuge Jörg Ziercke: Im Herbst.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Anfang Oktober aus eigener Erkenntnis - -

Zeuge Jörg Ziercke: Als das in Rehburg hochkam, vor Ort hochkam das Ganze?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jörg Ziercke: Möglicherweise. Kann ich nicht beantworten.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also könnte das möglicherweise auch ein Motiv gewesen sein, weder nett zu Herrn Edathy zu sein noch Schaden von der SPD abzuwenden, aber es könnte schon sein, dass an irgendeiner Stelle Informationen weitergegeben worden sind in der Erwartung, dass man anschließende Prozesse damit vermeiden könnte?

Zeuge Jörg Ziercke: Tut mir leid. Aber das ist alles Spekulation.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie haben ja vorhin über die Motive auch spekuliert.

Zeuge Jörg Ziercke: Das kann ich nicht nachvollziehen. Habe ich auch nicht drüber nachgedacht bisher, muss ich ehrlich sagen. Ist auch zu komplex, diese Frage so zu beantworten jetzt mit Ja oder Nein.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, die Frage der Motive von Herrn Edathy haben Sie aufgeworfen. Wie gesagt, ich habe ihn selber so gar nicht wahrgenommen, dass er Ihnen Freundschaft unterstellt hätte.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, richtig.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das so nicht wahrgenommen in der Vernehmung hier. Deshalb habe ich Sie gefragt, ob Sie ein anderes Motiv in Erwägung ziehen könnten, was auch eine Rolle gespielt haben könnte.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, ich kann es mir im Moment nicht vorstellen. Müsste ich drüber nachdenken vielleicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ziercke, ich glaube, es macht jetzt wenig Sinn, in die gleiche Richtung noch mal zu fragen. Aber vielleicht nur noch mal für den Hintergrund. Sie haben ja selber auch über unterschiedliche Motive spekuliert. Deswegen wäre es jetzt für uns schon interessant gewesen, wenn Sie auch zu dieser Idee, die Frau Lemke jetzt gerade geäußert hat, auch irgendwie eine Einschätzung hätten.

2. Untersuchungsausschuss



Zeuge Jörg Ziercke: Ja, aber ich habe eben gerade gesagt, über das andere habe ich nachgedacht, weil mich das unmittelbar betrifft.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay. Aber das - -

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe da die Argumente genannt, die Herr Edathy selbst gebracht hat, indem er Schutz der SPD und seiner Person mir unterstellt. Über das andere, wen er sonst vielleicht schützt - tut mir leid. Also, das ist reine Spekulation.

(Steffi Lemke (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aber es
betrifft Sie auch!)

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es betrifft Sie ja auch in gewisser Weise.

Zeuge Jörg Ziercke: Wieso?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil natürlich im Raum steht - das ist zumindest die Aussage von Herrn Edathy -, dass Sie möglicherweise Herrn Hartmann über diese Dinge informiert haben. Das muss ja nicht unbedingt den Grund gehabt haben, dass Sie damit Herrn Edathy schützen wollen.

Zeuge Jörg Ziercke: Sondern?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern zum Beispiel - so wie Frau Lemke das vorhin gesagt hat - die Idee dahintersteht, dass es vielleicht ganz gut wäre, wenn Herr Edathy sein Mandat niederlegt.

Zeuge Jörg Ziercke: Dass ich Herrn Edathy veranlassen soll, sein Mandat niederzulegen?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie ja nicht persönlich irgendwie veranlassen haben wollen oder wie auch immer.

Zeuge Jörg Ziercke: Also, dass Sie meinen, dass ich durch die Partei ferngesteuert bin und deshalb versuche, da - -

(Steffi Lemke (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein,
das hat sie nicht gesagt!)

Also, tut mir leid. Aber das ist doch reine Spekulation, was Sie machen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein, das habe ich nicht gesagt. Aber ist in Ordnung. Sie haben sich über andere Motivlagen keine Gedanken gemacht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frau Mihalic, es gibt jetzt hier Gemurmel bei den Kolleginnen und Kollegen hinsichtlich erstens der Tatsache, dass Zeugen natürlich nur zu Tatsachen etwas sagen können und das ja sehr spekulativ ist, und zum Bezug zum Untersuchungsauftrag.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezieht sich ja natürlich auf die Tatsachen seiner Aussagen von vorhin. Ich habe ihm ja nicht sein Eingangsstatement diktiert.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, darf ich das vielleicht noch mal ausräumen? - Mir ging es wirklich überhaupt nicht um - - Mir ging es im Gegenteil gerade nicht um parteipolitische Steuerung, sondern um das für manche nachvollziehbare Motiv, dass bei einer Information an SPD oder an Herrn Edathy persönlich dahintergestanden haben könnte, Schaden von einer potenziellen Regierung abzuwenden.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging gar nicht darum, ob Sie persönlich jetzt - Sie haben ja dazu eine Aussage gemacht - Herrn Edathy oder Herrn Hartmann informiert haben, sondern nur, ob Sie das Konstrukt, weil Sie über andere Motive vorher spekuliert hatten und Sie dieses Motiv selber für Herrn Friedrich angeführt haben - - Sie sich nicht auch vorstellen könnten, dass dieses Motiv für andere Akteure in diesem ganzen Prozess eine Rolle gespielt haben könnte. Das ist genau das Gegenteil von parteipolitischer Steuerung, bloß um das auszuräumen.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, in diesem Sinne. Aber dazu haben Sie ja vorhin schon was gesagt.

Ich möchte jetzt wirklich nur noch so ein paar kleinere Dinge von Ihnen wissen, einfach nur, um ein paar Missverständnissen vorzubeugen. Wir hatten ja das Missverständnis mit der Frage: 50. Geburtstag, waren Sie jetzt da, waren Sie nicht da? Deswegen möchte ich jetzt einfach auch noch ein paar gemeinsame Termine oder potenziell gemeinsame Termine mit Herrn Hartmann abfragen, -

Zeuge Jörg Ziercke: Gerne, ja, sehr gerne.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - um da auch vielleicht Missverständnisse auszuräumen, und zwar fange ich mal an mit der Tagung bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster am 16. und am 17. Oktober. Sind Sie da mit Herrn Hartmann zusammengetroffen?

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, da war er Referent. Ich war auch Referent.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da mit ihm auch ein paar persönliche Worte gewechselt?

Zeuge Jörg Ziercke: Über Edathy nicht gesprochen. Nein, habe ich hier ausführlich dargestellt, Frau Abgeordnete.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal wiederholen? Das war jetzt leise.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe ausführlich dargestellt, dass ich mich mit ihm über Edathy dort nicht unterhalten habe und nur sehr kurzen Kontakt hatte, nicht am Abend, sondern am nächsten Tag im Tagungsraum, und ich sehr schnell wieder nach Wiesbaden musste.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 12./13. November 2013, BKA-Herbsttagung. Sind Sie da persönlich mit Herrn Hartmann zusammengetroffen?

Zeuge Jörg Ziercke: Das wird mit Sicherheit so sein. Ich war ja Veranstalter dort. Aber auch nur er als Gast, wie viele andere auch, aber sonst nicht weiter, keine Gespräche.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Gespräche geführt?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kaffeepause, Mittagessen, wie auch immer?

Zeuge Jörg Ziercke: Vielleicht haben wir uns über irgendwas unterhalten. Da waren viele Leute dabei. Das kann ich so nicht mehr sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mag ja sein. Das ist ja meine Frage.

Zeuge Jörg Ziercke: Das wird so sein, dass ich mich nicht nur mit ihm, sondern auch mit anderen unterhalten habe da, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzter Termin: IMK-Jahreskonferenz Osnabrück vom 04. bis zum 06.12.2013.

Zeuge Jörg Ziercke: Noch mal, bitte.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die IMK-Jahreskonferenz in Osnabrück vom 04. bis zum 06.12.2013.

Zeuge Jörg Ziercke: 04. bis 06.12. - Ja, da war ich in Osnabrück.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie da auch mit Herrn Hartmann zusammengetroffen?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, wüsste ich nicht. Habe ich keine Erinnerung dran, dass der auf der IMK war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können sich auch nicht dran erinnern, ob er da gewesen ist, oder?

Zeuge Jörg Ziercke: Bitte?



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich daran erinnern, ob er denn da gewesen ist?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, kann ich auch nicht. Wüsste ich nicht. Kann ich mir nicht vorstellen. Was sollte er auf der IMK? Also, ich habe Herrn Hartmann noch nie auf der IMK getroffen, muss ich sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage nur mögliche Termine ab.

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, ist ja okay. Aber ich versuche ja, das zu rekapitulieren.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe ihn auf der IMK -- Ich bin ja vielen IMKs dabei gewesen, habe den Minister begleitet. Aber ich habe da auch sonst Parteipolitiker nicht gesehen, nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Es gibt da ja auch andere Termine, wo man sich auch vorbespricht. Deswegen wäre es ja möglich, dass Sie da irgendwie aufeinander getroffen sind.

Zeuge Jörg Ziercke: Bei Vorbesprechungen war ich nie dabei.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorbesprechungen nicht, okay.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich wurde immer zur Lagerdarstellung in der Hauptsitzung der IMK gerufen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie hätten sich auch nicht bei einer Vorbesprechung begegnen können, falls er da gewesen wäre?

Zeuge Jörg Ziercke: Nicht der Fall. Wüsste ich nicht, nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Jörg Ziercke: Okay.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Einmal noch mal durchgefragt, der Reihe nach: SPD?

(Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch Zeit, oder?)

- Ach so. Okay. Bitte, Frau Lemke.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch mal zu Ihrem Kontakt zu Herrn Hartmann bezüglich des *Stern*-Berichts nachfragen, den Sie eben erwähnt haben. Können Sie sagen, wann er Ihnen und auf welchem Wege das genau zugeleitet hat? Ich schlussfolgere, dass Sie kein *Stern*-Abo haben und auch Internetzugang nicht so --

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, ich habe die Anfrage des *Stern*-Redakteurs über die Pressestelle BKA bekommen. Als ich diese Fragen bekommen habe, habe ich mich gefragt, ob das denn angehen kann, und habe daraufhin ihn angerufen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ihn angerufen? Er hat Ihnen nicht nur eine Mail geschickt?

Zeuge Jörg Ziercke: Nein, nein. Moment.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das klang vorhin anders.

Zeuge Jörg Ziercke: Ich habe ihn dann erst mal angerufen und meine Empörung zum Ausdruck gebracht, -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, okay.

Zeuge Jörg Ziercke: - wo er dann sinngemäß ja mir deutlich gemacht hat, dass das alles frei erfunden ist zu meiner Person. Da ich den *Stern*-Artikel nicht hatte, hat er daraufhin, meine ich, unaufgefordert mir eine Mail geschickt mit diesem *Stern*-Artikel.



2. Untersuchungsausschuss

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann genau?

Zeuge Jörg Ziercke: Als das Ding erschienen war. Ich glaube, die Druckausgabe war noch nicht da. Das weiß ich jetzt aber nicht. Kann ich nicht sagen. In unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang war das.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage. Er hat Ihnen kommentarlos den Link oder das PDF geschickt -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, genau das.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und nichts weiter dazu geschrieben, keinen Gruß und auch keine - -

Zeuge Jörg Ziercke: Was heißt Gruß? Das weiß ich jetzt so nicht. Wenn ich das noch habe, gucke ich das gern nach.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte wissen, ob er Ihnen nur das nüchterne Dokument geschickt hat -

Zeuge Jörg Ziercke: Ja, das war das Dokument.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder noch irgendwie einen Gruß oder „man sieht sich“ oder irgendwas noch dazu geschrieben hatte.

Zeuge Jörg Ziercke: Kann ich so nicht sagen, tut mir leid. Ich kriege so viele Mails.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das könnten Sie nachprüfen -

Zeuge Jörg Ziercke: Das kann ich prüfen, ja.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und uns noch zur Verfügung stellen, die Mail, die da konkret verschickt worden ist.

Zeuge Jörg Ziercke: Müsste möglich sein, ja. Ich kläre das.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Danke schön. - So, jetzt setze ich noch mal an, die Runde zu fragen: Die SPD hat keine Fragen mehr. Herr Tempel, haben Sie noch Fragen? - CDU/CSU hat keine Fragen mehr. Frau Mihalic, Frau Lemke, haben Sie noch Fragen? - Dann sind wir mit der Befragung so weit durch.

Es ist noch nicht ganz vorbei; denn jetzt gibt es erst noch mal ein Dankeschön, Herr Ziercke. Ich darf mich bedanken bei Ihnen, dass Sie hier gewesen sind, und ich darf Sie auch nochmals darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigstellung des Protokolls das zugesandt wird vom Sekretariat, damit Sie die Möglichkeit haben, das noch mal durchzuschauen und gegebenenfalls Korrekturen, Ergänzungen anzubringen.

Ich bin auch gehalten nach § 26 Absatz 2 PUAG, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch einen expliziten Beschluss festgestellt, dass die Vernehmung eines Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Ich hatte es ja zu Beginn Ihrer Vernehmung auch schon angedeutet. Wir haben Sie ja heute zu der Frage, zu dem Teil des Untersuchungsauftrags der möglichen Information an Sebastian Edathy befragt. Wir haben natürlich noch Fragen hinsichtlich der Bearbeitung anderer Vorgänge im Bundeskriminalamt und der generellen Bearbeitung der Operation „Selm“. Ich will jetzt der Entscheidung des Ausschusses selbstverständlich nicht vorgreifen. Aber es kann gut sein, dass wir uns noch ein weiteres Mal hier im Ausschuss sehen. Es gibt jedenfalls eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass wir uns wiedersehen.

Zeuge Jörg Ziercke: Darf ich nur fragen: Ich habe ja noch eine Ladung für den Februar. Oder war das das Vorziehen heute?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Wir haben uns folgendermaßen vereinbart im Untersuchungsausschuss, dass wir nach der Sitzung heute noch mal zusammenkommen in einer Beratungssitzung und dann überlegen, wie wir weitermachen. Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie



2. Untersuchungsausschuss

schnellstmöglich Nachricht darüber bekommen, wann Sie dann wieder uns bitte als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich darf mich im Namen des Ausschusses bedanken, wünsche Ihnen persönlich alles Gute. Wir sehen uns wieder. Gute Heimreise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt hier mal kurz ein bisschen rumgefragt, wie wir das jetzt machen. Ich schlage vor, dass wir 30 Minuten unterbrechen. Wir haben ja jetzt auch die Gelegenheit, Statements abzugeben - darauf warten sicherlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien - und noch mal ein bisschen Kraft zu tanken und Luft zu schnupern vielleicht oder was auch immer. Dann schlage ich vor, dass wir uns zu einer Beratungssitzung treffen und ganz kurz über den weiteren Gang der Dinge uns beraten, um dann weiterzumachen mit der Vernehmung den Zeugen Sebastian Edathy.

Also, wir treffen uns hier - ich schaue eben auf die Uhr - um zwanzig nach sechs wieder. Bitte Uhrenvergleich: Jetzt ist es zehn vor sechs. Also um zwanzig nach sechs hier bitte wieder zur Beratungssitzung. - Herzlichen Dank.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 17.50 Uhr - Folgen Unterbrechung und Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung, Nichtöffentlich)



2. Untersuchungsausschuss

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 18.30 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Sebastian Edathy**

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir fahren nun fort mit der Vernehmung des Zeugen Sebastian Edathy, den ich an dieser Stelle begrüße.

Ich stelle fest, dass Herr Edathy wie bereits am 18. Dezember 2014 von einem Rechtsbeistand begleitet wird, und zwar von Rechtsanwalt Christian Noll aus Berlin. Auch Sie, Herr Noll, begrüße ich.

Herr Rechtsanwalt, ich muss Sie erneut darauf aufmerksam machen - wir hatten das ja beim letzten Mal schon, aber noch mal zur Sicherheit -, dass Sie den Zeugen zwar rechtlich beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Frage-recht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung mit Ihnen beantragen.

Das übliche Prozedere: Die Sitzung wird aufgezeichnet. Herr Edathy, ich weise Sie darauf hin, das dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll der Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Sie sind mit Schreiben vom 19. Dezember 2014 für den heutigen Tag geladen worden. Die Ladung ist Ihrem Rechtsbeistand, der über eine entsprechende Empfangsvollmacht verfügt, am 2. Januar 2015 zugegangen. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss bereits mit der Ladung zur letzten Beweisaufnahmesitzung am 3. November zugegangen. Der jeweilige Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses bekannt. Ich verzichte daher auf eine Verlesung.

Ich komme jetzt zur Belehrung. Herr Edathy, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinnngemäße Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren. Der guten Ordnung halber wiederhole ich die Belehrung an dieser Stelle nochmals, obwohl wir das ja bereits beim letzten Mal gemacht hatten.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher sowohl richtig als auch vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss un-
eidlich falsch aussagt, gemäß § 153 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne von § 52 Absatz 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Darüber hinaus besteht nach § 22 PUAG ein Zeugnisverweigerungsrecht im Hinblick auf Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie Auskunft über Personen geben müssten, die Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Deutschen Bundestages - das betrifft ja den Zeitraum auch - oder denen Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Deutschen Bundestages Tatsachen anvertraut haben, oder durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie Auskunft über diese Tatsachen selbst geben müssten.



2. Untersuchungsausschuss

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Sie kennen das ja alles. Haben Sie noch Fragen dazu?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Edathy, ich gehe davon aus, dass sich Ihr Name, Ihr Alter sowie weitere Daten, die hier von Bedeutung sind, in der Zwischenzeit nicht geändert haben seit dem 18. Dezember. Ist das korrekt?

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist richtig, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich jetzt zur Vernehmung zur Sache. Herr Edathy, Sie hatten bereits im Rahmen der Beweisaufnahmesitzung am 18. Dezember 2014 die Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen vom Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Das haben Sie ja auch gemacht damals. Sie haben selbstverständlich heute auch noch mal Gelegenheit, zu Beginn vorzutragen. Deswegen frage ich Sie, ob Sie das Wort wünschen für etwaige Ergänzungen.

Zeuge Sebastian Edathy: Davon würde ich gerne Gebrauch machen, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann erteile ich Ihnen das Wort.

Zeuge Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe ja am 18. Dezember 2014 hier ausgeführt und Ihnen auch mehrere Stunden lang zur Verfügung gestanden für die Beantwortung von Fragen. Ich habe gegenüber dem, was ich am 18. Dezember 2014 ausgeführt habe, nichts zu korrigieren; ich habe da keine Abstriche zu machen. Aber ich will ein paar Punkte noch mal hier ansprechen, zum einen, weil ich sie für relevant halte, was auch die Diskussion der letzten

Wochen in der Öffentlichkeit und in der Politik betrifft, und zum anderen, weil mir noch ein, zwei Details zum Jahreswechsel erinnerlich waren, die ich so nicht präsent hatte, als ich hier am 18.12. bei Ihnen zu Gast als Zeuge war.

Zum einen: Ich habe auch verfolgt - das ist ja heute offenkundig üblich -, dass von der Tribüne aus getwittert wird, was Herr Ziercke wohl offenkundig ausgeführt hat. Es ist von verschiedenen Seiten der Versuch unternommen worden, meine Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen, und dazu würde ich gerne einleitend etwas sagen.

Zum Thema Gesundheit. Ich habe die Medienberichterstattung so vernommen, dass Herr Hartmann berichtet hat, er hätte sich da große Sorgen gemacht, und ich hätte da wohl zu viel Alkohol getrunken, wie auch immer. Ich will festhalten, dass, selbst wenn das so gewesen sein sollte, erstens ich mich offenkundig besser erinnern kann als Herr Hartmann an die Ereignisse und an das, was geschehen ist, und zum Zweiten erlaube ich mir, nur halbironisch anzumerken nach 15 Jahren Bundestag: Nach meiner Beobachtung war und ist mein Konsumverhalten, was die Zuznahme von Alkohol betrifft, im Bundestagsvergleich eher unterdurchschnittlich.

Das Zweite, was angeführt wurde, um meine Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen, war die Behauptung, ich hätte mich unzutreffend geäußert über das, was zurzeit in Sachen Landgericht Verden ansteht. Ich hätte gesagt - das habe ich auch gesagt -, der zuständige Richter hätte den Vorschlag einer Einstellung gemacht gegen eine überschaubare Geldauflage. Das ist eindeutig richtig. Mein Anwalt hat einen solchen Antrag nicht gestellt. Das ist auch, wenn Sie es wünschen, schriftlich belegbar, weil mein Anwalt den Stand der Dinge am 11. Dezember, also noch vor meiner Vernehmung am 18. Dezember 2014, dem Richter schriftlich übermittelt hat, und ich will nur aus einem Absatz vorlesen. Ich kann Ihnen aber das Dokument insgesamt gerne zur Verfügung stellen. Ich kann es auch ganz vorlesen, aber ich will mal das Wesentliche nur ganz kurz zitieren. Also, Schreiben von Herrn Noll, der hier neben mir sitzt, vom 11. Dezember an das Landgericht Verden, an den Vorsitzenden Richter, Herrn Seifert - Zitat -:



2. Untersuchungsausschuss

Ich komme zurück auf unsere Telefonate vom 21. November und 8. Dezember 2014 und Ihren

- also Seiferts -

Vorschlag, das Verfahren gegen Zahlung eines Geldbetrages in mittlerer vierstelliger Höhe gemäß § 153 a Strafprozessordnung einzustellen.

Es gibt kein Remonstrieren gegenüber diesem Schreiben. Der Sachverhalt ist zutreffend geschildert.

Ein weiterer Punkt, der ausgeführt worden ist, um die Frage aufzuwerfen, bin ich glaubwürdig oder nicht, ist die Behauptung, ich wolle durch meine Schilderung ablenken von den Vorwürfen, die seitens der Staatsanwaltschaft Hannover mir gegenüber in den Raum gestellt worden sind. Ich weiß nicht, ob irgendjemand ernsthaft der Auffassung sein könnte, dass nach der massiven öffentlichen Berichterstattung über das Agieren der Staatsanwaltschaft, über die Entscheidung - jetzt vor wenigen Wochen - des Landgerichtes, die Anklage zuzulassen - - dass das überhaupt ein Motiv sein könnte, von dem Elefanten, der fett und dick im Raum sitzt, irgendwie ablenken zu können. Völlig unrealistisch.

Zum Thema Gesundheit habe ich einen Punkt vergessen; den wollte ich ansprechen. Ich habe gelesen, Herr Hartmann habe unter anderem ausgeführt, ich hätte die Überlegung gehabt, eine Kur anzutreten. Das war eine Überlegung von Herrn Hartmann, allerdings nicht wegen meiner gesundheitlichen Befindlichkeit, sondern Herr Hartmann hatte die Anregung gemacht: Wenn du das Mandat niederlegst, dann mach eine dreimonatige Kur. Dann hast du einen guten Grund, dich gegenüber den Medien nicht äußern zu müssen.

Das war der Hintergrund, und über meine Gesundheit haben wir nie gesprochen. Das spielte überhaupt keine Rolle. Das war nie das Thema. Das Thema der Gespräche zwischen Herrn Hartmann - - war nach dem SPD-Parteitag im Novem-

ber 2013 in Leipzig ausschließlich das, was möglicherweise behördlicherseits gegen mich veranlasst werden könnte.

Ich habe Rücksprache gehalten mit meinem Anwalt, mit Herrn Noll, der dem Ausschuss gegenüber auch als Zeuge zur Verfügung stehen würde. Herr Noll hat mir gegenüber bestätigt - was auch meiner Erinnerung entspricht -, dass ich ihn im November 2013 informiert habe, dass mein Informant Herr Hartmann ist, und dass ich Herrn Noll im Dezember 2013 informiert habe, dass mir Hartmann gesagt habe, Ziercke sei wiederum seine Informationsquelle.

Die Spekulation oder auch gelegentlich aufgestellte Behauptung, ich hätte im Laufe dieses Jahres nach Öffentlichwerden des Sachverhaltes und der Vorwürfe mir sozusagen kurzfristig eine Version überlegt, die andere willentlich und sachgrundlos beschädigen soll, ist abwegig. Ich habe zu einem Zeitpunkt, wo es keine einzige Zeile in der Öffentlichkeit gegeben hat, über mein Wissen dessen, was mir Michael Hartmann gesagt hat, und über die Behauptung von Herrn Hartmann, die ich ihm abgenommen habe, dass Ziercke Hartmanns Quelle war - ich kann nicht ausschließen, dass mich Herr Hartmann belogen hat, aber ich habe dafür keine Anhaltspunkte; er muss zumindest eine sehr hochrangige, gut informierte Quelle gehabt haben - - ich habe über diese Sachverhalte meinen Anwalt bereits Ende 2013 informiert, also zu einem Zeitpunkt, wo ich selber ja noch gehofft habe, erstens, es kommt zu keinem Verfahren, und wo ich gehofft habe, schon gar nicht zu einer breiten öffentlichen Berichterstattung.

Ich glaube, es war eine Redakteurin oder ein Redakteur - nein, ich glaube, das war ein Redakteur - des *Stern*, der aus dieser Sitzung gerade getwittert hat, was Herr Ziercke ausgeführt hat. Herr Ziercke hat demnach ausgeführt, ich sei auch deshalb unglaubwürdig, weil ich behauptet hätte, ich hätte Kenntnis von drohenden Maßnahmen zu einem Zeitpunkt, wo es beim BKA diese entsprechenden Informationen nicht gegeben hat. Das ist unrichtig. Herr Noll würde Ihnen bestätigen können, wenn Sie ihn als Zeugen laden möchten und hören wollen, dass ich ihn am 29. oder am 30. Januar informiert habe, ich hätte von



2. Untersuchungsausschuss

Hartmann den Hinweis bekommen, die Staatsanwaltschaft Hannover wolle gegen mich aktiv vorgehen. Ich habe die Wortwahl noch gut in Erinnerung - ich habe die hier auch im Dezember vortragen -: sämtliche Register ziehen, Aufhebung der Immunität beantragen, Durchsuchungen vornehmen. - Das war der Grund für meinen Mandatsverzicht.

Wenn Sie fünfmal in den Bundestag gewählt werden und Sie haben erst wenige Monate vor dem Jahreswechsel einen sehr anstrengenden Untersuchungsausschuss geleitet und einen anstrengenden Wahlkampf geführt, wo Sie auch drauf angewiesen waren, weil Sie keine Absicherung auf der Liste hatten: Warum hätte ich aus gesundheitlichen Gründen, objektiv ohne krank zu sein - das wird Ihnen möglicherweise ein Arzt bestätigen können -, auf das Mandat verzichten sollen? Ich hätte natürlich logischerweise auch sagen können, ich nehme mir eine Auszeit von einem halben Jahr - da hätte wahrscheinlich auch jeder in meiner Fraktion Verständnis für gehabt - und mache dann weiter als frischgewählter Abgeordneter zu Beginn einer Wahlperiode.

Nein, der Rücktritt vom Mandat war ausschließlich dem Umstand geschuldet, dass mir Hartmann Ende Januar - das entspricht übrigens auch dem, was in meiner eidesstattlichen Versicherung steht; das kann ich hier gern noch mal vortragen; Ende Januar, nicht am 21. - mitgeteilt hat, dass Maßnahmen unmittelbar bevorstehen könnten, dass die Wahrscheinlichkeit jedenfalls extrem groß geworden sei. In meiner eidesstattlichen Versicherung heißt es dazu übrigens - das ist Seite 3 oben, der zweite und dritte Spiegelstrich; ich habe diese Schilderung ja chronologisch vorgenommen; der zweite Spiegelstrich -:

Hartmann ...

- besuchte mich am 28.01. ... in meiner Wohnung in Berlin-Mitte.
... Er legte mir nahe, darüber nachzudenken, mein Bundestagsmandat niederzulegen.

Und dann der nächste Spiegelstrich:

- sagte mir wenige Tage später

- also nach dem 28.; Herr Noll sagt, am 29. oder am 30. hätte ich Noll informiert, und das war am selben Tag, an dem ich die Information von Hartmann hatte. - Also:

Hartmann ...

- sagte mir wenige Tage später ...

- also nach dem 28.01.2014 -

es werde ernst. Die Staatsanwaltschaft Hannover werde wohl „alle Register“ ziehen. Es sei also auch mit der Aufhebung meiner Immunität zu rechnen und danach mit einer Hausdurchsuchung.

So viel zu diesem Bereich. - Ich will noch einige wenige andere Punkte ansprechen.

Zum einen gab es - ich bin ziemlich sicher, in der ersten Juliwoche 2014 - einen Artikel in der *Bild*-Zeitung, geschrieben von Herrn Kleine. Sinngemäß war die Überschrift: „Informierte Hartmann Edathy?“ oder „War Hartmann Edathys Informant?“ Da ist sehr massiv die Überlegung thematisiert worden, ob es sein könnte, dass ich über den Stand der Dinge Informationen hatte von Hartmann.

Daraufhin meldete sich der von Herrn Hartmann beauftragte Anwalt Eisenberg per E-Mail bei meinem Anwalt - also kurz nach Erscheinen des Artikels - und bat meinen Anwalt, ich möge doch eine eidesstattliche Versicherung abgeben, dass die Behauptung unrichtig sei, Hartmann sei mein Informant. Ich habe das abgelehnt und dem Anwalt das auch mitgeteilt, dass ich mich nicht dazu in der Lage sehe, eine solche Erklärung abzugeben. Falls Sie die E-Mail von Herrn Eisenberg und die Antwort-E-Mail von Herrn Noll haben möchten, kann ich Ihnen das zur Verfügung stellen lassen.

Ansprechen will ich noch, was mir jetzt näher in Erinnerung wieder ist, die Tatsache, dass mir Michael Hartmann ja am 15.11. - das war dieser Parteiabend in Leipzig - gesagt hatte, er, also Hartmann, habe über die Tatsache, dass ich auf einer Kundenliste des bekannten kanadischen Unternehmens stehe, Gespräche geführt, wohl, wie er



2. Untersuchungsausschuss

mir sagte - 15.11.2013., genau - - wo er mir sagte, dass die wohl getrennt geführt worden sind, einmal mit Thomas Oppermann und einmal mit Frank-Walter Steinmeier.

Dazu ist mir noch eingefallen, dass er mir sagte, er hätte bei der Reaktion von Herrn Steinmeier ein Gefühl gehabt, dass Steinmeier meine Situation sehr empathisch sieht. Steinmeier habe ihm, also Hartmann, gesagt, das sei zum einen sicherlich für mich besonders schwierig, darüber möglicherweise nachdenken zu müssen, das Mandat niederzulegen, weil es sich um ein Direktmandat handele. Zum anderen sagte mir Hartmann, Steinmeier habe sich bei Hartmann erkundigt, ob ich ein stabiles persönliches Umfeld hätte, das für den Fall, dass die Vorwürfe gegen mich öffentlich werden könnten, zu mir steht. Das hat mir Hartmann, vermute ich, deswegen gesagt, weil er das von der Empathieleistung her sehr stark abgegrenzt hat gegenüber dem, was in dem Gespräch, das er mit Herrn Oppermann geführt hat, dieser Herr Hartmann gesagt hat. Also, nach Hartmanns Aussage war das die Drohung gegenüber Hartmann, nicht mit mir zu sprechen, mich nicht in Kenntnis zu setzen.

Und was mir auch noch eingefallen ist - das passt aber für mich ins Bild; das war bei einem der späteren Gespräche mit Hartmann -: dass er mir sagte, Oppermann hätte ihm, also Hartmann, gesagt - Hartmann hat das als Arbeitsauftrag verstanden -, das wäre doch ganz gut, wenn ich über einen Mandatsverzicht nachdenken würde, und nach 15 Jahren im Bundestag hätte ich ja immerhin Anspruch auf 15 Monate Übergangsgeld. Das hat er also schon mal recherchiert gehabt. Hat mich jetzt nicht erstaunt; aber das wollte ich Ihnen noch mal als weiteren Hinweis aus meinen Gesprächen mit Herrn Hartmann mitteilen.

Was ich Ihnen auch noch ergänzend mitteilen möchte, ist, dass bei einem der Gespräche mit Hartmann - ich hatte ihm das nicht gesagt - - mich darauf ansprach, er hätte gehört, mein Anwalt habe sich bei einigen Staatsanwaltschaften erkundigt, Ende November 2013. Ich habe der Medienberichterstattung über eine der Sitzungen des Innenausschusses von Anfang 2014 entnommen, dass in der Tat wohl der Stand der Dinge,

was mich betrifft, Gegenstand einer Nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt gewesen ist. Das können Sie sicherlich nachprüfen, wenn Sie sich die Protokolle der Innenausschusssitzungen ansehen. Wenn das so ist, stellt sich für mich natürlich die Frage: Woher wusste denn Hartmann von den Nachfragen meines Anwaltes bei niedersächsischen Staatsanwaltschaften?

Ein letzter Punkt, den ich hier ansprechen will, betrifft einen anderen Sachverhalt. Ich habe das nur kurz angerissen am 18.12.2014. Das betrifft den jedenfalls in der Vergangenheit praktizierten Umgang der Bundestagsverwaltung mit dem Thema Datenschutz. Das ist ein Thema, das im Sommer mal ganz kurz vereinzelt in den Medien auch aufgegriffen worden ist, aber ein bisschen untergegangen ist.

Ich habe den Ermittlungsakten entnommen, dass ganz offenkundig ohne vorhandene Rechtsgrundlage die Verwaltung des Deutschen Bundestages Informationen über das Kommunikationsverhalten eines damaligen Mitgliedes des Bundestages ausgehändigt hat. Es gibt - das kann man ohne Weiteres leicht recherchieren - eine Regelung betreffend den Datenschutz für die Beschäftigten des Deutschen Bundestages. Wenn Sie Mitarbeiter werden - Angestellter oder Beamter - hier in diesem Haus, dann werden Sie in jedem Einzelfall informiert, dass die von Ihnen genutzte elektronische Infrastruktur, was die Speicherung von E-Mails betrifft oder das Surfverhalten im Internet, maximal drei Monate erfasst bleibt, und Sie müssen dem ausdrücklich zustimmen. Das heißt, Sie werden informiert, und Sie müssen zustimmen. Ohne Ihre Zustimmung darf das nicht erfolgen. Demgegenüber in der Praxis deutlich schlechter gestellt waren zumindest in der Vergangenheit die Mitglieder des Bundestages als Mitglieder eines Verfassungsorgans.

Wie ich den Unterlagen entnehmen musste, verweist die Staatsanwaltschaft erstens auf angebliche Seitenaufrufe, Eingabe von Suchbegriffen für einen - - Ende Februar sind die Informationen herausgegeben worden -, rückgreifend bis zum 1. November 2013, das heißt, für einen Zeitraum von mehr als drei Monaten.



2. Untersuchungsausschuss

Also mal abgesehen davon, dass die Abgeordneten nie über diese Praxis informiert worden sind, ist die Regelung, die es überhaupt nur gibt, nur einschlägig für Beschäftigte des Bundestages, nicht einschlägig für Mitglieder des Bundestages. In der zuständigen IuK-Kommission des Ältestenrates sind die dortigen Mitglieder als Interessenvertreter des Bundestages insgesamt einfach angelogen worden, als ihnen gesagt worden ist, eine Speicherung erfolge auch mit Blick auf Abgeordnete für maximal drei Monate.

Ich habe übrigens den Akten entnehmen müssen - - mal abgesehen von der Eingriffstiefe, wenn also angebliche Eingaben von Suchbegriffen mitgespeichert werden; ich halte das für unglaublich. Ich erwarte ja nicht, dass Abgeordnete bessergestellt werden als andere Bürger. Aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Vorratsdatenspeicherung ist das eigentlich rechtlich nicht zulässig, was da gemacht worden ist, und die Mitglieder des Bundestages sind mindestens in der Vergangenheit schlechtergestellt worden als andere. Ich habe also den Akten entnehmen müssen, dass E-Mails von mir noch bestanden haben und auch herausgegeben worden sind zurückreichend bis zum Sommer des Jahres 2010.

Ich wollte das hier noch mal ansprechen, weil ich der Auffassung bin - neben vielen anderen wichtigen Fragen, denen sich der Ausschuss zu widmen hat -, dass man vielleicht darauf achten sollte im Interesse des Parlamentes und des Schutzes seiner Mitglieder vor unzumutbarer, übermäßiger, unverhältnismäßiger Ausforschung, dass man sich diesem Thema auch widmen muss.

Was ich eben vergessen habe, ist: Herr Noll sagte mir, er könne sich auch erinnern, dass ich ihm im Dezember oder zum Jahreswechsel 2013/2014 berichtet habe, was ich auch in meiner eidesstattlichen Erklärung wiedergegeben habe, dass ich also meinem Anwalt auch mitgeteilt habe, dass mir Hartmann sagte, der Büroleiter von Thomas Oppermann, Heiner Staschen, sei ebenfalls im Bild und habe am Rande eines Parteitages der SPD in Berlin Herrn Hartmann angesprochen. Und Herr Noll konnte sich auch daran erinnern, dass ich das so kommentiert habe, dass, wenn

selbst der Büroleiter von Herrn Oppermann Beseheid weiß, was da der Sachverhalt ist, ich überhaupt nicht mehr einschätzen kann, wie weit verbreitet die Information dann überhaupt mittlerweile war.

So, das wollte ich eigentlich nur einleitend - - Ich habe hier kein fertiges Manuskript mitgebracht, das ich Ihnen vorlesen wollte, sondern das sind die Punkte, die ich mir handschriftlich notiert habe, die ich hier thematisieren wollte.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Edathy. - Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie sich noch mal auf den weiten Weg gemacht haben, um uns hier als Zeuge zur Verfügung zu stehen. Die erneute Ladung wurde notwendig, weil es am 18.12. dann doch irgendwann zu spät wurde - Sie haben sich ja noch bereitgehalten; vielen Dank auch dafür -, um Ihnen noch die Aussagen der beiden anderen Zeugen, von Michael Hartmann und Burkhard Lischka, vorzuhalten. Irgendwann ist nachts um zwei dann auch keine zumutbare Zeit mehr für einen Zeugen. Also, insofern herzlichen Dank!

So. Beide Zeugen vom 18.12. - das ist Ihnen ja bekannt -, sowohl Michael Hartmann als auch Burkhard Lischka, haben Ihren Darstellungen ausdrücklich und unmissverständlich widersprochen. Heute kam noch die Aussage des Zeugen Ziercke dazu - Sie haben das ja verfolgt; haben Sie uns ja auch gesagt -, die Ihre Behauptung einer Information Hartmanns auch - - der auch die Information bestritten hat. Dann haben wir noch die Aussagen von Thomas Oppermann und anderen, die wir auch als Zeugen hier noch haben werden.

Wir haben jetzt hier im Untersuchungsausschuss eine klassische Aussage-gegen-Aussage-Situation, und wir müssen sehen, wie wir damit umgehen. Es ist unsere Aufgabe, herauszufinden, welche dieser Darstellungen der Wahrheit entsprechen. Dazu sitzen wir hier zusammen. Ich möchte jetzt in meiner Befragung - ich habe auch noch ein paar Punkte, die übrig geblieben sind bzw. dazugekommen sind jetzt in der letzten Zeit - die Dinge klären, die mir aufgrund Ihrer bisherigen Aussage und Darstellung noch unklar geblieben sind. Andererseits wollen wir hier gemeinsam



2. Untersuchungsausschuss

natürlich auch die äußeren Widersprüche Ihrer Aussage zu den Aussagen anderer Zeugen im Einzelnen besprechen, und ich hoffe sehr, dass wir heute der Wahrheit ein Stückchen näherkommen und mit Ihrer Befragung auch herausarbeiten können, wie es wirklich gewesen ist. Natürlich geht es auch darum, die Glaubhaftigkeit der Aussagen, die Sie treffen, aber auch Ihre Glaubwürdigkeit zu überprüfen.

Herr Tempel hat beim letzten Mal bei der Befragung schon gesagt: Dazu muss man auch immer eine Motivationsanalyse machen. Das war Ihr Stichwort, was Sie in die Runde geworfen haben. Das spielt für uns hier natürlich auch immer eine Rolle: Warum hat wer was gemacht oder hätte was machen sollen?

Lassen Sie mich jetzt mal mit einem Punkt zum Stichwort Motivation beginnen. Sie haben in Ihrer Pressekonferenz am 18.12. und auch bei der letzten Vernehmung hier im Untersuchungsausschuss - ich hatte Sie ja dazu auch gefragt - mehrmals gesagt - ich lese mal eine Passage vor, aber mehrmals gesagt -, es ginge Ihnen nicht um Rache. Das haben Sie ausdrücklich betont, sowohl in der Pressekonferenz als auch hier. Sie haben gesagt:

... mir geht es halt nicht um Rache. Das, was ich Ihnen gegenüber äußere, muss ich Ihnen gegenüber äußern, weil ich hier unter Wahrheitspflicht stehe.

Das ist auch im vorläufigen Protokoll auf Seite 50. Wir hatten uns unterhalten über die Aussage des *Stern*, wo steht: „Er will sich auch rächen“, und Sie hatten betont, dass die Formulierung des *Stern* nicht unbedingt Ihre Formulierung sein muss, weil Sie das a) nicht autorisiert hatten und der *Stern* natürlich auch frei sei, Ihre Darstellungen zu interpretieren.

Ich frage mich nun aber, ob das mit der Rache so stimmen kann, dass Sie gesagt haben, Sie wollen sich nicht rächen, weil Sie am Neujahrstag öffentlich etwas bei Facebook gepostet haben, was uns allen, glaube ich, aufgefallen ist. Ich zitiere mal:

Nach langem Nachdenken endlich einen guten Vorsatz für 2015 gefunden: Allen was aufs Maul, die das verdienen!

Sie haben dafür viele Likes bekommen.

Zeuge Sebastian Edathy: Das hat ja nichts mit Rache zu tun.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich bin jetzt dran; ich stelle eine Frage. - Wer muss jetzt eigentlich Angst vor Ihnen haben, Herr Edathy?

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Vorsitzende, erstens haben Sie einleitend gesagt, Herr Hartmann habe mir widersprochen. Ich habe mir natürlich die Medienberichterstattung angeschaut. Ich habe - Sie waren ja dabei; ich war nicht dabei - das eher so verstanden, dass Herr Hartmann sich weitgehend nicht erinnert hat. Ich habe heute gelesen, dass eine Sache, an die er sich erinnern haben will, offenkundig nicht der Wahrheit entsprochen hat.

Das Zweite ist, Frau Högl. Zur Motivation sage ich gleich was. Aber ich frage mich schon, welche Motivation eigentlich eine Ausschussvorsitzende hat, die gegenüber dem ARD-Magazin *Panorama* wörtlich sagt mit Blick auf die damals noch bevorstehende Zeugenvernehmung von Herrn Hartmann und mir - - Das heißt, die Sendung war am 18.12.2014; das heißt, die Aufzeichnungen, die da gemacht worden sind, waren erkennbar gemacht worden vor dem Auftritt von mir und dem späteren Auftritt von Herrn Hartmann. Da werden Sie nicht zitiert, sondern da sagen Sie in die Kameras - das findet man auf der ARD-Seite als pdf-Datei bei der *Panorama*-Redaktion; ich zitiere Frau Högl -:

Dass zwei sehr profilierte und sehr geschätzte Kollegen der SPD im Untersuchungsausschuss als Zeugen zur Vernehmung stehen, ist natürlich keine schöne Situation, aber am Ende des Tages werden wir mehr wissen, und die SPD wird da gut rauskommen.

Vielleicht nur das, was die Motivationslage auch einzelner Ausschussmitglieder betreffen kann.



2. Untersuchungsausschuss

Ich gehe davon aus, es geht diesem Ausschuss um Wahrheitsfindung und nicht um das Ermitteln eines erwünschten Resultates.

Wenn ich bei Facebook eine Äußerung tätige: „Allen was aufs Maul, die das verdienen!“, ist das natürlich zum einen nicht zu verstehen als Androhung körperlicher Gewalt und zweitens eine Aussage, von der ich glaube, sie ist objektiv zutreffend - im übertragenen Sinne.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich komme jetzt zu den Widersprüchen hinsichtlich des Strafverfahrens vor dem Landgericht Verden.

Ich denke, ich spreche im Namen aller Ausschussmitglieder, wenn ich sage, dass wir daran interessiert sind, das Schreiben Ihres Rechtsanwalts, aus dem Sie eben zitiert haben, vom 11. Dezember 2014 zu bekommen. Das wäre ganz gut, wenn Sie das direkt übermitteln können oder im Nachgang zu dieser Sitzung uns übermitteln können.

Es gab da ja eine ganze Reihe von Widersprüchen hinsichtlich Ihrer Aussagen in der Pressekonferenz und dann der Darstellungen im Nachhinein. Mich interessiert jetzt hier nur noch mal eins: Haben Sie denn vorher einen Antrag gestellt - oder wurde dieser Antrag abgelehnt? - auf Einstellung des Strafverfahrens?

Zeuge Sebastian Edathy: Es wurde gar kein Antrag gestellt. Mein Anwalt - - Ich will das nur kurz - - Augenblick mal. Darf ich ganz kurz?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, sicher, das hatte ich Ihnen ja gesagt. Bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Sebastian Edathy: Also, es ist Folgendes, folgender Sachverhalt: Vor der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Hannover ist ja der Abschlussbericht des LKA mit der Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, an mich bzw. an meinen Anwalt übermittelt worden. Damals hat mein Anwalt gegenüber der Staatsanwaltschaft Hannover beantragt, überhaupt keine Anklage zu erheben.

Das Zweite ist: Was wurde gegenüber dem Landgericht beantragt? Gegenüber dem Landgericht wurden ausschließlich zwei Dinge beantragt am 25. August 2014: Erstens war der Antrag gegenüber dem Landgericht, das Verfahren mangels eines hinreichenden Tatverdachtes erst gar nicht zu eröffnen, und zweitens war der Antrag, im Falle der Eröffnung eines Verfahrens dieses nicht beim Landgericht, sondern bei einem zuständigen Amtsgericht zu eröffnen. Ein Antrag gegenüber dem Gericht, Einstellung gegen Auflage, ist nicht gestellt worden. Ein Antrag gegenüber der Staatsanwaltschaft Hannover oder eine Bitte, Einstellung gegen Auflage, ist ebenfalls nicht gestellt worden.

Vielleicht auch für das Interesse der Öffentlichkeit darf ich Ihnen mal kurz den Sachverhalt schildern; das ist ja vielleicht nicht nur für die Mitglieder des Ausschusses interessant. Das Schreiben vom 11. Dezember 2014 meines Anwaltes ist relativ kurz; das sind eineinhalb Seiten. Das war auch nach wie vor der Sachstand am 18.12., als ich hier im Ausschuss war und vorher in der Bundespressekonferenz. Also, Schreiben meines Anwaltes vom 11. Dezember 2014 - Landgericht Verden, Vorsitzender Richter Seifert, Strafverfahren gegen Herrn Edathy; dann kommt das Aktenzeichen; den ersten Absatz hatte ich schon vorgelesen -:

Ich komme zurück auf unsere Telefonate

- also zwischen Herrn Noll und dem zuständigen Richter -

vom 21. November und 8. Dezember 2014 und Ihren

- also des Richters -

Vorschlag, das Verfahren gegen Zahlung eines Geldbetrages in mittlerer vierstelliger Höhe gemäß § 153 a Strafprozessordnung einzustellen.

Wie ich bereits ausgeführt hatte, würde Herr Edathy trotz der bekannten abweichenden rechtlichen Beurteilung einer solchen Verfahrensweise zustimmen.



2. Untersuchungsausschuss

Das ist richtig. Also, der Vorschlag des Richters hat meine Zustimmung gefunden. Das war nicht ein Vorschlag meines Anwaltes.

Das Verfahren und insbesondere die mit diesem verbundenen privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Folgen stellen eine immense Belastung dar. Wenn ich

- also Noll an den Richter -

Sie richtig verstanden habe, kann sich Herr Staatsanwalt Klinge nach bereits erfolgter Rücksprache mit seinem Behördenleiter eine Einstellung nach § 153 a Strafprozessordnung vorstellen, und er hält auch den von Ihnen vorgeschlagenen Bereich

- also den mittleren vierstelligen Betrag -

für eine realistische Größenordnung. Herr Staatsanwalt Klinge verlangt aber eine geständige Einlassung.

Also sozusagen die Erwartung, ich soll sagen: „Mea culpa“, und dann wird das Verfahren eingestellt. Also, ich habe so was noch nie gehört.

Eine Rücksprache mit der Generalstaatsanwaltschaft oder dem Ministerium der Justiz

- also Niedersachsen -

soll noch nicht erfolgt sein. Aus meiner Sicht

- also aus Nolls Sicht -

ist es unerlässlich, die Generalstaatsanwaltschaft

- also die in Celle -

in die Überlegung einzubeziehen, nicht nur, weil sie am Ende zu entscheiden haben wird, sondern auch, weil sich Herr Edathy natürlich nicht ins Blaue hinein einlassen könnte, wenn völlig ungewiss

wäre, ob denn tatsächlich eine Einstellung beantragt würde

- von der Staatsanwaltschaft -

bzw. die Generalstaatsanwaltschaft überhaupt einverstanden wäre. Von der Reihenfolge her könnte es daher eigentlich nur so ablaufen, dass auch die Generalstaatsanwaltschaft eine Einstellung gemäß § 153 a Strafprozessordnung gegen die Erfüllung der benannten Geldauflage zustimmt, bevor sich Herr Edathy in irgendeiner Weise äußern würde.

Hinsichtlich der von der Staatsanwaltschaft angedachten geständigen Einlassung wird zu beachten sein, dass die Abgabe einer geständigen Einlassung keine Voraussetzung der Anwendung des § 153 a Strafprozessordnung darstellt. Herr Edathy ist aber grundsätzlich bereit, seinen Teil zu einer Einstellung und zu einer Lösung der konfrontativen Situation beizutragen. Ich bitte daher darum, zu eruieren, ob in der beschriebenen Weise verfahren werden kann.

Das widerspricht nicht meiner Darstellung vom 18.12.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Letzte Frage dazu, zu Verden: Wie erklären Sie sich dann den Widerspruch, dass das Landgericht Verden genau etwas anderes sagt? Schon damals, am 18.12. - das hatte ich Ihnen ja vorgehalten -, haben die ja sofort deklariert.

Zeuge Sebastian Edathy: Das können Sie doch nur in Verden abfragen. Also, ich gehöre diesem Ausschuss ja nicht an; ich bin hier Zeuge. Aber das Nächste, was Sie machen könnten, wäre natürlich, unter Bezugnahme auf dieses Schreiben das Landgericht Verden zu fragen, ob die Sachverhaltsdarstellung, die mein Anwalt vorgenommen hat, zutreffend ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich komme jetzt zu einem anderen Thema, der Aussage von Burkhard Lischka hier vor dem Untersuchungsausschuss



2. Untersuchungsausschuss

am 18.12. Sie haben ja hier dargelegt bei Ihrer Aussage am 18.12. - das ist auch in Ihrer eidesstattlichen Versicherung niedergelegt -, dass Burkhard Lischka sich darüber beschwert hat, dass - - oder Sie mit Burkhard Lischka darüber gesprochen haben, dass die Reden in der Aktuellen Stunde am 19. Februar vorher Thomas Oppermann und Sigmar Gabriel vorgelegt werden müssen. Das hätte Burkhard Lischka Ihnen in dem Telefonat am 24. Februar so gesagt.

Burkhard Lischka hat hier ausgesagt, dass er darüber mit Ihnen gar nicht gesprochen hat, sondern er hat hier dargelegt, dass Sie sich bei ihm darüber beschwert hätten, dass keiner der Redner/Rednerinnen in der Debatte sich schützend vor Sie gestellt hätte und Sie lobend erwähnt hätte, und Herr Lischka hat ausdrücklich bestritten hier in seiner Aussage, dass die Reden vorher schriftlich bei Herrn Oppermann und bei Herrn Gabriel hätten abgeliefert werden müssen. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch? Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung?

Zeuge Sebastian Edathy: Das kann ich mir, wohlwollend betrachtet, nur so erklären, dass sich Herr Lischka nicht richtig erinnert. Ich habe dieses Telefonat noch in bester Erinnerung. Ich hätte auch überhaupt keinen Grund, an dieser Stelle in einer eidesstattlichen Versicherung eine Falschaussage zu machen, weil diese Aussage von ihrer Relevanz her nicht besonders groß ist.

Ich habe, als die Aktuelle Stunde stattfand am 18.02.2014, mir die online über den Livestream des Bundestages angeschaut, und als ich dann Gelegenheit hatte, mit Herrn Lischka eine Woche später zu telefonieren, habe ich ihn darauf angesprochen, weil er einer der drei SPD-Redner gewesen ist. Ich habe ihn gefragt: Sag mal, wäre das nicht möglich, dass meine frühere eigene Fraktion zumindest mal sicherstellt, dass wenigstens einer der Redner das Stichwort „Unschuldsvermutung“ - wir sprechen hier über den 18. Februar, als die Debatte standfand - artikuliert? - Ich habe nicht gesagt - - Ich habe mich nicht beschwert bei Herrn Lischka, man habe mich nicht geschützt, sondern ich habe ihm gegenüber kritisch angemerkt, mir sei das aufgefallen, dass nach 15 Jahren Mitgliedschaft in der SPD-Fraktion nicht mal meine früheren eigenen Leute zu

einem Zeitpunkt, wo ja noch vollkommen unklar war, ob es zu einem Strafverfahren kommt oder nicht, also zu einem gerichtlichen Verfahren - - dass nicht ein einziger SPD-Redner auf diesen Umstand hinweist.

Dann war seine Reaktion - daran erinnere ich mich noch sehr gut -, dass er mir sagte, die Reden wären gegengelesen worden, und involviert gewesen seien Mitarbeiter oder Büros - oder direkt selber - von Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann. Das hat Herr Lischka verbunden mit dem Hinweis, ich möge doch Verständnis haben, die SPD sei in einer schwierigen Situation, der Koalitionspartner sei sehr aufgebracht und - Zitat -: Du weißt doch, wie das läuft. Wir können öffentlich gar nicht anders agieren. - Das muss ich weiter nicht kommentieren. Aber so war es.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Lischka hat das hier so dargestellt, Ihre Behauptung, das sei von oben vorgegeben: Weil Sie enttäuscht darüber gewesen sind, dass keiner der SPD-Redner Sie verteidigt habe, und Ihre Erklärung sei dann gewesen: Das muss ja von oben vorgegeben gewesen sein, weil sonst wären die SPD-Redner ja möglicherweise auf die Idee gekommen - wie Sie sagen -, das Wort „Unschuldsvermutung“ in den Mund zu nehmen oder Sie zu verteidigen. - Kann das sein, dass das auch so gewesen ist?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, das kann nicht sein. Das war so, dass mir Herr Lischka das so mitgeteilt hat.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann komme ich jetzt zu einem anderen Punkt, und zwar zu Ihrer eidesstattlichen Versicherung und zu der Frage, wer am 15. November 2013 informiert gewesen ist.

Sie haben uns ja berichtet von dem Gespräch mit Michael Hartmann. Mir ist etwas aufgefallen, was ich mir überhaupt nicht erklären kann, und deswegen frage ich Sie jetzt danach. Und zwar haben Sie in Ihrer eidesstattlichen Versicherung gegenüber dem *Stern* berichtet, dass Michael Hartmann Ihnen am 15. November mitgeteilt hat, es wüssten auch Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann, dass Sie auf der Kundenliste von Azov Films sind. Das haben Sie ja heute auch



2. Untersuchungsausschuss

noch mal wiederholt. Sie haben am 18. Dezember im Ausschuss hier gesagt - ich zitiere das noch mal -:

Informiert seien der damalige Innenstaatssekretär Herr Fritsche, der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, und die Information habe auch erreicht die Herren Thomas Oppermann und Frank-Walter Steinmeier.

Das haben Sie am 18.12. hier ausgesagt.

Ich kann mir überhaupt nicht erklären - und deswegen frage ich Sie das jetzt heute -, warum Sie in Ihrer eidesstattlichen Versicherung, die Sie ja sicherlich auch gründlich vorbereitet haben - Sie haben es ja heute noch mal erwähnt -, ausschließlich Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann erwähnen, hier im Ausschuss dann aber noch ergänzen: Hans-Peter Friedrich und Herrn Fritsche. Können Sie uns noch mal sagen, wer genau nach Auskunft von Michael Hartmann am 15. November 2013 bereits informiert gewesen sein soll?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, die Aussage im Ausschuss ist so zutreffend, weil ich mich - - Also, mich hat natürlich für meine Karriereplanung in erster Linie die Information interessiert: Wer weiß das eigentlich innerhalb der SPD-Fraktion? Da war halt die Aussage: Steinmeier und Oppermann. - Ich meine, am 15.11. hat er mir auch berichtet von den Gesprächen, die er geführt hat - spätestens allerdings am 18.11.; das muss also an einem dieser beiden Termine gewesen sein -, dass er mit Steinmeier gesprochen habe, der, wie gesagt, sehr empathisch sich geäußert habe, und mit Oppermann, der ihn bedroht habe.

Jetzt ist es aber so, dass er mir am 15.11. auch sagte, es wüssten etliche Leute im BKA - jetzt kann ich mich nicht mehr daran erinnern; ich glaube, er hat irgendwas von 20 oder 20 bis 30 Leuten gesagt, inklusive der Spitze -, und er hat mir auch mitgeteilt, dass Fritsche und dass der damalige Bundesinnenminister Friedrich informiert gewesen sind.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie mir kurz erklären, warum Sie dann ausgerechnet Friedrich

und Fritsche - das sind ja keine unmaßgeblichen Personen - in Ihrer eidesstattlichen Versicherung, die Sie gegenüber dem *Stern* abgegeben haben, weggelassen haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Nicht absichtlich.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und dann ist mir noch was aufgefallen: dass Sie in Ihrer Darstellung Sigmar Gabriel nie erwähnen. Also, Sigmar Gabriel taucht weder in der eidesstattlichen Versicherung auf noch in dem - -

Zeuge Sebastian Edathy: Doch, natürlich. Das ist der letzte Punkt auf der ersten Seite.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, aber nicht am 15.11.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, eben, weil er mir das am 18.11. erst sagte.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Und ich habe mir die Frage gestellt - -

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, wenn er mir am 18.11. gesagt hat, Sigmar weiß auch Bescheid, dann kann ich das ja nicht hier so aufschreiben, dass er mir das schon am 15.11. gesagt hat.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich stelle jetzt trotzdem mal meine Frage, weil mir das nämlich aufgefallen ist, weil die Informationskette ja nachweislich gewesen ist: Fritsche, Friedrich, Gabriel und Folgende, und deswegen natürlich auffällt, dass Sigmar Gabriel ausgerechnet in dieser Aufzählung am 15.11. fehlt. Wir kennen natürlich auch Ihren - teilweise jedenfalls - SMS-Verkehr, der ja veröffentlicht wurde im *Stern*. Da gibt es ja auch eine SMS an Sigmar Gabriel, jedenfalls einen SMS-Kontakt rund um den Bundesparteitag. Könnte es nicht auch so sein, dass Sie Sigmar Gabriel weggelassen haben, weil sonst der SMS-Verkehr, den Sie ja hatten, den Sie ja auch selbst veröffentlicht haben im *Stern*, überhaupt nicht zu erklären ist? Denn dieser SMS-Verkehr ist nur zu erklären, wenn Sigmar Gabriel nichts gewusst hat.

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, zum einen habe ich, glaube ich, am 18.12. gesagt, dass meine



2. Untersuchungsausschuss

SMS, wo ich Herrn Gabriel zu seiner Rede gratuliert habe, auch eine Art Test war, um zu gucken: Wie reagiert er? Ich wusste aber zu dem Zeitpunkt nicht, dass Sigmar Gabriel im Bilde war. Das wusste ich erst am 18.11. Ich gehe auch davon aus: Wenn Michael Hartmann am 15.11. schon gewusst hätte, auch Sigmar Gabriel ist informiert, hätte er es mir gesagt, weil das eine relevante Information gewesen wäre, dass der SPD-Bundesvorsitzende Bescheid weiß. Ich gehe daher davon aus, dass er das erst zwischen dem 15.11. und 18.11. erfahren hat.

Das ist aber gegenüber der Informationskette - BKA, BML, dann Friedrich an Gabriel und Gabriel einmal an Oppermann und einmal an Steinmeier - ja kein Widerspruch, weil Hartmann ja gar nicht Bestandteil dieser Kette war. Nach dem, was mir Hartmann gesagt hat, ist er ja nicht von Oppermann informiert worden, nicht von Steinmeier und nicht von Gabriel informiert worden, sondern von Ziercke.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also Sie - -

Zeuge Sebastian Edathy: Verstehen Sie das?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, ich verstehe das.

Zeuge Sebastian Edathy: Gut.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich bin durchaus in der Lage, das zu verstehen. - Also, Sie gingen davon aus, dass Sigmar Gabriel hätte informiert sein können, aber um das herauszufinden oder jedenfalls dem ein Stückchen näher zu kommen, haben Sie als Test-SMS diese SMS an Sigmar Gabriel mit der Lobhudelei auf seine Parteitagrede geschrieben?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, erst mal war das keine Lobhudelei, sondern eine ehrliche Anerkennung. Die Stimmung war nicht so besonders toll, und er hat das noch mal gedreht am Ende des Parteitages mit einer wirklich fulminanten Rede. Also, insofern war das Kompliment schon sehr ernst gemeint, aber es hat auch als Komponente eine Rolle gespielt, dass ich anhand der möglichen Reaktion - da ist ja auch eine gekommen - sehen wollte, ob er auch im Bilde sein könnte, habe aber das erst verifiziert bekommen

durch Herrn Hartmann am 18.11., das heißt, am Anfang der nächsten Woche.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich komme jetzt noch mal zu einem wesentlichen Punkt, den wir heute mit Herrn Ziercke auch herausgearbeitet haben, nämlich der Frage, ob Michael Hartmann über Herrn Ziercke Sie kontinuierlich unterrichtet hat über den Fortgang Ihrer Akte und den Stand des Ermittlungsverfahrens. Sie sagen ja, Sie seien regelmäßig informiert worden. Ich zitiere noch mal, was Sie in der Bundespressekonferenz dazu gesagt haben:

Mindestens einmal die Woche bekam ich halt einen Hinweis: Wie wird das gerade in Hessen bei der Zentralstaatsanwaltschaft eingeschätzt? Wie sieht das die Generalstaatsanwaltschaft in Celle? Wie sieht das die Staatsanwaltschaft in Hannover? Was sagt das BKA aufgrund der eigenen Prüfung dieser kanadischen Filme? [Wortlaut phonetisch wiedergegeben]

Und Sie haben das im Ausschuss auch noch mal sinngemäß wiederholt:

Auch den Ermittlungsakten konnte ich entnehmen, dass genau die Zeitpunkte, die Zeiträume auch übereinstimmten, wann die Akte jeweils wo war. Das hat sich gedeckt mit den Informationen, die ich von Herrn Hartmann hatte.

Also, Sie sagen, Sie seien fortlaufend von Herrn Hartmann informiert worden, und diese Informationen habe er, Hartmann, von Herrn Ziercke gehabt.

Jetzt will ich das noch mal der Reihe nach kurz durchgehen - das geht auch schnell, wenn wir das zügig machen -: Die erste Information, die Sie Mitte November 2013 erreichte, war - so haben Sie das gesagt -, es werde gegenwärtig geprüft, ob das von Ihnen bestellte Material legal gewesen sei. Das sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar gewesen. Deshalb sei BKA-Präsident Ziercke besorgt gewesen. - Ist das richtig?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe das so verstanden, ja. Also, ich habe die Äußerung von Hartmann so verstanden: Es gibt diesen Vorgang. Da ist was von Kanada ans BKA geschickt worden. Es gibt unterschiedliches Material. Das würde untersucht. - Also, was mich betrifft, hat er da keine Aussage gemacht: eher strafbar oder nicht. Aber er sagte, das wäre auch eine Auslegungssache. Das würden wahrscheinlich am Ende unterschiedliche Staatsanwaltschaften unterschiedlich betrachten.

Aber der Hinweis von Hartmann am 15.11. in Leipzig war ja noch nicht mit dem Hinweis „kommt von Ziercke“, aber die Information an mich - mit dem Auftakt: „Bist du bereit für eine schlechte Nachricht?“ -, dass es halt diese Kundenliste gibt und ich da drauf sei, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann erhielten Sie irgendwann später die Nachricht, dass die Akte nun bei der ZIT sei, also der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität in Gießen. Ist das richtig?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, den Zeitpunkt weiß ich nicht. Aber ich habe die Information bekommen, dass das in Gießen läge, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich frage das nur noch mal so ab, weil Sie ja gesagt haben, Sie seien kontinuierlich informiert worden. Ich stelle mir das so als eine Art Liveberichterstattung vor: Wo ist meine Akte jetzt gerade? - Deswegen frage ich die einzelnen Schritte noch mal ab.

Zeuge Sebastian Edathy: „Liveberichterstattung“ kann man nicht sagen. Er hat mich halt sporadisch informiert.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau.

Zeuge Sebastian Edathy: Er wusste, dass das für mich wichtig war. Er wollte mir helfen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja.

Zeuge Sebastian Edathy: Er hat mich auf seine Gespräche, dass er da verschiedentlich Ziercke sehen würde, dass Ziercke überwiegend auf ihn zukommen würde, er gar nicht ihn fragen müsste,

also Hartmann Ziercke gar nicht fragen müsste - - Und für mich war doch - - Wissen Sie, ich führe kein Tagebuch. Ich kann Ihnen jetzt nicht über das hinaus, was ich auch in der EV habe, und das, was Sie ergänzend über meinen Anwalt, der auch bestätigen kann, wie aus seiner Sicht meine Informationen an ihn gewesen sind - - Für mich war doch einfach relevant, zu wissen: Kommt da was auf mich zu, oder kommt da nichts?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich würde das gerne der Reihe nach noch mal machen. Es geht auch gar nicht um den ganz konkreten Zeitpunkt, sondern um die Tatsache, dass Sie der Reihe nach über die einzelnen Schritte informiert worden sind.

Dann ist die Akte von der ZIT nach Niedersachsen weitergeleitet worden, und zwar ohne ein Votum abzugeben, ob die regionale Staatsanwaltschaft tätig werden sollte. Das ist auch so richtig?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, meine - ohne das jetzt konkret in jedem Einzelfall mit einem Datum belegen zu können - Information war: Das BKA hat was bekommen, nämlich diese Kundenliste. Das BKA untersucht, ob nach deutschem Recht das, was diese Kunden bestellt haben, strafbar ist bzw. nicht.

Meine Information war, dass zentral erst mal zuständig ist - vor der Weitergabe an die regionalen Staatsanwaltschaften - diese Stelle in Gießen. Dann hatte ich die Information, das sei an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle gegeben worden. Dann hatte ich die Information: Das liegt in Hannover. Dann hatte ich die Information: Hannover will was machen, Stichwort: alle Register ziehen. Das hat mir eigentlich als Information völlig gereicht, um die Situation einzuschätzen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und darüber sind Sie immer jeweils einzeln informiert worden, über die einzelnen Schritte?

Zeuge Sebastian Edathy: Also der Aufenthaltsort der Akte - - Wahrscheinlich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Das liegt ja durchaus nahe. Ich habe auch nicht den Eindruck gehabt,



2. Untersuchungsausschuss

dass jetzt Hartmann jeden Tag mit Ziercke gesprochen hat. Aber so im Groben: Wo ist die Akte? Wie wird bewertet? Also auch, dass Gießen keine Empfehlung ausgesprochen hat vor der Weiterleitung meines Vorgangs nach Niedersachsen. Das fand Hartmann bemerkenswert und eher ungewöhnlich. Das war mir alles bekannt, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann sind mir bei der Darstellung ein paar Widersprüche aufgefallen, und die will ich jetzt mit Ihnen mal kurz erörtern.

Erstens zur Frage der Prüfung. Sie haben ja gesagt, das BKA prüfte noch zu dem Zeitpunkt, Mitte November, als Sie das von Hartmann erfahren haben. Die Prüfung des Bundeskriminalamtes, welche Filme und Fotosets strafbar sind nach deutschem Recht oder nicht strafbar sind, ist im Bundeskriminalamt bereits im Herbst 2012 vollständig abgeschlossen gewesen, also ein Jahr vorher. Also ist das natürlich ein bisschen merkwürdig, und ich frage Sie einfach, wie Sie sich das erklären, dass Michael Hartmann Ihnen Mitte November beim Bundesparteitag gesagt haben soll, im BKA würde noch umfassend geprüft werden, ob das Material überhaupt strafbar ist, wo doch diese Prüfung bereits seit einem Jahr abgeschlossen war. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe das so in Erinnerung, ja. War aber für mich nicht relevant, Frau Högl, ob noch geprüft wird oder die Prüfung abgeschlossen ist. Für mich war relevant: Landet das irgendwann bei einer Staatsanwaltschaft, die gegen mich tätig wird?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, Sie haben das uns aber so dargestellt, dass Michael Hartmann Ihnen das gesagt hat.

Zeuge Sebastian Edathy: Das entspricht so meiner Erinnerung, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich habe das ja zitiert, und das kontrastiere ich jetzt mit dem, was wir aus den Akten haben und wie das tatsächlich gewesen ist, um dann zu bewerten, wie es gewesen sein könnte.

Die anderen besprochenen Schritte Ihrer Akte, über die ich eben mit Ihnen gesprochen habe, waren Mitte November bereits alle abgeschlossen. Ich will das noch mal rekapitulieren: Die Abgabe Ihrer Akte vom Bundeskriminalamt an die ZIT erfolgte am 18. Oktober, Weitergabe an die Generalstaatsanwaltschaft Celle am 28. Oktober 2013, Eingang dort am 31. Oktober, Versendung der Akte zur Staatsanwaltschaft Hannover am 1. November, Eingang der Akte bei der Staatsanwaltschaft Hannover am 5. November 2013.

Am 15. November hatten Sie nach Ihrer Aussage das Gespräch mit Michael Hartmann. Da lag die Akte schon seit zehn Tagen auf dem Schreibtisch des zuständigen Bearbeiters bei der Staatsanwaltschaft Hannover. Alle von Ihnen beschriebenen angeblichen Neuigkeiten, die Michael Hartmann Ihnen gegeben haben soll, waren bereits erfolgt, als das erste Gespräch auf dem Bundesparteitag stattfand. Können Sie sich das erklären?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Sebastian Edathy: Na gut, ich meine - - Dass er mich hier nicht tagesaktuell unterrichtet hat, das habe ich Ihnen ja mitgeteilt. Aber für das Einschalten meines Anwaltes war ja für mich im Wesentlichen relevant: „Wie ist die Bewertung der zuständigen Stellen?“, und nicht so sehr die Frage: An welchem Datum liegt was wo vor?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie sind aber doch ganz offensichtlich häppchenweise und mit erheblicher zeitlicher Verzögerung informiert worden, weil alle relevanten Vorgänge am 15. November ausweislich der Aktenlage bereits abgeschlossen waren.

Zeuge Sebastian Edathy: Das kann ja durchaus sein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt frage ich Sie einfach mal - ich frage eben kurz -: Dann hätten doch sowohl Ziercke als auch Hartmann Sie ganz offensichtlich an der Nase herumgeführt und Ihnen ganz bewusst veraltete Informationen gegeben. Haben Sie dafür irgendeine Erklärung?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Ich glaube nicht, dass es da auf einen Tag oder auf eine Woche angekommen ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, das habe ich ja eben auch dargestellt, dass das ein größerer Zeitraum war.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, eben. Aber das war ja für mich nicht relevant. Für mich war ja - - Also, es war ja für mich auch klar, wenn irgendwo eine Akte eingeht, dass dann nicht innerhalb von zwei Tagen die Staatsanwaltschaft aktiv wird.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt halte ich Ihnen noch mal ganz kurz was vor.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir haben Ihre Aussage im Ausschuss vom letzten Mal. Ich zitiere das noch mal:

Auch den Ermittlungsakten konnte ich entnehmen, dass genau die Zeitpunkte, die Zeiträume auch übereinstimmen, wann die Akte jeweils wo war. Das hat sich gedeckt mit den Informationen, die ich von Herrn Hartmann hatte.

Das haben Sie hier letztes Mal ausgesagt. Wenn ich Ihnen jetzt vorhalte, dass der tatsächliche Sachverhalt ausweislich der Aktenlage ein anderer war, dann sage ich Ihnen: Das hätten Sie aber doch in den Ermittlungsakten jetzt erkennen müssen, dass Hartmann und Ziercke Sie ganz offensichtlich sehr zeitverzögert informiert haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Dann ist das so, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Da stimmt doch irgendwas nicht.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, dann hat es wahrscheinlich diese zeitliche Verzögerung gegeben, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Oder stimmt es vielleicht nicht, dass Sie fortlaufend, kontinuierlich und zeitnah -

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Högl, das ist - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - von den von Ihnen genannten Personen informiert wurden?

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Högl, dass Sie eine interessen geleitete Befragung durchführen, ist, glaube ich, nicht von der Hand zu weisen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das waren jetzt alles Fakten.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich will hier noch mal sagen, -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir kommen zum nächsten Komplex.

Zeuge Sebastian Edathy: - es kann durchaus sein, dass sich das nicht immer eins zu eins gedeckt hat. Aber ich habe ja meinen Anwalt nicht ohne Grund auf den Weg geschickt, da mal in Niedersachsen nachzufragen. Und ich war halt - - Ich war informiert.

So. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Das eine ist, ich sage die Unwahrheit. Dann müssten Sie mir sagen, warum und warum ich meinem Anwalt Ende letzten Jahres die Unwahrheit gesagt haben soll, bereits im November/Dezember 2013. Also, die wilde Theorie ist ja irgendwie: Das alles ist öffentlich bekannt geworden. Ich will mich an der SPD oder - aus welchen Gründen? - an Herrn Ziercke angeblich rächen. Wenn das zutreffend wäre, dann kann es nicht sein, dass ich mit meinem Anwalt bereits Ende letzten Jahres genau das besprochen habe, was ich Ihnen hier mitgeteilt habe, dass mich Hartmann informiert hat und dass mir Hartmann gesagt hat, ich habe - - Ich habe nicht behauptet, Ziercke hat Hartmann informiert. Hartmann hat das mir gegenüber behauptet.

Das heißt, die zweite Möglichkeit ist doch, wenn ich tatsächlich die Wahrheit sagen sollte und nicht lüge, dass Hartmann mir gegenüber gelogen hat, was seinen Informanten betrifft. Das anzunehmen, dafür hatte ich aber gar keinen Grund, weil er ja einige Wochen gezögert hatte, die Person seiner Informationsquelle mir gegenüber zu offenbaren. Und als er mir sagte, übrigens, der,



2. Untersuchungsausschuss

der mich da aus dem BKA - - Er hatte das ja vorher nicht an einer Person festgemacht, sondern gesagt, aus der BKA-Spitze. Das sind ja mehr als ein, zwei Leute. Als er mir dann im Dezember sagte, er sei diesbezüglich in Kontakt mit Ziercke, war das für mich eine ausreichende Aussage, um auf die Verlässlichkeit - - mich da verlassen zu können.

Und es war ja zutreffend - jetzt will ich mich nicht auf einzelne Zeitpunkte beziehen, aber es war ja zutreffend -: Die Akte war bei der Zentralstelle in Gießen. Sie war ohne Votum weitergeleitet worden nach Celle. Sie ist dann von der Generalstaatsanwaltschaft an die Staatsanwaltschaft Hannover gegangen. Und es war ja nun auch zutreffend die Auskunft, die mir Hartmann gab Ende Januar 2014: Das wird jetzt ernst. Die wollen - Zitat - „alle Register ziehen“. Das war dann für mich der Anlass, auf das Mandat zu verzichten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau zu diesem Punkt komme ich jetzt auch noch mal. Sie sagten uns in der letzten Vernehmung, Hartmann habe Sie irgendwann im Januar auch über unmittelbar bevorstehende Durchsuchungen durch die Staatsanwaltschaft Hannover und die drohende Immunitätsaufhebung bzw. den Antrag auf Aufhebung der Immunität informiert. Mir ist noch nicht ganz klar, wann genau das gewesen sein soll. Vielleicht halte ich Ihnen noch mal Ihre Aussage im Ausschuss vor:

... im Januar - Ende Januar meiner Erinnerung nach - teilte mir Herr Hartmann mit, das könnte jetzt sehr ernst werden mit einiger Wahrscheinlichkeit. Die Staatsanwaltschaft in Hannover sei wohl gewillt, wie er sich ausdrückte, alle Register zu ziehen. ... Wir haben in dem Zusammenhang bei einem Gespräch in meiner Wohnung im Januar dann ein, zwei Wochen später telefonisch erörtert, was ich denn jetzt sinnvollerweise machen sollte.

Jetzt habe ich das, ehrlich gesagt, nicht ganz verstanden, auch nicht, nachdem ich es mehrfach nachgelesen habe. Deswegen frage ich Sie: Hat

Herr Hartmann Sie ein, zwei Wochen vor dem 28.01. darauf hingewiesen, dass es ernst werde, oder erst am 28. Januar?

Zeuge Sebastian Edathy: Nach dem 28.01 meiner Erinnerung nach.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und was meinten Sie dann mit -

Zeuge Sebastian Edathy: Das ergibt sich ja - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - „ein, zwei Wochen später“?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, ein, zwei Wochen später war ich halt - - Zwei Wochen später war ich ja schon nicht mehr Abgeordneter. Ich habe doch mein Mandat niedergelegt - - Also, wie gesagt: Ich kann da nur anbieten, dass Sie Herrn Noll als Zeugen laden, der mir aus seiner Erinnerung sagte, ich hätte ihm am 29.01. oder am 30.01. mitgeteilt, also meinem Anwalt, Info von Hartmann: Hannover macht ernst. - Infolgedessen habe ich ihn dann auch gebeten, nun endgültig einen Termin beim Notar zu vereinbaren, und dieser Notartermin war am 6. Februar. Das heißt also, zwei Wochen nach Ende Januar war ich schon nicht mehr MdB.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Aber Sie hatten - deswegen habe ich Ihnen das ja noch mal vorgehalten - bei der letzten Vernehmung hier gesagt - ich lese das noch mal vor, diesen einen Satz -:

Wir haben in dem Zusammenhang bei einem Gespräch in meiner Wohnung im Januar dann ein, zwei Wochen später telefonisch erörtert, was ich denn jetzt sinnvollerweise machen sollte.

Aber da hatten Sie ja richtigerweise schon Ihr Mandat nicht mehr.

Zeuge Sebastian Edathy: Richtig. Das kann also - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Das muss einige Tage danach gewesen sein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Deswegen habe ich mich gefragt, was mit den ein, zwei Wochen ist.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und jetzt sagen Sie, es muss einige Tage später gewesen sein.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus. Sehen Sie: Wenn Ihnen Zeugen lieber sind, die Ihnen ihre 50 vorbereiteten DIN-A4-Seiten vorlesen, -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein.

Zeuge Sebastian Edathy: - dann ist das in Ordnung.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, Herr Edathy, darum geht es nicht. Wir bleiben jetzt auch - -

Zeuge Sebastian Edathy: Dass es zwei Wochen später objektiv nicht gewesen sein kann, ist, glaube ich, völlig unbestreitbar. Insofern verstehe ich die Frage nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau. Aber es ist mir aufgefallen. Es ist sicherlich auch den Kolleginnen und Kollegen aufgefallen. Und wenn Sie jetzt sagen, einige Tage später, -

Zeuge Sebastian Edathy: Da war es.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - dann haben wir das an dieser Stelle richtiggestellt. - Richtig ist ja - das wissen wir aus den Akten natürlich -, dass Ende Januar, genauer gesagt, am 28. Januar, eine Besprechung bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle stattfand und man dort zu dem Ergebnis kam, einen Anfangsverdacht in den sogenannten Kategorie-2-Fällen anzunehmen und ein offizielles Ermittlungsverfahren gegen Sie einzuleiten.

Jetzt stelle ich Ihnen mal die Frage - Sie haben ja immer gesagt, Sie waren informiert; das sind ja Informationen über den Gang des Ermittlungsver-

fahrens, über die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft -: Könnte es nicht auch sein, dass Sie Ihre Informationen gar nicht von Michael Hartmann hatten, sondern von jemandem aus Niedersachsen, insbesondere aus dem Bereich der Justiz oder der Polizei?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich meine, das würde Ihnen vielleicht besser gefallen, aber es war nicht so.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Es geht in diesem Ausschuss nicht darum, was mir besser gefallen würde; da würden mir viele Dinge einfallen.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, dann bestätige ich noch einmal ausdrücklich: Ich habe von keiner anderen Stelle, von keiner anderen Person als von Michael Hartmann diese Informationen gehabt, der sich wiederum auf Jörg Ziercke berufen hat.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir haben hier im Ausschuss in vielen Sitzungen im letzten Jahr herausgearbeitet, dass Ihr Name im Zusammenhang mit den Ermittlungen seit Mitte Oktober 2013 - - dass das an 16 LKÄ verschickt wurde und dass auch in der Polizeiinspektion Nienburg das an das BKA zurückgemeldet wurde, dass das wie eine Bombe einschlug und dass es eine große Anzahl von Personen in Niedersachsen gab, die wussten, dass Ihr Name auf einer Liste im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen des Besitzes von Kinder- oder Jugendpornografie stand, und dass diese Personen auch über bestimmte Ermittlungsschritte informiert waren.

Niedersachsen hat uns dazu eine Liste mit 57 Namen übermittelt. Die lege ich Ihnen jetzt vor, und dann bitte ich Sie, die Namen in Ruhe durchzugehen und uns zu sagen, ob Sie mit einer oder mehreren der dort aufgeführten Personen im Zeitraum vor der Durchsuchung Ihrer Wohnung und Ihrer Büros im Februar letzten Jahres über das Ermittlungsverfahren gesprochen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Sie haben die Liste jetzt vorgelegt bekommen. Wenn Sie sich das in Ruhe mal anschauen, dann



2. Untersuchungsausschuss

gehen wir die Personen durch, und vielleicht können Sie uns dann einzelne nennen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe es ja schon pauschal beantwortet. Wenn das Vertreter oder Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden sind, schließe ich das aus.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich trage noch mal eben die MAT-Nummer nach. - Danke schön, Herr Plaster.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: MAT A Nds 18(27)9.

Zeuge Sebastian Edathy: Okay. - Also: Sie haben ja schon in öffentlichen Äußerungen, Frau Vorsitzende, darauf hingewiesen, dass die Zahl derer, die mich informiert haben könnten, größer als eins war. Ja. Aber die Zahl derer, die mich informiert haben, war eins und heißt Michael Hartmann.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Deswegen bitte ich Sie jetzt doch noch mal - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ich kann es gerne durchgucken. - Pistorius: nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Schauen Sie das doch einmal durch, die 57 Namen, und dann stelle ich die Frage, ob Sie mit einer dieser Personen, die dort genannt wurden, vor der Durchsuchung Ihrer Wohnung gesprochen haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, aber ich sehe ja hier, wo diese Leute beschäftigt sind. Das sind Justiz, Staatsanwaltschaft, Gerichte. Das kann ich hier ausschließen. Ich kann Ihnen die Zeit sparen. Ich kann mir jetzt die Namen durchgucken und Ihnen anschließend sagen: Nein. Wenn Sie es wünschen, mache ich das.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also mit keiner einzigen Person. Wenn Sie das so sagen - wenn Sie das auf einen Blick so sehen können -, dann sagen wir: Mit keiner der dort aufgezählten 57 Personen haben Sie darüber gesprochen. Dann halten wir das so fest.

Zeuge Sebastian Edathy: Also mit Herrn Klinge habe ich zum Beispiel auch nicht gesprochen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann stelle ich noch eine einzige letzte Frage zu diesem Komplex.

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Niewisch-Lennartz auch nicht, nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir kürzen das jetzt ab, Herr Edathy. Aber das ist - -

Zeuge Sebastian Edathy: Generalstaatsanwaltschaft Celle auch nicht, nein. - Mit Herrn Kreykenbohm, PI Nienburg/Schaumburg, auch nicht. - Mit dem Innenminister in Niedersachsen auch nicht. - Ich habe es durchgelesen: mit keiner einzigen Person.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das ist eine wichtige Frage. Das mache ich hier nicht zum Spaß, sondern es geht darum, ob es eine Person gibt, die Sie gewarnt haben könnte, die vielleicht nicht Michael Hartmann heißt, oder ob es weitere Personen gegeben hat. Das ist unser Untersuchungsauftrag: Mögliche Informationsweitergabe an Sebastian Edathy.

Zeuge Sebastian Edathy: Das habe ich doch schon verneint am 18.12.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt stelle ich eine letzte Frage. Wir wissen ja, dass Sie in der Nähe der Polizeiinspektion wohnen an Ihrem Wohnort. Können Sie uns das noch mal kurz beschreiben, ob es da Kontakte gibt zu der Polizeiinspektion, insbesondere zu dem Polizeibeamten Baum, ob Sie mit dem häufiger Kontakt gehabt haben oder ob der Ihnen persönlich bekannt ist?

Zeuge Sebastian Edathy: Herrn Baum kenne ich, weil er meiner Erinnerung nach im Bereich Staatsschutz aktiv ist. Also, das heißt, Herr Baum war - - Wenn das derselbe Herr Baum ist, an den ich denke, war das unter anderem derjenige, wenn ich sicherheitsempfindliche Prominenz zu Gast hatte im Wahlkreis, der dann mit dabei war und für die Sicherheit gesorgt hat.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wohnt oder arbeitet der in der Nähe? Ist die Polizeiinspektion in der Nähe Ihrer Wohnung oder Ihres Büros?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wohnt Herr Baum da?

Zeuge Sebastian Edathy: Die Polizei - - Die Inspektion umfasst zwei Landkreise und hat ihren Sitz in der Stadt Nienburg an der Weser. Mein Wohnsitz war die Stadt Rehburg-Loccum. Rehburg-Loccum befindet sich ungefähr 20 Kilometer von Nienburg entfernt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wohnt Herr Baum da irgendwo in der Nähe?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich weiß nicht genau, wo Herr Baum wohnt, will jetzt nicht ausschließen, dass er in Steyerberg wohnt, weil er da auch ehrenamtlich mal in der Zeitung öfter auftaucht war. Das will ich - - Also, im Kreis Nienburg und Steyerberg; da bin ich aber nicht sicher.

Er ist mir jedenfalls aus privaten Verhältnissen heraus nicht bekannt, sondern wir hatten ausschließlich dienstlichen Kontakt. Er war unter anderem auch - das weiß ich noch, weil wir dann gesprochen hatten bei einer - - Das ist aber schon mehr als - - Das ist ungefähr zwei Jahre her. Das war, als der NSU-Untersuchungsausschuss noch lief. Da war er Gast einer Veranstaltung, die ich ausgerichtet hatte in Stadthagen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nur zur Sicherheit noch meine allerletzte Frage. Sie haben auch mit Herrn Baum nicht über den Sachverhalt gesprochen und die Ermittlungsverfahren?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe mit niemandem außer mit Herrn Hartmann über den Sachverhalt gesprochen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. Vielen Dank. - Kommen wir jetzt zur Befragung durch die anderen Mitglieder des Ausschusses. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Herr Tempel hat das Wort.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön. - Frau Vorsitzende, ich muss jetzt meine Planung ändern und einfach mal auf das eingehen, was Sie gerade gefragt haben, weil das sehr bemerkenswert tatsächlich für die Beweisführung ist. Wir haben tatsächlich den Umstand, dass die Akte an die Staatsanwaltschaft bereits am 05.11. - an die zuständige - abverfügt wurde, aber mitgeteilt an das BKA - - Da haben wir die MAT-Nummer noch mal: MAT A BKA 18 - das kann ich jetzt schlecht lesen -, die Führungsinformation Nr. 6. Wenn die mal kurz herausgesucht wird und auch dem Herrn Edathy vorgelegt wird und die Zeit gestoppt wird.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

- Das sind jetzt 15 Bonussekunden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir halten die Zeit an. Haben Sie das griffbereit, Herr Tempel? - Sie haben es. - Wir bekommen die Liste bitte wieder.

RA Christian Noll: Entschuldigung, ich frage nur gerade, ob es möglich ist, eine Ablichtung der Liste zu bekommen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir prüfen das und antworten Ihnen dann im Nachgang zu dieser Sitzung. Herr Plaster wird sich dann melden.

RA Christian Noll: Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay.

Frank Tempel (DIE LINKE): Es ist natürlich immer die Frage, wann wer welche Informationen hatte und zu welchem Zeitpunkt weitergegeben haben könnte. Hier steht:

Am 26.11.2013 meldete die Staatsanwaltschaft Hannover ... als die Zentralstelle für Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer oder sonst jugendgefährdender Schriften ...

dass das Verfahren



2. Untersuchungsausschuss

der OP Selm in Niedersachsen zu-
ständig ist,

bei SO 12, und teilte mit, dass der Vorgang zu
MdB Edathy dort inzwischen vorliegt.

Also, am 26.11. kam beim BKA diese Führungs-
information erst an, ist datiert mit einem Eingang
hier vom 27.11. in der Führungsinformation. Das
heißt, tatsächlich erst am 27.11. laut Führungs-
information lag dem BKA diese Information vor,
was natürlich der Staatsanwaltschaft entspre-
chend eher vorlag. Aber wann, Herr Edathy, ha-
ben Sie noch mal diese Informationen bekommen
über Herrn Hartmann, wie Sie aussagen?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, ich habe - - In
meiner eidesstattlichen Versicherung auf Seite 2
führe ich im drittletzten Spiegelstrich aus:

Michael Hartmann ...

- teilte mir im Dezember 2013
oder Januar 2014

- das wäre dann Anfang, nicht Mitte oder Ende -

mit, dass meine Akte von der Ge-
neralstaatsanwaltschaft Celle zur
Staatsanwaltschaft in Hannover
gegangen sei. Er wusste zudem,
dass mein Rechtsanwalt bei Be-
hörden angefragt hatte, ob gegen
mich ermittelt wird.

Das ist in der Tat eine interessante Information.
Es wäre vielleicht auch Aufgabe der Vorsitzen-
den gewesen, die hier selber einzuführen. Wenn
nämlich meine Version stimmt, dass ich von
Hartmann informiert worden bin und Hartmann
wiederum von Ziercke, dann wird Ziercke das
nach dieser Unterlage vor dem 27.11. gar nicht
gewusst haben, dass die Akte in Hannover ist.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich suche jetzt noch
nach einem Datum. Wann hat Ihr Anwalt das ge-
nutzt gehabt?

Zeuge Sebastian Edathy: Genutzt?

Frank Tempel (DIE LINKE): Am 29.11. haben wir
da was stehen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe jetzt - - Wann
sind Sie in Hannover vorstellig geworden, ist die
Frage.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darf ich Sie kurz - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Es geht um das Tele-
fonat mit der Staatsanwältin Gresel.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darf ich Sie kurz - -
Entschuldigung, Herr Tempel. Wir halten die
Zeit an. Ich muss nur ganz kurz intervenieren. -
Herr Noll, ich hatte Sie ja darauf hingewiesen am
Anfang, Sie dürfen rechtlich beraten, aber Sie
dürfen natürlich keine inhaltlichen Hinweise ge-
ben.

RA Christian Noll: Das wollte ich gerade gar
nicht tun. Ich wollte nur versuchen, die Frage
nachzuvollziehen, worauf das jetzt abzielt, also
ob das auf meine erste Anfrage abzielt oder ob
das abzielt auf die sichere Kenntnis, dass Hanno-
ver wirklich zuständig ist.

Frank Tempel (DIE LINKE): Beides.

Zeuge Sebastian Edathy: Herr Tempel, ich würde
Ihnen ernsthaft den Vorschlag machen, Herrn
Noll als Zeugen zu laden. Das wird ja relativ
schnell auch gehen können. Die Telefonate mit
Staatsanwälten oder auch die Briefe habe ich ja
nicht geschrieben oder geführt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wir können - - Wenn
ihm das nicht erinnerlich ist - das ist ja richtig -,
dann - - Mir fehlt hier die MAT-Nummer. Da ist
ein Vermerk der Staatsanwaltschaft Hannover
über das Telefonat. Ich gebe das mal durch, dann
- - Ich weiß nicht, wo die MAT-Nummer hier
steht.

(Abg. Frank Tempel (DIE
LINKE) reicht die Unterla-
gen an die Vorsitzende wei-
ter)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Oh, wir haben jetzt
hier eine Unterlage, die vertraulich eingestuft ist.
Also, wenn es vertraulich eingestuft ist - -



2. Untersuchungsausschuss

(Frank Tempel (DIE LINKE): Wir müssen das klären!)

- Sie prüfen das jetzt mal eben, und währenddessen erteile ich mal kurz - wir halten Ihre Zeit an, Herr Tempel - Herrn Brandt das Wort. Bitte sehr, Herr Brandt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Besten Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Edathy, Sie haben jetzt mehrfach uns angeregt, Ihren Anwalt als Zeugen zu vernehmen. Ich denke, es ist notwendig, dass wir zu Protokoll nehmen, dass Sie bereit sind, Ihren Anwalt umfänglich von der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht zu entbinden.

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, natürlich nicht uneingeschränkt. Aber was sein Vorgehen gegenüber den verschiedenen Staatsanwaltschaften betrifft und den Informationsfluss von mir an ihn über meine Gespräche mit Hartmann, ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Wollen Sie es einschränken, oder wollen Sie es nicht einschränken?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, natürlich wird sich auch mein Anwalt hier nicht zu Aspekten eines laufenden Verfahrens äußern können.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir nehmen das jetzt - -

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist sicherlich - - Das ist ja klar. Ich meine, das - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich mache einen Vorschlag. Ich möchte jetzt nicht, dass wir deswegen, wegen dieser einzelnen Frage, unterbrechen müssen. Deswegen zitiere ich einfach mal den *Berliner Kurier* vom - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir nehmen das andere zu Protokoll, diesen Dialog jetzt, den Vorschlag von Herrn Brandt. Wir werden das in der - -

Zeuge Sebastian Edathy: Also, zur - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich mache das ganz kurz eben zu Ende, Moment. - Wir werden das in der Beratungssitzung besprechen, ob wir Ihrem Vorschlag folgen und Ihren Rechtsanwalt auch als Zeugen vernehmen. Damit ist das jetzt erst mal so festgehalten fürs Protokoll, und alles Weitere besprechen wir dann. Deswegen schlage ich vor, dass wir mit der Befragung durch Herrn Tempel fortfahren. Wir lassen die Zeit wieder laufen. Sie stellen Ihre Frage, die gegebenenfalls aus einem vertraulichen Dokument ist, zurück und stellen jetzt eine andere Frage. - Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Dann verweise ich mal auf den *Berliner Kurier* vom 11. Mai 2014, wo davon gesprochen wird:

Am 28. November ruft Noll bei der dortigen Staatsanwältin Angela [sic!] Gresel (56) an. Die damalige Vize-Chefin der Behörde ist ahnungslos. Ihr ...

Und so weiter. Der 28. November wird benannt. Ich verweise noch mal an die Führungsinformation des BKA, was Ihnen vorgelegt wurde, vom 27.11. Insofern: Der Hinweis, ob diese Information, so, wie sie Herr Edathy schilderte, zu einem Zeitpunkt erfolgte, wo das BKA diese Information hatte oder nicht hatte, oder ob die Justiz hier mit eine Rolle spielte, ist insofern zu beantworten, dass von der Justiz zumindest hätte diese Information wesentlich eher kommen können, sie aber nach der Zeitschiene, die Herr Edathy bisher schildert, zu einem Zeitpunkt kommt, wo das BKA davon Kenntnis hatte. Trotzdem - -

Zeuge Sebastian Edathy: Wobei meiner Erinnerung nach ich noch nicht am 28.11., also als dieser Anruf wohl erfolgte von Herrn Noll in Hannover - - da hatte ich diese Information, es liegt in Hannover, nicht, sondern wir sind halt davon ausgegangen: Es geht an irgendwelche regionalen Staatsanwaltschaften. Und da hat er ja nicht nur in Hannover nachgefragt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, trotzdem ist es definitiv ein Zeitpunkt gewesen dann, wenn es noch nach diesem Telefonat war, nach dem 27.11., dass Sie diese Informationen so erhalten haben.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Also, es war definitiv nach dem 28.11., ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das heißt, eben nicht zu einem Zeitpunkt, wo es noch gar nicht vorlag. Trotzdem ist ja - - Ich muss noch mal - - Weil Sie haben ja selber angesprochen, dass Herr Ziercke gehört wird. Sie haben ja mehrere Sachen dargelegt, zum einen direkte Gespräche, was Sie von Herrn Hartmann wissen. Was Herr Ziercke betraf: Wie deutlich hat Herr Hartmann gesagt, dass seine Quelle definitiv das ist, dass Herr Ziercke definitiv die Quelle ist?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das hat er mir mehrfach gesagt. Also, das erste Mal bei einem Gespräch im Dezember hat er mir mitgeteilt, konkret sei seine BKA-Informationsquelle Ziercke. Dann gab es halt diese Hinweise auf Gespräche mit Ziercke, also erst mal auf die Erstinformation Mitte Oktober bei irgendeiner Tagung in Westdeutschland, dann auf anstehenden Begegnungen mit Ziercke und - - Ja, so, wie ich das halt dargestellt habe. Das war für mich völlig eindeutig, dass also, wenn er mich nicht angelogen hat, er sich auf Ziercke bezieht, ja. Weil er es so gesagt hat. Er hat es so ausgedrückt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber ich habe Sie vorhin in Ihren Eingangsausführungen richtig verstanden, dass Sie selbst nicht ausschließen würden, in diesem Punkt beschwindelt worden zu sein?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich wüsste nicht, was Herr Hartmann für einen Grund gehabt haben sollte, eine Behauptung aufzustellen an der Stelle, die unzutreffend ist. Er hätte das ja auch offenlassen können, so wie er es die ersten Wochen offengelassen hat.

Ich habe erst im Dezember von ihm gehört, es soll sich um Ziercke handeln, der ihm das zugezogen hat, was die Entwicklung der Angelegenheit betrifft. Das hat er mir ja noch nicht Mitte November mitgeteilt. Wenn es nicht Ziercke war - er hätte überhaupt keine Motivation gehabt, eine Person mir gegenüber zu nennen. Das war für mich auch gar nicht erforderlich, zu wissen, dass es sich um Ziercke handelt. Es war für mich insofern hilfreich, es zu wissen, weil das für

mich ein Beleg dafür war, wenn er mich da wahrheitsgemäß unterrichtet hat, dass Ziercke sein Informant ist, dass die Qualität der Information schon als sehr belastbar zu bewerten ist. Aber wenn Michael Hartmann mich informiert hat und seine Quelle, also Hartmanns Quelle, nicht Ziercke war, hätte er keine Veranlassung gehabt, diesbezüglich die Unwahrheit zu sagen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Erhöht die Glaubwürdigkeit dieses Teils der Information, die Sie von Michael Hartmann bekommen haben, der Umstand, dass er Ihnen auch deutlich gemacht hat, dass auf keinen Fall Auftraggeber oder Quelle Oppermann & Co. gewesen sein sollen, die es ja sogar eher untersagt haben - - Spielt das bei Ihren Überlegungen, dass es schlüssig ist, dass Herr Ziercke die Quelle ist, eine Rolle?

Zeuge Sebastian Edathy: Über die Schlüssigkeit müssen Sie sich Gedanken machen als Mitglieder in diesem Ausschuss.

Übrigens: Wenn ich irgendwelche Rachegefühle hätte - angebliche - gegenüber Herrn Oppermann, dann könnte ich natürlich auch eine Vision erzählen. Die wäre dann zwar unwahr, aber sehr viel unerfreulicher noch für Herrn Oppermann. Das, was ich Ihnen sage, entspricht schon der Wahrheit, und ich will hier gerne noch mal bestätigen, dass nach Hartmanns Aussage mir gegenüber Oppermann ihm ja sogar gedroht hat, dass er - Zitat Hartmann - mit drinhängen würde, wenn mich Hartmann informiert.

Über das Gespräch mit Steinmeier habe ich ja kurz berichtet. Aber nach Hartmanns Schilderung war es eben so, dass er auf Oppermann und auf Steinmeier separat zugegangen ist und um Gespräche gebeten hat, weil er sich als innenpolitischer Sprecher da auch mit zuständig fühlte.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt hat die CDU/CSU-Fraktion das Fragerecht. Wer fragt? Herr Frieser? - Bitte sehr.

Michael Frieser (CDU/CSU): Herr Edathy, um die Eingangsbemerkung zu vervollständigen, wie sich Herr Ziercke eingelassen hat zur Frage der



2. Untersuchungsausschuss

Motivation, dass Sie ihn über Herrn Hartmann als Quelle bezeichnen, ging er noch ein ganzes Stück weiter. Weniger die Rache stand bei seinem Punkt im Vordergrund, sondern eher die Tatsache, dass er der Auffassung ist, Sie erfinden eine Geschichte, und um die meistbietend zu verkaufen, muss man ein paar bekannte Namen fallen lassen; denn dann würde sich das Ganze erst lohnen. Also geht es im Entscheidenden schon darum, mal deutlich zu machen: Wie plausibel sind tatsächlich die Informationen? Das geht eben nur anscheinend in kleinen Schritten. Man könnte das vielleicht sogar etwas schneller machen.

Aber ich will noch mal auf den entscheidenden Punkt gehen: Was war denn Ihre Absicht, Ihren Anwalt im November loszuschicken und bei einer Staatsanwaltschaft - mutmaßlichen oder ganz gut informiert -, an die er sich wenden sollte, nachfragen zu lassen, ob es potenzielle Verfahren gibt? Was war das - - War die Intention allein die, zu wissen, ob es denn ein Verfahren gibt, obwohl Ihnen als Auftraggeber und als Mandant klar sein musste, dass er darüber keine Information kriegen wird?

Zeuge Sebastian Edathy: Einen Versuch war es wert. Ich habe im Internet heute gelesen, Herr Ziercke würde mir eine Inszenierung vorwerfen. Wenn es mir um eine Inszenierung zu tun wäre - und Sie haben von „verkaufen“ gesprochen; ich plane ja auch ein Buch -, dann wäre es ja viel interessanter, jemanden anzukreiden, der noch im Amt ist, als einen Expräsidenten des Bundeskriminalamtes. Also, dann wäre es natürlich interessanter, zu behaupten, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Edathy. Ich wollte das bei Ihrer -

Zeuge Sebastian Edathy: - Oppermann hat Hartmann informiert und - -

Michael Frieser (CDU/CSU): - Information vervollständigen. Meine Frage war die: Also, Ihre einzige Intention, den Anwalt zu beauftragen: „Fragen Sie nach!“, war, zu wissen, ob es tatsächlich ein Verfahren gibt.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Das war natürlich primär die Motivation, aber er hatte von mir den Auftrag, dass, wenn etwas vorliegt, er in Gespräche eintreten kann, weil ich war Abgeordneter und wollte das eigentlich auch bleiben, zumindest bis Ende des Jahres 2014. Das heißt, meine Absicht war nicht, im Februar 2014 mein Mandat niederzulegen. Diese Absicht habe ich erst Ende Januar konkretisiert, als ich die Information hatte von Hartmann, Hannover will aktiv werden. Die Motivation, meinen Anwalt zu beauftragen, Kontakt aufzunehmen mit infrage kommenden Staatsanwaltschaften, war, herauszufinden: „Liegt etwas vor?“, und für den Fall, dass etwas vorliegt, darauf hinzuwirken, dass man ein möglicherweise eher geräuschloses Lösen der Angelegenheit erreichen kann.

Ich kann mich zum Beispiel erinnern, dass damals bei den ersten Gesprächen mein Anwalt übrigens - das wird er Ihnen bestätigen können - ausdrücklich angeboten hat, den Laptop, der noch nicht gestohlen war, auszuhändigen. Das ist ausdrücklich von meinem Anwalt angeboten worden. Das heißt, wir haben bzw. er hat in Abstimmung mit mir und natürlich in meinem Auftrag Kooperationsbereitschaft signalisiert, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Also, die Intention war, -

Zeuge Sebastian Edathy: - weil das Ziel - -

Michael Frieser (CDU/CSU): - bereits vor Eröffnung eines Verfahrens gegebenenfalls darauf hinzuwirken, -

Zeuge Sebastian Edathy: Exakt. Ja, genau.

Michael Frieser (CDU/CSU): - das zu unterbinden.

Zeuge Sebastian Edathy: Also sozusagen Einstellung.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank, das reicht mir als Antwort schon. Vielen Dank.

Noch mal zur Frage der strafrechtlichen Relevanz. Es ist natürlich schon auch interessant und



2. Untersuchungsausschuss

bedarf einer Aufklärung. Sie haben erklärt, gerade auch Herr Ziercke sei ja als Quelle besorgt gewesen, weil noch nicht ganz klar gewesen sei, ob es sich denn nun um strafrechtlich relevantes Material handele oder nicht. Klammer auf: Ich frage nicht nach Ihrer eigenen Einschätzung - die hatten Sie immer klargemacht -, sondern eher nach der Einschätzung, die man Ihnen angeblich mitgeteilt hat, also dass noch nicht klar war, ob es sich jetzt um fragliches Material handeln würde, ob es strafrechtlich relevant oder nicht strafrechtlich relevant ist. Das ist die sogenannte Frage auch dieser Kategorisierung.

Erste Frage ist: Wann genau war Ihnen denn das klar, oder wann wurde Ihnen denn das mitgeteilt, dass Sie sagen: „Es war nicht eindeutig, was das BKA bei seinen Ermittlungen“ - mutmaßlich über Herrn Hartmann, als Quelle Herr Ziercke - „denn als strafrechtlich relevant oder nicht relevant bezeichnet hat“? Können Sie sich da genau an den Tag noch erinnern oder bei welchem Gespräch das mit Herrn Hartmann eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, ich hatte - das führe ich auch aus in der eidesstattlichen Versicherung - den Hinweis gehabt, dass die Sache - das war die erste staatsanwaltschaftliche Instanz - nach Gießen gegangen ist und dass Gießen bei der Weiterleitung an die regional - - also, erst mal Celle, und dann ging das ja über Celle nach Hannover an die Staatsanwaltschaft - - dass Gießen kein Votum abgegeben habe, ob die Staatsanwaltschaft, der zugeleitet wird, aktiv werden soll oder nicht, sondern dass man das offengelassen hat, dass es aber halt nicht ausgeschlossen sei, dass es zu einem Verfahren kommt. Das war die Information, die ich hatte, dass es offen sei.

Und zwischenzeitlich hatte ich auch Hoffnung geschöpft, dass, wie unter anderem in Berlin, bei den nicht strafbaren Bestellungen gar nicht erst tätig geworden wird. Das ergibt sich ja aus einer Anfrage der Unionsfraktion, der CDU-Fraktion, im Niedersächsischen Landtag, die von der Landesregierung im Sommer beantwortet worden ist, dass eine bundesweite Abfrage unter anderem ergeben hätte, in NRW und in Berlin wäre man eher nicht tätig geworden in vergleichbaren Fällen, andernorts sehr wohl.

Also, im Nachhinein ergibt das auch für mich Sinn, dass es halt einfach auf die einzelne Staatsanwaltschaft ankommt, ob etwas gemacht wird oder nicht. Und deswegen habe ich halt meinen Anwalt da auf die Reise geschickt. Der war ja auch persönlich bei Staatsanwalt Klinge im Januar 2014 in Hannover in dessen Büro, um mit dem Staatsanwalt über die Frage zu sprechen: „Liegt was vor?“, und wenn ja: „Wie wird das bewertet?“, und um Kooperation anzubieten. So war der Lauf der Dinge.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Gut.

Zeuge Sebastian Edathy: Für mich war - ich will das noch mal betonen - bis Ende Januar schlichtweg unklar, ob der GAU eintritt oder noch vermieden werden kann.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also, dann darf ich kurz nachfragen: Sie wussten dann auch nicht innerhalb dieses Zeitraumes noch Dezember und Januar, dass die Zentrale Informationsstelle für Internetkriminalität tatsächlich ein Votum abgegeben hatte, solche Verfahren einzuleiten? Das war Ihnen da nicht klar aus den Informationen von Herrn Hartmann?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Meine Information war, dass letztendlich die örtliche Staatsanwaltschaft entscheide.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann mutmaßlich zum dramaturgischen Höhepunkt der Befragung, nämlich die Geburtstagsfeier anlässlich des 50. Geburtstages von Herrn Kollegen Hartmann; Sie werden das mitbekommen haben. Wir wollten nur noch mal eine Bestätigung: Waren Sie eigentlich eingeladen, Herr Edathy, und waren Sie dort?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, ich habe mal geguckt, wann das ungefähr gewesen sein muss. Das war ja wohl im Mai.

Michael Frieser (CDU/CSU): 11. Mai, um es kurz zu machen.

Zeuge Sebastian Edathy: Okay. - Wenn ich eingeladen worden sein sollte, ist mir das nicht Erinnerung. Ich will das nicht ausschließen, weil ich



2. Untersuchungsausschuss

teilweise wochenlang meine Terminanfragen - - In der Zeit lief der Untersuchungsausschuss NSU auf Hochtouren. Da bin ich nicht mal wochenaktuell dazu gekommen, meine Terminanfragen ordner durchzuarbeiten. Was ich aber ausschließen kann, ist, dass ich - - Also, ich kann nicht ausschließen, dass ich eingeladen war; das entzieht sich auch meiner Kenntnis. Ich kann aber ausschließen, dass ich da war.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Dann nützt es auch nichts, Sie zu fragen, -

Zeuge Sebastian Edathy: Also, das kann ich - -

Michael Frieser (CDU/CSU): - ob Herr Ziercke da war oder nicht.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich bin da - - Ich kann mich sehr, sehr gut erinnern: Ich war nicht da.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also gut. Vielen herzlichen Dank. - Trotzdem in der Chronologie noch etwas fortfahrend, weil es uns schon darum geht, zu wissen: Was konnte man mutmaßlich eigentlich nach dem Verlauf der Dinge tatsächlich wissen? Wir haben jetzt die Daten versucht etwas auseinanderzunehmen.

Aber noch einmal zu Ihrer Einschätzung und dem ersten Gespräch mit Ihren Mitarbeitern. Als Sie das Gefühl hatten nach der Information, nach Ihrer Aussage von Herrn Hartmann, wie es weiterging, haben Sie sich gedacht: Ich informiere doch besser mal die Mitarbeiter. - Und Ihre Formulierung war, wenn ich das zitieren darf:

... ich habe vielleicht einen Fehler gemacht, der strafrechtliche Konsequenzen haben könnte. Wenn es zu strafrechtlichen Konsequenzen kommen sollte, werde ich das Mandat nicht behalten können.

Sind Sie der Auffassung, dass das, was da als Inhalt Ihre Haltung war - das, was Sie vorhin schon angedeutet haben -, dass Sie sich einfach wirklich nicht sicher waren, ob es zu Ermittlungsverfahren und Verfahren kommen könnte, obwohl Sie sich doch bis dahin noch sicher waren, dass es kein Verfahren geben kann?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, ich habe - - Ich war natürlich nicht sicher, dass es kein Verfahren gibt. Das war ja das, was mich - - was tatsächlich auch meine physische Verfassung nicht unbedingt verbessert hat in dieser ganzen Zeit. Mir ging es eigentlich bis zum 15.11.2013 ganz gut.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dann sagen Sie uns vielleicht noch einmal genau, wann -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich will nur kurz - -

Michael Frieser (CDU/CSU): - dieses Gespräch mit den Mitarbeitern genau war.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war zu unterschiedlichen - - Ich habe - - Sie werden ja wahrscheinlich auch einen Wahlkreis vertreten, nehme ich mal stark an. Das heißt, die Mitarbeiter haben unterschiedliche Arbeitsorte. Ich habe aber mit allen gesprochen. Das heißt, ich hatte einen Termin mit meinen Berliner Mitarbeitern, einige Tage vorher mit meinem Büroleiter. Der war natürlich bei dem Mitarbeitertermin in Berlin auch dabei. Ich hatte ein direktes Gespräch mit meinem damaligen Büroleiter, und ich habe dann mit meiner Mitarbeiterin in Stadthagen - - Das kann ich - - Das müsste ich eingrenzen können. Dann müsste ich jetzt mal kurz fünf Minuten Zeit haben, meinen Kalender durchzugucken, wenn das für Sie - -

Michael Frieser (CDU/CSU): War das eher Ende November oder eher kurz vor Weihnachten?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war also eher - - Ich kann das eingrenzen. Also, in Berlin war es am 4. Dezember um 12 Uhr, 2013.

Michael Frieser (CDU/CSU): 24. Dezember?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, 4.

Michael Frieser (CDU/CSU): 4. Dezember. Gut.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich weiß ja nicht, was Sie für ein Arbeitgeber sind, aber wir mussten - -



2. Untersuchungsausschuss

Michael Frieser (CDU/CSU): Eben. Das hätte mich jetzt gewundert. - Gut, am 4. Dezember, also Anfang Dezember.

Zeuge Sebastian Edathy: Genau.

Michael Frieser (CDU/CSU): Mir geht es um die entscheidende Frage, zu sagen: Sie wissen, dass da immer noch eine Reihe von Diskussionen, vor allem anscheinend in der SPD, über Ihren Gesundheitszustand kursiert sind. Sie haben vorhin selber darauf rekurriert.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe meine Mitarbeiterin in Nienburg am 7. Dezember informiert um 15 Uhr und meine Mitarbeiterin in Stadthagen - - Das muss gewesen sein ein, zwei Wochen später.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay, also dann um den - - zwischen 15. und 20.

Zeuge Sebastian Edathy: Also im Dezember, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Noch im Dezember auf jeden Fall?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. Es geht um die entscheidende Frage, zu sagen: Sie teilen dort strafrechtliche Konsequenzen möglicherweise mit, obwohl die SPD bei Ihnen über den Gesundheitszustand diskutiert. Das müsste ja den Mitarbeitern auch auffallen an dieser Stelle, weil das etwas war, worauf man das dann bezogen hatte. Das ist der Grund dieser Nachfrage.

Zeuge Sebastian Edathy: Also, dass in der SPD breit über meinen Gesundheitszustand diskutiert wurde, ist mir nicht erinnerlich. Ich bin angesprochen worden von Hartmann genau einmal. Das war nach dem 15.11, als ich halt diese Information hatte: Da könnte was kommen. - Das hat mich sehr belastet. Er sprach mich danach an, er sei schon von einigen Kollegen angesprochen worden, ich würde keinen guten Eindruck machen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Sebastian Edathy: Das sei einigen aufgefallen, ja. Also, wir haben weiter nicht über das Thema Gesundheit gesprochen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut, aber doch zumindest, dass dann auch eine Krankmeldung erfolgte, war auch klar, obwohl Sie das mit den - - und zwar ab Mitte Dezember.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich war am 20. Dezember 2013 bei meinem Hausarzt im Kreis Nienburg, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber dieser Widerspruch muss Ihren Mitarbeitern dann schon klar gewesen sein?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Aber gern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Edathy, können Sie noch mal präzise sagen - weil da sind ja unterschiedlicher Versionen im Umlauf -, welcher Kollege aus Ihrer Fraktion Ihrer Wahrnehmung nach sich um Sie gekümmert hat im Sinne von Gesundheitszustand, Hilfe, Fürsorge, oder dass er auch vielleicht beauftragt war, sich selbst einen Auftrag gab?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, keiner. Wissen Sie, ich habe das ja mit Interesse der Berichterstattung entnommen, dass Herr Hartmann sagte, ich hätte wohl angeblich zu viel getrunken. Ich kann mich nur erinnern, dass sowohl im Restaurant, wo wir in Mitte waren, als auch bei mir in der Wohnung, er eher mehr getrunken hat als ich.

Michael Frieser (CDU/CSU): Das kann sein, muss aber nicht.

Zeuge Sebastian Edathy: Jetzt mal realistisch betrachtet: Also, wenn man sich wirklich Sorgen



2. Untersuchungsausschuss

um mich macht und um meinen Gesundheitszustand, dann müssten die Sorgen doch eigentlich am 10. Februar eintreten mit dem Öffentlichwerden der ersten Durchsuchung.

Michael Frieser (CDU/CSU): Mir geht es noch mal um die Frage: Hinweis auf den Moment dann des Mandatsverzichts. Uns geht es schon noch mal darum, zu sagen, mit wem Sie über diese Frage, gegebenenfalls darüber nachzudenken, dass Sie das Mandat gegebenenfalls zurückgeben - - Also, die erste Gruppe waren die Mitarbeiter, denen auch klar sein muss: Wenn der Chef schon mal ankündigt, hier sind strafrechtliche Ermittlungen vielleicht zu befürchten oder strafrechtliche Konsequenzen könnten im Raum stehen - - Und deshalb die entscheidende Frage: Mit wem haben Sie dann außer Herrn Kollegen Hartmann, sagen wir mal, an der politischen Spitze der SPD oder jemand in Ihrem direkten Umfeld über Ihren Mandatsverzicht und wann gesprochen?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe, wie wir jetzt festgestellt haben, im Dezember meine Mitarbeiter unterrichtet. Das war aus meiner Sicht ein Gebot der Fairness. Es war für mich nicht klar, ob es wirklich zum Mandatsverzicht kommt oder ob ich Abgeordneter bleibe. Es war für mich aber schon, wenn ich das Mandat behalten hätte, klar, dass ich - das habe ich auch meinen Mitarbeitern so gesagt - sehr wahrscheinlich nicht bis zum Ende der Wahlperiode Mitglied des Bundestages geblieben wäre, also vielleicht noch ein Jahr oder vielleicht auch zwei Jahre. In der Zeit wollte ich mir eine neue Existenz aufbauen, eine andere Beschäftigung finden.

Das war so meine Planung, und ich habe das für ein Gebot der Fairness gegenüber meinen zum Teil sehr langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfunden, sie darauf hinzuweisen, dass über kurz oder lang, aber mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Laufe der aktuellen Wahlperiode ich auf das Mandat verzichten würde, und habe ihnen gesagt: Ich habe volles Verständnis, wenn ihr vor diesem Hintergrund mal prüft, ob es für euch Alternativen geben könnte. - Das war für mich auch deshalb wichtig, das noch Ende des Jahres zu machen, weil zu der

Zeit noch viele neue Abgeordnete Personal gesucht haben.

Ich habe über meinen geplanten Mandatsverzicht - außer mit meinen Mitarbeitern und Michael Hartmann - nur gesprochen mit meinem Anwalt und mit zwei persönlich - - mit drei persönlich engen Freunden, einer Freundin und zwei Freunden.

Michael Frieser (CDU/CSU): Waren darunter auch die Kreisvorsitzende Frau Elke Tonne-Jork und der Landtagsabgeordnete Karsten Becker, oder haben die erst nach dem Mandatsverzicht davon erfahren?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe - - Das sind die beiden Kreisvorsitzenden aus meinem ehemaligen Wahlkreis Nienburg und Schaumburg. Die habe ich konkret unmittelbar vor meiner Veröffentlichung der Information, dass ich auf das Mandat verzichte, unterrichtet.

Ich habe in den Unterlagen auch, in den Ermittlungsakten - - Es gibt eine Zeugenaussage von Frau Tonne-Jork. Die ist geladen worden, weil es gab wohl beim Innenausschuss einen anonymen Hinweis, ich wäre auf irgendeiner Müllkippe gesehen worden, um Unterlagen von mir zu vernichten; also völliger Humbug. Die war nie bei mir zu Hause, auch aus guten Gründen. Das können Sie wieder vergessen. Das kann ich aus dem Protokoll nachher rausstreichen. - Die habe ich informiert an dem Wochenende. Da habe ich per SMS um ein Telefonat gebeten.

Michael Frieser (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen: nach dem Notartermin aber?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war dann schon, als das noch nicht bekannt war, dass ich beim Notar war. Aber ich habe dann - - Ich wollte, bevor das - - Also, das ist ja klar jetzt. Das ist - - Ich war relativ lange im Bundestag. Mindestens im Wahlkreis wäre das natürlich die Schlagzeile geworden am Montag, 10. Februar, und ich wollte, dass das meine beiden Kreisvorsitzenden nicht aus der Presse erfahren.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut, also die beiden. Zwischen dem Notartermin und der quasi



2. Untersuchungsausschuss

Veröffentlichung des Ganzen wurden die beiden noch informiert.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Beim Kollegen Hartmann: Ihrer eigenen Aussage, um das noch mal konkret zu sagen, zufolge war es bereits der 4. Februar, dass Sie in dem Telefonat mit ihm auch diesen Mandatsverzicht definitiv angekündigt haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Er hatte mir ja auch ausdrücklich dazu geraten.

Michael Frieser (CDU/CSU): Und zwar aber nicht erst am 4. Februar, sondern bereits Ende Dezember?

Zeuge Sebastian Edathy: Wir haben es das erste Mal thematisiert. Da muss ich nachgucken, was das Datum betrifft. Aber an dem Abend, als wir in meiner Wohnung zusammensaßen, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Sebastian Edathy: - haben wir darüber gesprochen, was er mir raten würde. Und da meinte er: Zieh das in Erwägung. - Und dann, Tage später, hatte ich von ihm die Information: „Hannover will tätig werden“, und das wäre sinnvoll. Bei dem Gespräch in der Wohnung hatte er mir schon gesagt, Oppermann fände das gut. Er hätte sich schon mal über meine Übergangsgeldansprüche Gedanken gemacht, also Oppermann jetzt.

Das war auch der Termin, wo mir Hartmann sagte, er hätte den Eindruck, dass Oppermann ihn da ein bisschen als Boten einsetzen will mir gegenüber. Aber der Rat von Hartmann: „Geh den Schritt. Ich rate dir dringend dazu. Mach das mit der Kur, dass du ein gutes Argument hast, drei Monate abzutauchen“, das war dann später. Ich habe ihm dann halt ungefähr zu Beginn der Woche, als ich beim Notar war - das ist die Woche vom 3. Februar -, noch mal telefonisch mitgeteilt: Ich mache jetzt den Schritt.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. - Herr Edathy, noch mal. Das haben wir so ähnlich in Ihrer letz-

ten Einvernahme schon mitbekommen. Die entscheidende Frage ist noch mal: Es ist schon ein weiter Weg aus der Diskussion und aus den mutmaßlichen Gesprächen bis hin zur Frage, dass Herr Hartmann Ihnen dann bereits noch im Jahr 2013 den Mandatsverzicht vielleicht nicht nahelegte, aber doch zumindest mal darüber nachzudenken anrät und das aber dann auf keine konkreten Informationen stützt. Also, die Tatsache - das, was wir als SMS lesen -, das klingt vielleicht ganz nett, aber ist natürlich als ein wirkliches Momentum, indem man sagt: „Jetzt kippt die Sache“, ein bisschen wenig. In dem Moment, wo Ihnen dann Herr Hartmann sagt: „Also, jetzt denkst du mal besser an dein Mandat“ -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war das.

Michael Frieser (CDU/CSU): - Sekunde -, dass man dann immerhin schon einige Jahre vor sich hatte - - ist allenfalls geneigt, zu sagen: Also, da warte ich einmal bis zum Schluss wirklich ab. - Aber wie kommt Herr Hartmann dann dazu, ohne einen konkreten Hinweis auf ein konkretes Verfahren und auf einen konkreten Fortgang des Verfahrens Ihnen zu raten: „Denk mal über den Mandatsverzicht nach“?

Zeuge Sebastian Edathy: Das erste Gespräch über einen möglichen Mandatsverzicht war am 28. Januar 2014. Das finden Sie in meiner eidesstaatlichen Versicherung. Das war aber sozusagen zu einem Zeitpunkt, als das einfach als Option von ihm in den Raum gestellt wurde. Es war nicht zu dem Zeitpunkt, als wir uns bei mir in der Wohnung getroffen haben, so, dass er sagte: „An deiner Stelle würde ich es sofort machen“, sondern er sagte: „An deiner Stelle würde ich darüber nachdenken.“ Aus diesem: „An deiner Stelle würde ich darüber nachdenken. Ich würde es dir dringend anraten, das auch wirklich zu tun“ - - Das war halt Tage später, als er mir sagte: Hannover will alle Register ziehen, volles Programm durchziehen. - So ähnlich war die Wortwahl.

Letztendlich war das natürlich nicht Hartmanns Entscheidung, sondern meine; das ist ja logisch. Aber ich habe seine Einschätzung geteilt, und meine Hoffnung war immer noch - - Ich war zwar natürlich sehr betrübt darüber, dass Hannover da jetzt offenkundig vorgehen will gegen mich, aber



2. Untersuchungsausschuss

ich hatte immer noch die Hoffnung, dass man das vielleicht weniger geräuschstark machen würde seitens der Staatsanwaltschaft, wenn ich nicht mehr im Bundestag bin. Dass die Mitteilung, ich hätte auf mein Mandat verzichtet, dazu führt, dass innerhalb von einem Tag die Staatsanwaltschaft bei mir rechtswidrigerweise vor der Wohnung steht, hatte ich nicht auf dem Schirm.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Hat Herr Hartmann Ihnen genauer erläutert, woher er die Information hat, dass jetzt wirklich ernste Schritte drohen?

Zeuge Sebastian Edathy: Das wäre beim BKA so eingegangen als Information der Staatsanwaltschaft Hannover, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das Erstaunliche ist, dass zwar die Termine relativ gut beieinander liegen, aber wir haben gerade eben - - Wir haben eben gerade zu dem Zeitpunkt eine ziemliche Verschlossenheit der Staatsanwaltschaft Hannover in unseren Akten erkennbar, weil die sich gewundert haben, was Ihr Anwalt alles weiß. Selbst gegenüber dem BKA haben die sich so befremdlich gezeigt, dass der BKA-Präsident gerade eben von einem Loyalitätsproblem sprach, was er wahrgenommen hat.

Also, das wirkte auf das BKA - - Diese Verschlossenheit der Staatsanwaltschaft wirkte auf das BKA fast so, als dass man annehmen musste, die schwätzen auch, und deswegen hat der BKA-Präsident genau das Gegenteil gemacht. Er hat nämlich gesagt: Ab jetzt stellen wir jede Bemühung ein, dort nachzufragen, sonst geraten wir noch selber in Verdacht. - Und die Aussage des Staatsanwalts, die letzte dokumentierte Aussage des Staatsanwalts, ist eben genau nicht so dezidiert: Jetzt geht es demnächst richtig ernst zur Sache. - Das wundert mich jetzt.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich über die Positionierung der Staatsanwaltschaft nicht aus Hannover, sondern über Hartmann informiert worden bin.

Michael Frieser (CDU/CSU): Stört Sie dabei nicht, dass es nicht - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darf ich ganz kurz? Entschuldigen Sie bitte. Ich muss leider eines noch mal sagen.

Zeuge Sebastian Edathy: Bitte.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Noll, Sie dürfen dem Zeugen nichts zuflüstern, und unser Abstand ist nicht groß genug. Also, Sie können sich gerne beraten, aber nicht, bevor er aussagt, ihm was zuflüstern, auch kein Stichwort, auch kein Datum, nichts. Wenn Sie eine Beratungspause brauchen zu rechtlichen Fragen, haben Sie alle Zeit der Welt, aber nichts zuflüstern. Schon gar nicht, um den Eindruck entstehen zu lassen, Sie würden ihm irgendwas zuflüstern, was Sie nicht dürfen.

RA Christian Noll: Sie haben natürlich vollkommen recht. Müssen wir denn immer eine Beratungspause machen, wenn wir uns beraten wollen? Das habe ich so nicht verstanden bisher.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Also, wenn es um rechtliche Fragen geht und Sie sich beraten wollen, dann würde ich darum bitten, dass wir das der - - damit das besser ist und klarer erkennbar ist, dass Sie dann sagen, Sie müssten sich jetzt beraten, als wenn Sie ihm ein Stichwort zuflüstern. Das ist für uns eben nicht erkennbar, ob es dann - -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, das ist kein Problem. Aber ich brauche nicht jede Stunde - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir kriegen das, glaube ich, gut hin. Ich wollte nur noch mal darauf hinweisen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich brauche als Zeuge hier nicht jede Stunde eine Pause.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: So. Entschuldigung, Herr Frieser, Herr Schuster, ich habe Sie unterbrochen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja, das nehmen wir persönlich. - Frag du nur weiter.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe nur noch zwei Verständnisfragen, Herr Edathy.

Ich habe noch mal das Protokoll gelesen Ihrer Aussagen in der Bundespressekonferenz. Das würde ich jetzt doch gerne noch mal von Ihnen klargestellt wissen wollen, jetzt bitte auch ohne den Humor, den ich zwar einmal ganz okay finde, aber zweimal nicht, wie viel hier so getrunken wird. Sie machen einerseits heute den Eindruck, als wenn das gar nicht so viel gewesen wäre, dass Sie mit dem Alkohol kein Problem hatten. In der Bundespressekonferenz haben Sie aber gesagt: Und ich habe in dieser Zeit, als das dann für mich persönlich einfach sehr schwierig war, vielleicht auch den einen oder anderen Abend zu viel getrunken.

Was stimmt denn jetzt? Also, Hartmann hat sich ja große Sorgen gemacht. Sie sagen dann: „Na ja, das ist ja hier im Schnitt“ oder eher: „Ich war drunter“, aber in der Pressekonferenz räumen Sie selber ein, dass das den einen oder anderen Abend doch sehr viel war.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ich halte das jetzt hier im Regierungsviertel für nicht ganz ungewöhnlich. Wenn ein sporadisch starker Alkoholgenuß dazu führt, dass man nicht glaubwürdig ist, dann dürfte das Vertrauen in mehr als die Hälfte des Bundestages in den Keller sinken.

Sehen Sie, ich habe das angesprochen, weil ich gefragt worden bin: Was könnte eigentlich Hartmann damit meinen, als er angekündigt hat, er wollte sich lange Zeit öffentlich nicht äußern, weil er dann etwas über meinen Zustand hätte sagen müssen? Sehen Sie, aber wenn jemand starke Sorge gehabt haben sollte, dass jemand zu viel trinkt - das hat er mir nie gesagt -, dann gehe ich nicht zu dem in die Wohnung, trinke eine Flasche Wein, und der trinkt zwei Bier.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Die Notwendigkeit professioneller Hilfe, die Herr Hartmann hier geschildert hat, über die er sich mit mehreren Kollegen ausgetauscht haben will, mündet aber zumindest darin, dass er gesagt hat oder uns schriftlich mitgeteilt hat, dass er das insbesondere mit den Abgeordneten Sören Bartol

und Burkhard Lischka so besprochen hat, also die Notwendigkeit professioneller Hilfe für Sie. Deshalb noch mal die Frage: Haben diese beiden, Sören Bartol oder Burkhard Lischka - oder/und -, sich in dieser Weise mit Ihnen mal unterhalten? Haben Sie das gespürt?

Zeuge Sebastian Edathy: Es war so, dass nach meinem Mandatsverzicht und dem Eintreten der öffentlichen Diskussion - - Da war ich noch in Dänemark. Das muss also in der ersten oder in der zweiten Woche - - Das war in der zweiten Wochen in Dänemark. Also, in der Woche vom 17. Februar 2014 hatte mich Sören Bartol kontaktiert, dessen Schwiegermutter wohl Psychologin ist, und da hatte er mir angeboten, ich könne mich an die wenden. Von dem Angebot habe ich keinen Gebrauch gemacht. Das war aber das einzige im weitesten Sinne medizinische Hilfsangebot, was mir gemacht worden ist: vor dem 10.02. keines und nach dem 10.02. dieses eine von Sören Bartol.

Herr Lischka hat sich nach meinem Zustand erkundigt. Da ging es aber nicht um Gesundheit, sondern um meine beruflichen Perspektiven. Das war Gegenstand unseres Telefonates gewesen. Und ich habe mit Verwunderung in einer Fernsehdiskussion gesehen, dass der Abgeordnete Karl Lauterbach behauptet hat, er habe mir Hilfe angeboten oder anbieten lassen.

Der Sachverhalt war der, dass Lauterbach - ich meine, eine Woche nach den Durchsuchungen - - Das muss ein Sonntag gewesen sein. Ich gucke keine Talkshows, deswegen weiß ich es nicht ganz genau. Das war eine Jauch-Sendung, wo er zu Gast war. Ich hatte Lauterbachs Telefonnummer nicht. Und Bartol hatte sich bei mir gemeldet - das kann ich auch belegen durch SMS-Verkehr -, Lauterbach wolle mit mir sprechen. Und das war für mich völlig klar: Lauterbach wollte mit mir sprechen über seinen Auftritt in der Sendung und nicht über medizinische Hilfe.

Ich habe dann die Funktelefonnummer bekommen von Lauterbach über Sören Bartol, habe Lauterbach mehrere SMS-Nachrichten geschickt, der dann aber, nachdem er sich erst mit mir telefonisch verabreden wollte, an dem Nachmittag des Sendungstages mir eine SMS schickte, das sei für



2. Untersuchungsausschuss

ihn besser, und er könnte unbefangener in der Sendung auftreten, wenn wir nicht telefonieren. Es ging zu keinem Zeitpunkt um annähernd so etwas wie medizinische Beratung. Warum er dann so was behauptet, was eindeutig nicht der Wahrheit entspricht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nur eine ganz kurze Zusatzfrage. Alle die wenigen oder die vielen, die unter Umständen Ihnen Signale gesendet haben oder mit denen Sie gesprochen haben - jetzt Herr Bartol zum Beispiel -: Gab es bei diesen Gesprächen auch mal eine Offenbarung von Ihnen in dem Sinne, was Sie uns alles schon offenbart haben? Hat irgendeiner von denen mal von Ihnen erfahren, vielleicht auch mit einem Schluck Wein zu viel, was da so hinter Ihnen liegt und dass Sie informiert waren etc.?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Ich habe darüber aus dem politischen Bereich nur mit Hartmann gesprochen. Ich habe natürlich mit meinem Anwalt gesprochen, mit Freunden gesprochen, aber mit keinem Mitglied meiner Fraktion zum Beispiel. Meiner Erinnerung nach war das halt so, dass Hartmann nach dem 15.11. mir mal am Rande einer Fraktionssitzung sagte, er wäre angesprochen worden von einigen Kollegen. Es sehe so aus, als ob es mir nicht so gut ginge. Eine davon leitet diesen Ausschuss.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das Fragerecht wechselt jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Mihalic, bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Bevor ich zu meiner ersten Frage komme, möchte ich noch eine Sache vorwegschicken, weil vorhin in der Befragung durch Sie, Frau Högl, auch die Irritation aufgetaucht ist, wann denn eigentlich im BKA die Prüfung stattgefunden hat, was ist jetzt Kategorie 1, was ist Kategorie 2. Soweit ich das jetzt noch mal habe nachvollziehen können, ist die allgemeine Prüfung tatsächlich im Jahr 2012 erfolgt. Aber das betraf ja noch nicht die Einzelfälle. Und der konkrete Fall Edathy - was ist da an Material, strafrechtlich oder nicht -, das ist ja erst alles nach der Entdeckung irgendwie sozusagen richtig in eine Akte sortiert worden, bzw.

man muss auf jeden Fall festhalten, dass die Einzelfallprüfungen und die Einzelakten ja erst sehr viel später angelegt worden sind und damit auch die Einzelfallzuordnungen.

Meine erste Frage bezieht sich aber auf eine Sache, die Herr Schuster Sie vorhin schon gefragt hat, Herr Edathy. Es geht um die Abläufe, wann Sie welche Informationen bekommen haben. Wir hatten ja vorhin Herrn Ziercke als Zeugen hier, und wir konnten ziemlich genau, wie ich finde - da mögen andere anderer Auffassung sein -, herausarbeiten, dass im BKA schon viele Informationen gelegen haben, auch zu einem Zeitpunkt, als die Akte das BKA schon verlassen hatte. Also natürlich wusste das BKA von der Kundenliste, die wussten von Gießen, die wussten, dass die Akte nach Celle abgegeben wurde, und die wussten auch, dass die Akte nach Hannover abgegeben wurde. Was aber zumindest nach meinen Informationen nicht der Fall gewesen ist: Sie wussten nicht - und jetzt komme ich auf das Telefonat zwischen Ihnen und Herrn Hartmann zu sprechen, was Sie vorhin angedeutet haben -, dass Hannover jetzt alle Register zieht, also diese Information von Ende Januar. Hat Herr Hartmann Ihnen wirklich definitiv gesagt, dass auch diese Information von Herrn Ziercke stammt?

Zeuge Sebastian Edathy: Das eine, was ich noch nachtragen will, was mir gerade einfällt, ist, dass es einen Zeitpunkt gab, wo mir Hartmann sagte, Ziercke habe ihm, also Hartmann, mitgeteilt, er habe im BKA absolute Verschwiegenheit vereinbart. Er hätte seine Mitarbeiter und alle, die davon Kenntnis hatten, dazu verdonnert, da nichts nach draußen zu tragen.

Ich habe jetzt nicht in Erinnerung, ob bei dem Telefonat - - Das war ein Telefonat. Das war offenkundig auch Hartmann zeitlich dringend, mir das mitzuteilen: Hannover will aktiv werden. Ich habe jetzt nicht konkret in Erinnerung, ob er bei diesem Telefonat gesagt hat: Das hat mir gerade Ziercke erzählt. - Aber es war zu keinem Zeitpunkt von einer anderen Informationsquelle die Rede, mit einer Ausnahme: Er hat mir mal gesagt, dass er, also Hartmann, um eine generelle Einschätzung zu bekommen, wie überhaupt in den Bundesländern umgegangen wird mit diesem Vorgang „Selm“ und mit den Kunden - - Das



2. Untersuchungsausschuss

heißt, ich finde irgendwie das etwas unglücklich, mit Kategorie 1 und 2 zu argumentieren, weil man damit unterstellt, 1 ist strafbar und 2 ist ein bisschen strafbar. Ich halte es eher für sinnvoll, zu sagen, legal und nicht legal, also: Wie wird in den verschiedenen Bundesländern eigentlich eingeschätzt, wie man mit Kunden, die legales Material bestellt haben, umgehen soll? Und da sagte mir Hartmann - ich kann jetzt nicht genau sagen, wann das war; Anfang des Jahres 2014, wahrscheinlich im Januar -, er hätte auch beim Präsidium des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz - da hätte er gute Verbindungen - mal nachgefragt: Wie wird das eigentlich bei euch gehandhabt?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Herr Ziercke sein Haus oder andere Mitarbeiter im BKA dazu verdonnert hat - so, wie Sie es gerade geschildert haben -, dass nichts nach außen dringt, das würde zumindest, was das BMI betrifft, auch zu der Anlage zur Führungsinformation Nr. 6 passen, die Sie vorhin vorgelegt bekommen haben, von Ende November. Als das BKA mitgeteilt bekommen hat, dass die Akte in Hannover liegt, da hat Herr Ziercke die Weisung herausgegeben, dass diese Information nicht ans BMI übermittelt wird. Das könnte zumindest in dem Zusammenhang irgendwie schon schlüssig sein.

Aber Herr Hartmann hat Ihnen gegenüber - außer, dass er da beim Landespolizeipräsidium irgendwie nachgefragt hat - keine anderen Quellen erwähnt? Ich frage deswegen noch mal so genau nach, weil Sie vorhin auch noch gesagt haben, dass Herr Hartmann Ihnen gegenüber angegeben hat, so ungefähr 20 bis 30 Leute im BKA waren darüber informiert. Aber hat er auch Leute erwähnt, die außerhalb des BKA irgendwie damit zu tun hatten? Die Frage, die sich mir einfach stellt, ist: Woher kommt diese Information? Ich sage jetzt mal: offensichtlich aus dem BKA nicht. Woher kann Hartmann die gehabt haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Da müsste ich jetzt spekulieren. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das vielleicht doch möglicherweise auf informellem Weg Kenntnislage war beim BKA. Ich habe jetzt selber keinen Anlass, davon auszugehen. Die Sensibilität der Thematik war Hartmann natürlich klar. Dass er jetzt selber irgendwie, wenn er sich auf

Ziercke bezogen hat, noch weitere Personen kontaktiert hat, um, was meinen konkreten Fall betrifft, Informationen einzuholen, das kann ich mir eigentlich nur schwer vorstellen.

Woran ich mich erinnere, ist, dass mir Hartmann sagte, Ziercke habe sich sehr negativ geäußert über einen Telefonkontakt zu Thomas Oppermann. Ich habe Hartmann übrigens - da will ich mich nicht genau festlegen, aber ich meine, dass es so gewesen ist - so verstanden, dass es sich um mehrere Telefonate gehandelt haben soll.

Ich habe übrigens in der *Bild*-Zeitung vom 16. Dezember - das ist heute noch online; ich habe mich gewundert, dass das keiner aufgegriffen hat - - Da gibt es eine Schlagzeile oder eine Bildunterzeile: „... Oppermann ... telefonierte mehrfach ... mit ... Ziercke“.

Vielleicht gucken Sie das mal nach. Wenn Sie bild.de aufrufen, den 16.12., dann finden Sie das heute noch. Da ist niemand gegen eingeschritten; das hat niemand aufgegriffen. Ich fand das interessant, wollte das nur als Hinweis noch mal geben.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das Telefonat zwischen Oppermann und Ziercke wird hier sicherlich noch öfter Thema im Untersuchungsausschuss sein.

Zeuge Sebastian Edathy: Die Frage ist, ob es halt nur eines war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herrn Ziercke haben wir ja vorhin danach befragt. Insofern bringt es, glaube ich, wenig, da noch gezielter nachzufragen. Aber dazu kommen wir wahrscheinlich noch.

Ich komme noch zu einem anderen Punkt, und zwar: Es gibt einen *Focus*-Artikel vom 15.12.2014, aus dem hervorgeht, dass Sie am 10. Dezember - - Ich zitiere das jetzt einfach mal aus dem Artikel:

Am 10. Dezember tippte der Nutzer

- damit sind Sie gemeint, Herr Edathy -



2. Untersuchungsausschuss

in die Suchmaske „Azov Ziercke“. Jörg Ziercke war damals Chef des Bundeskriminalamts (BKA). Eine Minute später lautete die Suchkombination „BKA Operation Spade“.

Das war am 10. Dezember.

Jetzt haben Sie vorhin gesagt, dass Sie auch von Herrn Hartmann darüber informiert worden sind, dass Ziercke seine Quelle ist. Sie haben gesagt, das war im Dezember, wenn ich mich richtig erinnere. Können Sie noch den genauen Zeitpunkt erinnern, wann Herr Hartmann Ihnen gesagt hat, Ziercke sei sein Informant?

Zeuge Sebastian Edathy: Dezember ist auf jeden Fall richtig. Datumsmäßig kann ich das jetzt nicht weiter eingrenzen. Es war jedenfalls so, dass ich da sehr erstaunt war. Es war jedenfalls nicht im November, und es war auch nicht erst im Januar; es war im Dezember.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage ja deshalb: Hat Sie das - - Hat Sie diese Information oder - -

Zeuge Sebastian Edathy: Das Problem, was ich habe, ist natürlich, dass das angebliche Aufrufen von Seiten und das angebliche Suchen nach bestimmten Begriffen auch den Aspekt des Verfahrens vor dem Landgericht Verden berührt. Insofern sehe ich mich jetzt hier außerstande, dazu etwas zu sagen, ob diese Eingaben tatsächlich von mir gemacht worden sind.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist sowieso um.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber Sie bekommen gleich noch welche. - Jetzt ist die SPD dran. Herr Grötsch, bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Herr Edathy, ich gehe noch mal bei meiner ersten Frage zurück auf Ihr Eingangsstatement. Das ging mir in einem Punkt etwas zu schnell, der mir unbekannt war. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie eingangs erwähnt, dass Ihr Fall auch Gegenstand der Nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt war. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Sebastian Edathy: Das ergibt sich aus einem mir zufällig bekannten Protokoll einer der Sondersitzungen des Innenausschusses von Anfang 2014.

Uli Grötsch (SPD): Ah, das ist mir so nicht bekannt. Ich würde Sie bitten, dass Sie das noch mal ausführen, wie Ihr Fall - - Ich kann es mir im Moment nicht erklären, wie Ihr Fall Gegenstand der Nachrichtendienstlichen Lage wäre.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich kann Ihnen ja jetzt nicht ein Protokoll vorlegen, was ich nicht haben darf. Also lesen Sie einfach mal nach! Das war die Sitzung im Innenausschuss, bei der Staatssekretär, der damalige BMI-Staatssekretär, Fritsche als Zeuge ausgesagt hat.

Uli Grötsch (SPD): Ja, werden wir tun.

Zeuge Sebastian Edathy: Wäre ja nicht schlecht.

Uli Grötsch (SPD): Herr Edathy, woher haben Sie denn das Protokoll, das Sie gar nicht haben dürfen?

Zeuge Sebastian Edathy: Tja, woher hat die Presse Unterlagen des Untersuchungsausschusses?

Uli Grötsch (SPD): Das ist keine Antwort auf meine Frage.

Zeuge Sebastian Edathy: Doch, natürlich ist das eine Antwort. Vielleicht sind Sie noch nicht lange genug dabei, aber die Frage ist einfach absurd.

Uli Grötsch (SPD): Ich stelle fest, dass Herr Edathy dazu keine Aussage macht, dass er dazu nicht antwortet.

Gut, wir gehen weiter. Ich möchte gerne noch zum Thema Kommunikation mit Michael Hartmann, SMS-Verkehr usw. fragen. Sie hatten uns in der letzten Sitzung erörtert, dass Sie in Sorge waren, dass Ihr Telefon abgehört wird. In der letzten Sitzung haben Sie ausgesagt:



2. Untersuchungsausschuss

Das heißt, ich musste natürlich davon ausgehen, dass, wenn da irgendwas Verdecktes gegen mich läuft - konnte ich ja nicht ausschließen -, keine Ahnung: Machen die irgendwie Vorermittlungen? - - Ob das jetzt rechtmäßig gewesen wäre, mich abzuhören, oder nicht, will ich mal dahingestellt sein lassen. Meine Erfahrung aus dem Bereich der Innenpolitik der letzten Jahre ist allerdings, dass die Tatsache, dass etwas möglicherweise nicht legal ist, nicht heißt, dass es nicht trotzdem stattfindet.

Zeuge Sebastian Edathy: Korrekt.

Uli Grötsch (SPD): Deshalb haben Sie einen Teil Ihrer Kommunikation mit Herrn Hartmann über dessen Kryptohandy geführt, und deshalb haben Sie sich eben dieses zweite Prepaidhandy besorgt.

Dieses Kryptohandy, das hatte Michael Hartmann ja aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Parlamentarischen Kontrollgremium zur Verfügung gestanden. Verschlüsselt war die Kommunikation ja trotzdem nicht, weil Sie mit Ihrem Kryptohandy nicht verschlüsseln konnten, zumindest nicht auf die Art und Weise, wie es Herrn Hartmann möglich war. Und Sie hatten dann gesagt, dass es aber trotzdem so eine Art Verschlüsselung war, weil es ein Agreement gebe. Warten Sie, ich darf Ihnen das mal vorlesen, was Sie dazu in der letzten Sitzung gesagt haben:

... es gibt ein Agreement im PKGr, dass auch, wenn Sicherheitsdienste irgendwas erfahren, was an Kommunikation bezüglich dieser Mitglieder des Gremiums,

- PKGr -

der Handys der Mitglieder angefallen ist,

- also in diesem Fall des Kryptohandys von Michael Hartmann -

es gibt ein Agreement zwischen den Behörden und der Kommission, dass das nicht verwertet wird.

Herr Hartmann soll Ihnen also gesagt haben, es gebe eine Vereinbarung, der zufolge Sicherheitsbehörden diese Erkenntnisse aus dem Kryptohandy nicht verwenden würden.

Ich fand das in der letzten Sitzung schon etwas seltsam und war deshalb so frei und habe mich beim Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums erkundigt, wie es sich damit verhält. Ich habe die Antwort erhalten, dass weder beim Kontrollgremium noch beim Bundeskanzleramt dazu irgendwelche Erkenntnisse vorliegen - was mich, ehrlich gesagt, auch etwas gewundert hätte. Soll ich Ihnen die Antwort des PKGr-Vorsitzenden mal vorlegen lassen?

Zeuge Sebastian Edathy: Können Sie gerne machen. Dass das nicht offiziell irgendwo dokumentiert wird, ist mir schon relativ klar.

Uli Grötsch (SPD): Aha.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, sicher. Ich meine, Herr Hartmann - - Also, der Vorschlag, den eher sensibleren Teil unserer Kommunikation über seine PKGr-Nummer zu führen, der kam von Michael Hartmann. Für mich war es natürlich gar nicht möglich, mir zumindest auf die Schnelle so ein Kryptohandy selber zu besorgen. Das heißt objektiv, weil einer der Kommunikationsbeteiligten gar nicht die Verschlüsselung hatte, hatten wir natürlich keine absolut sichere Kommunikation. Aber das, was mir Michael Hartmann sagte, war, das wäre trotzdem sinnvoll, weil es - ob das jetzt für den ganzen Ausschuss ein Agreement ist oder ihm das zugesichert worden ist - so sei, dass die Kommunikation, die er von diesem PKGr-Handy aus führt, dass die nicht von den Diensten verwendet wird.

Uli Grötsch (SPD): Also, wenn ich es mir mal - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es habe, hat er mir - - Das ist vielleicht ganz interessant - das fand ich nicht lustig, aber interessant -: Es habe mal einen Fall gegeben, da habe das Mitglied des PKGr



2. Untersuchungsausschuss

Hans-Christian Ströbele ein Gespräch zu Extremisten in Afghanistan aufgebaut, die dann anschließend bombardiert wurden. Da das insgesamt nicht so gut gefunden worden sei vom PKGr, habe man dann daraufhin, zumindest was die deutschen Dienste betrifft, eine Regelung gefunden, die möglicherweise informeller Natur ist. Das hat mich gar nicht interessiert: Ist das mal verschriftlicht worden oder nicht? - Er hat mir einfach gesagt: Wenn ich mit dir, Sebastian, über dieses Handy von mir kommuniziere, dann können wir davon ausgehen, dass das intern bleibt.

Uli Grötsch (SPD): Ja, das wäre ein starkes Stück, wenn das so gestimmt hat. Und wenn ich es mir so vorstelle, dann würde das also so aussehen, dass womöglich Ihr Handy abgehört hätte werden können - nicht das Kryptohandy, sondern Ihres. Dann hätte Herr Hartmann mit Ihnen über Kryptohandy telefoniert. Das wäre dann irgendwo in den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft oder einer Polizeidienststelle aufgefallen. Dann wäre dieser SMS-Verkehr Teil der Ermittlungsakten geworden. Irgendwann, ziemlich bald wahrscheinlich, hätte man den Anschlussinhaber ermittelt, mit dem Sie kommuniziert haben. Dann wäre Herr Hartmann eben bekannt geworden. Und irgendwann hätte dann mal ein Nachrichtendienst mitbekommen: Moment, das ist ein Kryptohandy. Das steht denen als Mitglied des PKGr zu, und wir haben mit dem Kanzleramt eine Vereinbarung: Die Sachen, die damit kommuniziert werden, die dürfen nicht verwertet werden; das hatte das PKGr mit dem Kanzleramt so vereinbart. - Ich stelle mal fest, dass das schon etwas abenteuerlich wäre. Ich weiß nicht, wenn Herr Hartmann Ihnen gegenüber das wirklich so gesagt haben sollte, ob er Ihnen da keinen Bären aufgebunden hat.

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, was war denn - -

Uli Grötsch (SPD): Das ist keine Frage, die ich Ihnen stelle, sondern das stelle ich mal so fest. Ich hätte aber noch eine andere Frage.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, aber dazu würde ich dann schon was sagen dürfen, Herr Grötsch.

Uli Grötsch (SPD): Dann sagen Sie mal.

Zeuge Sebastian Edathy: Der Vorschlag kam von Hartmann, wie gesagt, mit dem Argument, was ich Ihnen genannt habe. Was für einen Grund hätte er denn haben sollen, mit mir da über eine andere Nummer zu kommunizieren? Wir haben ja beide genutzt - wie gesagt: für die sensibleren Dinge halt -, wo ich wegen der mangelnden Speicherkapazität diese Nachrichten nicht mehr habe, auch nicht die Kommunikation mit dem Rechtsanwalt, die ich da geführt habe. Das war halt so, wie er mir das - - Das war seine Begründung dafür, dass er sagte, das sei ein sichererer Weg, unabhängig von der Frage, ob andernfalls es überhaupt rechtlich zulässig gewesen wäre, Abhörmaßnahmen zu erbringen; aber ich habe das halt theoretisch nicht ausschließen können. Dann war mir dieser Vorschlag von Herrn Hartmann einfach auch sehr recht.

Uli Grötsch (SPD): Aber die Geschichte wäre ja schon wirklich eine verwegene gewesen. Haben Sie nie in Erwägung gezogen, dass Herr Hartmann Ihnen solche Sachen wie: „Wir machen das jetzt mal ganz geheim mit dem Handy; ich habe da eine Sache, da können wir ganz geheim dann kommunizieren“, erzählt, damit Sie einfach beruhigt sind und um Ihnen irgendwie beizuspringen, um Sie zu beruhigen in der Situation?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, er hat ja hier wohl im Ausschuss behauptet, er hätte mir nie Informationen geliefert. Warum ich dann mit ihm zwei Monate in der Sache in Kontakt stehen soll und dann auch noch über zwei Nummern, erschließt sich mir nicht.

Uli Grötsch (SPD): Nein, ich frage ja nach der Zeit, in der Sie eben mit Prepaidhandy und Kryptohandy kommuniziert haben, ob Sie in der Zeit nicht in Erwägung gezogen haben, dass Herr Hartmann Ihnen diese Sache mit Kryptohandy, Prepaidhandy vielleicht so erzählt, damit Sie einfach beruhigt sind und sich denken, das wird jetzt schon wieder.

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, was heißt „beruhigt“? Für mich war doch entscheidend, informiert zu werden. Wenn er den Vorschlag nicht gemacht hätte, wir nehmen ein anderes Handy, was seine Seite betrifft, dann hätten wir halt alles



2. Untersuchungsausschuss

über sein normales Handy abgewickelt; aber das wollte er halt nicht.

Uli Grötsch (SPD): Also hat er darauf bestanden, das so zu machen?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Uli Grötsch (SPD): Das halten wir so fest.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war seine Idee, sein Vorschlag. Das war nicht, dass ich angeregt habe: Du hast noch eine andere Nummer. - So war das nicht, sondern es war sein Vorschlag.

Uli Grötsch (SPD): Aber dass es - -

Zeuge Sebastian Edathy: Und ehrlich gesagt: Ich kenne Michael Hartmann, seitdem er 2002 in den Bundestag eingezogen ist, und ich habe keinen Anlass gesehen, an dem, was er mir gesagt hat, zu zweifeln.

Uli Grötsch (SPD): Aber dass es eine ziemlich verwegene Geschichte war, dass die Kommunikation mit diesem Kryptohandy in Strafverfahren nicht verwendet werden dürfte, dem würden Sie schon zustimmen?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja. Ich habe ihm - - Es war auch so, dass ich selber ja nicht wusste, ob meine Kommunikation überwacht wird, und er hat mir mitgeteilt, er hätte aus dem BKA die Information, das BKA würde keine Maßnahmen verdeckter Art gegen mich am Laufen haben. Aber das konnte natürlich für andere Behörden nicht zwingend ausgeschlossen werden. Und wir haben halt - - Seine Aussage war, das gilt für die zentralen Dienste des Bundes, ja.

Uli Grötsch (SPD): Hatten Sie nicht in der letzten Sitzung erwähnt, dass Ihr Anwalt Ihnen die Kommunikation via Prepaidhandy geraten hat, um sich sicher sein zu können, dass Sie vertraulich kommunizieren können?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, für die Kommunikation mit meinem Anwalt, ja.

Uli Grötsch (SPD): Sodass das sozusagen einfach gut zueinander gepasst hat, dass Sie dann mit

Herrn Hartmann und mit Ihrem Anwalt unbenutzt kommunizieren konnten?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, aber ich hätte - - Herr Grötsch, wenn Herr Hartmann den Vorschlag nicht gemacht hätte, dass wir für sensible Kommunikationsvorgänge sein PKGr-Handy und die Verbindung nutzen, dann hätte ich halt mit meinem Prepaidhandy mit seinem normalen Handy - - Dann hätte ich sozusagen die Kommunikation, die ich mit meinem iPhone ihm gegenüber, die ich ja dokumentiert habe, geführt habe, halt mit dem Prepaid gegenüber seinem normalen Telefon praktiziert.

Uli Grötsch (SPD): Meine nächste Frage ist, wenn Sie dann so vorsichtig waren, was Ihre Kommunikation, gerade Ihre SMS-Kommunikation, angeht, wieso Sie auf Ihrem iPhone - die Nummer des iPhones, so hatten Sie letztes Mal gesagt, stand sogar im Telefonbuch - dann den ganzen SMS-Verkehr, den Sie auf Ihrem iPhone gespeichert hatten, abgespeichert haben, obwohl Sie in Sorge waren, dass Ihr iPhone abgehört wird und dass Sie darüber nicht mehr frei kommunizieren können.

Zeuge Sebastian Edathy: Also, SMS-Nachrichten wie: „Z. hat ...“ usw. haben wir halt nicht über das iPhone von mir abgewickelt. Das war dann aber klar. Das war für uns klar: Wir müssen eine differenzierte Kommunikation da an den Tag legen. Das, was ich noch habe an Austausch mit Michael Hartmann, ist nichts, wo ich Sorgen hatte, falls das mal beschlagnahmt werden sollte, das könnte mir negativ ausgelegt werden.

Uli Grötsch (SPD): Na ja. Sie haben letztens, -

Zeuge Sebastian Edathy: Ich hatte ja auch gar kein Interesse daran - -

Uli Grötsch (SPD): - am 18. Dezember, gesagt: „Die Sache war natürlich sensibel.“ So haben Sie es gesagt. Und ich denke mir: Wenn Sie eben in Sorge waren, dass Ihr Handy abgehört wird, und Sie mit Michael Hartmann zu dem ganzen Thema ja kommuniziert haben, dann wundere ich mich einfach, dass Sie diese Nachrichten, also zu diesem Thema eben - zum ganzen Lauf Ihrer Akte, zu den bevorstehenden Durchsuchungen, wie Sie



2. Untersuchungsausschuss

das dargestellt haben -, dann im iPhone belassen und nicht gelöscht haben, wenn Sie - -

Zeuge Sebastian Edathy: Wo habe ich denn eine SMS vorgelegt, in der von bevorstehenden Durchsuchungen die Rede ist?

Uli Grötsch (SPD): Nein, aber das waren ja -

Zeuge Sebastian Edathy: Das haben Sie doch gerade gesagt, Herr Grötsch.

Uli Grötsch (SPD): - SMS, die Ihrer Darstellung nach im Zusammenhang mit dem Verfahren, mit dem drohenden Verfahren gegen Sie, zu sehen sind.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Wir haben - - Das war dreigestuft im Grunde genommen. Wir haben die Kommunikation - telefonisch, SMS -, die uns nicht wirklich problematisch erschien, über, was mich betrifft, das iPhone abgewickelt, und wir haben alles andere über mein Prepaidhandy abgewickelt, -

Uli Grötsch (SPD): Okay, lassen wir das mal so stehen.

Zeuge Sebastian Edathy: - wo ich auch die Erwartung hatte, dass, wenn irgendeine Sicherheitsbehörde, sehr wahrscheinlich illegalerweise dann - - aber wenn da eine Maßnahme kommt, das würde einige Wochen dauern, bis die auf den Trichter kommen, dass ich mir da ein anderes Gerät zugelegt habe.

Uli Grötsch (SPD): Ja, lassen wir das mal so stehen. - Darf ich fragen, wie lange ich noch habe?

RD Norman Plaster (BT): Knapp drei Minuten.

Uli Grötsch (SPD): Dann mache ich in der nächsten Runde weiter. - Danke.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Tempel, Sie sind wieder dran. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön. - Ich habe eigentlich jetzt noch auf die Frage gewartet,

ob Sie auch mit dem Verschwinden des Krypto-handys zu tun haben, aber ich verzichte auf diese Frage.

Zeuge Sebastian Edathy: Bitte?

Frank Tempel (DIE LINKE): Das war nicht ganz ernst gemeint. Ich habe gesagt, ich erwartete jetzt fast noch die Frage, ob Sie auch mit dem Verschwinden des Kryptohandys zu tun haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage das aber nicht.

Zeuge Sebastian Edathy: Okay.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich möchte auf einen anderen Komplex eingehen, mit der Krankschreibung. Ihre Glaubwürdigkeit wurde in der letzten Sitzung - das hat hier auch heute schon mehrfach eine Rolle gespielt - auf die Kommunikation bezogen, dass man sich sehr viele Sorgen um Ihren gesundheitlichen Zustand gemacht hat. Sie haben ja nun auch ein ärztliches Attest. Wenn ich mich recht entsinne, haben Sie vorhin gesagt, am 20. Dezember waren Sie beim Arzt. Am 6. Dezember müssten Sie das Schreiben an den Bundestagspräsidenten abgeschickt haben, ein Attest über die vorläufige Arbeitsunfähigkeit bis zum 28. Februar 2014, und dies auch Ihrer Fraktion mit der Bitte an die zuständige Geschäftsführerin mitgeteilt, Sie für diesen Zeitraum von den Gremiensitzungen zu entschuldigen. Diese Mitteilung ist wohl am 8. Januar 2014 bei Ihrer Fraktion eingegangen. Ist das so richtig?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe jetzt - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Gut. Also Krankschreibung am 20. Dezember?

Zeuge Sebastian Edathy: Okay, ja. Ich war am 20. Dezember am Nachmittag bei meinem Hausarzt, habe meinem Hausarzt gesagt - wir sind per du -: Karl, kannst du mir eine Krankschreibung geben bis Ende Februar? Ich bin irgendwie ziemlich ausgebrannt und brauche mal ein bisschen Ruhe; ich brauche eine Ruhepause.



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich brauche nicht - - Ich möchte auf etwas anderes hinaus. Nicht das ganze Zustandekommen des Attests, bitte.

Zeuge Sebastian Edathy: Der Grund war - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Das geht mir von der Zeit ab.

Zeuge Sebastian Edathy: Ist klar. Aber Sie können ja noch beliebig viele Runden machen. - Der Grund für die Krankschreibung war, dass ich ein Argument haben wollte in Berlin, um nicht ständig in irgendwelchen Gremiensitzung mich aufzuhalten. Der letzte Tag, wo ich im Bundestag war, war der, wo unsere Staatssekretäre benannt worden sind, die Ministerbesetzung, und der engere Fraktionsvorstand gewählt worden ist. Ich war bei der Wahl zum Beispiel der Fraktionsvizes gar nicht mehr da - da war ich in der Wohnung -, weil ich mir das nicht antun wollte, unter anderem mutmaßlich ständig gefragt zu werden: Was ist eigentlich mit dir? Warum wirst du nichts? - Für mich war ja klar: Es ist noch offen, ob da jetzt wirklich gegen mich vorgegangen wird oder nicht. Aber es war auch klar: Die Karriereplanung kann von mir eingestellt werden. Um dann nicht ständig mit der Frage konfrontiert zu werden: „Was ist eigentlich los?“, -

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich wollte jetzt nicht auf Ihre Motivation dazu hinaus.

Zeuge Sebastian Edathy: - habe ich mich halt krankschreiben lassen. Das war der Grund.

Frank Tempel (DIE LINKE): Sie sagen ja, 15 Jahre Angehörigkeit zur Fraktion. Haben Sie in dieser Zeit mal erlebt, dass sich ein Abgeordneter Ihrer Fraktion über einen längeren Zeitraum krankmeldet? Wie wurde in der Fraktion damit umgegangen? Haben sich Fraktionsführungen dazu geäußert? Haben Sie einen vergleichbaren Fall in der Fraktion erlebt?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, es kommt oder kam schon mal vor, dass aufgrund der persönlichen Lebenssituation oder eines krankhaften Ereignisses jemand längere Zeit ausfällt, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wie ist man in der Fraktion damit umgegangen?

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist dann nicht Thema in der gesamten Fraktion, sondern das ist dann Angelegenheit der Fraktionsführung - nehme ich mal an, dass da irgendwie Rücksprache gehalten wird oder man sich nach dem Befinden erkundigt. Das war nun bei mir nicht der Fall.

Mir fällt übrigens gerade noch eine Sache ein, die ich, glaube ich, noch nicht erzählt habe, die ich also nicht für so wichtig hielt. Ich war ja vorgesehen - hatte das auch angemeldet - für einen Sitz im Innenausschuss. Das ist auch bewilligt worden; das war auch gar keine Diskussion. Ich habe dann aber der Parlamentarischen Geschäftsführerin, die für Postenbesetzung bei der SPD-Fraktion zuständig ist, Frau Ernstberger, über einen Referenten mitteilen lassen, ich stünde für meinen regulären Sitz nicht zur Verfügung, und Frau Ernstberger ist auch ins Bilde gesetzt worden, dass das deshalb der Fall ist, weil möglicherweise strafrechtlich auf mich was zukommt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja. Und wir vergessen jetzt einfach mal ganz kurz, was Herr Hartmann Ihnen geschildert haben soll zu Informationsständen von Herrn Oppermann, von Herrn Gabriel usw., sondern nehmen einfach mal, was öffentlich geäußert wurde: dass sie zwar über Herrn Friedrich die Information hatten, dass gegen Sie Ermittlungen laufen, aber offiziell nicht davon in Kenntnis gesetzt waren, dass Sie darüber informiert sind, und schon gar nicht den Auftrag dazu gegeben haben. Trotzdem hat sich aber keiner aus der Fraktionsführung, sagen Sie, bei Ihnen erkundigt, obwohl das eigentlich dem üblichen Verfahren in der Fraktion entsprochen hätte, wenn Sie sich für mehrere Wochen, zwei Monate, krankmelden.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich kann nicht beurteilen, was das übliche Verfahren ist.

Frank Tempel (DIE LINKE): Können Sie nicht?

Zeuge Sebastian Edathy: Es gab jedenfalls keine Nachfrage.



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat sich irgendjemand anderes nach dieser Krankschreibung aus der Fraktion bei Ihnen erkundigt, was genau wäre, ob Hilfe notwendig wäre? Ist irgendeine Reaktion auf diese Krankschreibung erfolgt?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Meiner Erinnerung nach - - Doch, ich habe, glaube ich, auf Facebook eine Nachricht bekommen von einem neuen Fraktionsmitglied der SPD, der irgendwie mir gute Besserung gewünscht hat, ja. Das ist wohl - - Ach so, was ich auch weiß, ist, dass in meiner Landesgruppe das bekannt gegeben worden ist, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber eine Reaktion auf Sie kam also nicht?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe ein Genesungsschreiben von dem SPD-Abgeordneten Matthias Miersch bekommen. Das war so eine Postkarte, glaube ich.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage nur, weil - -

Zeuge Sebastian Edathy: Und von Frau - - von der Landesgruppenvorsitzenden Niedersachsen der SPD-Fraktion; das war damals noch die heutige Staatssekretärin Lösekrug-Möller. Die hat mir auch einen Brief geschrieben.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich wollte nur vergleichen, weil in meiner Fraktion würde definitiv ein Anruf vom Fraktionsvorsitzenden kommen. Deswegen wollte ich mal wissen, wie das in der SPD-Fraktion in solch einem Fall läuft. In der - -

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, der wusste ja auch, dass es nicht um Krankheit geht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Er wusste aber offiziell nach eigenen Verlautbarungen nicht, dass Sie darüber informiert sind, dass gegen Sie was läuft - nach seinen Verlautbarungen.

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, ich kann mich ja nur beziehen auf das, was mir Herr Hartmann sagt, und Herr Hartmann sagte mir an einem bestimmten Zeitpunkt, dass Oppermann davon ausgeht, dass Hartmann mit mir in der Sache in Kontakt steht, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also verstehe ich Sie so: Wenn Sie den Mitteilungen, die Ihnen Herr Hartmann gemacht hat, Glauben schenken, dann ist das Verhalten der Fraktionsführung durchaus logisch nachvollziehbar, sich nicht zu melden?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, da nicht nachzufragen, weil man eigentlich, zumindest der Fraktionsvorsitzende, weiß, warum ich mich habe krankmelden lassen - ja, dann fragt man halt nicht nach, klar.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wissen Sie noch, an welche Geschäftsführerin Ihrer Fraktion Sie diese Mitteilung geschickt hatten?

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Ernstberger.

Frank Tempel (DIE LINKE): Frau Ernstberger. Können Sie noch mal erklären - das hatten Sie jetzt so am Rand - diese Äußerung auch mit dem Innenausschuss, das noch mal terminieren, und auch diese Äußerung, dass sie das in den Zusammenhang - nicht, dass ich das jetzt falsch verstanden habe - mit den strafrechtlichen Ermittlungen gestellt hat?

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Ernstberger ist eine der Sprecherinnen eines Arbeitskreises, eines Flügels der SPD-Fraktion, einer Gruppierung innerhalb der SPD-Fraktion, und mein früherer Büroleiter ist seit einiger Zeit der Leiter des Sekretariats dieser Gruppe. Und in meinem Auftrag hat mein früherer Büroleiter, jetziger Referent der Seeheimer, Frau Ernstberger in einem Vieraugengespräch mitgeteilt, dass sie mich bitte für weitere Personalplanungen erst mal nicht berücksichtigt und dass ich mein Vollmandat im Innenausschuss nicht wahrnehmen werde. Ich bin dann, glaube ich, auch irgendwie als Vize dann, irgendwie stellvertretendes Mitglied - - Dann gab es eine Nachfrage von ihr, warum. Dann hat er ihr gesagt - so hat er es mir erzählt, dass er Frau Ernstberger unterrichtet hat -, da könnte etwas öffentlich werden, was zu einem Mandatsverzicht führt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wann?

Frank Tempel (DIE LINKE): Zumindest eingrenzen.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Das könnte ich nachgucken. Da müsste ich jetzt um Unterbrechung bitten. Das kann ich relativ genau zeitlich eingrenzen, wenn ich mal kurz gucken darf.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, das passt jetzt ganz gut. Wir warten das ab. - Herr Tempel, das war sowieso die letzte Frage. - Sie haben Gelegenheit, das jetzt zu prüfen, dann noch kurz darauf zu antworten, und dann ist die CDU/CSU-Fraktion dran.

(Der Zeuge schaut auf sein Mobiltelefon)

Zeuge Sebastian Edathy: Okay. Also, ich habe diesem Referenten - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Moment, wir brauchen wieder die Aufmerksamkeit. Entschuldigung.

Zeuge Sebastian Edathy: Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir haben ein bisschen geschwätzt. So, jetzt wieder volle Aufmerksamkeit. - Herr Edathy, Sie haben das Wort.

Zeuge Sebastian Edathy: Am 9. Januar schreibe ich eine SMS an den Referenten der Seeheimer: Hast du Petra Ernstberger informiert, dass sie mich wegen Arbeitsunfähigkeit ausschussmäßig nicht einplant? - Das war Anfang Januar.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Entschuldigung, darf ich noch mal ganz kurz nachfragen, damit wir das klar haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie haben jetzt gesagt „krankheitsmäßig“ - dass Petra Ernstberger Sie nicht krankheitsmäßig für die weitere Ausschussplanung einteilen sollte. Eben hatten Sie - oder ich habe das falsch verstanden; deswegen frage ich noch mal nach - gesagt, dass auch Petra Ernstberger darüber informiert war, dass Sie an der Ausschussverteilung nicht teilnehmen möchten, weil strafrechtlich etwas auf Sie zukommt. Können wir das noch mal klarstellen?

Zeuge Sebastian Edathy: Weil etwas passieren könnte, was zu einem Mandatsverzicht führt, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das hat dann Ihr Büroleiter Petra Ernstberger auch mitgeteilt?

Zeuge Sebastian Edathy: Mein ehemaliger Büroleiter und jetziger Referent der Seeheimer, ja.

(Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch Anfang Januar?)

- Das war dann in dem Zeitraum, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dann fangen wir mal an, das noch mal auseinanderzunehmen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also, es gab die Informationen: erstens Krankheit, zweitens die Frage strafrechtlicher Konsequenzen, die gegebenenfalls zum Mandatsverzicht führen. Jetzt bitte noch einmal ganz konkret die Zeitabläufe: Wer hat aus Ihrer Sicht das wann gewusst? Frau Ernstberger über Ihren ehemaligen Büroleiter, und zwar Anfang Januar?

Zeuge Sebastian Edathy: Davon gehe ich aus, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie es bitte noch mal im Zusammenhang schildern? Ich habe es jetzt wirklich nicht verstanden.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Sie hat wohl nachgefragt: Was ist jetzt? Ist damit zu rechnen, dass er irgendwie zurückkommt? - Und dann hat er ihr bedeutet: Es kann durchaus sein, dass das Mandat endet wegen einer - - Dann hat sie nachgefragt: Wegen einer Sache, die für die Fraktion in der öffentlichen Darstellung problematisch sein könnte? - Das hat er bejaht, so er mir gegenüber. Ich habe mit Frau Ernstberger selber nicht das Gespräch geführt.

Michael Frieser (CDU/CSU): Anfang Januar. Nach Ihrer Erinnerung wusste sie es aber bereits im Dezember?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Jetzt konkret was?

Michael Frieser (CDU/CSU): Wusste sie im Dezember - -

Zeuge Sebastian Edathy: Dass möglicherweise ein Mandatsverzicht kommt?

Michael Frieser (CDU/CSU): Nur durch die - - Das wusste sie ja nur durch die Krankmeldung.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe das nach der Krankmeldung für angemessen gehalten, auch weil dann klar war, die Ausschüsse würden sich konstituieren, um einfach die Arbeitsfähigkeit der innenpolitischen Arbeitsgruppe sicherzustellen, dass eine Nachbesetzung erfolgen kann für mich. Dann hat sie wohl nachgefragt, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dann bleiben wir doch bei dem interessanten Kreis „mögliche Karriereplanung“. Interessant ist schon auch der Punkt: Gab es denn aus der Zeit heraus, als Sie noch im Land eine interessante Perspektive hatten, die Möglichkeit, sich dort mal mit den jeweiligen Repräsentanten in irgendeiner Art und Weise um die Koalitionsverhandlungen herum zu unterhalten? Also, haben Sie mal mit dem Ministerpräsidenten Stephan Weil über die Frage Ihrer Funktion, Ihrer Tätigkeiten gesprochen? Da gab es ja doch eine relativ enge Zusammenarbeit auch während des NSU-Untersuchungsausschusses. Gab es mal einen Kontakt mit Landesminister Pistorius über die Fragen, wie Sie sich Ihre weitere politische Zukunft gegebenenfalls auch im Land vorstellen könnten?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Michael Frieser (CDU/CSU): Zu keiner Zeit?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Ich hatte - das hatte ich, glaube ich, auch am 18.12.2014 schon erwähnt - unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause 2013, also bevor die ganze Sache überhaupt Thema war, ein Gespräch gehabt mit Sigmar Gabriel, wo ich ihn auch gebeten hatte, mich zu unterstützen, wenn es in der neuen Wahlperiode darum geht, interessante Aufgaben für die SPD personell zu besetzen, und ich hatte -

das war für mich der naheliegende Ansprechpartner als damaliger Erster Parlamentarischer Geschäftsführer - ja Anfang November das Gespräch mit Thomas Oppermann. Ich habe aber nach dem 15.11., nach dem Gespräch mit Michael Hartmann, überhaupt keinen Sinn mehr darin gesehen, da noch irgendwelche weiteren Vorstöße zu machen. Ich habe es - -

Michael Frieser (CDU/CSU): Nein, es ging jetzt um die Zeit davor. Aber trotzdem fand auch das nicht um die Frage der Koalitionsverhandlungen gegebenenfalls statt? Gab es keinen Kontakt auch mit den Landesspitzen der SPD?

Zeuge Sebastian Edathy: Jetzt noch kurz zum Thema Bundestag. Was ich weiß, war - ich bin selber Mitglied des Seeheimer Kreises -, dass es dort die Überlegung gab, bei der Besetzung eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzes in der SPD-Fraktion mich zu einer Kampfkandidatur gegen Eva Högl zu bewegen. Darauf habe ich aber dann verzichtet, habe also signalisiert: Dafür stehe ich nicht zur Verfügung. - Ich habe mit Vertretern des Landes über mögliche Ambitionen kein Gespräch geführt, nein.

Michael Frieser (CDU/CSU): Hatten Sie in einem Gespräch mit Herrn Hartmann in diesen Tagen den Eindruck, dass jemand aus der, sage ich mal, Landes-SPD in irgendeiner Art und Weise Bescheid wusste? Hat das Herr Hartmann mal zitiert?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie uns mal Ihr Verhältnis zu Herrn Pistorius beschreiben, also sowohl beruflich als auch menschlich?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich halte ihn für einen guten Mann. Er ist - - Er war ja früher mal Bürgermeister, also er hat eine sehr enge kommunalpolitische Verankerung. Ich halte ihn für einen sehr klugen Mann. Es ist vor der Landtagswahl 2013 vereinzelt in den Medien mal spekuliert worden, ob im Falle eines SPD-Wahlsieges, also einer SPD-Regierungsbeteiligung, ich möglicherweise als Aspirant für das Amt des niedersächsischen Innenministers in Betracht komme. Darüber hat



2. Untersuchungsausschuss

aber mit mir niemand offiziell gesprochen. Das war also eher eine mediale Spekulation, und ich war am Ende auch nicht überrascht, dass sich Stephan Weil für Boris Pistorius ausgesprochen hat, weil er ihn auch viel länger kennt und er auf jeden Fall hochqualifiziert ist für die Tätigkeit.

Ich habe mit Herrn Pistorius nicht viele Kontakte gehabt. Unter anderem war er allerdings im Bundestagswahlkampf 2013 bei mir zu Gast im Kreis Nienburg für eine Veranstaltung. Er war Redner bei einer jährlichen Veranstaltung gegen Rechts-extremismus in Bad Nenndorf. Wir haben aber darüber hinaus inhaltlich keine Gespräche geführt. Die neugewählte Landesregierung hatte sich meines Erinnerens nach der Landtagswahl entschieden, eine Reformkommission einzurichten, also Frage: Konsequenzen für den Verfassungsschutz Niedersachsen im Lichte der Arbeit des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses. Da habe ich dann aber gelesen - ich bin da nicht angesprochen worden -, dass man Frau Högl berufen hat als Mitglied in die Kommission, und damit war dann auch die Bundes-SPD da gut repräsentiert. Also, auch da gab es keine weiteren Gespräche oder Kontakte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie haben gerade eben ganz am Anfang erläutert, dass in dieser Phase 15./18.11. Herr Hartmann Ihnen berichtet hat, dass jetzt circa, ich glaube, 20 Beamte des BKA informiert seien, die Amtsspitze, Herr Fritsche, Herr Friedrich etc. Hat Herr Hartmann dann nie davon gesprochen, dass auch in Niedersachsen eine erkleckliche Zahl informiert war?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, auch nicht, dass, wie ich jetzt gelesen habe, irgendwelche Listen an andere oder an alle LKA-Ämter gegangen sind. Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie selber haben auch nicht, ich sage mal - -

Zeuge Sebastian Edathy: Auch nicht nachgefragt, nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Auch nicht auf die Idee gekommen, dass das ja

von Rehburg aus - - Sie sind ja innenpolitisch erfahren, wissen ja, wie Polizeien reagieren. Die haben ja nicht nur einen Dienstweg Richtung BKA.

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist ja nicht von Rehburg aus ans BKA gegangen, sondern, wie ich gelesen habe, von Nienburg. Das soll ja - - ist ja wohl in Nienburg aufgefallen, nicht in Rehburg. Das ist vielleicht etwas missverständlich: Der Kreis und die Kreisstadt haben denselben Namen. Das heißt, es gibt den Landkreis Nienburg. Da sitzt die Polizeiinspektion, und zwar in der Stadt Nienburg, nicht in Rehburg.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe heute schon mal über Rehburg und Nienburg - - Ich habe die Frage bewusst so gestellt.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich finde das gut, dass die jetzt erstmals in einem Protokoll eines Ausschusses des Deutschen Bundestages erwähnt werden. Das sind schöne Städte.

Nein, ich habe - - Das war kein Thema. Ich hatte auch gar keine Veranlassung, nachzufragen, ob da in Niedersachsen jemand Bescheid weiß, weil für mich waren zwei Dinge wichtig: Das eine war der Kreis der Informierten, ohne zu wissen, dass auch in Niedersachsen jemand Bescheid oder mehrere Leute Bescheid wissen könnten. Der war mir schon so viel zu groß geworden, bis hin zu Staschen. Das habe ich übrigens meinem Anwalt damals auch mitgeteilt, dass das mich sehr irritiert hätte, dass Staschen als Büroleiter von Oppermann wohl Hartmann angesprochen haben soll in Berlin. Das Zweite, was für mich wichtig war, war einfach, da auf dem Laufenden zu bleiben. Und mit dem Hinweis von Hartmann, dass Ziercke sein Informant gewesen sein soll, war für mich verbürgt, dass die Informationen gut sein dürften. Da hatte ich gar keinen Anlass, weiter nachzufragen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Aber, Herr Edathy, als jemand, der sich tatsächlich im Aufbau auskennt, Wahlkreisabgeordneter, muss doch klar sein, dass, wenn eine Nachricht auf einer Polizeiinspektion kommt, die eben nicht nur den Weg zum BKA geht, sondern dass die auch den anderen Dienstweg nach oben geht. Also lässt sich doch gar nicht vermeiden, dass auch in direkter



Nähe bei den zuständigen Stellen darüber Kenntnis erlangt wird in einem Bereich, in dem Sie mit Sicherheit kein Unbekannter waren.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war für mich aber nicht wirklich relevant. Es gab - -

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay, dann ist okay.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich will nur eine Sache - -

Michael Frieser (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, es war klar, aber nicht relevant, dann - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ich will eine Sache ansprechen. Und zwar gab es im Januar 2014 einen Neujahrsempfang. Das war einer der letzten offiziellen Termine, die ich wahrgenommen habe. Das war ein Jahresempfang der Lokalzeitung - ausgerechnet - *Die Harke* übrigens. Das war am 8. Januar. Da stand ich unter anderem neben dem Leiter der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg, habe ihm ein gutes neues Jahr gewünscht - Herr Kreykenbohm war das - und habe versucht, seinem Reagieren auf mich und unserem Gespräch, was einfach gute Wünsche beinhaltet hat - wir haben also nicht über irgendwelche inhaltlichen Geschichten gesprochen -, zu entnehmen, ob ich den Eindruck haben könnte, dass er etwas wusste. Das hat er aber, wie ich jetzt heute weiß, einfach sehr geschickt überspielt. Mir ist da nichts aufgefallen. Aber ich habe nicht nachgefragt, und ich habe es auch nicht thematisiert.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber, Herr Edathy, das ist jetzt irgendwie nicht richtig logisch. Sie haben sich wahnsinnig viele Gedanken gemacht: Wer könnte alles wissen davon in der SPD? Das haben Sie jetzt schon zwei Sitzungstage ausgeführt - verstehe ich auch. Aber wie kommt jemand wie Sie nicht auf die Idee, sich auch die Frage zu stellen: Was ist eigentlich, wenn das den Dienstweg in Niedersachsen nimmt und das kommt bei Boris Pistorius an? Sie haben sich ja auch gefragt: Weiß das der Gabriel? Weiß das der - - Wer weiß das alles, und wie sind die Konsequenzen für mich? Dann hätten Sie doch auch logischerweise abrastern müssen: Ach, du lieber Gott, der Dienstweg endet ja bei einem

SPD-Minister. - Und was hätten Sie daraus geschlossen?

Zeuge Sebastian Edathy: Gar nichts.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum nicht diese Sorge?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, weil das ja schon verheerend genug war, dass mein Parteivorsitzender, mein Fraktionsvorsitzender, der Erste PGF das wissen. Also, da war für mich ja klar, die Messe ist gesungen. Ob dann noch andere Leute Bescheid wissen, das war für mich dann nicht wirklich relevant.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut, müssen wir so - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es war halt Thema auch der Besprechung zwischen Hartmann und mir. Hartmann hat sich irgendwann im Januar mir gegenüber so geäußert, dass er sich selber wundern würde bei der Fülle von Leuten, die mittlerweile informiert sein dürften, dass das bisher noch nicht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat.

Michael Frieser (CDU/CSU): Da hat er erkennbar auch nicht nur die SPD-Spitze in der Bundestagsfraktion, sondern auch Niedersachsen gemeint?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, wir haben über Niedersachsen gar nicht gesprochen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Sebastian Edathy: Also, dass der Sachverhalt so war, dass ich da gar nicht aufgefallen bin als Name - erst in Nienburg -, das weiß ich erst, seitdem das öffentlich geworden ist. Das war nicht der Kenntnisstand in der Zeit, wo ich mit Hartmann in Kontakt war.

Michael Frieser (CDU/CSU): Darf ich noch mal eine Nachfrage stellen auch zu einem weiteren Kreis - bei der Befragung von Kollegin Mihalic war das der Fall -, nämlich das Angebot von Herrn Hartmann, nachzufragen auch in Rheinland-Pfalz, wie es sich denn mit der Kategorisierung von 1 und 2, also strafrechtlich relevant und nicht strafrechtlich relevant - - Könnten Sie bitte



2. Untersuchungsausschuss

noch einmal sagen, ob er Ihnen mitgeteilt hat, mit wem er das diskutiert hat und mit welchem Erfolg?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe nicht in Erinnerung, ob er mir einen Namen genannt hat. Wenn, dann hätte mir der Name auch nichts gesagt und wäre mir entfallen. Aber ich weiß es halt eben nicht, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Und wann?

Zeuge Sebastian Edathy: - ob das der Fall gewesen ist. Das war Anfang 2014. Es war so, dass seine Einschätzung war - - Das geht auch aus dem SMS-Verkehr, der Ihnen vorliegt, hervor. Er hatte mir gesagt, er würde davon ausgehen, wenn irgendwie massiv etwas gemacht wird, dass es eine Art konzertierte Aktion gibt. Die ist ja offenkundig ausgeblieben. Es ist ja nicht so, dass irgendwie mit einem Schlag da jetzt kollektiv die Leute auf der Liste, auf der Kundenliste der kanadischen Firma, dann irgendwie mit Maßnahmen überzogen worden wären. Das ist ja nicht zentral gewesen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Verzeihung, noch mal konkret: Von wem genau, glaubten Sie - oder hat er es deutlich gesagt? -, kam die Information?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, wie gesagt, er hat keinen Namen genannt.

Michael Frieser (CDU/CSU): Nicht den Namen. Ich meine nicht den Namen, sondern Organisationsform, Landeskriminalamt.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, aus der Führung des Landeskriminalamtes.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also die Leitungsebene des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, genau.

Michael Frieser (CDU/CSU): Anfang Januar?

Zeuge Sebastian Edathy: Die Reaktion müsste im Januar gewesen sein. Und die Reaktion sei gewesen, das sei eine sehr sensible Thematik. Dazu würde er keine näheren Auskünfte bekommen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Keine Auskünfte bekommen?

Zeuge Sebastian Edathy: Dazu würde er -

Michael Frieser (CDU/CSU): Das ist aber eine seltsame Auskunft.

Zeuge Sebastian Edathy: - von seinem Bekannten keine näheren Auskünfte bekommen; das sei zu heikel.

(Barbara Woltmann
(CDU/CSU): Für seinen Bekannten!)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Moment einmal, hat er denn allgemein nach einem kinderpornografischen Komplexverfahren gefragt, oder hat er konkret nach „Spade“ gefragt?

Zeuge Sebastian Edathy: Er hat sich zu Kanada erkundigt, nicht zu mir.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aha.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also zu dem Gesamtverfahren?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Wir wollten einen Eindruck haben, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Jetzt wird es immer interessanter.

Zeuge Sebastian Edathy: - und zwar in dem Fall von einem Land, in dem ich nicht wohne, wie denn eigentlich - - ob es da irgendwie Konferenzen gegeben hat oder irgendwelche Koordination zwischen den Behörden bundesweit, wie man da vorgehen soll.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Gut, vielen Dank. - Noch mal ganz kurz zurück zu der Frage Mandatsverzicht. Wir hatten festgestellt: Zwischen dem 28. Januar und dem 6. Januar Notar oder 4. Januar Gespräch mit Hartmann war klar - -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, Februar, nicht?



2. Untersuchungsausschuss

Michael Frieser (CDU/CSU): Februar, Verzeihung. Am 4. Februar bei dem Gespräch mit Hartmann war klar: Nur er und die Mitarbeiter, mutmaßlich Anwalt und Notar wussten über die Frage Mandatsverzicht Bescheid. Es ist schon sehr kurz, aber Sie erhalten dann am 08.02. von Thomas Oppermann eine SMS, die sagte: Die Entscheidung war richtig. Alles in Ruhe abwarten. Es gibt irgendwann mal wieder einen Neuanfang. - Wissen Sie oder meinen Sie zu wissen, von wem Thomas Oppermann dann die Information direkt über Ihren Mandatsverzicht hatte?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, aus den Medien.

Michael Frieser (CDU/CSU): Am 08.02. -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, sicher.

Michael Frieser (CDU/CSU): - waren Medien schon darüber - - Das wäre mir neu, weil Sie selber sagten, es ist erst am 09. der Fall.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Ich kann Ihnen das ja - - Nein, das kann ich Ihnen genau sagen, wie das war. Also, ich habe meinen damaligen Büroleiter gebeten, mein Schreiben, also die Urkunde mit dem Mandatsverzicht, am Freitag, den 07., kurz vor Dienstschluss im Präsidentenbüro abzugeben, in der Erwartung, dass das da an dem Tag nicht mehr bearbeitet würde, sondern erst Anfang der nächsten Woche. Ich bin dann - - Ich habe dann am nächsten Vormittag - - Das kann man auch rekonstruieren.

Michael Frieser (CDU/CSU): Dann sind wir am 08., ja.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ja, am 08. Am 08. vormittags -

Michael Frieser (CDU/CSU): Ich halte es nur fest, ja.

Zeuge Sebastian Edathy: - am 08. vormittags, bevor ich mich ins Auto Richtung Dänemark gesetzt habe, habe ich zwei Sachen gemacht, nämlich einmal per E-Mail eine Pressemitteilung an meine Wahlkreispresse und einen Eintrag, der heute auch noch vorhanden ist, bei Facebook. Das hat nicht - - Das hat mich auch nicht gewundert: Das

war innerhalb - - Können Sie ja nachgucken, wann die ersten Agenturmeldungen oder Berichte jedenfalls online waren. Das hat jedenfalls nicht lange gedauert, und das war Thema auch in den Nachrichten. Ich meine, das wäre ein komischer Fraktionsvorsitzender, der so was nicht mitkriegt.

Michael Frieser (CDU/CSU): Na ja, also - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ich meine, der hat ja auch einen Stab, und irgendwie aus seinem Umfeld wird das schon jemand registriert haben. Ich schließe nur aus, dass er die Kopie schon vorliegen hatte, weil das habe ich erst nachher ihm zuschicken lassen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut, okay. - Na ja, wir hatten über andere Verhaltensweisen von Herrn Oppermann geredet. Insofern fragt man schon nach. Es ist dann die erste SMS, die Sie angeblich seit Wochen und Monaten von ihm wieder kriegen in diesem Vorgang.

Zeuge Sebastian Edathy: Seit dem Gespräch, was wir im November hatten, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Quasi als Abschiedsbotschaft. - Gut, um dann vielleicht chronologisch weiterzufahren: Dann kommt der 10. Februar. Dann hatten wir schon festgestellt, dass der Erste Kriminalhauptkommissar Baum bei Ihnen im Grunde erscheinen konnte und deutlich gemacht hat: Ja, er kenne Herrn Edathy. - Das war mir vorher etwas zu unklar, weil Sie so getan haben, als würden Sie den mehr oder weniger einmal zufällig gekannt haben oder getroffen haben. Kennen Sie Herrn Baum?

Zeuge Sebastian Edathy: Dazu habe ich mich auf Fragen von Frau Högl geäußert.

Michael Frieser (CDU/CSU): Ich darf das auch noch mal fragen.

Zeuge Sebastian Edathy: Herr Baum ist - ich bin ziemlich sicher, dass wir über dieselbe Person sprechen - für Staatsschutzangelegenheiten zuständig, und ich habe, was weiß ich - - Im Bundestagswahlkampf war Steinmeier da. Im Bundestagswahlkampf war Gerhard Schröder da. Ich



2. Untersuchungsausschuss

hatte eigentlich die ganze Zeit - - Er hat das übernommen vor einigen Jahren. Sein Vorgänger ist in Pension gegangen. Aber in den letzten Jahren war Herr Baum für meine Wahlkreisbüros der Ansprechpartner, wenn es darum ging, Sicherheit von Gästen, die ich eingeladen habe, zu organisieren.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also, wir halten fest: Es gab einen sehr engen Kontakt aus Ihrer Zeit als Bundestagsabgeordneter.

Zeuge Sebastian Edathy: Na, ich habe jetzt nicht jede Woche eine sicherheitsempfindliche Person als Gast im Wahlkreis gehabt, aber hin und wieder schon. Dann gab es aber keinen Kontakt, der irgendwie aus Gesprächen bestanden hätte, sondern der ist dann halt mitgelaufen mit ein oder zwei Kollegen, hat sich umgeschaut, dass da keiner Herrn Steinmeier zu nahe kommt, zusammen mit dem Personenschutz natürlich, soweit Personenschutz bei den Gästen vorhanden gewesen ist. Aber wir haben jetzt nicht inhaltlich weiter diskutiert.

Michael Frieser (CDU/CSU): Können Sie sich vor dieser Durchsuchung daran erinnern, wann der letzte Kontakt mit Herrn Baum theoretisch war? Wahrscheinlich dann beim letzten Besuch eines Gastes?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, der letzte Kontakt war meiner Erinnerung - - Das will ich nicht ausschließen, dass er im Sommer - oder ich gehe sogar davon aus - bei den Terminen dabei war. Wie gesagt, ich kann Ihnen da gerne die Referentenliste geben und auch genau sagen, wer da Personenschutz hatte oder wo der Staatsschutz Nienburg/Schaumburg sich zuständig fühlte. Da haben wir aber nicht gesprochen.

Wir haben ein einziges inhaltliches Gespräch geführt. Das war aber 2012 oder 2013. Das kann ich aber ohne Weiteres recherchieren, weil darüber auch in der Lokalpresse berichtet worden ist. Da habe ich selber sozusagen - - Da hatte ich keinen Gast eingeladen, sondern da habe ich selber referiert als damaliger Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses, und er war aus Interesse da und hat mich nach der Veranstaltung - eher 2012 als 2013, aber, wie gesagt, während der

Ausschuss noch lief - mal angesprochen auf einen Rechtsextremisten, der in den Kreis Schaumburg zugezogen sei, wo es um die - - Sein Anliegen war: Das muss wohl ein aktiver Neonazi aus Nordrhein-Westfalen gewesen sein, und er hatte mich gebeten, ich möge doch mal mit der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter Kontakt aufnehmen - der bezöge irgendwie - - der bezog Hartz IV - und ob ich nicht als Abgeordneter mit dem Jobcenter sprechen könnte, dass die dem möglichst schnell eine Arbeitsstelle verschaffen oder eine Beschäftigung, damit er nicht den ganzen Tag Unfug macht.

Das war aber das einzige inhaltliche Gespräch, was ich mit Herrn Baum geführt habe. Wie gesagt, das könnte ich jetzt durch eine einfache Internetrecherche genau datumsmäßig eingrenzen, wann das war.

Michael Frieser (CDU/CSU): Na ja, es geht uns schon darum: Es ist immerhin dann der Beamte, der letztendlich auch eine Rolle bei der Frage der Durchsuchungen spielt. Ich will deshalb die Frage schon noch mal deutlich stellen: Vor dieser Durchsuchung hatten Sie keinen konkreten Hinweis auf diese bevorstehende Durchsuchung?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich war völlig überrascht.

Michael Frieser (CDU/CSU): Sie waren völlig überrascht?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich war völlig überrascht, weil ich meinen Anwalt ja gebeten hatte, der Staatsanwaltschaft zu signalisieren: Edathy verzichtet auf das Mandat; wir sind nach wie vor kooperationsbereit. - Ich habe gedacht, die würden dann etwas moderater reagieren, als sie reagiert haben. Das war dann so, dass ich am 10. Februar auf der Terrasse in Dänemark stand, mein Handy klingelte und Herr Noll am Apparat war und sagte, er sei gerade angerufen worden: Staatsanwalt Klinge stehe vor meiner Wohnungstür in Niedersachsen, und die wollten die jetzt aufbrechen; ob ich denn irgendwie jemanden hätte, der den Zweitschlüssel hat, dass das nicht erfolgen muss.



2. Untersuchungsausschuss

Michael Frieser (CDU/CSU): Hatten Sie einen Zweitschlüssel?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe einen Zweitschlüssel, aber der war in Berlin. Das war dann nicht möglich. Ich hatte vor Ort keinen Beauftragten mit einem zweiten Schlüssel, nein.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. - Ich hätte zum Abschluss noch eine Frage zum Interview mit dem früheren niedersächsischen Innenminister Bartling, nämlich die entscheidende Frage noch mal, das auch in der letzten Befragung am 18.12. Angesprochene, der Topos: Er meinte, Sie hätten Ihre Informationen nicht von irgendwelchen Amtsträgern. So wurde es auch in der Presse mitgeteilt; so ist es auch kolportiert worden. Es gab ja dann Verwirrungen: Was hatten Sie tatsächlich gesagt? Dann war noch eine Zeitlang der Gesundheitszustand. Dann war irgendwann von Ihrer Seite auch klar: Jawohl, es gab Informationen. Es handelt sich um Hartmann.

Wie kommt Herr Bartling dazu, zu sagen, diese Informationen seien nicht von irgendwelchen Amtsträgern? Wir wissen, dass selbst bei engerer Definition auch ein Mandatsträger ein Amtsträger sein kann. Meinten Sie bei Ihrer Information an Herrn Bartling definitiv, dass Sie wirklich nur Funktionsträger aus den entscheidenden Behörden, das heißt Landeskriminalamt oder Sonstiges, meinten, also Niedersachsen und ähnliche Organisationen, aber ganz bewusst Mandatsträger ausnehmen wollten?

Zeuge Sebastian Edathy: Also, ich habe aus Gründen, die im Nachhinein sich auch als valide bewiesen haben, darauf verzichtet, Herrn Bartling über die Person meines Informanten in Kenntnis zu setzen. Meiner Erinnerung nach habe ich in dem Gespräch gesagt: Sicherheitskreise.

Michael Frieser (CDU/CSU): Sicherheitskreise?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Also war das eine Erfindung von Herrn Bartling: „nicht von irgendwelchen Amtsträgern“?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war dann seine Interpretation, vermute ich mal, ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Denn „Sicherheitskreise“ geht wesentlich weiter als „Amtsträger“.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ich habe - - Wir haben das nicht vertieft, weil ich mich dazu auch gar nicht äußern wollte ihm gegenüber. Ich habe ihm definitiv nicht mitgeteilt, wer mich informiert hat.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. Also, Sicherheitskreise, es bleibt dabei. Aber nach wie vor, Sie bleiben auch dabei: Sie haben ihm gegenüber -

Zeuge Sebastian Edathy: Es kann auch sein - -

Michael Frieser (CDU/CSU): - schon deutlich gesagt, es gibt einen Informanten -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): - und dieser stamme aus Sicherheitskreisen?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe ihm - - Es kann auch - - Ob ich jetzt Sicherheits- - Sinngemäß habe ich „Sicherheitskreise“ gesagt. Es kann auch so sein, wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, dass ich gesagt habe: Na ja, du weißt ja, ich bin Innenpolitiker, war mal jahrelang Vorsitzender des Innenausschusses. Da hat man seine Kontakte.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay. - Sagen Sie uns noch mal ganz kurz nach Ihrer Erinnerung, wann das war.

Zeuge Sebastian Edathy: Das Telefonat?

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Sebastian Edathy: Müsste ich mal gucken, ob wir das irgendwie per SMS verabredet haben, wenn Sie gestatten oder Interesse haben. Es war in der Zeit - - Es war in der ersten Woche in Dänemark. Davon gehe ich aus, ja.



2. Untersuchungsausschuss

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Nein, nein, das war nicht auf der Fahrt. Das war in Dänemark, Herr Noll. Da waren Sie ja nicht dabei. - Ich schaue mal ganz kurz, ob ich - -

Michael Frieser (CDU/CSU): Ungefähr.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus: Das war in der Woche vom 10. Also, es war definitiv in der Woche vom 10. - das weiß ich noch -, weil ich weiß, wo ich mich aufgehalten habe. Ich war zwei Wochen in Dänemark in der Woche vom 10., in einem Ferienhaus, und in - -

Michael Frieser (CDU/CSU): In dieser Phase war das?

Zeuge Sebastian Edathy: Bitte?

Michael Frieser (CDU/CSU): In dieser Phase war das?

Zeuge Sebastian Edathy: In der Woche vom 17. war ich in einem anderen Ferienhaus, und das war das erste Ferienhaus.

Michael Frieser (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe gerade geguckt. Also, ich habe mit Herrn Bartling Anfang Februar Kontakt gehabt. Er schrieb mir am 8. Februar:

Lieber Sebastian, wenn ich dir helfen kann, zu reden, gib Signal. Bin in Gedanken bei dir, Heiner

Dann habe ich zurückgeschrieben:

Hab mich sehr über deine Zeilen gefreut. Hab mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Vielleicht gehen wir mal essen.

Es ging am 12. Februar weiter. - Ah ja, okay. Am 12. Februar schreibe ich ihm:

Können wir kurz telefonieren?

Und er antwortet am selben Tag:

Meld dich, bin zu Hause.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass wir sehr wahrscheinlich am 12. Februar 2014 telefoniert haben.

Michael Frieser (CDU/CSU): Darf ich noch schnell eine Nachfrage machen? - War klar, dass Herr Bartling bei seiner Sorge, als er sich an Sie wandte, eher aus dem Argument Gesundheit oder eher aus dem Argument heraus, er kannte die Vorgänge, er kannte auch das, was an Vorwürfen noch im Raum stand - -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Es war ja so: Am 10. waren die Durchsuchungen. Am 10. Februar, später Abend, war die erste Berichterstattung in der *Harke*. Die ist dann bundesweit aufgegriffen worden, und das hat ihn veranlasst, zu mir Kontakt aufzunehmen.

Michael Frieser (CDU/CSU): Erst danach?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Um zu sprechen, genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nur dazu eine kurze Nachfrage; das erlaube ich mir eben. Sie haben eben gesagt: 08.02. Das wäre natürlich vor der Durchsuchung gewesen. Eben haben Sie gesagt: SMS von Bartling an Sie am 08.02.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus, er hat sich - - Letzter Kontakt 19. Juli und dann - nein, 23. Juli 2013 - am 8. Februar um 16.50 Uhr - da lief ja schon die Medienberichterstattung, zumindest im Radio - schreibt er:

... wenn ich dir helfen kann, zu reden, gib ein Signal.

Ich bedanke mich am 8. Februar für die Anfrage und biete an, dass man mal essen geht. Am 11. Februar hatte er irgendwas dem NDR erzählt, aber nicht von einem Telefonat, weil das noch nicht geführt worden war. Das heißt, er hat in einem Interview im NDR, was ich gesehen habe auf meinem Rechner, sich irgendwie allgemein geäußert zu meinem Rücktritt, aber nicht Bezug ge-



2. Untersuchungsausschuss

nommen auf ein Telefonat, weil es dieses Telefonat damals noch nicht gab. Und am 12. Februar schreibt er mir:

NDR und RTL waren heute erneut da. Sie suchen verzweifelt nach Dingen, die sie berichten können. Ich bediene sie, so gut es geht, so gut es mir möglich ist, immer mit dem Tenor Unschuldsvermutung.

Das stimmt. Das war auch der Grund, warum ich mich bei ihm bedankt hatte für das erste NDR-Interview. Für das, wo er dann über unser vertrauliches Gespräch berichtet hat, habe ich mich nicht bedankt. So, und dann schreibt er am 12. Februar noch:

Würde dir empfehlen, mal mit Georg Mascolo Kontakt aufzunehmen, verlässlicher Gesprächspartner.

Okay, und dann halt die Frage von mir:

Können wir kurz telefonieren?

Und die Antwort von ihm am 12.:

Meld dich, bin zu Hause.

Dann die letzte SMS von mir an Bartling war am 17. Februar:

Bitte keine weiteren Äußerungen, auch wenn es gut gemeint ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann halte ich nur noch mal fest - Entschuldigung, dass ich das an diesem Punkt hier mache -: Aber am 08.02. bezog sich dann die Nachfrage von Herrn Bartling nicht auf die Vorwürfe - ist das richtig? -, -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - sondern auf die Niederlegung des Mandats?

Zeuge Sebastian Edathy: Auf den Rücktritt, genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann bin ich gar nicht dran, sondern Frau Mihalic oder Frau Lemke. Bitte sehr.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Edathy, Herr Ziercke hat ausgeführt, dass Ihre Darstellung der Geschehnisse alleine deshalb für ihn nicht nachvollziehbar bzw. absolut unglaubwürdig ist, weil die beiden potenziellen Motive, er hätte Schaden von der SPD abwenden wollen oder er hätte sich um Sie kümmern wollen, er hätte wohlwollend zu Ihrem Schutz agieren wollen, völlig absurd wären, weil er Sie als unsympathischen Menschen empfunden hat - er hat das dann noch etwas ausgeschmückt, warum -, aber dass alleine diese beiden Motive von ihm vollkommen bestritten worden sind und er deshalb überhaupt gar keine Veranlassung gehabt haben könnte, über Herrn Hartmann als quasi Mittelsmann Sie warnen oder was auch immer zu wollen. Haben Sie eine Erklärung, wenn Ihre Darstellung, dass Herr Hartmann sagte, Herr Ziercke wäre derjenige, der mit den Informationen an ihn herangetreten wäre - - was andere potenzielle Motive sein könnten, wenn ich mal unterstelle, dass diese beiden Motive, die Herr Ziercke bestritten hat, tatsächlich wegfallen würden?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich kann das eigentlich nur wiederholen, was ich auch in der Vergangenheit dazu gesagt habe. Die Auskunft von Hartmann mir gegenüber sei - - Das hat er mir dann im Dezember eröffnet, als er mir sagte, Ziercke ist sein Informant. Ziercke sei bei einer sicherheitspolitischen Tagung Mitte Oktober auf Hartmann zugekommen. Er habe zeitnah erfahren, ich stünde auf einer Kundenliste dieser kanadischen Firma. Ziercke sei sehr aufgebracht gewesen und habe zu Hartmann gesagt: Die SPD braucht nun wirklich keinen zweiten Fall Tauss.

Von Wertschätzung mir gegenüber war gar nicht die Rede. Also, es war nicht die Rede davon, er finde mich besonders sympathisch. Er hätte irgendwie aber keine nachhaltige Aversion mir gegenüber. Aber ich habe Hartmann so verstanden, dass der Anlass eher der war, Schaden von der SPD abzuwenden.



2. Untersuchungsausschuss

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ziercke hat beide Motive definitiv zurückgewiesen und bestritten, dass die für ihn als Handlungsmotive infrage kämen. Ich wollte dazu bloß Ihre Einschätzung hören.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe ja mit Herrn Ziercke nie einen direkten Kontakt in der Angelegenheit gehabt.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Nein, das hat auch niemand behauptet.

Zeuge Sebastian Edathy: Insofern bin ich natürlich da auf die Einschätzung und auf die Wiedergabe von Ziercke-Aussagen durch Hartmann angewiesen gewesen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das führt uns zu dem Problem, dass Herr Hartmann bei seinen Aussagen wiederum dargelegt hat, dass er Sie gar nicht informieren konnte, weil er gar keine Kenntnisse über strafrechtliche Ermittlungen gegen Sie oder potenzielle strafrechtliche Ermittlungen gegen Sie gehabt hat. Das heißt, er hat hier im Untersuchungsausschuss, wenn ich aus dem Protokoll zitieren darf, gesagt:

Es gab für mich wahrnehmbar keinerlei Ermittlungshandlung. ... Das bestätigte mich in meiner Annahme, dass gegen ihn keine strafrechtlichen Ermittlungen drohten.

Und an anderer Stelle noch mal, dass weder Herr Ziercke noch Herr Gabriel, Herr Oppermann, Herr Steinmeier mit ihm über strafrechtliche Ermittlungen gesprochen hätten, und:

Daher konnte ich auch gar keine Informationen weitergeben.

Also, er verfügte gar nicht über die Informationen, von denen Sie sagen, er hätte Ihnen gegenüber dargestellt, er hätte sie von Ziercke.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, es tut mir leid, das so sagen zu müssen, aber Michael Hartmann hat Sie angelogen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir erst mal so zusammengefasst, dass

Aussage gegen Aussage steht. Das sehen Sie uns wahrscheinlich nach.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe ja offenkundig mit ihm - das bestreitet er ja gar nicht - in der Thematik zwischen dem 15.11. und die ganzen nächsten Wochen Kontakt gehabt, -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Kontakt stattgefunden hat, ist richtig. Aber die Frage ist ja, -

Zeuge Sebastian Edathy: - und zwar relativ intensiv.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was Inhalt der Gespräche gewesen ist.

Zeuge Sebastian Edathy: Der SMS-Verkehr ist Ihnen bekannt. Wie gesagt, die schriftlichen Austausche zwischen uns beiden, die über die andere Verbindung gelaufen sind, das ist halt aus technischen Gründen, was mich betrifft, und aus Abhandenkommensgründen, was ihn betrifft, was sein Kryptohandy betrifft - - das liegt nicht mehr vor. Aber eines ist doch klar: Wenn ich über einen Zeitraum von - was ist das jetzt? - Mitte November bis zur Mandatsniederlegung - das sind ja fast drei Monate, ein bisschen mehr als zweieinhalb -, wenn ich in der ganzen Zeit intensiven Kontakt mit Hartmann gehabt habe und er mir nie irgendetwas Konkretes gesagt hätte, warum hätte ich denn diesen Kontakt pflegen sollen? Was wäre denn mein Interesse gewesen? Er sagt mir irgendwie jede Woche: „Ich weiß nichts“? Nein, das wäre ja irgendwie - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Laut Herrn Hartmann hat er sich über Ihren -

Zeuge Sebastian Edathy: Also, dann hätte ich wahrscheinlich - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Gesundheitszustand und Ihre Suizidgefährdung Gedanken gemacht.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.



2. Untersuchungsausschuss

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre ja durchaus auch ein hinreichender Gesprächsgegenstand über mehrere Wochen.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, da haben wir gar nicht drüber gesprochen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Sebastian Edathy: Bis auf den Punkt, dass er sagte, er wäre aus der Fraktion angesprochen worden, ich sähe nicht so gut aus. Aber das war es.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage nur, was er behauptet hat, was Gegenstand der Gespräche gewesen sei, und dass wir, wie gesagt, vor der Tatsache stehen, dass Aussage gegen Aussage steht und es uns gegenwärtig noch nicht gegeben ist, festzustellen, welche Aussage richtig und welche falsch ist.

Ich würde Sie diesbezüglich gerne nach dem Facebook-Eintrag fragen, in dem Sie dargestellt haben, dass es generell eine Widrigkeit des Lebens ist, die richtigen Fragen zu stellen. Was wären denn Ihrer Meinung nach Fragen, die zur Aufklärung dieses Sachverhaltes, wer von Ihnen beiden hier falsch gesprochen hat, beitragen könnten?

Zeuge Sebastian Edathy: Das müssen Sie ja selber entscheiden als - - Also, ich wüsste, wie ich agieren würde, -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Sebastian Edathy: - wenn ich Mitglied in diesem Ausschuss wäre; aber ich bin das nicht.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tun wir. Aber ich frage Sie, was Sie damit gemeint haben könnten, wenn wir alle zu doof sind und die falschen Fragen stellen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe nicht - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das haben Sie nicht gesagt, natürlich nicht; würden Sie nie tun.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Aber Sie müssen ja nicht alles, was ich auf Facebook schreibe, auf sich beziehen. Ich kann Ihnen gerne vorlesen, was da steht, und da können wir auch darüber diskutieren, ob das eine Aussage ist, die allgemeingültig ist oder nicht. Ich habe, glaube ich, geschrieben, es ist eines der größten Probleme im Leben, nicht immer die richtigen Fragen zu stellen, so ungefähr. Ob das die richtigen Fragen sind, müssen Sie - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann präzisiere ich meine Frage, Herr Edathy, damit wir nicht um den heißen Brei herumreden können: Haben Sie eine Vorstellung, was Fragen sein könnten, die dem Untersuchungsausschuss bei der Klärung der Frage, ob Herr Hartmann oder Sie hier falsch geredet haben, helfen könnten? Haben Sie da irgendwelche sachdienlichen Hinweise?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, ich nenne mal ein Beispiel: Ich gehe mal nicht davon aus, dass Herr Ziercke als Ziercke, also als BKA-Präsident, selber in Hannover nachgefragt hat, um sich informieren zu lassen über dortige rechtliche Bewertungen, ob irgendwas veranlasst werden soll oder nicht. Das wird über Mitarbeiter passiert sein. Diese Mitarbeiter zu identifizieren, dürfte eigentlich ohne großen Aufwand möglich sein, und diese Mitarbeiter zu befragen: Hat der Präsident Wert darauf gelegt, persönlich informiert zu werden? Wie ist die Nachfragepolitik des BKA in Hannover rezipiert worden? Welche Verbindungen hat es gegeben? Gibt es Vermerke in der Hinsicht? Können sich Beteiligte möglicherweise noch an Telefonate erinnern? Das wäre ein Ansatzpunkt, den ich nicht für völlig aussichtslos halten würde.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Sebastian Edathy: Und Herrn Steinmeier zu fragen: „Hat es ein Gespräch mit Michael Hartmann gegeben?“, das ist absolut nahe liegend, ihm auch noch mal dieselbe Frage zu stellen.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Ich wollte nur wissen, was Sie so für Vorschläge hätten.



2. Untersuchungsausschuss

Ich habe doch noch eine Nachfrage - darf ich die noch stellen? - zu Ihrem Gespräch mit Herrn Hartmann über seine Erkundigungen in Rheinland-Pfalz. Können Sie das noch mal präzise terminieren - ich weiß nicht, ob Sie es vorhin getan hatten; dann habe ich es überhört - und auch noch mal präzisieren, was der ganz konkrete Gesprächsgegenstand gewesen ist? Ging es da um strafrechtliche Ermittlungen, und ging es um Sie in diesem Zusammenhang?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, es ging nicht um mich, sondern es ging darum, einen Eindruck zu bekommen, wie eine Landessicherheitsbehörde - in dem Fall in Rheinland-Pfalz - mit dieser Thematik umgeht, ob es da Verbindungen, ob es Absprachen gegeben hat zwischen den Landeskriminalämtern zum Beispiel. Herr Hartmann war einige Zeit, glaube ich, Pressesprecher des Innenministeriums in Rheinland-Pfalz und sagte: Ich habe da einen in der Leitung in Rheinland-Pfalz vom LKA, eine Vertrauensperson. Die kann ich mal kontaktieren und fragen: Gibt es da irgendwelche Absichten, obwohl schon einige Zeit ins Land gegangen ist, noch mal irgendwas Konzentriertes zu machen? - Die Rückmeldung von Hartmann war dann, dass er da eher auf Blockade gestoßen sei, dass seine Vertrauensperson ihm gesagt habe, das sei ein heißes Eisen insgesamt und dazu könne keine Auskunft gegeben werden.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen nicht, wo diese Vertrauensperson in etwa zu verorten ist?

Zeuge Sebastian Edathy: In der Leitung des LKA Rheinland-Pfalz.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen genauen Zeitpunkt, können Sie uns den für die Erkundigungen Hartmanns - -

Zeuge Sebastian Edathy: Das war - - Das muss in dem Zeitraum Januar 2014 gewesen sein.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie waren schon der Anlass dafür?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich war der Anlass, weil wir einfach - - Das war, bevor er mir Ende Januar sagte, er hätte jetzt Kenntnis: Hannover will tätig

werden. - Ich war ihm dankbar für die Idee. Also, die Idee kam von ihm. Er sagte so: Wenn du möchtest, kann ich mal meine Kontakte da in Rheinland-Pfalz nutzen, um mir mal einen Eindruck zu verschaffen, wie es denn generell so aussieht mit dem Umgang mit Kunden wie dir. - Zum einen war das sinnvoll, weil er sagte, er würde den schon sehr lange kennen, den Beamten aus dem LKA Rheinland-Pfalz. Das war natürlich unverfänglicher, als wenn er - ich wusste gar nicht, ob er Kontakte hat - in Niedersachsen irgendwie anfängt, da nachzufragen. Insofern war das für mich für die Orientierung hilfreich, auch wenn das Ergebnis natürlich nicht befriedigend war. Im Januar habe ich schon sechs Wochen mit dieser Situation gelebt, überhaupt nicht genau wissen zu können: Passiert jetzt was oder nicht? Deswegen war ich ihm dankbar für den Vorschlag und das, was er gemacht hat.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Alles Weitere müssten wir in der nächsten Runde machen, ja? - Okay. Jetzt hat das Fragerecht die SPD. Herr Grötsch ist jetzt dran.

Zeuge Sebastian Edathy: Können wir denn irgendwie - - Ich müsste mal mich nicht mit meinem Anwalt beraten, aber ich hätte gerne mal - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ein Päuschen machen?

Zeuge Sebastian Edathy: Fünf Minuten reichen aber.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir machen zehn und treffen uns um zehn vor zehn wieder.

(Unterbrechung von 21.40
bis 21.57 Uhr)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir setzen fort, Herr Edathy, mit dem Kollegen Grötsch und den Fragen der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Weil wir uns eben darüber unterhalten haben und auch über Wahrnehmungen und so: Herr Edathy, ich habe das jetzt mal nachgelesen in dem Protokoll, was die Nachrichtendienstliche Lage angeht in dem Protokoll, das Sie, wie Sie sagen, eigentlich gar nicht haben dürften. Es war



tatsächlich das Protokoll der 4. Sitzung des Innenausschusses am 19. Februar 2014. Ich habe mir die Aussage von Herrn Staatssekretär Fritsche durchgelesen, und ich kann Ihnen sagen - nur, damit wir das festgestellt haben -: Sie waren nicht, wie Sie es vorhin dargestellt haben, Inhalt der Nachrichtendienstlichen Lage, sondern zwei Teilnehmer der Nachrichtendienstlichen Lage haben sich am Rande der Nachrichtendienstlichen Lage über Sie unterhalten. Das sind, denke ich, auch zwei unterschiedliche paar Schuhe.

Zeuge Sebastian Edathy: Das stimmt, aber diese - -

Uli Grötsch (SPD): Nein, das wollte ich mal einfach so gesagt haben. Das war gar nicht als Frage gedacht. - Dann hatten Sie - -

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, Herr Grötsch, Entschuldigung, dazu muss ich schon was sagen dürfen. Wenn der Kreis noch kleiner war, woher konnte das Hartmann dann wissen?

Uli Grötsch (SPD): Wie gesagt, ich stelle die Fragen, und Sie antworten gerne und dürfen natürlich auch Ihre Meinung dazu sagen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, aber Sie haben gerade ein Statement abgegeben, was ich nicht sehr plausibel fand.

Uli Grötsch (SPD): Ich wollte das nur richtigstellen, was Sie gesagt haben: einerseits, wie es dann wirklich war, anhand des Protokolls, auf das Sie sich berufen, andererseits.

Zeuge Sebastian Edathy: Wie viele Mitglieder hat diese ND-Lage?

Uli Grötsch (SPD): Das ist doch nichts, was wir hier zu prüfen haben, Herr Edathy.

Zeuge Sebastian Edathy: Wieso? Sie haben doch gerade gesagt - - Was hat denn - -

Uli Grötsch (SPD): Wir haben jetzt nur darüber gesprochen - -

Zeuge Sebastian Edathy: Wer hat denn laut Fritsche am Rande einer solchen Lage miteinander gesprochen?

Uli Grötsch (SPD): Na, das können Sie doch nachlesen in dem Protokoll, das Sie haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Sie machen hier einen Vorhalt. Ich möchte Sie bitten, den Vorhalt zu konkretisieren und das Zitat von Staatssekretär Fritsche hier vorzulesen.

Uli Grötsch (SPD): Lassen Sie es gut sein, Herr Edathy.

Zeuge Sebastian Edathy: Na, das ist aber jetzt ein schwaches Bild, Herr Grötsch. Das finde ich nicht seriös, wie Sie hier vorgehen.

Uli Grötsch (SPD): Das können Sie auch mir überlassen, welches Bild ich hier abgebe.

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist kein fairer Umgang mit einem Zeugen. Sie haben nachgeschaut im Protokoll. Würden Sie bitte die Passage des Protokolls hier vortragen?

Uli Grötsch (SPD): Soll ich das mal machen?

Zeuge Sebastian Edathy: Und wenn nein, warum weigern Sie sich?

Uli Grötsch (SPD): Ich habe nichts zu verbergen, also ganz bestimmt nicht.

Zeuge Sebastian Edathy: Na, dann machen Sie es doch.

Uli Grötsch (SPD): Darauf haben Sie sich berufen, und ich wollte Ihnen nur sagen, weil Sie mir empfohlen haben, das mal zu lesen - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Bitte, ich unternehme einen Versuch, das zu deeskalisieren. Herr Grötsch stellt die Fragen, Sie antworten. Sie haben jetzt Gelegenheit gehabt, darauf zu antworten, und jetzt, würde ich sagen, haben Sie wieder das Fragerecht.

Uli Grötsch (SPD): Ja, vielen Dank.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Ich würde einfach bitten, dass mir Herr Grötsch, wenn er denn hier auf ein Protokoll Bezug nimmt, mir einen Vorhalt macht.

Uli Grötsch (SPD): Ich wollte das nur richtigstellen, dass Sie gesagt haben, dass ich das dem Protokoll entnehmen kann, und ich habe Ihnen gesagt, was ich dem Protokoll entnommen habe.

Zeuge Sebastian Edathy: Wer hat denn nach dem Protokoll das Gespräch geführt?

Uli Grötsch (SPD): Herr Stock und Herr Fritsche. - Gut, dann war Ihre nächste Aussage, dass sich niemand um Sie gekümmert hätte, was Ihren Gesundheitszustand angeht. Ich möchte Ihnen dazu gerne mal vorlesen, was Herr Lischka hier gesagt hat:

Ich habe an dem Abend ihm eine SMS geschrieben, wie es ihm geht und ob er irgendeine Hilfe benötigt. Es kam daraufhin eine SMS zurück in dieser Landesvorstandssitzung abends ...

Herr Lischka hat an der Landesvorstandssitzung der SPD teilgenommen, und in diesem zeitlichen Kontext hat sich das bewegt. Sie haben ihn dann gefragt:

Kannst du mich mal zurückrufen?

Also möchte ich schon auch sagen, dass es natürlich Menschen gab, die sich um Ihren Gesundheitszustand gekümmert und um ihn gesorgt haben. Sie hatten vorhin auch das mit Herrn Bartol erwähnt, dessen Schwiegermutter eine Psychologin ist und deren Hilfe er auch angeboten hat. Also, das war wohl nicht so, wie Sie es vorhin dargestellt haben.

Aber eine Sache noch - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ich kann Ihnen das - - Na ja, jetzt zu dem Thema Lischka. Ich habe ja ausdrücklich gesagt, dass es einen Kontakt gab und dass er sich interessiert hat für meine Situation. Da ging es aber nicht um Gesundheitszustände. Burkhard Lischka, 24. Februar, 19.32 Uhr, SMS an Sebastian Edathy:

Lieber Sebastian, wenn ich irgendwie helfen kann, lass es mich bitte wissen. Dein Burkhard

Antwort von mir, ohne Uhrzeit, aber auch am 24. Februar:

Sterbehilfe in Deutschland zulassen?

- Smiley. -

Nee, im Ernst, können wir mal telefonieren? Sebastian

Dann Lischka an mich:

Ja klar, ich ruf dich morgen an. Ist das okay? Denk an dich.

Dann schreibe ich:

Ist okay.

Ich nehme an, das Telefonat war dann am 25.

Uli Grötsch (SPD): Ihrer Wahrnehmung nach, so scheint es mir einfach - ich mag mich auch täuschen - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es ging nicht um meine Gesundheit. Ich meine, so desolat war ich auch nicht, also gesundheitlich. Ich bin da eigentlich relativ stabil.

Uli Grötsch (SPD): Ich habe nur den Eindruck, dass Sie den Eindruck gewonnen haben, dass sich die ganze Welt gegen Sie verschworen hat und niemand sich um Sie gekümmert hat und es vielleicht doch ein bisschen anders war, als Sie es wahrgenommen haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, die Frage war doch - - Entschuldigung, die Behauptung von Hartmann muss ja wohl die sein, es wäre ständig um meinen Gesundheitszustand gegangen. Nein, allenfalls am Rande und vielleicht einmal. Wie gesagt, andere frühere Kollegen aus dem Bundestag: Das war ausschließlich Herr Bartol, wie ich vorhin ausgeführt habe. Lauterbach wollte sich auf eine Talkshow vorbereiten, und Lischka wollte insgesamt wissen, wie ich das sehe, und



2. Untersuchungsausschuss

hat mir ein paar Ratschläge gegeben, die aber nichts mit Gesundheit zu tun hatten, sondern er hat mir zum Beispiel geraten, mich öffentlich erst mal einige Wochen zurückzuhalten. Dem bin ich nicht gefolgt. Aber das war sein Ratschlag, und er hat mir aus dem Fraktionsgremienvorstand und Gesamtfractionen berichtet, wie über mich diskutiert würde und dass es auch durchaus kritische Stimmen zum Beispiel gegenüber einem möglichen Parteiordnungsverfahren gibt. Darüber haben wir gesprochen.

Uli Grötsch (SPD): Fertig? Ich hätte da noch eine Frage.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Uli Grötsch (SPD): Dann habe ich, wie gesagt, noch eine Frage, und zwar habe ich noch eine Frage zu der SMS von Thomas Oppermann vom 8. Februar 2014. Ich möchte die noch mal kurz vorlesen:

Lieber Sebastian, die Entscheidung war richtig. Jetzt alles in Ruhe abwarten. Wenn alles überstanden ist, gibt es immer auch einen Neuanfang. Wenn du Hilfe brauchst, lass es uns wissen. Gruß,
Thomas

Diese SMS, die haben Sie dann mit dem Kommentar „Mir wird schlecht bei so was“ an Michael Hartmann weitergeleitet. In der letzten Ausschusssitzung sagten Sie, Sie fanden das einfach ganz verlogen, was Ihnen Thomas Oppermann eben in dieser SMS geschrieben hat. Das verstehe ich auch nicht. Wir wissen heute alle, dass Thomas Oppermann seit Mitte Oktober 2013 über den Verdacht gegen Sie im Bilde war, Herr Edathy. Verlogen oder zumindest heuchlerisch wäre es doch wohl eher gewesen, wenn Herr Oppermann Ihnen zum Beispiel gute Besserung gewünscht hätte, weil Sie damals ja gesundheitliche Gründe für Ihren Rücktritt angegeben hatten. Können Sie mir sagen, wieso Sie sich dann so über diese SMS aufgeregt haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Übrigens hat meinen Eindruck damals Herr Hartmann ja geteilt. Wir wussten ja, dass - - Also, Hartmann und ich wussten ja, dass Thomas Oppermann Bescheid

wusste, dass Hartmann und ich in Kontakt sind über diese Angelegenheit Kanada. Am 8. Februar, als diese SMS kam von Thomas Oppermann an mich, war das Ganze ja noch nicht öffentlich. Das ging ja erst am 10. Februar abends los. Wenn Herr Oppermann davon ausgegangen wäre, ich wüsste von möglichen Ermittlungen überhaupt nichts, also wenn er der festen Überzeugung gewesen wäre, mich hätte dieser Hinweis, dass da was kommen könnte, was strafrechtlich Relevantes - - wenn Oppermann davon ausgegangen wäre, dieser Hinweis hat mich gar nicht erreicht, dann hätte er eine solche SMS nicht schreiben können.

Das ist jetzt nicht besonders kompliziert; aber, Herr Grötsch, ich bin gerne bereit, Ihnen das noch mal näher zu erläutern. Oppermann hat mehrfach öffentlich behauptet, es gebe überhaupt keine Hinweise darauf, dass Informationen an mich durchgedrungen sind. Das war unwahr. Das ist eine unwahre Behauptung, weil Oppermann im Laufe der Zeit wusste, dass Hartmann und ich im Gespräch waren. Er hat ja versucht, Hartmann einzusetzen, um mir einen Mandatsverzicht nahezu legen. Wenn er aber sich wahrheitsgemäß öffentlich geäußert hat, dass er der Überzeugung sei, mich hätte nie eine Information erreicht, also wenn er der Überzeugung gewesen wäre, ich hätte tatsächlich aus gesundheitlichen Gründen auf das Mandat verzichtet, dann wäre es logisch gewesen, in der Tat „Gute Besserung“ zu schreiben und nicht so was.

Uli Grötsch (SPD): Was hätte er denn Ihrer Meinung nach wünschen oder schreiben sollen? Wie hätte er sich denn Ihrer Meinung nach verhalten sollen?

Zeuge Sebastian Edathy: Völlig bescheuert -

Uli Grötsch (SPD): Er bietet Ihnen ja Hilfe an.

Zeuge Sebastian Edathy: - völlig bescheuert, mir überhaupt eine SMS zu schicken. Ich meine, da hat er sich, glaube ich, keinen Gefallen getan.

Uli Grötsch (SPD): Würden Sie sagen, dass Sie gegen die Person Thomas Oppermann aus anderen Gründen, die nichts mit Ihrem Verfahren zu tun haben, einfach eine große Aversion haben?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Die führt allerdings nicht dazu, dass ich mir irgendwas ausdenke. Die SMS von Thomas Oppermann lautet - - Also, er geht ja angeblich davon aus, er kriegt die Nachricht von meinem Mandatsverzicht, und er geht ja angeblich oder ist angeblich davon ausgegangen: Mich hat da nie was erreicht, dass ein Verfahren drohen könnte. - Er bekommt also die Nachricht, ich verzichte aus gesundheitlichen Gründen auf mein Mandat. „Die Entscheidung war richtig.“ Wir haben nie darüber gesprochen. Also, wenn ich davon ausgehe, jemand legt aus gesundheitlichen Gründen das Mandat nieder, würde ich ja eher zurückfragen - also neben guter Besserung -: War das wirklich unumgänglich? - Wieso schreibe ich als ersten Kontakt inhaltlich: „Das war eine richtige Entscheidung. Jetzt alles in Ruhe abwarten. Wenn alles überstanden ist, gibt es immer auch einen Neuanfang“ usw.? Mir war - das war auch der Grund für die Weiterleitung an Hartmann - klar - das war für mich der Beleg -, dass Oppermann wusste, ich bin im Bilde.

Was heißt „Aversion gegen Thomas Oppermann“? Er gehört sicherlich in meiner Bewertung von Mitgliedern des Deutschen Bundestags zu denen, deren charakterliche Eignung für den Beruf des Politikers ich eher bezweifeln würde. Wenn es aber so wäre, dass ich etwas gegen ihn hätte, dann könnte ich jetzt ja hier - - Wenn die Behauptung ist, er denkt sich was aus, hätte ich doch ohne Weiteres behaupten können: Übrigens hat Oppermann nicht, wie es war, Hartmann bedroht, er möge mich nicht informieren, sondern er hat Hartmann gebeten, mich zu informieren. Das könnte ich doch ohne Weiteres behaupten. Das wäre genauso wenig gegenkontrollierbar wie die Wahrheit, die ich Ihnen berichte. Aber ich könnte natürlich, wenn ich denn überhaupt lügen würde, mir auch eine Lüge ausdenken, wo Herr Oppermann noch viel schlechter aussieht als bisher.

Uli Grötsch (SPD): Das hatten Sie ja schon gesagt. Aber wenn Sie jetzt noch auf meine letzte Frage antworten würden, Herr Edathy: Würden Sie das bejahen oder verneinen, wenn ich Sie frage, ob Sie gegen die Person Thomas Oppermann eine außergewöhnlich große Abneigung haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Ein gnadenloser Karrierist.

Uli Grötsch (SPD): Lassen Sie mich kurz ausreden.

Zeuge Sebastian Edathy: Ein gnadenloser, rücksichtsloser Karrierist.

Uli Grötsch (SPD): Sagen Sie einfach Ja oder Nein.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich kenne niemanden, der Herrn Oppermann mag.

(Lachen)

Uli Grötsch (SPD): Sagen Sie doch einfach Ja oder Nein.

Zeuge Sebastian Edathy: Was heißt „Aversion“? Das war mein Erster PGF. Da brauchen Sie eine - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Entschuldigung, ganz kurz mal eben: Das ist hier nicht lustig. Wir machen das der Reihe nach. Herr Grötsch redet aus, Sie antworten.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war die Frage.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich bitte davon abzu- sehen, hier in Gelächter auszubrechen.

Zeuge Sebastian Edathy: Aversion? Keine ausdrückliche Sympathie, ja.

Uli Grötsch (SPD): Also, würden Sie das mit Ja oder mit Nein beantworten, wenn ich Sie frage: Haben Sie gegen Thomas Oppermann eine ganz besonders große Abneigung?

Zeuge Sebastian Edathy: Von Eitelkeit getrieben. Wissen Sie, wir machen eine Schlussdebatte Untersuchungsausschuss. Wir vereinbaren, es reden nur Mitglieder des Ausschusses, und Oppermann versucht auf Biegen und Brechen, weil das kurz vor der Bundestagswahl ist, da selber die Hauptrede für die SPD zu halten. Das ist mal ein Beispiel. Profilierungssüchtig und extrem eitel.



2. Untersuchungsausschuss

Uli Grötsch (SPD): Wenn Sie fertig sind - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Uli Grötsch (SPD): Ich habe dann keine weiteren Fragen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe keine Aversion, aber ich habe keine besondere Zuneigung zu Herrn Oppermann entwickelt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das SPD-Fragerecht ist vorbei. Also war das die letzte Frage?

Uli Grötsch (SPD): Ich bin zu Ende, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Herr Tempel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe auch alles gehört, was ich heute hören wollte. Vorläufig.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann sind Sie wieder dran, Herr Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe noch zwei Fragen. Dann kommen meine Kolleginnen und Kollegen.

Bisschen kompliziert, Herr Edathy, aber auch für mich. Ich versuche es mal: Sie haben am 18. Dezember die Wahrheitspflicht des Zeugen im Untersuchungsausschuss einerseits betont und andererseits erläutert vor der Presse in der Bundespressekonferenz - ich zitiere -: Wenn Sie die Wahrheit transportieren könnten unter Auslassung des Hinweises auf Herrn Hartmann, hätten Sie sich so verhalten. Sie könnten aber nicht die Wahrheit sagen und über Michael Hartmann schweigen. Dafür - wieder Zitat - ist er zu sehr im Zentrum des Sachverhalts, um ihn da rauslassen zu können. Zitat Ende.

Ich gehe davon aus, Sie erinnern sich an diese Aussage in der Bundespressekonferenz?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, die ist ja auch absolut zutreffend.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Ist das nicht eine Güterabwägung, die Sie da vorgenommen haben zwischen einer überwiegenden

Wahrheitspflicht einerseits und andererseits einer von Ihnen empfundenen Verpflichtung gegenüber Herrn Hartmann?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Ich habe ja auf das Dilemma hingewiesen. Ich bin der festen Überzeugung, dass mir Michael Hartmann einen Gefallen tun wollte, als er mich informiert hat und auch auf dem Laufenden gehalten hat. Und wenn es diesen Untersuchungsausschuss nicht gäbe, hätte ich mich dazu niemals öffentlich geäußert.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn Sie so eine Abwägung - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es ist nur Folgendes: Ich stehe hier unter Wahrheitspflicht, und ich stehe hier auch unter Pflicht der Vollständigkeit. Also, wenn Sie mich fragen: „Gab es einen Informanten?“, hätte ich, um nicht die Unwahrheit zu sagen, sagen müssen mindestens: Ja. - Damit hätten Sie sich aber wahrscheinlich nicht zufriedengegeben, sondern Sie hätten berechtigterweise und logischerweise nachgefragt: Ja, wen denn? - Und dann nicht den zu nennen, der der einzige, aber eben auch tatsächlich vorhandene Informant gewesen ist, das lässt sich mit der Wahrheitspflicht nicht vereinbaren, auch wenn mir das für Herrn Hartmann, der in einer schwierigen Situation sich sicherlich befindet, leidtut, persönlich, menschlich leidtut. Aber das ist so. Das Parlament hat sich entschieden. Es gibt diesen Untersuchungsausschuss, und ich habe - ich habe und ich sehe - keine Möglichkeit gesehen und ich sehe keine Möglichkeit, Ihnen wahrheitsgemäß Auskunft zu geben und nicht darauf hinzuweisen, dass ich von Herrn Hartmann informiert worden bin.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt so eine Abwägung vorgenommen haben und ja auch für zulässig halten: Bei welchen Informationen über Herrn Hartmann hat denn Ihre Abwägung ergeben, dass die Wahrheitspflicht nicht überwiegt?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Ich habe - - Sie interpretieren mich miss. Ich bin gefragt worden - das ist eine Frage, die muss man nicht stellen; aber die ist gestellt worden in der Bundespressekonferenz -: Wie kann das eigentlich sein, dass



2. Untersuchungsausschuss

Sie die Person, von der Sie selber annehmen, Sie wollte Ihnen in einer schwierigen Situation helfen, als Informanten enthüllen? Und dazu habe ich nicht gesagt: „Ich kann dann abwägen, was die Wahrheit ist und was nicht die Wahrheit ist“, sondern ich habe gesagt: Ich bin als Zeuge geladen in einem Untersuchungsausschuss. Ich sehe mich außerstande, nicht wahrheitsgemäß und nicht vollständig den Sachverhalt zu offenbaren.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Und das heißt, Sie haben - -

Zeuge Sebastian Edathy: Und die Offenbarung des Sachverhaltes ist nicht möglich, ohne Herrn Hartmann zu erwähnen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Und das heißt, wir dürfen davon ausgehen, dass Sie jetzt vollumfänglich - - also keine Güterabwägung mehr vorgenommen haben, sondern vollumfänglich über Herrn Hartmann hier wahrheitsgemäß berichtet haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe zu keinem Zeitpunkt davon gesprochen, ich hätte irgendwelche Abwägungen vorgenommen. Ich habe deutlich gemacht, dass, weil mir Hartmann helfen wollte, ich diesen Umstand, dass er mein Informant war, nie öffentlich gemacht hätte, wenn es keinen Untersuchungsausschuss gäbe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Deswegen frage ich Sie ja, weil das sehr emotional war. Also, ich meine das positiv. Ich fand einiges nicht positiv in Ihrer Bundespressekonferenz; aber da hatte ich das Gefühl, da stecken Sie echt in einem Dilemma. Das kam ehrlich rüber, und daran habe ich festgestellt, dass Sie eine Güterabwägung vornehmen. Jetzt will ich nur sicher sein, dass da nicht noch Reste sind, die wir nicht kennen, die aber für den Untersuchungsgegenstand wichtig wären.

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Ich habe das auf den Tisch gelegt, was ich weiß.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Okay. - Ich habe gesagt, zwei Fragen. Dann ist das die Unterfrage zur ersten Frage: Gibt es für Sie

die Möglichkeit, dass Herr Hartmann Ihnen berichtet, er hätte die Informationen von Herrn Ziercke? Können Sie sich einen Umstand vorstellen, dass er Ihnen das nur sagt, tatsächlich hat er sie aber von einem anderen?

Zeuge Sebastian Edathy: Die Frage ist nicht gleichlautend, aber sinngemäß bereits gestellt worden. Hartmann hat den Namen Ziercke nicht im Rahmen der Erstinformation oder der weiteren Gespräche im November mir gegenüber offenbart, sondern im Dezember 2013. Er hätte es ja völlig problemlos dabei bewenden lassen können, mir zu sagen: „Ich habe das verlässlich aus Sicherheitskreisen“, oder: „Ich habe das verlässlich aus der Spitze des BKA“, ohne einen Namen zu nennen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Genau.

Zeuge Sebastian Edathy: Das wäre gar nicht erforderlich gewesen, da einen Namen ins Spiel zu bringen, wenn es der Fall gewesen sein sollte, dass er wiederum von einer anderen Person als Ziercke informiert worden wäre. Also, nehmen wir mal an, der Informant von Hartmann, also die Informationsquelle von Hartmann für das, was Hartmann mir gesagt hat, sei jemand anders als Ziercke. Dann hätte er überhaupt keinen Namen nennen müssen, wenn er mir nicht seinen tatsächlichen Informanten nennen wollte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Okay. Lassen wir das mal so stehen. - Können Sie uns noch mal kurz schildern Ihr berufliches Verhältnis zu Frau Lambrecht?

Zeuge Sebastian Edathy: Mein berufliches Verhältnis zu Frau Lambrecht?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Ja, also in welcher Beziehung Sie standen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich glaube, wir sind beide 1998 in den Bundestag gekommen. Ich war auch mal bei ihr gleich in der ersten Wahlperiode, also 1998 bis 2002, im Wahlkreis zu einer integrationspolitischen Veranstaltung als Referent. Da erinnere ich mich. Aber wir haben lange Zeit nicht in identischen Bereichen gearbeitet.



2. Untersuchungsausschuss

Das heißt, sie war ausgewiesene Rechtspolitikerin. Ich war im Innenausschuss, bin dann aber, nachdem das mit der Fortsetzung meines Amtes als Vorsitzender 2009 nicht geklappt hat, in den Rechtsausschuss gegangen, wo zu Beginn der letzten Wahlperiode Frau Lambrecht Sprecherin war. Insofern war ich natürlich darauf angewiesen, da mit ihr auch Kontakt zu pflegen. Wir waren politisch oftmals nicht einer Meinung. Sie war nach meinem Dafürhalten teilweise inhaltlich ein bisschen zu dogmatisch. Also, ihr war schon suspekt, dass ich bei den Seeheimern und beim Netzwerk aktiv bin. Insofern hatten wir jetzt persönlich-menschlich keine besonders enge Beziehung. Also, privat haben wir nie Gespräche geführt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Hat sie sich mal darüber erkundigt bei Ihnen, warum es mit Ihrer Karriere nicht vorwärtsgeht?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Es war ja - - Also, es war so, dass mir Michael Hartmann ja, nachdem Frau Lambrecht als die Nachfolgerin von Thomas Oppermann Erste Parlamentarische Geschäftsführerin geworden ist - - Wann das genau war, das müsste man den Protokollen der Fraktionssitzung der SPD entnehmen können. Ich gucke mal gerade, wo das in meiner eidesstattlichen Versicherung vorkommt. Oder können Sie es mir kurz sagen? Es kommt jedenfalls vor.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, mir geht es sowieso nur um die Frage - -

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, nein. Es ist insofern interessant, weil es da eine Begegnung gibt, die ich bisher nicht erwähnt habe. Das ist die eidesstattliche Versicherung, die zweite Seite, genau. Also, bei dem Gespräch beim Spanier, also im spanischen Restaurant, am 18.12. sagte mir Hartmann, er hätte von Lambrecht einen Anruf oder eine SMS bekommen. Ich glaube - - Also, eines von beiden definitiv. Das war die Aussage von Hartmann, dass die da jetzt Bescheid wüsste, was meine Causa angeht, und wohl auch wusste - das kann sie aber nur von Oppermann gewusst haben -, dass Hartmann das auch weiß. Sie hatte sich wohl bei ihm gemeldet. Ui, ui, ui, das wäre wohl - - das wäre ja eine schwierige Geschichte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): War das vor ihrer Wahl, also vor Frau Lambrechts Wahl, zur - -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich glaube, das muss - - Die Wahl, das war ungefähr um den Zeitraum. Vielleicht weiß Frau Högl das noch, wann der engere Fraktionsvorstand gewählt worden ist. Ich vermute mal, in der Woche vom 16. Dezember 2013?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt aber, die Information - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es war dann nur so, dass ich Frau Lambrecht getroffen habe im Rahmen einer halböffentlichen Begegnung. Das war Silvester 2013 oben im Reichstagsgebäude auf der Fraktionsebene. Das werden viele von Ihnen wissen: Man hat als Mitglied des Bundestages die Möglichkeit, am Silvesterabend auf die Terrasse des Reichstagsgebäudes zu gehen. Die ist dann für die Öffentlichkeit gesperrt, aber Abgeordnete und eine begrenzte Zahl von Gästen, die dürfen das. Da habe ich Frau Lambrecht getroffen, habe ihr ein gutes neues Jahr gewünscht. Da standen wir an einem der - - Da sind so thekenähnliche Aufbauten auf der Fraktionsebene, und da habe ich persönlich - - Also, wir haben natürlich nicht über mich gesprochen. Aber ich habe versucht, ihr Verhalten mir gegenüber daraufhin einzuordnen, ob das, was mir Hartmann gesagt hat, plausibel ist. Sie hat sich aber nichts anmerken lassen, wenn sie denn was gewusst hat. Das war also 13 Tage später.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber noch mal zum Punkt. Die Nachricht beim Spanier, dass Frau Lambrecht im Bilde ist, war nach ihrer Wahl zur PGF?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich - - Da müssten Sie jetzt klären, wann die Wahl war. Ich habe an der Sitzung nicht teilgenommen. Ich meine aber, das können Sie ja ohne Weiteres -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das müssen wir klären, okay.

Zeuge Sebastian Edathy: - bei der SPD-Fraktion abfragen. Aber ich habe das so verstanden - - Ich



2. Untersuchungsausschuss

habe Hartmann so verstanden, dass sozusagen im Zuge der Amtsübergabe von Oppermann an Lambrecht er Lambrecht informiert hat. So habe ich Hartmann verstanden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Danke schön.

Zeuge Sebastian Edathy: Aber dass Lambrecht sich an Hartmann wendet, kann ich mir nur so erklären, dass Oppermann Lambrecht nicht nur über den Sachverhalt berichtet hat, sondern auch, dass Hartmann im Bilde war.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Herr Edathy, ich möchte noch mal anknüpfen an die vorhin von Herrn Schuster gestellte erste Frage. Sie hatten dann geantwortet, ja, Sie glauben, dass Herr Hartmann Ihnen einen Gefallen tun wollte. Vielleicht können Sie das noch mal näher ausführen, warum Sie meinten, dass Herr Hartmann Ihnen einen Gefallen tun wollte.

Ich möchte da noch Folgendes anschließen. Ich möchte noch mal auf den SMS-Verkehr eingehen. Am 08.02. hatte dann Herr Hartmann geantwortet oder Ihnen eine SMS geschickt, nachdem die von Herrn Oppermann gekommen war am 08.02., und da hieß es dann:

Wie besprochen und erwartet.

Das bezog sich auf die Mail von - - auf die SMS von Herrn Oppermann, und dann kam:

Ich bin da wenn du Hilfe brauchst

Dann kam von Ihnen zurück - - Das kann man nicht genau erkennen, weil das so schwarz ist, ob das ein Smiley oder ein Fragezeichen war. Dann schreibt Herr Hartmann zurück:

Ernst gemeint.

Und dann kommt am 08.02. von Ihnen um 23.57 Uhr die SMS zurück:

Ja, ich weiß. - Du hast soviel bei mir gut, dass ich das ein Leben lang nicht mehr zurückgeben kann.

Und Herr Hartmann antwortet dann darauf kurze Zeit später:

Nein nein nein. Darum geht es nicht. Halte durch!

In dem Zusammenhang: Das klingt doch schon sehr nach, ich sage mal, freundschaftlicher Verbundenheit miteinander. Insofern möchte ich gerne einmal von Ihnen wissen: Wie würden Sie selber Ihr Verhältnis zu Herrn Hartmann bezeichnen? Freundschaftlich? Neutral? Beruflich? Wie auch immer. - Dieses klingt ja doch aber sehr nach sehr guter Bekanntschaft. Und was haben Sie damit konkret gemeint, wenn Sie schreiben:

Du hast soviel bei mir gut, dass ich das ein Leben lang nicht zurückgeben kann.

Was meinen Sie damit konkret?

Zeuge Sebastian Edathy: Ohne Herrn Hartmann wäre ich aus allen Wolken gefallen, wenn mich die Nachricht erreicht hätte, dass eine Staatsanwaltschaft aus Hannover gegen mich ermittelt.

Noch mal zu dem SMS-Verkehr: Ich habe hier einen Schwarz-Weiß-Ausdruck. Ich hatte ihm da die Nachricht von Oppermann geschickt. Darauf hat er reagiert. Und er schreibt am 08.02., 23.17 Uhr:

Ich bin da wenn du Hilfe brauchst

Dann schickt er hinterher ein Smiley, also so ein Icon, ein lachendes Gesicht. Und dann schreibt er noch mal, also drei SMS in Folge:

Ernst gemeint.

Dann antworte ich am späten Abend 08.02.:

Ja, ich weiß. Du hast soviel bei mir gut, dass ich das ein Leben lang nicht zurückgeben kann.

Das hatte ich ihm auch telefonisch gesagt. Wir haben nachher noch mal telefoniert. Ich habe gelesen, er hat gesagt, ich hätte ihn beschimpft. Nein, ich habe mich bedankt bei ihm. Ich habe mich bedankt bei ihm, weil ich die Hoffnung



2. Untersuchungsausschuss

hatte durch das Tätigwerden meines Anwaltes, dass man die Sache noch einigermaßen in den Griff bekommt. Also, klar: Ohne Fortführung meines Mandates, aber ohne Zerstörung sämtlicher beruflicher Perspektiven in Deutschland. Und dafür habe ich mich bedankt.

Hartmann ist am 15.11.2013 auf mich zugekommen. Das nächste Mal haben wir gesprochen Anfang der Folgeweche, am 18. November 2013. Am 18. November 2013, als wir vor dem Fraktionsaal auf der Terrasse im Reichstagsgebäude standen, sagte mir Hartmann unter anderem, weil Oppermann ihm gedroht hat, es hätte für Hartmann persönliche Konsequenzen, wenn er mich informiert, hätte er gezögert, mich in Kenntnis zu setzen. Er sagte mir ja, er sei - - Im Dezember hat er dann gesagt, es sei Ziercke gewesen.

Aber er sagte mir bereits am 18.11., er sei am Rande einer sicherheitspolitischen Tagung - - Das weiß ich noch genau: Das war hier in Berlin, dass er mir die Information gegeben hat. Das war nicht in - - Dieses Detail war nicht in Leipzig, sondern am 18.11. in Berlin. Das heißt, er hatte ja diese Kenntnis demnach schon vier Wochen, und er meinte, er sei jetzt wochenlang in einem Gewissenskonflikt gewesen, mich aus rechtlichen Gründen eigentlich nicht informieren zu dürfen, verstärkt noch mal durch die angebliche Drohung durch Oppermann an ihn, auf der anderen Seite, weil wir einen guten Kontakt hätten, mich da nicht sehenden Auges in eine schwierige Situation laufen zu lassen.

Und er sagte mir halt am 18.11., da hätte er länger darüber nachdenken müssen. Der Auslöser, mich anzusprechen, sei eine Fernsehberichterstattung gewesen, die ich auch zur Kenntnis genommen hatte, am 15.11. Da hat er wohl im Hotelzimmer - ich auch - diese Berichterstattung gesehen, Fernsehbeitrag über eine Pressekonferenz, die da in Kanada stattgefunden hat. Er sagte mir, er würde davon ausgehen, ich hätte das auch mitbekommen, und das wäre jetzt der Zeitpunkt, wo er mir das mitteilen wollte, dass ich da tatsächlich auf der Liste auftauchen würde und dass das halt einer ganzen Reihe von Leuten schon bekannt sei. Das hätte er nicht machen müssen, wenn er mir nicht einen Gefallen hätte erweisen wollen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Vor dem Hintergrund, dass Sie ja in der Vergangenheit nicht immer nur, sagen wir mal, Busenfreunde gewesen sind, sondern durchaus ja auch Konkurrenten gewesen sind: Haben Sie sich in dieser Zeit eigentlich auch einmal gefragt, warum Herr Hartmann diese, ich sage mal, Fürsorge Ihnen angedeihen lässt und Ihnen diese Informationen gibt? Denn das war ja nicht unbedingt selbstverständlich, dass einer der Kollegen und dann auch gerade Herr Hartmann Ihnen diese Informationen gibt mit diesen ganzen Inhalten, mit dem Hinweis auch auf Herrn Ziercke.

Sie haben gerade gesagt, ja, das war - ich weiß jetzt nicht mehr genau den Wortlaut - aber schon eine sehr fürsorgliche, vielleicht kann man sogar sagen: auch freundschaftliche Zuwendung, indem er Sie darüber informiert hat, um Schaden abzuwenden von Ihnen und Sie nicht in irgendwas reinlaufen zu lassen. Ich hatte deswegen auch ganz bewusst nach Ihrem persönlichen Verhältnis zu Herrn Hartmann gefragt. Vielleicht können Sie das doch noch mal erläutern.

Ich will aber noch etwas sagen, was bei der Befragung von Herrn Hartmann zu dem Verhältnis er seinerseits zu Ihnen gesagt hat. Da hat er nämlich gesagt:

Ich darf vorabstellen, dass ich mit Herrn Edathy weder befreundet war noch dass wir uns besonders mochten. Ich fand ihn bereits seit längerer Zeit sehr schwierig im Umgang. Ich hatte auch zuvor erlebt, dass er sich mir gegenüber sehr unkollegial verhalten hat.

Vor diesem Hintergrund seiner Äußerung bezüglich des Verhältnisses zu Ihnen würde ich jetzt gerne doch noch mal von Ihnen hören: Wie war Ihr - - Wie haben Sie eigentlich das Verhältnis zwischen Ihnen beiden eingeschätzt? Und dann auch: Wie haben Sie das bewertet, dass er Ihnen all diese Informationen gegeben hat? Das ist ja nicht selbstverständlich.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe das der Medienberichterstattung entnommen, wie sich Herr Hartmann geäußert hat über unser Verhältnis. Wenn das Verhältnis zwischen ihm und mir so



2. Untersuchungsausschuss

gewesen wäre, wie er es hier geschildert hat: Mit einem solchen Menschen schreiben Sie nicht Dutzende von SMS. Macht überhaupt keinen Sinn; ist nicht plausibel.

Wir waren ja in Gesprächen über Karriereplanung. Das war ja auch der Grund, warum ich ihn in Leipzig angesprochen hatte. Für ihn war ja und musste auch klar sein, dass das bei mir nichts wird. Wenn er mir nicht einen Tipp gegeben hätte, da läuft was und die und die Leute - unter anderem der Fraktionsvorsitzende, der Parteivorsitzende und der damalige Erste Parlamentarische Geschäftsführer Oppermann - wüssten Bescheid, wenn er mir diesen Tipp nicht gegeben hätte, hätte ich natürlich bei Oppermann wieder auf der Matte gestanden und gefragt, was eigentlich aus unserem Gespräch geworden ist vom 8. November. Ich habe mich ja nie wieder - - Ich bin ja nie wieder vorstellig geworden in Sachen Karriere. Ich habe mich zurückgezogen, und um da eine plausible Argumentation für meinen Rückzug zu finden, habe ich diese Krankschreibung erwirkt. Und ich glaube, das hat für Hartmann auch eine Rolle gespielt, dass er ja wusste, ich mache mir Hoffnungen auf eine weitere Karrierestufe, und die sind im Grunde genommen gegenstandslos.

Er sagte mir auch, er wollte mir nichts weiter vorspielen, also, er wollte nicht mit mir Gespräche führen über mögliche Führungsstellen in der Fraktion oder auf Staatssekretärebene zum Beispiel. Das kann ich mir nur so erklären, dass er das aus Sympathie gemacht hat.

Zu dem Verhältnis zwischen Hartmann und mir - ich habe das am 18.12.2014 ja geschildert -: Es gab Friktionen nach der Bundestagswahl 2009, als ich mit ihm Gespräche geführt habe über die Nachfolge von Wiefelspütz, der dann Sprecher im Bereich Innenpolitik geblieben ist, als klar war, ich kann nicht Vorsitzender bleiben. Hartmann wollte selber auch Sprecher werden. Wir hatten sogar zu dritt ein Gespräch, also Wiefelspütz, Hartmann und ich, im Büro von Wiefelspütz über die Frage: Sprecher, Vorstand der Arbeitsgruppe Innenpolitik der SPD-Fraktion, wo ich auch gesagt habe, ich wäre bereit, anzutreten, auch wenn Wiefelspütz erneut kandidiert.

Eigentlich war die Verabredung, dass Hartmann hilft, dafür in der Arbeitsgruppe eine Mehrheit zu bilden. Am Ende der geheimen Abstimmung hatte ich aber ein Votum gegen mich von eins zu acht. Das heißt, ich habe ganz offenkundig nur meine eigene Stimme bekommen, und da ich weiß, wie ich abgestimmt habe, weiß ich, dass diese Stimme von mir war. Das heißt aber im Umkehrschluss: Ich musste wissen, dass Hartmann mich nicht gewählt hat, obwohl wir vorher was anderes abgestimmt haben. Ich habe den Ausschuss verlassen und war ziemlich verstimmt über ihn.

Ich habe dann aber - - Nach zwei Jahren, als dann tatsächlich die Nachfolge von Wiefelspütz anstand, gab es eine Kampfkandidatur in der SPD-Fraktion, und zwar Hartmann gegen Rüdiger Veit. Das war für mich der Anlass, auf Hartmann zuzukommen und ihm zu sagen - also 2011, Mitte 2011 -: Hör mal, ich weiß, das ist nicht alles gut gelaufen bei uns zu Beginn der Wahlperiode. Ich will dir aber ausdrücklich sagen, gleich bei der geheimen Abstimmung in der Fraktion wirst du meine Stimme kriegen, weil ich dich für breiter inhaltlich aufgestellt halte für den Sprecherposten unserer Fraktion im Innenausschuss. - Daraufhin hat er ein bisschen stutzig reagiert, aber erfreut reagiert und sagte, er wäre sehr dankbar für meine Unterstützung und er wisse auch, dass mir das vielleicht nicht ganz leichtfällt. Dann habe ich gesagt, ja, ich hätte halt über viele Sachen nachgedacht. Vielleicht war auch nicht alles in Ordnung, was ich zwei Jahre vorher gemacht habe.

Seitdem hat sich das Verhältnis wieder deutlich verbessert, und wir hatten natürlich in der Zeit des NSU-Untersuchungsausschusses wieder häufiger Kontakt, weil das Thema parallel auch immer mal hin und wieder sporadisch Thema im Innenausschuss gewesen ist und er halt Sprecher meiner Fraktion war, und ich war mit Frau Högl und dem Kollegen, meinem Exkollegen, Ihrem Kollegen Sönke Rix - - waren die drei SPD-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss.

Und dann war es halt eben so - das hatte ich aber auch am 18.12. hier schon berichtet -, dass ich den Kontakt hatte mit ihm ab Oktober, um ihm zu signalisieren: Ich möchte nicht, dass wir in



2. Untersuchungsausschuss

eine Konkurrenzsituation kommen. Lass uns mal besprechen, wie wir uns wechselseitig unterstützen können für Aufgabenverteilung in der Wahlperiode. Also, das Verhältnis zwischen mir und Michael Hartmann war deutlich besser, als es offenkundig Herr Hartmann hier im Ausschuss geschildert hat.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wie erklären Sie sich dann die Äußerung von Herrn Hartmann in der Sitzung im Dezember? Denn das klingt nun nicht gerade sehr freundlich und auch gerade -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): - im Hinblick darauf, dass er Ihnen in der Zeit diese ganzen Informationen hat zukommen lassen. Welche Schlussfolgerung ziehen Sie daraus, oder wie erklären Sie sich das?

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, das ist relativ banal, würde ich sagen. Wenn Herr Hartmann die Wahrheit sagen würde, würde er damit sofort ein Strafverfahren evozieren, ganz zwingend. Was hat er jetzt für Möglichkeiten? Das wäre das Ende seiner Zugehörigkeit zum Bundestag. Das eine ist, alles abzustreiten, was ich inhaltlich sage, und das Zweite ist, das nach Möglichkeit vielleicht zu kombinieren mit einer Schilderung unseres Verhältnisses, die es plausibel erscheinen lassen soll, dass wir uns nicht so wie von mir dargestellt ausgetauscht haben.

Vielleicht können Sie mal versuchen, sich in seine Lage zu versetzen. Ich glaube nicht, dass es - auch wenn es nicht der Wahrheit entspricht, was er gesagt hat - völlig unplausibel ist, dass er sich so äußert. Die Alternative wäre, sofort die Sachen zu packen und das Mandat niederzulegen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Mihalic, Frau Lemke, wer von Ihnen fragt? - Frau Mihalic, bitte sehr. Sie haben das Wort.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte an diesem Komplex, den Frau Woltmann versucht hat zu erhellen, auch noch mal anschließen. Sie haben - - Oder ich fange mal mit

einer konkreten Sache an. Sie haben, glaube ich, gesagt, wenn ich das richtig erinnere, als es um den Zeitpunkt 29./30. Januar ging, also dieses Telefonat - ich verkürze das jetzt - „Hannover zieht alle Register“, dass da auch schon mal das Thema Mandatsverzicht erörtert worden ist. Sie haben vorhin noch in einem anderen Zusammenhang gesagt, also in dem Zusammenhang mit Ihrer Krankmeldung am 8. Januar, dass auch gegenüber Frau Ernstberger ja ein Mandatsverzicht sozusagen schon angesprochen worden ist; genau, die Möglichkeit eines Mandatsverzichts. Haben Sie oder hat Herr Hartmann mit Ihnen irgendwann in diesem Zeitraum, also in dem fraglichen Zeitraum, seitdem er Sie das erste Mal informiert hat - eben bis Ende Januar -, das Thema Mandatsverzicht noch mal erörtert?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich meine, das habe ich im Dezember hier schon ausgeführt. Das war zweimal explizit Thema zwischen uns, das eine bei dem Gespräch bei mir in der Wohnung, allerdings noch eher mit dem Tenor „mögliche Option“. Er hat dann auch über sich gesprochen, dass er mal in der letzten Wahlperiode irgendwie mal ein Angebot hatte, irgendwie Pressesprecher in Ingelheim - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das noch mal mit dem Zeitpunkt - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, ja. Ich schau mal gerade kurz, wann er bei mir war. Aber das müsste Ihnen ja - - Das ist ja jetzt nicht neues Wissen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein; aber dass wir das zusammenkriegen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich schau mal ganz kurz. - Wenn Sie mir was zuflüstern, muss das schon lauter sein, Herr Noll. Sonst kann ich das nicht - - Wo steht das? Ach so, okay. Es war am 28.01. in meiner Wohnung. Also, er ist zu mir privat gekommen. Da war ich ja schon krankgeschrieben.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das ist ja der Zeitraum Ende Januar.

Zeuge Sebastian Edathy: Wir haben uns bewusst nicht irgendwo in einem Lokal getroffen, weil ich



2. Untersuchungsausschuss

das nicht wollte, sondern er ist zu mir gekommen, und da hatte er mir gesagt: Überleg dir das. Oppermann fände es auch gut.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vor dem 8. Januar oder um den Zeitraum herum?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben von sich aus das in Betracht gezogen, ohne das mit Herrn Hartmann zu erörtern?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe das von mir aus in Betracht gezogen, ja, als eine Variante. Die Entscheidung, tatsächlich das Mandat niederzulegen, habe ich aber erst dann gefällt, als ich dann Tage später von Hartmann die Information hatte, er habe gehört, dass Hannover tatsächlich tätig werden will und meine Immunitätsaufhebung beantragt würde.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das deswegen in dem Zusammenhang noch mal, weil Sie hatten - - Ich weiß jetzt die genaue Protokollstelle nicht mehr; aber vielleicht kann auch mein Referent das irgendwie jetzt noch schnell herausuchen. Aber ich sage schon mal: In der letzten Vernehmung, in der letzten Untersuchungsausschusssitzung, da haben Sie, glaube ich, wenn ich das richtig erinnere, auch davon gesprochen, dass Herr Hartmann Sie ja einerseits informiert hat - so wie Sie es jetzt auch gerade noch mal wiederholt haben -, weil Sie davon ausgegangen sind, dass er Ihnen einen Gefallen tun will. Aber Sie haben es, glaube ich, auch in den Raum gestellt, dass Herr Oppermann Herrn Hartmann in dieser Frage auch instrumentalisiert hat.

Zeuge Sebastian Edathy: Das hat er mir ja gesagt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inwiefern instrumentalisiert? Wie passt das zusammen, dass er Ihnen einerseits Informationen hat zukommen lassen, weil er Sie gemocht hat, weil er Ihnen einen Gefallen tun wollte, und auf der anderen Seite, weil Herr Oppermann ihn instrumentalisiert hat? Das verstehe ich noch nicht so ganz.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das ist kein Widerspruch. Entgegen der ausdrücklichen Aufforderung durch Oppermann kommt Hartmann auf mich zu am 15.11. Das heißt, in der konkreten Gesprächssituation bin ich auf ihn zugegangen, um über Karriereplanung zu reden, und er nimmt mich zur Seite und sagt: Hör mal. Schlechte Nachrichten. Soll ich es dir erzählen? - Das hat er gemacht nach meiner festen Überzeugung gegen den Willen von Oppermann. Oppermann muss aber im Laufe der nächsten Wochen - so ist auch die SMS vom 8. Februar dann zu erklären an mich - zumindest den Eindruck bekommen haben, dass Hartmann mit mir inhaltlich über die Sache spricht, und Hartmann hat mir gesagt bei dem Gespräch, das ich eben erwähnt habe in meiner Wohnung, Oppermann habe bei einem kürzlichen Gespräch mit Hartmann schon mal ausgerechnet, wie viel Übergangsgeldanspruch ich hätte im Falle meines Mandatsverzichtes, dass das politisch vielleicht sinnvoll sein könnte, wenn ich nicht weiter dem Bundestag angehöre. Und dann kam ja noch ergänzend die Information von Hartmann bezüglich des Gespräches mit Heiner Staschen. Am 25.01. sei das Gespräch gewesen bei einer Veranstaltung am Vorabend eines Sonderparteitages der Bundes-SPD hier in Berlin, dass ihn also der Büroleiter von Oppermann, Herr Staschen, angesprochen habe und sich erkundigt habe, wie es eigentlich jetzt mit mir weiterginge, und dass ich auf Dauer ja als Fraktionsmitglied wahrscheinlich nicht zu tolerieren sei.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, um das mal zusammenzufassen - -

Zeuge Sebastian Edathy: Es gibt keinen Widerspruch. Der Anlass der Information durch Hartmann an mich ist nach meiner Überzeugung, dass Hartmann mir helfen wollte. Oppermann kriegt das mit, dass entgegen dem, was Herr Hartmann gesagt hat, offenkundig Hartmann mit mir inhaltlich gesprochen hat, nimmt das erst mal als Realität zur Kenntnis und versucht dann, Hartmann für seine Zwecke einzuspannen. Das ist kein Widerspruch.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Sie zum Mandatsverzicht zu bewegen?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Das hat mir aber Hartmann auch so dezidiert und differenziert mitgeteilt. Er hat gesagt: Ich habe den Eindruck, Sebastian, Oppermann möchte das gerne. Wenn ich an deiner Stelle wäre, würde ich zumindest darüber nachdenken. Ich würde es dir jetzt nicht dringend anraten. - Das hat er dann erst gemacht, als er mir sagte: Die Staatsanwaltschaft Hannover wird tätig. Wenn ich du wäre, würde ich jetzt sofort das Mandat niederlegen. Mach eine Kur, tauch drei Monate unter, und wir hoffen, dass das nicht in die Öffentlichkeit geht, die Geschichte, sondern abgebogen werden kann, was die öffentliche Wahrnehmung betrifft.

Und das war in der Tat auch meine Hoffnung, dass gerade, wenn ich nicht mehr aktiv in der Politik stehe, vielleicht die Staatsanwaltschaft in Hannover zu einem maßvollen und verhältnismäßigen Verhalten kommen würde. Das war auch der Grund, warum ich mich in der SMS, die vorhin von der Unionsfraktion angesprochen worden ist, bei Herrn Hartmann ausdrücklich bedankt habe für all das, was er in den Wochen vorher aus meiner Sicht für mich getan hat.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich außer Ihrem Anwalt noch anderen Personen davon erzählt, dass Sie laufend informiert gewesen sind?

Zeuge Sebastian Edathy: Das ist eine legitime Frage. Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wem?

Zeuge Sebastian Edathy: Keiner Person aus der Berufspolitik.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihrem Büroleiter?

Zeuge Sebastian Edathy: Unter anderem, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätte ich jetzt unter „Berufspolitik“ subsumiert, aber - -

Zeuge Sebastian Edathy: Na ja, ich weiß nicht, ob Ihre Abgeordnetenmitarbeiter Berufspolitiker sind. Also, meine waren es nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, sie sind beruflich in der Politik. Gut, das kann man jetzt interpretieren, aber - - Also, Sie haben unter anderem Ihren Büroleiter - - Wenn Sie jetzt sagen: nicht „aus der Berufspolitik“, meinen Sie damit Personen aus Ihrem privaten Umfeld?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie Ihrem Büroleiter davon erzählt haben, dass Sie laufend informiert gewesen sind, haben Sie auch erzählt, von wem Sie die Informationen bekommen haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Herrn Hartmann dann?

Zeuge Sebastian Edathy: Und dass mir Hartmann im Dezember gesagt hat, die Quelle sei Ziercke. Ich habe mit drei, also neben meinem Anwalt, Personen aus meinem unmittelbaren Umfeld im November/Dezember darüber gesprochen, was der Sachverhalt ist, dass Hartmann mein Informant war und dass Hartmann mir gesagt hat, das, was Hartmann wisse, habe er von Ziercke.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich nur noch mal nachfragen, wann Sie Ihrem Büroleiter davon erzählt haben?

Zeuge Sebastian Edathy: November 2013.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach noch mal? Also, haben Sie - -

Zeuge Sebastian Edathy: Natürlich im November 2013 das mit Ziercke noch nicht. Das habe ich ihm aber dann nachträglich im Dezember mitgeteilt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, um das - - Wenn ich das noch mal anschließen darf, Frau Vorsitzende: Verstehe ich das rich-



2. Untersuchungsausschuss

tig, dass immer, wenn Sie eine Information bekommen haben, Sie also auch Ihren Büroleiter ins Vertrauen gezogen haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Mit ihm war ich - bin ich vielleicht noch; weiß ich nicht so genau - befreundet, ja. Also, da gab es eine Vertrauenssituation zwischen uns, die über das Berufliche deutlich hinausging.

Also, ich habe - - Um das quantitativ noch mal deutlich zu sagen, die Aussage: Da läuft möglicherweise was gegen mich. Darüber hat mich Hartmann informiert, und Hartmann hat mir mitgeteilt, seine Quelle sei wiederum der BKA-Präsident. Das habe ich meinem Anwalt 2013, Ende 2013, mitgeteilt und drei Personen aus meinem Umfeld.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns auch die anderen Personen nennen?

Zeuge Sebastian Edathy: Nicht in öffentlicher Sitzung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann hat jetzt das Fragerecht die SPD-Fraktion. Herr Grötsch?

Uli Grötsch (SPD): Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Keine weiteren Fragen. Herr Tempel, haben Sie noch Fragen? - Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja. Dank intensiver Fragen meiner Kollegen ergibt sich noch die eine oder andere Nachfrage.

Herr Edathy, Sie gehen zum heutigen Stand nach wie vor davon aus, wenn ich Sie richtig verstehe, dass Herr Hartmann Ihnen in jedem Punkt die Wahrheit gesagt hat.

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe keinen Grund, an - - daran zu zweifeln, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Es gab ja auch öffentliche Spekulationen. Eine war unter anderem,

Herr Hartmann hat gar nicht aus eigenem Antrieb gehandelt, sondern mit Auftrag aus der SPD-Spitze, während er Ihnen erzählt hat, dass die gerade ihm untersagt hätten - also Herr Oppermann speziell -, Sie zu informieren. Halten Sie das für völlig abwegig?

Zeuge Sebastian Edathy: Halte ich für sehr unwahrscheinlich. Also, mir kam das sehr plausibel vor, dass er von Oppermann unter Druck gesetzt worden ist, mich nicht zu informieren. Da Herr Oppermann ein sehr pragmatischer Politiker ist, kam es mir auch plausibel vor, dass in dem Moment, wo Oppermann dann doch mitbekommen hat, da ist Informationsfluss passiert, er versucht hat, mit dieser neuen Realität in seinem Sinne umzugehen. Wie er mit Steinmeier verblieben ist in dem Gespräch, das weiß ich nicht. Er hat mir halt nur berichtet, dass sich Steinmeier - das Gespräch muss vor Mitte November gewesen sein - sich angeblich sehr besorgt um mich gezeigt habe, auch was das für persönliche Konsequenzen haben könnte, die Geschichte, wenn sie öffentlich wird.

Frank Tempel (DIE LINKE): Sie schilderten, dass dem Kollegen Hartmann sogar angedroht worden wäre, dass er, wenn er Sie informiert, auch Konsequenzen tragen müsste, also mit dran wäre, wenn ich das jetzt nicht wörtlich - - Ist das richtig?

Zeuge Sebastian Edathy: „Sorge ich dafür, dass du mit drinhängst.“ Das war so ziemlich wörtlich das, was mir Hartmann berichtete über sein Gespräch mit Oppermann, ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Er hat Sie ja nun informiert. Jetzt erleben Sie aber auch selbst einen Untersuchungsausschuss, wo man seitens der SPD-Fragestellung doch zumindest offensichtlich sehr an der Glaubwürdigkeit von Herrn Hartmann in seinen Äußerungen, die er jetzt hier im Untersuchungsausschuss macht, festhält und sehr stark an Ihren Äußerungen zweifelt. Das ist doch so ziemlich das Gegenteil von „Dann steht er mit in der Konsequenz“. Also passt das nicht ganz zusammen, was wir jetzt im Untersuchungsausschuss erleben, mit dem, was Sie berichtet bekommen haben, was passiert, wenn der Herr Hartmann Sie informiert.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Sebastian Edathy: Die Drohung, die nach Hartmanns Aussage Oppermann gegenüber Hartmann ausgesprochen hat, ist natürlich zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo nicht davon auszugehen war, dass die Tatsache bekannt werden könnte, dass zu einem späteren Zeitpunkt Herr Oppermann darüber wusste, dass ich von Hartmann informiert worden bin. Welches Interesse sollte denn Herr Oppermann zum gegenwärtigen Zeitpunkt oder die Führung der Fraktion der SPD in der Partei daran haben, dass ich glaubwürdig bin und dass Hartmann nicht glaubwürdig ist? Ich kann das politisch verstehen. Das widerspricht natürlich einem Aufklärungsauftrag, wenn man manchmal den Eindruck hat, es soll ein gewünschtes Ergebnis vorweggenommen werden, unabhängig von der Plausibilität und der Glaubwürdigkeit von Zeugen, die man hört. So.

Was soll ich denn für einen Grund haben, mir was auszudenken? Wenn ich mir was ausdenken würde, warum sollte ich einen Grund haben, mir genau das auszudenken, was ich Ihnen hier vortrage, und nicht etwas, was Herrn Oppermann, der ja von mir angeblich so sehr gehasst wird, in ein noch schlechteres Licht rückt? Was für einen Grund sollte ich denn haben, meinem Anwalt und anderen Personen bereits zeitnah nach meinen Gesprächen mit Hartmann zu sagen: „Es war Hartmann, und Hartmann wiederum, unterrichtet durch Ziercke, die den Informationsfluss an mich ermöglicht haben“? Das wäre doch - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Wenn Sie mir eine Chance lassen, kann ich innerhalb der acht Minuten noch fragen, welche - -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, nur kurz Folgendes: Wenn ich mir, abgesehen davon, dass eine ausgedachte Version noch viel grässlicher für die Beteiligten ausfallen könnte - - Die Wahrheit ist eben die, die ich dargestellt habe. Mal abgesehen davon: Wenn ich mir was ausdenken würde, hätte ich mir das wohl erst ausgedacht mit Öffentlichwerden der Geschichte und nicht im November oder Dezember.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also, um Ihre Frage zu beantworten, obwohl ja sonst eher ich die Frage stelle, welchen Grund Sie hätten: Der Kollege

Grötsch hat ja sehr ausführlich nachgefragt, welche negativen Aversionen Sie möglicherweise gegen Herrn Oppermann hatten. Da spielt immer noch der mögliche Rachedanke eine Rolle. Also, selbst wenn das plausibel wäre, bleiben Sie hier bei der Einschätzung, die Sie gewonnen haben in der Kommunikation mit Herrn Hartmann, dass die Geschichte so, wie er sie erzählt hat, geblieben ist, und würden nicht die Möglichkeit, Herrn Oppermann hier in die Bredouille zu bringen, nutzen. Sie bleiben bei der Variante, die Sie glauben, so von Herrn Hartmann auch richtig wiedergegeben zu haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Das fand ich sehr plausibel, also auch, wo mir Herr Hartmann ja sagte, er wäre noch mal angesprochen worden von Oppermann. Nach meinem Gesprächswunsch vom November 2013, wo ich mit Oppermann unter vier Augen reden wollte, hat ja Oppermann Rücksprache gehalten - so Hartmann zur mir -, ob da ein Informationsfluss erfolgt sei. Also, auch bei der Gelegenheit muss er zum Ausdruck gebracht haben, dass das negative Konsequenzen haben würde für Hartmann.

Also, er ist - - Wenn er den Eindruck hatte, dass im Laufe der Zeit Oppermann ganz gerne über Hartmann versuchen wollte, auf meine Entscheidung Einfluss zu nehmen, was das Mandat betrifft, dann ist das erst im Laufe der Zeit so eingetreten. Zu Beginn des Informationsflusses an mich war Hartmann eher sehr stark unter Druck gesetzt gewesen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Okay. - Als großer Rächer sind Sie wohl nicht geeignet.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich habe gewartet, ob Herr Tempel noch was hat?

(Frank Tempel (DIE LINKE): Ich dachte, das wäre ein guter Schlusssatz!)

- Ach so. Entschuldigung, dass wir das jetzt nicht spontan gewürdigt haben, lieber Herr Tempel. - Aber ich frage trotzdem noch mal. Bei Ihnen, gibt es da auch noch was zu fragen?



Helmut Brandt (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Brandt hat noch was.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen mehr, weil die sich jetzt durch die letzte Fragerunde der Kollegen Woltmann, Mihalic und Tempel erledigt haben. Aber ich bitte um zweierlei: bevor wir dann in nichtöffentlicher Sitzung von Herrn Edathy noch die Namen derjenigen erfahren, denen er sich da auch geöffnet hat privatissime, ganz klar zu Protokoll zu nehmen, in welchem Umfang der Zeuge Edathy den Rechtsanwalt Noll von seiner anwaltlichen Schweigepflicht entbindet, damit wir den gegebenenfalls, wenn wir das denn beschließen sollten, als Zeuge noch vernehmen können.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Noch Weiteres? Sollen wir das in öffentlicher Sitzung machen, oder können wir das auch in nichtöffentlicher Sitzung machen?

Zeuge Sebastian Edathy: Was jetzt? Die Entbindung von der Schweigepflicht, oder was?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, da bereiten wir irgendwas vor, oder?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Selbst wenn Sie es jetzt wollen würden: Ich schlage vor, dass wir das gleich in nichtöffentlicher Sitzung machen. Dann können wir das gegebenenfalls auch noch mal erörtern.

So, jetzt noch mal zur Sicherheit: Die Linke? CDU/CSU? Grüne? Frau Mihalic? Frau Lemke? SPD? Niemand hat mehr Fragen.

(Zuruf: Frau Mihalic!)

- Ach, Sie haben noch Fragen, Frau Mihalic? Ja, wunderbar. Das war hier so schlusswortmäßig von Herrn Tempel. Entschuldigung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war Herrn Tempels Schlusswort.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, alles klar. Das habe ich missverstanden.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie sind dran. Bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für meine Fraktion möchte ich dann doch noch was fragen. - Vorhin hat es ja gepiepst, als wir bei Ihrem Büroleiter stehen geblieben sind. Ich möchte gerne noch fragen: Wann ist er denn zu den Seeheimern gewechselt? Das haben Sie ja vorhin gesagt.

Zeuge Sebastian Edathy: Das müsste ich nachschauen. Das ergibt sich aber aus dem Arbeitsvertrag.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr den Zeitraum? Können Sie das ungefähr sagen?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war zu Beginn der Arbeit des NSU-Ausschusses. Das weiß ich noch, weil ich nicht so ganz begeistert darüber war. Aber ich habe das dann akzeptiert und auch nachvollziehen können, weil das für ihn eine Karrierechance gewesen ist, auch mit einem prinzipiell unbefristeten Arbeitsvertrag. Das heißt, das muss - - das war der Wechsel, ich meine, im Laufe 2012.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann muss ich jetzt noch mal genauer nachfragen.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor jetzt noch mal Missverständnisse auftreten: Der NSU-Untersuchungsausschuss begann ja deutlich früher, und ich frage mich jetzt gerade - -

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, 2012. Anfang 2012, oder nicht?

2. Untersuchungsausschuss



Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und welchen Büroleiter haben Sie da ins Vertrauen gezogen, dass Sie laufend informiert wurden? Denjenigen, der - -

Zeuge Sebastian Edathy: Den Nachfolger.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Nachfolger. Also nicht - -

Zeuge Sebastian Edathy: Und den Vorgänger.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den auch?

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Wir haben zu dritt gesprochen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Sebastian Edathy: Wir haben mehrfach zu dritt gesprochen, bei mir jetzt in der Wohnung, bei meinem damaligen Büroleiter in der Wohnung. Ab dem November 2013.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Nur, weil wir bisher nie über Namen geredet haben, sondern nur immer von Funktionen.

Zeuge Sebastian Edathy: Wenn Sie die Namen haben wollen, gebe ich Ihnen die gerne in nicht-öffentlicher Sitzung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Nein, ist ja kein Problem. Nur, damit jetzt keine Irritationen auftauchen, wollte ich noch mal nachfragen, mit welchen. Also, es geht um zwei Büroleiter? Um das noch mal klarzuziehen.

Zeuge Sebastian Edathy: Es geht um zwei Personen, die zu einem jeweiligen Zeitpunkt mal Büroleiter waren, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Ja, genau. Das ist die ausführliche Darstellung. Vielen Dank. Dann machen wir das gleich noch weiter in nichtöffentlicher Sitzung.

Ich habe noch eine Frage zu diesem Komplex bzw. zur Nachfrage von Herrn Hartmann beim

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz. Da hat Frau Lemke ja vorhin nachgefragt. Das hat sich mir jetzt auch alles so erschlossen. Aber der Zeitpunkt, wann er da nachgefragt hat nach dem Verfahren, war das - ich verkürze das jetzt noch mal - vor oder nach „Hannover zieht alle Register“?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war vorher.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher?

Zeuge Sebastian Edathy: Mutmaßlich im Laufe Januar 2014.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Frage zu einem anderen Komplex, und zwar komme ich auf das Telefonat zwischen Ihnen und Herrn Lischka noch mal zu sprechen, als es darum ging, was mit den Redebeiträgen der Aktuellen Stunde war. Da war jetzt Herr Lischkas Aussage nicht so ganz erhellend. Sie haben vorhin, glaube ich - es ist jetzt auch schon ein paar Stunden her -, erwähnt, dass Herr Lischka Ihnen gegenüber gesagt hat, die Büros respektive die Personen Oppermann, Gabriel waren involviert, was die Absprache mit den Redebeiträgen anging. Ist das so richtig?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich hatte Lischka so verstanden, ja, dass die - - Also, üblicherweise - - Ich habe das noch nie erlebt, dass man einen Redetext irgendwo vorlegen muss. Was ich aus der Zeit als Abgeordneter kenne, ist gerade mit Blick auf Aktuelle Stunden, dass die Redner einer Fraktion, wenn eine Fraktion mehr als einen Redner hat natürlich, sich mal kurz abstimmen, welche Schwerpunkte man setzt, damit das nicht redundant wird und alle dasselbe sagen. Was ich nicht erlebt habe, ist, dass ein Fraktionsvorsitzender darum gebeten hat, dass ihm ein solcher Text mal vorab vorgelegt wird.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal kurz sagen, was Herr Lischka uns hier im Untersuchungsausschuss gesagt hat. Nachdem wir das dann irgendwie herauskristallisiert haben, hat sich dann herausgestellt, dass es da Absprachen gab mit dem Planungsstab der Fraktion. Leider konnten wir bis heute nicht her-



ausfinden, wer eigentlich dem Planungsstab angehört. Herr Lischka konnte uns die Frage auch nicht beantworten. Die Information liegt bis jetzt nicht vor. Wissen Sie das zufällig, wer der Planungsstab ist?

Zeuge Sebastian Edathy: Es ist doch überhaupt kein Problem, das herauszufinden. Lassen Sie sich doch einfach ein Organigramm der SPD-Fraktion zukommen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben ja darum gebeten, das zu bekommen bzw. herauszufinden, wer im Planungsstab ist. Ich sage ja nur, die Info kam bisher noch nicht hier an. Aber vielleicht wissen Sie das ja.

Zeuge Sebastian Edathy: Der Planungsstab: Das ist mir bekannt, was der Planungsstab ist. Der hat die Aufgabe, zu planen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer ist da drin? Wissen Sie das?

Zeuge Sebastian Edathy: Ich habe mit den Leuten nie viel zu tun gehabt. Die sind im Wesentlichen dafür da, Papiere, Positionspapiere zu erstellen, so was wie eine Jahresplanung oder Halbjahresplanung für die Fraktionsarbeit zu erstellen. Der Planungsstab ist meines Wissens direkt dem Fraktionsvorsitzenden zugeordnet. Kann ich aber nicht mit Gewissheit sagen. Das müssten Sie aber eigentlich - - Also, ich hatte so ein Organigramm. Da waren alle Mitarbeiter - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Vermutung liegt nahe.

Zeuge Sebastian Edathy: Es gibt ein Mitarbeiterverzeichnis. Da wird auch genau aufgeführt, wer im Bereich der Fraktionsverwaltung wo tätig ist.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also könnte er auch in dem Telefonat, das er mit Ihnen geführt hat, den Planungsstab gemeint haben?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Das ist - - Der Begriff „Planungsstab“ ist definitiv nicht genannt worden.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er könnte ihn gemeint haben, oder?

Zeuge Sebastian Edathy: Er könnte ihn gemeint haben, ja. Dass einem Planungsstab Reden vorgelegt werden, habe ich auch noch nicht erlebt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich frage nur gerade, ob da irgendwie eine Diskrepanz in Ihren Aussagen liegen könnte, wenn nach Ihrer Aussage die Büros Oppermann und Gabriel involviert gewesen sind, Herr Lischka uns hier sagt, er hat das dem Planungsstab vorgelegt bzw. der Planungsstab war da irgendwie mit im Spiel, ob das möglicherweise personenidentisch ist. Dann sehe ich da zum Beispiel keinen großen Widerspruch. Ich meine, ob man jetzt „Planungsstab“ oder „Büro“ sagt, wie auch immer.

Zeuge Sebastian Edathy: Na, die Frage ist ja: Was war der Zweck dieser Bitte? Also, warum glaubte der Planungsstab der SPD-Fraktion, wenn es denn so war, sich die Reden vorlegen zu lassen? Mit welcher Intention?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja eine andere Frage. Wir hatten uns ja zunächst erst mal gefragt und gekümmert: Wem hat er das überhaupt vorgelegt?

Zeuge Sebastian Edathy: In dem Telefonat mit Lischka war das - - Ich habe das dann verstanden, wie die Debatte abgelaufen ist und wie die Reden der drei SPD-Matadore da ausgesehen haben. Ich habe das mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, was er mir gesagt hat. Aber er sagte: Du musst einfach sehen: Das ist eine ganz sensible Geschichte. Thomas ist unter Druck - ich glaube, so ziemlich genau hat er sich geäußert, wörtlich -, Thomas ist unter extremem Druck. Wir müssen jetzt die Reihen schließen. Es tut mir persönlich leid für dich, aber so läuft das Geschäft. Das weißt du ja selber am besten.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine letzte Frage, und zwar: Ich komme auf Ihren SMS-Verkehr zurück, den Sie uns vorgelegt haben. Da gibt es eine SMS - die kann ich mir jetzt inhaltlich überhaupt nicht



2. Untersuchungsausschuss

erklären, aber vielleicht können Sie mir das erläutern -, und zwar vom 17.01.2014. Da schicken Sie eine SMS an Herrn Hartmann einfach nur mit dem Namen „Fograscher?!“, und er antwortet Ihnen: „Frag Ernstberger“.

Zeuge Sebastian Edathy: Frau Fograscher ist SPD-Abgeordnete. Wir waren lange gemeinsam im Innenausschuss, hatten einige Jahre sehr engen Kontakt, weil sie in meiner Nachfolge Sprecherin einer SPD-internen Arbeitsgruppe für Bekämpfung von Rechtsextremismus war. Und ich habe, ich glaube, irgendeiner E-Mail der SPD-Fraktion Personalvorschläge für das Parlamentarische Kontrollgremium entnommen, habe den Namen Fograscher auf dieser Liste gefunden und war ziemlich entsetzt, weil ich die Frau für absolut überfordert halte mit einer solchen Aufgabe. Das hat mich veranlasst, Herrn Hartmann eine SMS mit dem Wortlaut „Fograscher?!“ zu schicken, weil ich ziemlich konsterniert war, dass man, aus welchen Gründen auch immer, inkompetente Leute in ein solches wichtiges Gremium schickt. Dann kam halt die Antwort von Hartmann: „Frag Ernstberger“. Frau Ernstberger ist die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, die zusammen mit der Ersten PGF für die Besetzung von Posten zuständig ist.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Frau Ernstberger gefragt, oder war das eine rhetorische Antwort?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein. Ich war da ja schon krankgeschrieben.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt geht das Frage-recht noch mal zur SPD. Uli? - Keine Fragen mehr? Herr Tempel, haben Sie noch Fragen? Sie hatten ja eben schon ein Schlusswort; aber es hat sich ja noch was ergeben können. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie noch Fragen? - Nein. Frau Mihalic, Frau Lemke, noch irgendeine Frage? - Dann sind wir mit dem öffentlichen Teil durch, alle Fragen im öffentlichen Teil gestellt.

Jetzt gibt es noch Kolleginnen und Kollegen - - Herr Edathy, darf ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

Zeuge Sebastian Edathy: Klar.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die noch Fragen stellen möchten in einem eingestuftem Teil, und zwar nicht nur nichtöffentlich, sondern vertraulich. Deshalb wechseln wir jetzt den Raum. Wir ziehen jetzt um in den Raum PLH 2.700. Wir können Vertraulich hier nicht machen. Wir können hier nur Nichtöffentlich und NfD machen.

Deswegen sage ich der Öffentlichkeit einen schönen guten Abend. Vielen Dank für Ihr Interesse. Wir sehen uns wieder. Noch einen schönen Restabend.

Diejenigen, die noch bleiben, finden uns dann vor PLH 2.700. Das ist der Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses. Dort können wir eine eingestufte Sitzung machen.

Was schlagen Sie vor? Wann machen wir weiter? Wie lange brauchen wir, bis wir umgezogen sind? Wir müssen auch die Akten umziehen usw. Schaffen wir das in einer halben Stunde? - Um halb? Wir orientieren uns mal auf halb, und niemand ist böse, wenn es fünf nach halb wird. Aber schneller geht es mit den Akten halt nicht. Das ist blöd. Bis dahin!

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öff-
fentlich: 23.06 Uhr - Folgt
Sitzungsteil Zeugenverneh-
mung, Vertraulich)



Bundesministerium
des Innern

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss

03. März 2015

322

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau Dr. Eva Högl, MdB
Vorsitzende des Zweiten
Untersuchungsausschusses
der 18. Wahlperiode
Platz der Republik 1
11011 Berlin

MinR Torsten Akmann
Leiter der Projektgruppe
Untersuchungsausschuss

HAUSANSCHRIFT
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

POSTANSCHRIFT
11014 Berlin

TEL +49(0)30 18 681-2321
FAX +49(0)30 18 681-52321

PGUA02@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Betreff: 2. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode
hier: Protokollauszug zu 18(27)51

Aktenzeichen: PG UA-20001/19#12
Berlin, 3. März 2015
Seite 1 von 1
Anlage: -2-

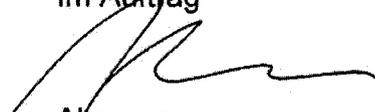
Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in Anlage übermittle ich die Stellungnahme von PR BKA a.D. Ziercke zum Auszug des Protokollentwurfs seiner Zeugenvernehmung am 15. Januar 2015 zur weiteren Verwendung.

Bezüglich der Ausführungen von PR BKA a.D. Ziercke auf Seite 1 (Ziffer 1, unten) seiner Stellungnahme darf ich nach telefonischer Rücksprache mit dem Zeugen eine Richtigstellung mitteilen. Statt „Anfang bis Mitte Januar 2015“ muss es richtigerweise „Anfang bis Mitte Januar 2014“ heißen. Auf Seite 2 hatte der Zeuge vor Versand seiner Stellungnahme an das BMI eine gleichgelagerte Richtigstellung handschriftlich bereits selbst vorgenommen.

Beigefügt ist zudem ein Ausdruck der von PR BKA a.D. Ziercke in seiner Stellungnahme (Seite 2, Ziffer 2, am Ende) erwähnten E-Mail-Nachricht von MdB Hartmann vom 14. Dezember 2014.

Mit freundlichen Grüßen,
Im Auftrag


Akmann

Jörg Ziercke

24105 Kiel, den 17.2.2015

Präsident des Bundeskriminalamtes a.D.

Bundesministerium des Innern

Alt- Moabit 101 D

10559 B e r l i n

AL 27/12

Bundesministerium des Innern
Eing.: 26. Feb. 2015 <i>BA</i>
Anig.: <i>PG MA</i>

Öffentliche Beweiserhebung des 2. Untersuchungsausschusses der 18.
Wahlperiode

hier: Protokoll meiner Vernehmung vom 15. Januar 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Weiterleitung meiner ergänzenden Stellungnahme an den o.a.
Untersuchungsausschuss.

1. Seiten 67 und 68 des Protokolls / Fragen des MdB Dr. Stefan Heck

Die Antworten auf die Fragen des Abgeordneten hatte ich ausschließlich
auf einen Zusammenhang mit dem Fall Edathy fokussiert.

Gegenstand des Gesprächs war aber auch ein Verdachtsfall von
möglichem Goldschmuggel. Dieser Verdachtsfall soll Herrn MdB
Hartmann nach eigenen Angaben in seiner Eigenschaft als
Bundestagsabgeordeter vertraulich durch einen Hinweisgeber mitgeteilt
worden sein. MdB Hartmann sprach mich Anfang Oktober 2013 an, weil
er einen möglichen Zusammenhang mit organisierter Kriminalität
annahm. Ich hielt diese Informationen schriftlich fest und bat einen
Mitarbeiter meines Stabes im BKA um weitere büromäßige Abklärung.
Diese Abklärung durch die Fachabteilung ergab keine relevanten
Anknüpfungspunkte für das BKA. Es wurde vermutet, dass es sich um
eine zollrechtliche Angelegenheit handeln könnte.

Ich bat daher den Präsidenten des ZKA, Herrn Drude, schriftlich um
weitere Prüfung. Anfang bis Mitte Januar 2015 erreichte mich die
negative Antwort des ZKA. Auch dort gab es keine weiteren relevanten

Anknüpfungspunkte aufgrund der Informationen durch den Abgeordneten.

Bei dem Treffen mit Herrn MdB Hartmann im Januar 2014 war dies daher Gegenstand des Gesprächs. Ich hatte in Erinnerung, dass der Hinweisgeber von Herrn Hartmann evtl. zu einer Vernehmung bereit sein wollte. MdB Hartmann verneinte dies aber. Sein Hinweisgeber war dazu nicht bereit. MdB Hartmann wies mir gegenüber auf seine Verschwiegenheitspflicht als Bundestagsabgeordneter hin.

Das Ergebnis dieses Gesprächs teilte ich dem Mitarbeiter meines Stabes mit. Weitere Nachprüfungen waren daher vorerst nicht mehr möglich. Ein Zusammenhang mit dem Fall Edathy bestand zu keinem Zeitpunkt.

2. Seiten 77 und 78 des Protokolls / Fragen der MdB Steffi Lemke

Im Hinblick auf die Übermittlung des Stern-Artikels war ich mir nicht ganz sicher, in welcher Form Herr MdB Hartmann mir den Artikel zugeschickt hatte. Ich hatte zugesagt, dies zu prüfen. Dabei konnte ich den Stern-Artikel nicht mehr auffinden. Ich bin aber ganz sicher, dass ich diesen bekommen hatte, da in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang die Ausgabe des Stern erschien und ich mir die Zeitschrift kaufte.

Aufgrund der Vielzahl von Mails, die ich bekomme, bewahre ich in der Regel nur die relevanten Mails auf. Ich meine mich zu erinnern, dass von Herrn Hartmann oder seinem Büro nur der Stern-Artikel ohne ein weiteres Anschreiben erfolgte.

Bei der Durchsicht meiner Mails fand ich eine Mitteilung von MdB Hartmann, nämlich seine Presseerklärung zum Stern-Artikel, die er mir ebenfalls zuschickte. Ich kann mich erinnern, dass ich ihn darum gebeten hatte. Diese Mail hatte ich aufbewahrt und bereits dem Ausschussbüro über das Bundesinnenministerium zur Verfügung gestellt. Ich bitte, die Unterlage von dort abzurufen.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Ziercke

From: michael.hartmann.mdb@bundestag.de

To: j.ziercke@...com

Subject: PM

Date: Sun, 14 Dec 2014 14:46:32 +0000

Mainz, den 14. Dezember 2014

Pressemitteilung von Michael Hartmann, MdB

Die Darstellung von Herrn Edathy ist unzutreffend. Bisher hatte er sich öffentlich zum Sachverhalt mehrfach anders geäußert. Danach will er aus den Medien über die Ermittlungen gegen einen kanadischen Kinder-Pornoring erfahren haben. Wie mittlerweile bekannt, stand er dort auf der Kundenliste. Die Nachricht über die Zerschlagung des Rings wurde zum Zeitpunkt des SPD-Bundesparteitags in Leipzig vom 14.-16. November 2013 veröffentlicht.

Am Morgen des 15.11. entnahm ich den Medien Informationen über ein von Kanada ausgehendes Ermittlungsverfahren wegen des Erwerbs von „Kinderpornographie“. Mich interessierte der Vorgang zunächst, weil ich daraus Schlußfolgerungen für die Diskussion über Datenvorratsspeicherung erwartete. Am Abend dieses Tages sprach mich Edathy auf einer Veranstaltung am Rande des Parteitages auf dieses Verfahren an und offenbarte mir, daß er bei der in Rede stehenden Firma Kunde gewesen war. Er teilte mir weiterhin mit, daß das von ihm erworbene legale Material auch über Amazon zu erhalten sei. Gleichwohl machte er sich Sorgen und fragte mich, ob ich ihm helfen könne. In der Zeit danach versuchte ich, mich um ihn zu kümmern. Dazu war ich als innenpolitischer Sprecher und langjähriger Kollege des einstmals von mir geschätzten Kollegen Edathy verpflichtet. Nicht nur mir war aufgefallen, daß es ihm schlecht ging. In diesem Zusammenhang haben wir verschiedentlich über seine Befürchtung, gegen ihn könne strafrechtlich ermittelt werden, kommuniziert. Ich habe versucht, ihn zu beruhigen. Auf angebliche Informationen des damaligen BKA-Präsidenten Ziercke griff ich dabei nicht zurück.

Ich werde mich in dieser Sache einstweilen nicht weiter äußern, unter anderem weil ich andernfalls Einzelheiten zu dem damaligen Zustand von Edathy offenbaren müßte.

Michael Hartmann

Mit freundlichen Grüßen
Michael Hartmann, MdB

Christian Noll
Rechtsanwalt

Anlage 2

Meinekestraße 7
10719 Berlin

Telefon: (030) 20 64 37 90
Telefax: (030) 20 64 37 92

Rechtsanwalt Noll, Meinekestraße 7, 10719 Berlin

per Fax: (030) 227-36278

Deutscher Bundestag
- 2. Untersuchungsausschuss -
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Deutscher Bundestag 2. Untersuchungsausschuss 25. Feb. 2015 371 <i>Ar</i>
--

Berlin, 25. Februar 2015

Protokollberichtigung

Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor Plaster,

anbei übersende ich Ihnen das berichtigte Protokoll der Vernehmung von Herrn Sebastian Edathy nebst dem Empfangsbekenntnis.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Noll
Rechtsanwalt

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 18/21



2. Untersuchungsausschuss

Protokollauszug

um mich macht und um meinen Gesundheitszustand, dann müssten die Sorgen doch eigentlich am 10. Februar eintreten mit dem Öffentlichwerden der ersten Durchsuchung.

Michael Frieser (CDU/CSU): Mir geht es noch mal um die Frage: Hinweis auf den Moment dann des Mandatsverzichtes. Uns geht es schon noch mal darum, zu sagen, mit wem Sie über diese Frage, gegebenenfalls darüber nachzudenken, dass Sie das Mandat gegebenenfalls zurückgeben -- Also, die erste Gruppe waren die Mitarbeiter, denen auch klar sein muss: Wenn der Chef schon mal ankündigt, hier sind strafrechtliche Ermittlungen vielleicht zu befürchten oder strafrechtliche Konsequenzen könnten im Raum stehen -- Und deshalb die entscheidende Frage: Mit wem haben Sie dann außer Herrn Kollegen Hertmann, sagen wir mal, an der politischen Spitze der SPD oder jemand in Ihrem direkten Umfeld über Ihren Mandatsverzicht und wann gesprochen?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe, wie wir jetzt festgestellt haben, im Dezember meine Mitarbeiter unterrichtet. Das war aus meiner Sicht ein Gebot der Fairness. Es war für mich nicht klar, ob es wirklich zum Mandatsverzicht kommt oder ob ich Abgeordneter bleibe. Es war für mich aber schon, wenn ich das Mandat behalten hätte, klar, dass ich - das habe ich auch meinen Mitarbeitern so gesagt - sehr wahrscheinlich nicht bis zum Ende der Wahlperiode Mitglied des Bundestages geblieben wäre, also vielleicht noch ein Jahr oder vielleicht auch zwei Jahre. In der Zeit wollte ich mir eine neue Existenz aufbauen, eine andere Beschäftigung finden.

Das war so meine Planung, und ich habe das für ein Gebot der Fairness gegenüber meinen zum Teil sehr langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfunden, sie darauf hinzuweisen, dass über kurz oder lang, aber mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Laufe der aktuellen Wahlperiode ich auf das Mandat verzichten würde, und habe ihnen gesagt: Ich habe volles Verständnis, wenn ihr vor diesem Hintergrund mal prüft, ob es für euch Alternativen geben könnte. - Das war für mich auch deshalb wichtig, das noch Ende des Jahres zu machen, weil zu der

Zeit noch viele neue Abgeordnete Personal gesucht haben.

Ich habe über meinen geplanten Mandatsverzicht - außer mit meinen Mitarbeitern und Michael Hartmann - nur gesprochen mit meinem Anwalt und mit zwei persönlich -- mit drei persönlich engen Freunden, einer Freundin und zwei Freunden.

Michael Frieser (CDU/CSU): Waren darunter auch die Kreisvorsitzende Frau Elke Tonne-Jork und der Landtagsabgeordnete Karsten Becker, oder haben die erst nach dem Mandatsverzicht davon erfahren?

Zeuge Sebastian Edathy: Nein, ich habe -- Das sind die beiden Kreisvorsitzenden aus meinem ehemaligen Wahlkreis Nienburg und Schaumburg. Die habe ich konkret unmittelbar vor meiner Veröffentlichung der Information, dass ich auf das Mandat verzichte, unterrichtet.

Ich habe in den Unterlagen auch, in den Ermittlungsakten -- Es gibt eine Zeugenaussage von Frau Tonne-Jork. Die ist geladen worden, weil es gab wohl beim Innenausschuss einen anonymen Hinweis, ~~den~~ wäre auf irgendeiner Müllkippe gesehen worden, um Unterlagen von mir zu vernichten; also völliger Humbug. Die war nie bei mir zu Hause, auch aus guten Gründen. Das können Sie wieder vergessen. Das kann ich aus dem Protokoll nachher rausstreichen. - Die habe ich informiert am dem Wochenende. Da habe ich per SMS um ein Telefonat gebeten.

Michael Frieser (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen: nach dem Notartermin aber?

Zeuge Sebastian Edathy: Das war dann schon, als das noch nicht bekannt war, dass ich beim Notar war. Aber ich habe dann -- Ich wollte, bevor das -- Also, das ist ja klar jetzt. Das ist -- Ich war relativ lange im Bundestag. Mindestens im Wahlkreis wäre das natürlich die Schlagzelle geworden am Montag, 10. Februar, und ich wollte, dass das meine beiden Kreisvorsitzenden nicht aus der Presse erfahren.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut, also die beiden. Zwischen dem Notartermin und der quasi

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 18/21

2. Untersuchungsausschuss



Protokollauszug

Veröffentlichung des Ganzen wurden die beiden noch informiert.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja.

Michael Frieser (CDU/CSU): Beim Kollegen Hartmann: Ihrer eigenen Aussage, um das noch mal konkret zu sagen, zufolge war es bereits der 4. Februar, dass Sie in dem Telefonat mit ihm auch diesen Mandatsverzicht definitiv angekündigt haben.

Zeuge Sebastian Edathy: Ja. Er hatte mir ja auch ausdrücklich dazu geraten.

Michael Frieser (CDU/CSU): Und zwar aber nicht erst am 4. Februar, sondern bereits Ende Dezember?

Zeuge Sebastian Edathy: Wir haben es das erste Mal thematisiert. Da muss ich nachgucken, was das Datum betrifft. Aber an dem Abend, als wir in meiner Wohnung zusammensaßen, -

Michael Frieser (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Sebastian Edathy: - haben wir darüber gesprochen, was er mir raten würde. Und da meinte er: Zieh das in Erwägung. - Und dann, Tage später, hatte ich von ihm die Information: „Hannover will tätig werden“, und das wäre sinnvoll. Bei dem Gespräch in der Wohnung hatte er mir schon gesagt. Oppermann fände das gut. Er hätte sich schon mal über meine Übergangsgeldansprüche Gedanken gemacht, also Oppermann jetzt.

Das war auch der Termin, wo mir Hartmann sagte, er hätte den Eindruck, dass Oppermann ihn da ein bisschen als Boten einsetzen will mir gegenüber. Aber der Rat von Hartmann: „Geh den Schritt. Ich rate dir dringend dazu. Mach das mit der Kur, dass du ein gutes Argument hast, drei Monate abzutauchen“, das war dann später. Ich habe ihm dann halt ungefähr zu Beginn der Woche, als ich beim Notar war - das ist die Woche vom 3. Februar -, noch mal telefonisch mitgeteilt: Ich mache jetzt den Schritt.

Michael Frieser (CDU/CSU): Gut. - Herr Edathy, noch mal. Das haben wir so ähnlich in Ihrer letz-

ten Einvernahme schon mitbekommen. Die entscheidende Frage ist noch mal: Es ist schon ein weiter Weg aus der Diskussion und aus den maßlichen Gesprächen bis hin zur Frage, dass Herr Hartmann Ihnen dann bereits noch im Jahr 2013 den Mandatsverzicht vielleicht nicht nehelegte, aber doch zumindest mal darüber nachzudenken anrät und das aber dann auf keine konkreten Informationen stützt. Also, die Tatsache - das, was wir als SMS lesen -, das klingt vielleicht ganz nett, aber ist natürlich als ein wirkliches Momentum, indem man sagt: „Jetzt kippt die Sache“, ein bisschen wenig. In dem Moment, wo Ihnen dann Herr Hartmann sagt: „Also, jetzt denkst du mal besser an dein Mandat“ -

Zeuge Sebastian Edathy: Ja, das war das.

Michael Frieser (CDU/CSU): - Sekunde -, dass man dann immerhin schon einige Jahre vor sich hatte - - ist allenfalls geneigt, zu sagen: Also, da warte ich einmal bis zum Schluss wirklich ab. - Aber wie kommt Herr Hartmann dann dazu, ohne einen konkreten Hinweis auf ein konkretes Verfahren und auf einen konkreten Fortgang des Verfahrens Ihnen zu raten: „Denk mal über den Mandatsverzicht nach“?

Zeuge Sebastian Edathy: Das erste Gespräch über einen möglichen Mandatsverzicht war am 28. Januar 2014. Das finden Sie in meiner eidesstattlichen Versicherung. Das war aber sozusagen zu einem Zeitpunkt, als das einfach als Option von ihm in den Raum gestellt wurde. Es war nicht zu dem Zeitpunkt, als wir uns bei mir in der Wohnung getroffen haben, so, dass er sagte: „An deiner Stelle würde ich es sofort machen“, sondern er sagte: „An deiner Stelle würde ich darüber nachdenken.“ Aus diesem: „An deiner Stelle würde ich darüber nachdenken, ich würde es dir dringend anraten, das auch wirklich zu tun“ - - Das war halt Tage später, als er mir sagte: Hannover will alle Register ziehen, volles Programm durchziehen. - So ähnlich war die Wortwahl.

Letztendlich war das natürlich nicht Hartmanns Entscheidung, sondern meine; das ist ja logisch. Aber ich habe seine Einschätzung geteilt, und meine Hoffnung war immer noch - - Ich war zwar natürlich sehr betrübt darüber, dass Hannover da jetzt offenkundig vorgehen will gegen mich, aber